Mittwoch, 2. Oktober 1985 – D ***

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 229 - 40.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / 10 11 – Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 30 41 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

Belgien 38,00 bfr, Dänemark 8,75 dkr, Frankreich 7,00 F, Griechenland 120 Dr, Großbritannien 65 p, Italien 1500 L, Jugoslawien 275,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr, Niederlande 2,20 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 14 öS, Portugal 115 Esc, Schweden 6,50 skr, Schweiz 2,00 sfr, Spanien 150 Pts, Kanarische Inseln 175 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Lufthansa: Im Streit zwischen Bonn und München um die Lufthansa-Privatisierung hat Strauß erstmals Schützenhilfe von einem CDU-Ministerpräsidenten erhalten. Uwe Barschel (Schleswig-Holstein) spricht sich in einem Positionspapier gegen die Privatisierung und für die Zulassung einer *privaten* Konkurrenz im nationalen Luftverkehr aus. (S. 5)

Revirement: Im Bundeskriminalamt wird ein Revirement vorbereitet. Für Vizepräsident Boeden (60) wird zum 1. März 1986 ein Nachfolger gesucht. Bereits zum 1. Januar 1986 ist an der Spitze der für Terrorismusbekämpfung zuständigen Abteilung „Te" ein Wechsel vorgesehen. (S. 4)

Krawalle: Im Fall des Demonstranten Günter Saré, der in Frankfurt zu Tode kam, haben das hessische LKA und der Präsident des Staatsgerichtshofs Ermittlungen aufgenommen. (S. 5)

Volkskammer: Die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen dem Deutschen Bundestag und der „DDR"-Volkskammer befürwortete die FDP-Bundestagsfraktion auf ihrer Herbstsitzung in Berlin.

Munition: Die USA wollen China Pläne und Maschinen im Wert von 98 Millionen Dollar für den Bau einer Munitionsfabrik verkaufen. Das Geschäft muß noch vom Kongreß genehmigt werden.

Geiseln: Zwei der vier am Montag in Beirut entführten Sowjetdiplomaten sind gestern offenbar ermordet worden. In Anrufen bei Presseagenturen und dem Rundfunk hieß es, bei den „Hingerichteten" handele es sich um den Handelsattaché und den Botschaftsarzt. Die islamische Terrororganisation „Heiliger Krieg" hatte angedroht, alle vier Geiseln zu ermorden, falls prosyrische Linksmilizen die Belagerung der Hafenstadt Tripoli nicht abbrächen.

Golfkrieg: Irakische Kampfflugzeuge haben zum 18. Mal seit Mitte August den iranischen Ölhafen Kharg bombardiert. – Nach Angaben des Lloyds-Schiffahrtsregisters erlitt die internationale Schiffahrt 1984 wegen des Golfkriegs ihre größten Verluste an Bruttotonnage seit dem Krieg.

OPEC: Iran wird jede Erhöhung der Ölförderquote Iraks auf der morgen in Wien beginnenden OPEC-Ministertagung als eine „Kriegserklärung" ansehen, erklärte Ölminister Gharazi. „Für jedes Irak zugebilligte Barrel Quotenerhöhung werden wir unsere eigene Ölförderung um zwei Barrel steigern."

Dialog? Präsident Reagan äußerte nach einem Treffen mit König Hussein die Erwartung, daß noch in diesem Jahr Friedensgespräche zwischen Jordanien und Israel beginnen können. (S. 12)

ZITAT DES TAGES



„Spanien schickt sich an, seinen Weg in die Europäische Gemeinschaft mit echter Begeisterung anzutreten"

Der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez gegenüber Bundeskanzler Helmut Kohl (S. 12) FOTO: LOTHAR KURCHARZ

WIRTSCHAFT

Arbeitsmarkt: *Die Zahl der* Beschäftigten wird sich nach Ansicht des Instituts der deutschen Wirtschaft bis Ende 1986 um rund 250 000 erhöhen. Unter Berücksichtigung des Beschäftigungsplus von 200 000 in den vergangenen Monaten werde es bis Ende 1986 rund 450 000 Arbeitsplätze mehr geben als Mitte 1984. (S. 13)

Medien: Die Axel Springer Verlag AG hat gestern über die Deutsche Bank die Zulassung ihrer Ende Juli verkauften Aktien im Gesamtwert von 83,3 Millionen DM zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen beantragt. (S. 14)

Siemens: *Berlin bleibt der größte* Standort des Elektrokonzerns. Allein im Geschäftsjahr 1984/85 wurden 1500 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt. Zwei neue Fabriken werden mittelfristig weitere 1000 Arbeitsplätze schaffen. (S. 15)

Börse: Wieder sorgten Kaufaufträge aus dem Ausland für zum Teil erhebliche Kurssteigerungen an den Aktienmärkten. Der Rentenmarkt war etwas leichter. WELT-Aktienindex 223,43 (221,37). BHF-Rentenindex 105,503 (105,564). Performance Index 108,268 (108,300). Dollarmittelkurs *2,6778 (2,6699) Mark. Gold*preis 322,25 (325,75) Dollar.

KULTUR

Hochschulen: Die Novelle des Hochschulrahmengesetzes wird wenig zur qualitativen Verbesserung des geltenden Ausbildungssystems beitragen. Das ist das Fazit des dritten „Hochschullehrer-Gesprächs" der Adenauer-Stiftung in St. Augustin. Eine Totalreform der Hochschulausbildung bleibe dringend geboten. (S. 23)

Roelant Savery: Vor seinem Umzug verabschiedet sich das Kölner Wallraf-Richartz-Museum mit einer glanzvollen Veranstaltung von seinem bisherigen Domizil. In einer wohl einmaligen Ausstellung werden 70 seltene und kostbare Arbeiten des 1639 gestorbenen holländischen Malers Roelant Savery gezeigt. (S. 23)

SPORT

Tennis: Der Weltranglisten-Erste Ivan Lendl wird beim Daviscup-Halbfinale Deutschland gegen die CSSR in Frankfurt kein Einzel bestreiten, teilte Lendls Manager Solomon in Washington mit. (S. 9)

Fußball: Von den heutigen Rückspielen im Europapokal wird das ZDF in Ausschnitten ab 22.50 Uhr berichten. Keine Reportagen gibt es vom Spiel des 1. FC Köln in Gijon. (S. 9)

AUS ALLER WELT

Richter: Erdbeben waren seine Leidenschaft, er galt als ein „wandelndes Lexikon für seismologische Daten": Im Alter von 85 Jahren starb in Pasadena (Kalifornien) Charles Richter, der die nach ihm benannte Erdbeben-Meßskala entwickelte. (S. 24)

Wegezoll: Der „Raubritter-Skandal" auf den Autobahnen, bei dem *Fernfahrer* angeblich jahrelang von Polizisten erpreßt wurden, beschäftigt erstmals ein Gericht in Nordrhein-Westfalen. (S. 24)

Wetter: Meist heiter. Bis 25 Grad.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Israel rechtfertigt Angriff: Schlag gegen Terroristen

Bomben auf PLO-Hauptquartier in Tunesien / Arafat unverletzt

SAD/DW. Tel Aviv

Israel hat den Luftangriff gegen das bei Tunis gelegene Hauptquartier der Palästinensischen Befreiungsorganisation (PLO) als einen Vergel*tungsschlag „nach der Serie kriminel*ler Attentate von PLO-Terroristen gegen unschuldige Zivilisten" bezeichnet. Bis gestern nachmittag gab es keine verläßlichen Angaben über die Zahl der Opfer des Bombardements. Ein PLO-Vertreter sprach von rund 60 Toten, aus Ärztekreisen wurde von etwa 30 Todesopfern und 100 Verletzten berichtet. Der Komplex des PLO-Hauptquartiers sei zerstört worden, hieß es. PLO-Chef Arafat blieb nach diesen Angaben unverletzt. Ei*ner seiner Leibwächter soll getötet* worden sein.

In einem israelischen Militärkommuniqué wurde der Angriff vor allem mit der Bluttat in der zyprischen Hafenstadt Larnaca begründet. Am vergangenen Mittwoch, am Fest Yom Kippur, waren drei israelische Segler auf ihrem Boot ermordet worden. Der israelische Botschafter in Paris, Ovadia Soffer, äußerte sich gestern als erster Vertreter seines Landes öffentlich zu dem Angriff auf die PLO-Zentrale: Die Palästinenser hätten in den vergangenen Monaten 15 Morde an israelischen Zivilisten begangen. Er gab Tunesien *indirekt die Mitverant*wortung an diesen Gewalttaten, da dieses arabische Land die PLO nach deren Vertreibung aus Beirut im Jahre 1982 *aufgenommen* habe.

Der Sprecher der israelischen Streitkräfte kündigte an, Israel behalte sich weiterhin vor, „überall und jederzeit Stützpunkte der Terroristen" anzugreifen. Von Arafat persönlich seien eine Reihe terroristischer Angriffe auf die Bevölkerung in Israel veranlaßt worden. Premierminister Peres sagte gestern während einer Rede, in der er sich gegen den Alleinvertretungsanspruch der PLO für die Palästinenser wandte: „Wir werden Larnaca nicht vergessen und nicht verzeihen. Es geht nicht an, daß man sagt ‚Wir vertreten ein Volk', und dann kommt man eines Morgens und erschlägt eine unschuldige Frau und danach zwei unschuldige Männer."

SEITEN 2 UND 6: **Weitere Beiträge**

An der Bombardierung des PLO-Hauptquartiers in Chamman asch-Schad, etwa 35 Kilometer südlich von Tunis, waren nach offiziellen israelischen Angaben acht Kampfflugzeuge beteiligt. Die Maschinen wurden während des Fluges in der Luft aufgetankt. Tunis ist fast 2500 Kilometer von der israelischen Küste entfernt.

Der Angriff diente vermutlich auch *dem Zweck, den arabischen Staaten* der sogenannten Ablehnungsfront klarzumachen, daß sie nirgendwo vor Vergeltungsmaßnahmen der israelischen Streitkräfte sicher sein können. In erster Linie galt diese Warnung wohl Libyen, das der israelischen Küste näher ist als Tunesien.

Vertreter arabischer Länder richteten scharfe Vorwürfe gegen Israel. Das ägyptische Außenministerium gab die Unterbrechung der Verhandlungen über den Taba-Gebietsstreifen bekannt, *die in dieser Woche* hätten fortgesetzt werden sollen. In dem Kommuniqué wurde kein Datum für die mögliche Wiederaufnahme der Kontakte genannt, deren erfolgreicher Abschluß als Bedingung für die Normalisierung der ägyptisch-israelischen Beziehungen gewertet wird.

Der tunesische Botschafter in Paris, Hedi Mabrouk, sprach von „Staatsterrorismus". Tunesien beantragte eine Sondersitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen. Tunesien ist der Sitz der Arabischen Liga.

DER KOMMENTAR

Was will der DGB?

GÜNTHER BADING

Eigentlich wollten die Gewerkschaften des DGB erst Mitte Oktober mit ihrer Aktionswoche gegen den „Sozialabbau" durch die Bundesregierung beginnen. Aber schon jetzt überschlagen sich ihre Spitzenfunktionäre mit ihren Attacken gegen die Regierung. Selbst bislang moderate Gewerkschafter wie der – stets mit dem Zusatz „CDU" *zitierte – stell*vertretende DGB-Vorsitzende Fehrenbach drohen einen „Dauerkrieg" an, wenn sie denn nicht auf die Linie des DGB einschwenken wolle. Und der wortgewaltige zweite Vorsitzende der IG Metall, Franz Steinkühler, wirft der Koalition vor, sie zerstöre die soziale Sicherheit der Arbeitnehmer.

Daß die Regierung im Gegensatz zu diesen Vorwürfen handelt, daß sie auf dem wichtigen Feld der beruflichen Qualifizierung vorrangig für die jugendlichen Arbeitslosen etwas tut, daß sie die soziale Sicherung gerade der älteren und längerfristig Arbeitslosen verbessert, die Herren an der Spitze von Gewerkschaftsbund und Einzelgewerkschaften nehmen es nicht zur Kenntnis. Was gestern in den Fraktionen von CDU/CSU und FDP gutgeheißen wurde und heute dem Kabinett zur abschließenden Billigung vorliegt, gehört dazu.

Lauthals rufen die Funktionäre nach dem „solidarischen Kampf um eine andere Regierungspolitik". Wollen sie dies wirklich, oder wollen sie nur eine andere Regierungspartei? Die Mittel, die diese Bundesregierung im Rahmen des *Arbeitsförderungsgesetzes* in diesem Jahr ausgibt, sind gegenüber 1982 – dem letzten Jahr unter sozialdemokratischer Regierung – um *satte 35 Prozent angehoben wor*den. Will der DGB dies rückgängig machen?

Gewerkschafter fordern Schul*ter an Schulter mit der SPD staat*liche Ausgabenprogramme im Umweltbereich, um Arbeitsplätze zu schaffen. Bezahlt werden soll dies aus öffentlichen Kassen und privaten Steuererhöhungen. Daß dies töricht ist, hat den Sozialdemokraten und den sozialdemokratischen Gewerkschaftern jetzt sogar die unabhängige Bundesbank ins Stammbuch geschrieben.

Vielleicht sind in der Umwelt*politik noch manche Wün*sche offen, aber die Regierung kann sich sehen lassen: Die neue Großfeuerungsanlagenverord*nung wird Investitionen von 20* Milliarden Mark auslösen. Das ist Umweltschutz, der (auch) Arbeitsplätze schafft. Die gewerkschaftlichen Kritiker wollen eine andere Regierungspolitik, stärker jedoch eine andere Regierungspartei. Wer in der Aktionswoche mitmarschiert, sollte dies wissen.

Bonner Hilfe für junge Arbeitnehmer

Koalitionsfraktionen und Kabinett beraten Arbeitsförderungsgesetz / Rahmen für Investitionen

GÜNTHER BADING, Bonn

Mit der Siebten Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz (AFG) hat die Regierung ihr Versprechen gegenüber dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) und den Arbeitgeberverbänden eingelöst, eine Kampagne zur Qualifizierung junger Arbeitnehmer einzuleiten, um damit zugleich deren Lage auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern. Der Entwurf wurde gestern von den Koalitionsfraktionen behandelt; er soll heute vom Bundeskabinett verabschiedet werden. Einer der Schwerpunkte des Gesetzes, das zum 1. Januar 1986 in Kraft treten soll, ist die Hilfe für junge Arbeitnehmer „an der Nahtstelle zwischen Ausbildung und Beschäftigung". Neben dieser Qualifizierungshilfe ist eine Senkung der Beitragssätze zur Arbeitslosenversicherung von 4,1 auf 4,0 Prozent vorgesehen. Außerdem soll die Bezugsdauer des Arbeitslosengeldes für ältere Arbeitnehmer in drei Stufen auf bis zu zwei Jahre verlängert werden. Grundlage der Beratung wird der Entwurf der Koalitionsfraktionen sein; um die zügige Behandlung auch im Bundesrat *zu gewährleisten, legt* die Regierung ihren – wortgleichen – Entwurf dort vor.

In der allgemeinen Gesetzesbegründung wird generell auf die „nachhaltige Verbesserung der Rahmenbedingungen für arbeitsplatzschaffende Investitionen" hingewiesen. Seit *1980 nehme die Zahl* der abhängig Beschäftigten zu, das Volumen der Kurzarbeit sei erheblich verringert worden. Der bisherige Aufwärtstrend der Arbeitslosenzahl sei „nahezu zum Stillstand" gebracht worden.

Die Arbeitsmarktpolitik habe diese *positive Entwicklung unterstützt.* „Der Mitteleinsatz für Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik wurde 1985 gegenüber 1982 um 35 Prozent von 6,9 Milliarden Mark auf 9,3 Milliarden Mark gesteigert."

Gemäß der Koalitionsabsprache vom 17. September, auf der sich CDU/CSU und FDP nach vorherigem Streit sowohl auf die Verlängerung des Arbeitslosengeldes als auch auf die Kürzung der Beitragssätze geeinigt hatten, soll die Förderung der beruflichen Bildung durch folgende Maßnahmen verbessert werden:

- Arbeitnehmer bis zum 25. Lebensjahr, die zunächst keinen Vollzeitarbeitsplatz finden, können ein „Teilunterhaltsgeld" erhalten, wenn sie zwischenzeitlich an einer beruflichen Bildungsmaßnahme bei gleichzeitiger Teilzeitbeschäftigung teilnehmen.
- Hinzu kommen Einarbeitungszuschüsse auch bei befristeten Arbeitsverhältnissen, ein Unterhaltsgeld von 75 Prozent statt 50 Prozent des erzielbaren Tariflohnes bei Teilnahme von Berufsanfängern mit abgeschlossener Ausbildung an Bildungsmaßnahmen sowie Ausdehnung des Anspruchs auf Unterhalts- oder Übergangsgeld auf junge Arbeitnehmer, *die eine der betrieblichen Ausbildung* gleichgestellte außerbetriebliche Schulung abgeschlossen haben.

In der ausführlichen Begründung zur *Gesetzesnovelle heißt* es, die neuen Techniken in Betrieb und Verwaltungen stellten wachsende Anforderungen an alle Arbeitnehmer. Weiterbildung werde deshalb zunehmend zu einem lebenslangen Prozeß. Im Bemühen um berufliche Weiterbildung hätten Wirtschaft, Tarifpartner und der Staat eine gemeinsame Verantwortung. Wenn auch eine ausreichende Berufsbildung keine Garantie gegen Arbeitslosigkeit sein könne, so vermindere sie doch das Risiko, arbeitslos zu werden, erheblich und erhöhe die individuellen Chancen, wieder einen Arbeitsplatz

■ Fortsetzung Seite 12

Unmut über Haltung der FDP zu SDI

Kanzlerberater plädiert für Regierungsabkommen mit den USA / Mischnick reagiert zurückhaltend

RÜDIGER MONIAC, Bonn

In der Bundesregierung wächst trotz offensichtlicher Widerstände im Auswärtigen Amt die Bereitschaft, die Teilhabe der deutschen Industrie und bestimmter wissenschaftlicher *Einrichtungen an der SDI-Forschung* der USA durch eine Art Regierungsabkommen abzusichern. Ob es letztlich dazu kommt, hängt von Bundeskanzler Helmut Kohl und Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher ab, die sich auf eine gemeinsame Linie werden einigen müssen. Dies scheint aber nach den Äußerungen, die der außenpolitische Berater des Kanzlers, Horst Teltschik, jetzt bei einem Kolloquium der Konrad-Adenauer-Stiftung machte, noch nicht si*cher zu sein.*

Nach Teltschiks Erläuterungen wird der Bericht über die Erkundungsreise in die USA der von ihm geleiteten Kommission Ende dieser Woche dem Kanzler vorgelegt. Dann sind rund zwei Wochen Zeit, bevor Helmut Kohl zu Gesprächen mit dem amerikanischen Präsidenten Reagan am 24. Oktober nach New York fliegen wird. In dieser Phase werden sich Kanzler und Außenminister grundsätzlich darüber verständigen müssen, ob die Bundesregierung eine Art Regierungsabkommen oder eine ähnliche Konstruktion mit den USA anstreben will. Teltschik machte aus seiner persönlichen Einstellung zu dieser Frage auf dem Kolloquium kein Hehl. Er wird, obwohl der Kommissionsbericht nach seinen Worten *keine Empfehlungen enthalten wird,* sondern lediglich „Handlungsoptionen" für die Regierung aufzeigen soll, dem Kanzler raten, ein Regierungsabkommen mit den USA anzustreben. Dies dürfte ein wesentlicher Gesprächsgegenstand zwischen Kohl und Reagan werden.

Offen ist, ob Genscher ebenfalls diese von Kohls wichtigstem Berater in außenpolitischen Fragen eingenommene Haltung unterstützen wird. *Zweifel sind darüber angebracht.* Auch der FDP-Fraktionsvorsitzende Wolfgang Mischnick erklärte gestern nach einer Sitzung seiner Fraktion in Berlin, entscheidend für die endgültige Bonner Haltung zu SDI sei „der politische Wille der Koalition und nicht, was Herr Teltschik sagt". Teltschik selbst reagierte bei dem Kolloquium auf eine skeptische Frage eines Mitarbeiters des Auswärtigen Amts augenscheinlich ungehalten und erinnerte daran, daß die Bundes*regierung die „politische Rechtferti*gung" für SDI in der Regierungserklärung des Bundeskanzlers am 18. April „längst gegeben" habe und sie „Wort für Wort mit dem Bundesaußenminister abgestimmt" gewesen sei. Bei einer deutschen Beteiligung an SDI gehe es „nur um die Forschung".

● Fortsetzung Seite 12

Für Berlin begann das Erdgas-Zeitalter

F. D. Berlin

Mit der Inbetriebnahme einer Erdgas-Übernahme-Station wurde Berlin an das Verbundsystem der euro-sowjetischen Pipeline angeschlossen, die künftig Erdgas aus Sibirien an die Berliner Haushalte liefern wird. Berlins Regierender Bürgermeister, Eberhard Diepgen, bezeichnete dies vor rund 1000 Gästen, darunter auch Vertreter der „DDR" und Sowjetunion, als „energiepolitischen Meilenstein für Berlin".

Vertragspartner für die Berliner *Gasbetriebe ist die Ruhrgas AG, die* einen entsprechenden Liefervertrag mit der sowjetischen „Sojuzgasexport" abgeschlossen hat.

In der Feierstunde, an der auch der Vorstandsvorsitzende der Ruhrgas AG, Klaus Liessen, teilnahm, nannte Diepgen den Bezug von Erdgas aus der Sowjetunion ein Ereignis, das auch einen Wert für das Ost-West-Verhältnis habe. Diepgen: „Wenn es wie hier gelingt, die wirtschaftlichen Interessen von Ost und West zum beiderseitigen Vorteil nüchtern zusammenzuführen, dann kommt dabei nicht nur etwas wirtschaftlich Vernünftiges heraus. Ein solches Geschäft *kann auch das politische* Klima zwischen Ost und West verbessern."

Als einen der wesentlichen Vorteile des Erdgas-Bezuges nannte Diepgen die Tatsache, daß Erdgas als schwefelfreier Brennstoff umweltfreundlicher verbrennt als Öl, Kohle oder Benzin und somit ein wichtiger Beitrag zur Reinhaltung der Berliner Luft geleistet wird.

Seite 4: Berlin profitiert

Botha deutet Bundesstaat in Südafrika an

DW. Port Elizabeth

Ein unterschiedliches Echo hat der Vorschlag des südafrikanischen Staatspräsidenten Pieter Botha vor seiner regierenden Nationalen Partei gefunden, das „Prinzip eines vereinigten Südafrika mit gemeinsamer Staatsbürgerschaft" für alle durchzusetzen und auch einige Schwarze in den Präsidialrat aufzunehmen.

Beim Kongreß seiner Partei in der Kap-Provinz sagte er in der Hafenstadt Port Elizabeth, alle Einwohner dieses Landes sollten das allgemeine Wahlrecht haben, „aber dies soll in Strukturen der Fall sein, die von Südafrikanern gewählt wurden, nicht vom Ausland her vorgeschrieben werden oder anderswo in der Welt erprobt worden sind". Botha deutete damit die Möglichkeit einer bundesstaatlichen Lösung für Südafrikas Verfassungsprobleme an. Er machte lediglich deutlich, daß bei der Lösung der Verfassungsprobleme seines Landes „die multikulturelle Natur der Bevölkerungszusammensetzung" des Landes berücksichtigt werden müsse. Außerdem sei der Schutz der Minderheiten unerläßlich.

Die „extreme Forderung des allgemeinen Wahlrechts für alle in einem Einheitsstaat" lehnte Botha nachdrücklich ab. „Afrika hat uns gelehrt, daß dies zur Diktatur der stärksten schwarzen Gruppe führt." Die einflußreiche Zeitung „Business Day" schrieb, Bothas Äußerungen seien „die positivste Reformerklärung, die er je abgegeben hat". Dagegen erklärte Zulu-Fürst Gatsha Buthelezi, Bothas Reformmuster müsse zu „einer Spirale der Gewalt und anhaltender Unruhe führen".

Polizei hebt Sender der „Solidarität" aus

Gewerkschaft unterhält 20 Stationen / Verhaftungen in Thorn

DW. Warschau

Die Polizei hat erstmals in Polen einen Fernsehsender der verbotenen Gewerkschaft „Solidarität", „Tele-Solidarnosc", in Thorn (Torun) ausgehoben. Dabei wurden vier Mitarbeiter verhaftet. Dies meldete die amtliche Nachrichtenagentur PAP. Unter den verhafteten Mitarbeitern befindet sich der Leiter des Laboratoriums für Astrophysik am Landesinstitut für Astronomie, Professor Jan Hanacz (51).

Die vier Personen wurden am 26. September verhaftet. An diesem Tag waren „Tele-Solidarnosc-Thorn" zum zweiten Mal seit Beginn des Monats Einblendungen im amtlichen Fernsehen gelungen. PAP bezeichnete die Störungen der offiziellen Berichterstattung als eine „Verleumdung der Behörden und einen Aufruf zu sozialen Unruhen". Die Polizei habe das Sendezentrum ausfindig machen und die Schuldigen festnehmen können, meldete die Agentur.

Verhaftet wurden neben Professor Hanacz Zygmunt Turlo (39), Forscher am *Labor für Astrophysik,* Leszek Zalewski (49), nach Angaben der PAP „aktives Mitglied des Alpinistenklubs von Thorn", und Piotr Lukaszewski (32), ein Elektroingenieur.

Die verbotene Gewerkschaft unterhält seit fast einem Jahr bereits in rund zwanzig Städten Untergrund-Rundfunksender. In Warschau, Po*sen, Krakau und Thorn ist es „Solida*rität" bislang regelmäßig gelungen, während der Stoßzeiten im amtlichen Fernsehen die Parole „Solidarität lebt" *einzublenden, manchmal sogar* mit Ton.

Der Verantwortliche der verbotenen Gewerkschaft für die Region Stettin, Stanislaw Wadolowski (47), der am Freitag in seiner Wohnung verhaftet worden war, wurde am *Montag wieder freigelassen.* Wie Wadolowski selbst gegenüber der Nachrichtenagentur AFP erklärte, wurde ihm von den Sicherheitsbehörden *kein Grund für seine Festnahme* genannt. Er sei sofort in eine Haftzelle geführt und nach 46 Stunden wieder freigelassen worden, ohne verhört worden zu sein.

Ostblock-Gipfel Ende Oktober

DW. Ost-Berlin

Ein Gipfeltreffen des Warschauer Pakts wird nach Informationen aus diplomatischen Kreisen in Ost-Berlin *Ende des Monats in Sofia stattfinden.* Als Termin sei der 21. bis 23. Oktober vorgesehen. Das Treffen des Politischen Beratenden Ausschusses mit den *Parteichefs aus den sieben Mit*gliedsstaaten des östlichen Militärbündnisses diene offenbar den Vorbereitungen auf die Begegnung des sowjetischen *Parteichefs Michail* Gorbatschow mit dem amerikanischen Präsidenten Ronald Reagan im November in Genf. Ein Gipfeltreffen, *das für Anfang des Jahres* vorgesehen gewesen war, war wegen der Krankheit des damaligen Parteichefs Tschernenko verschoben worden.

Seite 12: Gorbatschow

„Der Aufschwung wird robuster"

Mk. Bonn

Die Voraussetzungen für eine stetige, lang anhaltende wirtschaftliche Aufwärtsentwicklung sind in der Bundesrepublik Deutschland gut. Nach Ansicht des Staatssekretärs im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, wird die Expansion 1986 sogar noch an Dynamik gewinnen. Nach einem Anstieg des Bruttosozialprodukts um rund 2,5 Prozent in diesem Jahr rechnet die OECD für 1986 *mit einem Plus von 2,75 Prozent.*

Für das nächste Jahr erwartet Schlecht eine Belebung des privaten Konsums. „Der Aufschwung wird damit *robuster gegenüber einer mögli*chen Abschwächung der US-Konjunktur und des Welthandelsvolumens", sagte der Staatssekretär.

Seite 13: Schnelle Umsetzung

Kein Kommentar zu Reagan-Einladung

DW. Paris

Mit „Kein Kommentar" ist in Paris die Frage beantwortet worden, ob Präsident Mitterrand der Einladung von US-Präsident Reagan zu einem Gipfeltreffen in New York folgen werde. „Le Monde" erschien mit der Schlagzeile „Einberufung eines westlichen Gipfels bringt Mitterrand in eine mißliche Lage". Der Präsident wird durch den Zeitpunkt der Reagan-Initiative vor dem Gorba*tschow-Besuch* in eine unangenehme Lage gebracht. „Le Monde" schrieb, Mitterrand wolle die wie eine „Vorladung" wirkende Einladung nicht oh*ne weiteres annehmen,* um nicht wie ein willfähiger Verbündeter zu erscheinen, sie aber auch nicht ablehnen, um das Bündnis nicht rissig erscheinen zu lassen.

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Auch in Tunis aufgespürt

Von Jürgen Liminski

Die israelische Regierung, gleich welcher Couleur, ist nicht dafür bekannt, daß sie droht, aber nicht handelt. Wenn Premier Peres in einem Rundfunkinterview sagt: „Es besteht kein Zweifel daran, daß die PLO unter der persönlichen Leitung ihres Führers Yassir Arafat bis zum heutigen Tag terroristische Anschläge gegen Israel verübt – und ich sage das als jemand, der im Besitz zuverlässiger Berichte ist", dann ist es für die Terrorkader der PLO höchste Zeit, in Deckung zu gehen, ganz gleich, wo sie sich befinden.

Nun hat die israelische Luftwaffe wieder zugeschlagen, nachdem die Marine im Zeitraum von wenigen Wochen mehrere PLO-Kommandos aufgriff, die die israelische Küste mit dem Auftrag ansteuerten, dort soviel Juden wie möglich umzubringen. Andere Kommandos kamen durch und haben Anschläge begangen. Ihre Befehlshaber saßen im Hauptquartier der Fatah in Tunis.

Am selben Ort erklärte der Revolutionsrat der Fatah noch Ende August: „Eine weitere bewaffnete Eskalation, mehr Opfer und andauernde nationale und revolutionäre Treue im Kampf, das ist der goldene Weg zum Sieg. Die Revolution wird weitergehen, bis der Sieg errungen ist." Wie ernst diese Worte zu nehmen waren, hat man seither gesehen.

Und wie seinerzeit beim Angriff auf den Atomreaktor bei Bagdad mußte Jerusalem nun wieder abwägen, ob es wegen der zu erwartenden internationalen Reaktion auf Präventivschläge verzichtet, oder ob der Versuch unternommen werden sollte, den PLO-Terror wieder einmal an der Quelle zu treffen. Das ist für die Regierung Peres nicht nur eine militärische Frage. Auslösender Faktor aber war natürlich die Geiselnahme mit drei Morden in Larnaca.

Früher flogen die israelischen Jäger nach Norden, in Richtung Beirut. Jetzt sitzt die PLO in Tunis, das heißt Westkurs. Von wo immer die PLO ihre Aktionen startet, Israel wird sich kaum von Friedensinitiativen oder UN-Organisationen vorschreiben lassen, wie die vitalen Interessen des Landes zu verteidigen sind. Wer Israels Abwehrmaßnahmen mißbilligt, sollte der PLO ein Ende des Terrors empfehlen.

Wunder aus der Tüte

Von Fritz Wirth

Nun also packen die Sowjets in Genf – sorgfältig synchronisiert mit der ersten Westreise ihres Generalsekretärs Gorbatschow nach Paris – ihre große Raketenwundertüte aus. Und wie es Wundertüten oft an sich haben: Ihr Inhalt ist zumeist eher verwunderlich denn bewundernswert. Nach allem, was bisher in Washington über diesen Inhalt zu erfahren ist, bleibt er deutlich hinter den von Moskau so hochgeschraubten Erwartungen zurück. Die Tatsache, daß die Sowjets in Genf zum ersten Mal bereit sind, über die Reduzierung von nuklearen Offensivwaffen zu sprechen, und dazu noch die eindrucksvolle Raketenabbaupauschale von 50 Prozent nannten, hat bei einigen Beobachtern schon genügt, Hoffnungen auf einen Stimmungswandel im Kreml zu wecken.

Das muß zu Enttäuschungen führen. Die ersten amerikanischen Beurteilungen der sowjetischen Vorschläge operieren mit der Vokabel „ungleichgewichtig". Gleichgewichtigkeit aber ist das Schlüsselwort jeder vernünftigen Abrüstung. Die Verletzung dieses Prinzips bedeutet nukleare Instabilität, die aber ist eine Gefahr für den Frieden. Nukleares Ungleichgewicht, herbeigeführt durch ein verlockend eindrucksvolles Pauschal-Reduzierungsprogramm von 50 Prozent, kann deshalb weder im Interesse der Sowjetunion noch der USA sein.

Die bisher bekanntgewordenen Einzelheiten der sowjetischen Initiative vermitteln den Eindruck, als sei sie besonders auf Europa konzentriert mit dem Versuch, die NATO-Nachrüstung mit einer Nach-Abrüstung zu neutralisieren oder gar rückgängig zu machen. Das aber wäre keine ernst zu nehmende Abrüstungsinitiative, es wäre bloße Schlitzohrigkeit.

Das alles ist noch kein Grund, die sowjetische Initiative bereits jetzt vom Tisch zu wischen. Was dort in Genf in den letzten zwei Tagen vorgelegt wurde, war nach sechsmonatiger Sprachlosigkeit zu amerikanischen Vorschlägen das erste Wort der Sowjets. Es ist jetzt Sache amerikanischen Verhandlungsgeschicks, herauszufinden, was denn ihr letztes Wort ist. Dieser Erkundungsprozeß kann freilich unter Umständen noch Jahre dauern. Wunder – selbst in Wundertüten verpackte – dauern, besonders im Kreml, etwas länger.

Gnadenlos?

Von Joachim Neander

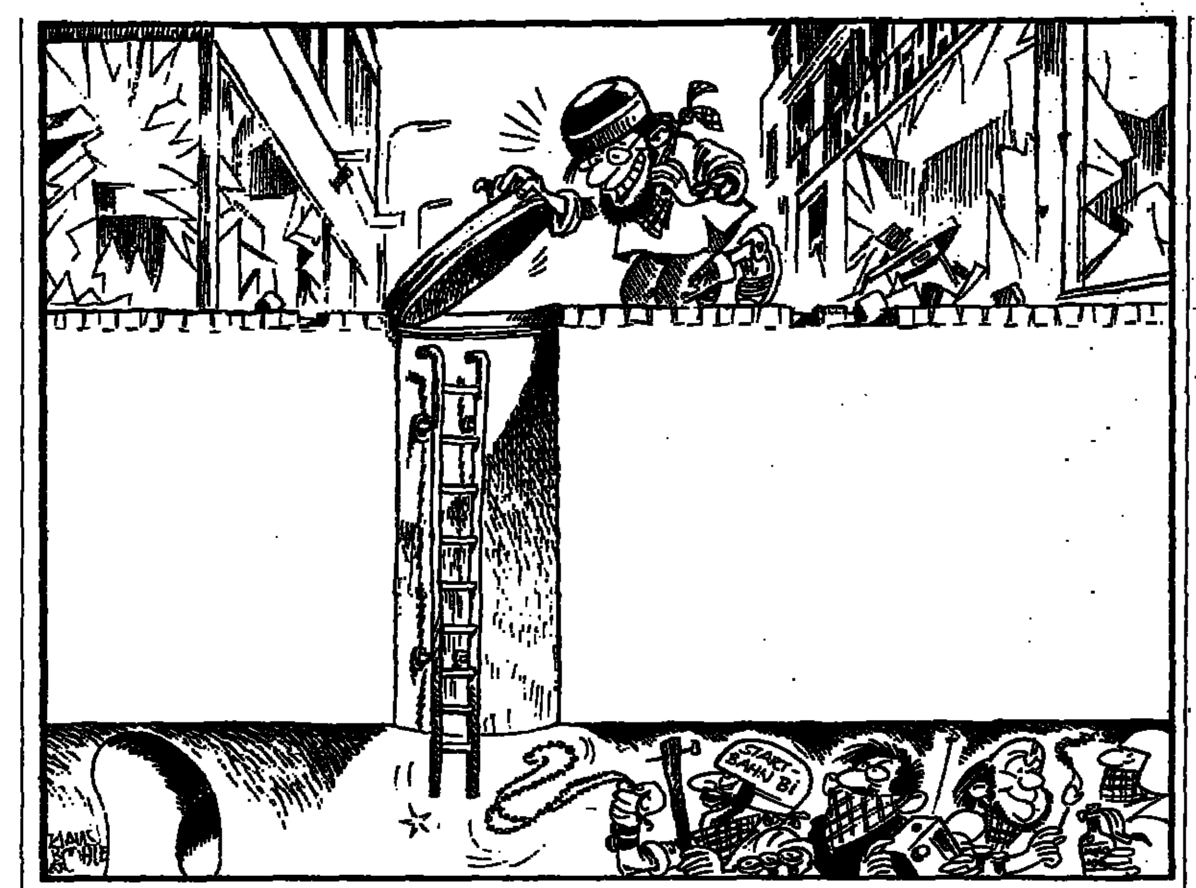
Die christliche Partei, so hört man jetzt von allen Seiten, habe wieder mal höchst unchristlich gehandelt. Weil sie den armen Bernhard Worms „gnadenlos abserviert" hat.

Aber worin hätte denn die geforderte Gnade bestehen sollen? Den Mann anstandshalber noch ein halbes Jahr in Amt und Würden halten, vielleicht durch ein vorher abgesprochenes „ehrenvolles" Abstimmungsergebnis?

Die Demokratie – und dies rühmen bekanntlich vor allem jene, die jetzt die Union schelten – vergibt Führungsaufträge auf Zeit. Die Erfüllung des Auftrags wird am Erfolg gemessen, nicht zuletzt am Wahlerfolg. Irgendwo ist Demokratie auch Zählwettspiel. Der Verlierer scheidet nur dann nicht automatisch aus, wenn man ihm noch eine Chance in der nächsten Runde gibt. Dies haben ja auch auf der anderen Seite Männer wie Karl Ravens, Hans Apel, Helmut Rothemund und – fast schon vergessen – Erhard Eppler mit dem gleichen tiefempfundenen mitleidigen Genossenhändedruck erfahren und akzeptiert.

Grausam ist, wenn schon, eigentlich etwas anderes. Die politischen Parteien lassen sich vor entscheidenden Wahlen mitunter verlocken, ihre Spitzenleute nicht nach objektiven Führungskriterien – z. B. natürliche Autorität, Intelligenz, Überzeugungskraft – zu wählen, sondern nach Eigenschaften, von denen sie glauben, der Wähler werde sie aus irgendeinem Grunde mögen. Ganz direkt: Mit Worms wurde doch der biedere, gradlinige, schlichte, Um-Gottes-willen-bloß-nicht-Biedenkopf auf den Schild gehoben, damit ihn die biederen, gradlinigen, schlichten Menschen an Rhein und Ruhr ankreuzen. Nicht mehr die Person, das Abziehbild, das die Leute sich von ihr machen, war gemeint.

Gelegentlich rächt sich das. Da wird dann deutlich, daß man mit diesem Verfahren nicht nur dem Wähler, sondern, eigentlich schlimmer, dem Kandidaten Unrecht zufügt. Daß viele das vorher gewußt oder mindestens geahnt und Bernhard Worms dennoch zum Spitzenkandidaten gewählt haben, ist der zu rügende Fehler, nicht aber die durchaus logische Korrektur, die jetzt vorgenommen wird.



„Kommt nur erst mal rauf – einen neuen Anlaß finden wir schon!" KLAUS BÖHLE

Wer keine Wahl hat

Von Carl Gustaf Ströhm

In jenen politischen Systemen, in denen es bei Wahlen nichts zu wählen gibt, wird die Höhe der Wahlbeteiligung zum Kriterium für den Erfolg des Regimes. Das gilt auch für die am 13. Oktober bevorstehenden „Wahlen" zum polnischen Parlament. Da das Ergebnis von vornherein feststeht, kommt es für das Regime Jaruzelski darauf an, durch eine hohe Beteiligung Stabilität und Zustimmung der Bevölkerung vorzutäuschen.

Nun sind in Polen zwar jene Zeiten vorbei, da bei den „Volkswahlen" gemäß Einheitsliste astronomische Beteiligungszahlen von 99,9 Prozent erzielt wurden. Heute muß Jaruzelski froh sein, wenn er 75 bis 80 Prozent erreicht. Kommt weniger zustande, wäre das eine Niederlage der Regierung.

Um der polnischen Bevölkerung wenigstens einen Anreiz zu bieten, ist der General auf ein seltames Kompensationsgeschäft verfallen. Bei genügender Wahlbeteiligung stellte er eine neue Amnestie für politische Häftlinge in Aussicht. In Polen sitzen, obwohl es erst vor einem Jahr eine Amnestie gab, wieder 250 politische Gefangene hinter Gittern (nach Zählung der „Solidarität" sogar noch mehr). Der Tauschhandel ist also klar: Das Volk soll möglichst zahlreich an die Wahlurnen gehen, damit Jaruzelski und seine Leute gegenüber Moskau und dem Westen erklären können, in Polen sei alles wieder stabil. Dafür erhält das Volk die eingesperrten „Politischen" zurückgeliefert.

Der Nachweis der „Stabilität" ist für Jaruzelski aus zwei Gründen wichtig. Einmal ist der neue Besen Gorbatschow im Kreml mit den Leistungen der polnischen Genossen nicht zufrieden. Noch wichtiger aber ist den Polen die Aufhebung der amerikanischen Sanktionsbeschlüsse. Hier setzt Jaruzelski darauf, eine gewisse Akzeptanz seines Regimes vorspiegeln zu können. Die Polen also können und werden denjenigen im Westen, die „im Interesse der polnischen Menschen" nach Aufhebung der westlichen Sanktionen rufen, durchaus signalisieren, was sie selbst davon halten.

Die Sowjets haben die Frage nach der Stabilität Polens auf ihre Weise beantwortet: Moskau arbeitet fieberhaft an der Errichtung einer direkten Mammut-Fährverbindung zwischen dem sowjetischen Ostseehafen Memel (Klaipeda) und der Insel Rügen in der „DDR". Diese Seebrücke soll bis 1990 von sechs großen Fährschiffen betrieben werden, von denen jede die unglaubliche Zahl von hundertdrei sowjetischen Breitspur-Eisenbahnwaggons (samt, natürlich, entsprechendem Kriegsmaterial mit Panzern) aufnehmen können. Je drei werden unter sowjetischer und unter „DDR"-Flagge laufen. Die Parallele zur bereits bestehenden Fährverbindung Odessa-Warna zwischen der Sowjetunion und Bulgarien drängt sich auf. Auch hier wird ein „unzuverlässiger" Bündnispartner, in diesem Falle Rumänien, umgangen. Im Falle Polen haben die Sowjets ihre Lehren aus den Erfahrungen des Jahres 1980 gezogen, als es nach Streiks polnischer Eisenbahner auf den acht Eisenbahn-Transitstrekken zwischen UdSSR und „DDR" aussah.

Die polnische Opposition hat auf dem Versuch General Jaruzelskis, die Stabilität solcherart zu beweisen, mit deutlichen Worten reagiert. Arbeiterführer Lech Walesa sprach von einer „vulgären Erpressung", und der Bürgerrechtskämpfer und „Solidaritäts"-Berater Jacek Kuron meinte, die Regierung werde zwar eine Beteiligung von 85 Prozent bekanntgeben, aber die Opposition werde die wahren Ziffern nennen. Beziehungsvoll meinte er an bestimmte westliche Adressen: „Ich glaube, man mißt den Worten führender Politiker aus sozialistischen Staaten zu viel Bedeutung bei." Der polnische Partei- und Staatschef hat anläßlich seines Aufenthalts bei der UNO in New York wieder einmal die Gewerkschaft „Solidarität" für tot erklärt.



Aufruf zum Wahlboykott: Walesa FOTO: AP

Jaruzelski setzt seine Hoffnungen auf zwei einander widersprechende und einander eigentlich ausschließende Tendenzen in der polnischen Gesellschaft von heute: Einmal rechnet er damit, die Bevölkerung werde nach dem vorläufigen Scheitern der „Solidarität" und dem Verfliegen aller Freiheitshoffnungen in so tiefe und dauerhafte Apathie verfallen, daß die Gefahr einer aktiven Unterstützung der Opposition nicht mehr gegeben sei. Apathie, Unlust, ein Gefühl von Sinnlosigkeit sollen also jenes Regime stabilisieren, das die Freiheitshoffnungen der Polen erst einmal ruiniert hat.

Zugleich aber ist Jaruzelski, der die Apathie der Polen in politischen Fragen geradezu herbeiwünscht, mit eben dieser Apathie im Bereich der Arbeit und Produktion höchst unzufrieden. Der General muß also täglich aufs neue die Quadratur des Kreises versuchen, Arbeitseifer und zugleich politische Enthaltsamkeit zu beflügeln. Bisher gibt es keine Anzeichen für einen Erfolg. Die westlichen Gläubiger sind bereit, im Falle Polen über vieles hinwegzusehen, worüber sie in Südafrika oder Chile keinesfalls schweigen würden. Aber für den kommunistischen General an der Weichsel beginnt jetzt die Zeit knapp zu werden, nachdem er ursprünglich glaubte, eben diese Zeit werde vieles von selber heilen.

Wie will Polen den Anschluß an die moderne Technik gewinnen, wie will es überhaupt je wieder auf dem Weltmarkt konkurrieren? Vielleicht dämmert es dem General, daß man eine Volkswirtschaft, eine ganze Nation und eine intellektuelle Elite auf die Dauer nicht wie eine Panzerdivision oder wie einen Politlehrgang auf der Kaderschule führen kann. Aber General Jaruzelski kann nicht zurück; das System läßt es nicht zu. So kann es sein, daß der angebliche Krisen-Retter sein Land erst recht in eine Dauerkrise gestürzt hat. Man wird nach dem 13. Oktober näheres darüber hören.

IM GESPRÄCH Günter Zavelberg

Haushalts-Fachmann

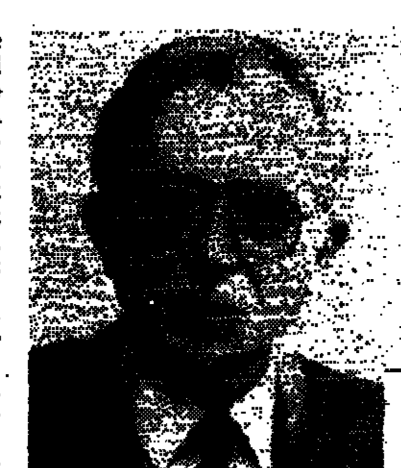
Von Heinz Heck

Der mächtige CSU-Vorsitzende hat ihn empfohlen, und nun soll Günter Zavelberg (56) die Nachfolge des aus Altersgründen scheidenden Präsidenten des Bundesrechnungshofs, Karl Wittrock, antreten. Da zugleich BRH-Abteilungsdirektor Ernst Heuer (52), der der SPD zugerechnet wird, zu seinem Vize gewählt werden soll, gilt dieses „Ticket" im Parlament als mehrheitsfähig.

Eine Zitterpartie dürfte damit vermieden werden. Das galt noch bis vor kurzem als keineswegs ausgemacht. Die Gründe liegen auf der Hand. Durch die letztlich auf parlamentarische Initiative zurückgehende Änderung des Bundesrechnungshofgesetzes werden die Präsidenten des obersten Kontrollorgans des Bundes in allen Fragen der Haushaltsführung erstmals von beiden Häusern des Parlaments gewählt.

Die Parlamentarier quer durch die Fraktionen waren nicht wenig stolz auf diesen der Bundesregierung abgetrotzten Machtzuwachs. Und dies nicht nur aus taktischen, sondern auch grundsätzlichen Erwägungen. Es gehe nicht an, so etwa der Hauptverfechter der parlamentarischen Lösung, der CDU-Bundestagsabgeordnete und Vorsitzende des Rechnungsprüfungsausschusses, Bernhard Friedmann, daß die Bundesregierung selbst ihren Kontrolleur bestimme.

Die lupenreine Lösung, wonach auch das Vorschlagsrecht für die beiden Kandidaten beim Parlament – sprich: Bundestag – liege, ließ sich allerdings nicht durchsetzen. Wäre es dazu gekommen, hätte der Kandidat mit Sicherheit Friedmann geheißen, der auch mit breiter SPD-Zustimmung rechnen konnte. Aber immerhin: Eine absolute Mehrheit („Kanzler-Mehrheit") in geheimer Wahl der beiden Kammern ist schon eine gewaltige Hürde. Angesichts dieser Gefechtslage winkte auch der ursprünglich vom Bundeskanzler favorisierte



Strauß setzte sich durch: Rechnungsprüfer Zavelberg FOTO: DIE WELT

Intimus aus dem Kanzleramt, Staatssekretär Waldemar Schreckenberger bereits ab, bevor die heiße Phase erreicht war.

Es überrascht nicht, daß sich gerade Strauß für Zavelberg stark macht, der kurz nach der Bonner „Wende", vor genau zweieinhalb Jahren, von der Bundesregierung zum BRH-Vizepräsidenten bestellt wurde – damals noch nach altem Recht. Zavelberg kann auf reiche Erfahrung gerade im Haushaltswesen zurückblicken. Unter dem damaligen Finanzminister Strauß, in der Großen Koalition, war Zavelberg als Referatsleiter für die Einführung der mittelfristigen Finanzplanung zuständig. Mit dem Regierungswechsel 1969 verabschiedete er sich aus dem Ministerium und wurde in der Bonner Unionsfraktion zum haushaltspolitischen Vordenker der Politiker. Beim Regierungswechsel 1982 kehrte er als Unterabteilungsleiter in die Haushaltsabteilung des Ministeriums zurück. Also: der Umgang mit Steuergeldern ist ihm vertraut, die Kontrolle darüber auch.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Krawalle nach dem Frankfurter Todesfall beschäftigen viele Zeitungen:

KRONENZEITUNG

Die „spontane antifaschistische Protestkundgebung", die Samstag abend in Frankfurt gegen die Neonazis stattfand, war jedoch nur ein schäbiger Vorwand, um ein gewalttätiges Kräftemessen mit der Polizei zu starten. **(Wien)**

Berner Zeitung BZ

Sie werden versuchen, den Todesfall von Frankfurt zum Anlaß für weitere Krawalle zu machen. Sie sind es, die Demonstrationen in der Bundesrepublik in Verruf gebracht haben.

Kieler Nachrichten

Wer glaubt bei dieser Lawine der Gewalt tatsächlich noch an spontane Aktionen? Nein – ganz offensichtlich leben überall in der Bundesrepublik Randgruppen, die nur auf ein Zeichen zum Angriff gegen den Staat gewartet haben.

DIE RHEINPFALZ

Wir sollen uns nicht täuschen: Mögen in den vergangenen Jahren die Demonstrationen der Friedensbewegung noch friedvoll verlaufen sein, der Wille zur Gewalt ist geblieben. **(Ludwigshafen)**

Allgemeine Zeitung

Ausgerechnet die amtliche sowjetische Nachrichtenagentur Tass wittert hinter dem Tod eines Demonstranten eine „vorsätzliche Aktion" der Ordnungshüter und wirft der Polizei vor, die „Neonazisten der NPD" in Schutz genommen und die Macht ihres „Unterdrückungsapparates" gegen die Teilnehmer einer friedlichen Demonstration eingesetzt zu haben. Diese böswillige Unterstellung ist um so verwerflicher, als sie aus einem Land kommt, in dem Demonstrationen selbst friedlichster Art auch in der Zeit nach Stalin noch immer undenkbar sind. **(Mainz)**

WESTFALENPOST

Die Terrorflitzer verstehen ihr Handwerk. Frankfurt ist seit langem die Lehrschule für alle Aufrührer. Dort ist es an der Tagesordnung, daß fünfzig erfahrene Gewaltinstrukteure eine zögernde Masse zu Räubern und Brandstiftern mit Steinzeitmanieren entzünden können. **(Hagen)**

Westfälische Nachrichten

Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinem Brokdorf-Urteil zum Demonstrationsverbot nicht die Klärung herbeigeführt, die die Exekutive zur Entscheidung im Einzelfall benötigt. **(Münster)**

Schwarzwälder Bote

Die Unterstellung, der Fahrer des Wasserwerfers habe den Getöteten gezielt überrollt, ist zu infam, als daß sie ernst genommen zu werden verdiente. **(Oberndorf)**

General-Anzeiger

Die mittelbare Schuld an dem Tod eines Demonstranten trifft aber in jedem Fall eine Meute Randalierer, deren Porträtfotos schon bei vielen Demonstrationen in der Bundesrepublik in die Akten der Polizei wanderten. **(Bonn)**

Hätte man nicht großflächiger absperren müssen?

Die Angst der hessischen Regierung vor der Verantwortung / Von Enno v. Loewenstern

So ändern sich die Zeiten. Vor zwei Monaten erst wurde der Brokdorf-Beschluß des Bundesverfassungsgerichts quer durch die Medien mit Jubelrufen wie „Eine Demonstration für die Bürgerfreiheit" (Die „Zeit") begrüßt; die „Frankfurter Rundschau" mokierte sich: „Den Protest der Konservativen ... hört man schon." Jetzt klingt es quer durch dieselben Medien anders, etwa: „Die Frage stellt sich auch, ob der eine oder andere Karlsruher Richter beim Nachlesen des von ihm Ende Juli mitgefällten Brokdorf-Urteils heute, angesichts der aktuellen Ereignisse, den einen oder anderen Akzent nicht etwas anders setzen würde" („Saarbrücker Zeitung"). Und die „Frankfurter Rundschau" meint betreten an die Adresse der hessischen Obrigkeit: „Hätte man nicht großflächiger absperren müssen?"

Aber just um die großflächige Absperrung war es in Brokdorf gegangen. Der angekündigte Mit-Aufmarsch von Gewalttätern in einer Demonstration sollte rechtzeitig abgefangen werden. Der Erste Senat des Bundesverfassungsgerichts aber kritisierte damals die Verwaltung wegen der von ihr verordneten großflächigen Bannmeile von 210 Quadratkilometern und wies die Behörden an, „versammlungsfreundlich zu verfahren": Der Schutz der Versammlungsfreiheit bleibe „auch dann erhalten, wenn mit Ausschreitungen durch einzelne oder eine Minderheit zu rechnen ist".

Die Polizei wiederum wurde davor gewarnt, „etwa den Zugang zu einer Demonstration durch Behinderung von Anfahrten und schleppende vorbeugende Kontrollen unzumutbar zu erschweren oder ihren staatsfreien unreglementierten Charakter durch exzessive Observationen und Registrierungen" zu „verändern".

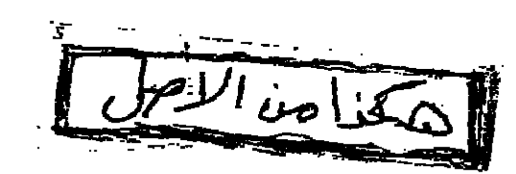
Da ist es, wo die Akzente anders zu setzen wären. Der Aufmarsch von etwa siebenhundert Demonstranten gegen die NPD verlief zunächst friedlich; die Gewalttäter kamen erst anschließend. Hätte man vorbeugend kontrolliert, so hätten sie sich erst gar nicht zusammenrotten können. Vor allem: observierte und registrierte man sie rechtzeitig, dann könnte man ihnen leichter das Handwerk legen.

Nach bisheriger Erfahrung gibt es eine Wanderarmee von einigen tausend Leuten im Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, die bald da und bald dort zuschlägt. Dem Druck von interessierter Seite ist es gelungen, Obervierung und Registrierung dieser reisenden Schläger weitgehend zu verhindern; typisch sind hier die diffamierenden Ausdrücke „schleppend" und „exzessiv" im Brokdorf-Beschluß. Es gäbe sehr wohl gesetzliche Mittel gegen die Umtriebe von Berufsschlägern, und wenn sie nicht ausreichten, könnte man sie schaffen. Aber zuerst muß man die Leute kennen; was nun in den Fußballstadien möglich zu sein scheint, nämlich die Registrierung und Observierung bekannter Gewaltgeneigter, das darf bei „politisch motivierten" (als das gelten sie, auch wenn sie Juwelierauslagen oder Kaffeehandlungen plündern) Gewalttätern nicht länger mit Weherufen wie: „Datenschutz" und „Überwachungsstaat" verhindert werden. Dabei ist der Vorwand – ob es nun um Raketen, Kernkraft, Hausbesetzungen, NPD-Versammlungen oder was immer geht – den organisierten Schlägern gleichgültig; sie interessiert nur, daß sie ein Alibi haben, das sie politisch verkaufen können. Dann nämlich können sie mit Schützenhilfe rechnen; auch hier haben die Grünen die Polizei im Zusammenhang mit dem Todesfall Saré verdächtigt.

Und nun kommt, was die Affäre in die Dimension eines Skandals hebt: Der hessische Innenminister Winterstein beruft den Präsidenten des hessischen Staatsgerichtshofes, Gerhard Kleinschmidt, dramatisch zum Ober-Untersuchungsführer in Hessen, als „unabhängigen Beauftragten".

Das sollte zwar getarnt werden durch die Versicherung, die Staatsanwaltschaft allein habe die eventuelle strafrechtliche Verantwortung zu klären. Der Gerichtspräsident müsse nur „dienstaufsichtliche Fragen" untersuchen. Aber als wäre nicht offensichtlich, daß die hessische Regierung sich hinter den Rücken eines, nun, sprechen wir es aus: Unverdächtigen flüchtet und ihre eigene Staatsanwaltschaft bloßstellt: dem ungeschickten Winterstein unterlief auch noch die verräterische Fehlleistung, unter den zu klärenden Fragen zu nennen: „Welche Tatbestände sind über den Ablauf der Ereignisse und die Todesursache bekannt?" Genau das ist Sache der Staatsanwaltschaft – oder wäre ihre Sache.

Die hessische Regierung geht also selbst davon aus, daß sie kein Vertrauen erwartet. Aber sie kann nicht im Ernst glauben, die Öffentlichkeit der normalen Staatsbürger traue ihrer Staatsanwaltschaft die Vertuschung einer Straftat zu. Geht es der Regierung Börner darum, bei diesen Schlägern und deren Sympathisanten gut Wetter zu machen? Was für ein Armutszeugnis einer moralisch heruntergewirtschafteten Regierung. Was fällt ihnen als nächstes ein – womöglich ausländische Beobachter zur Überwachung des Rechtsstaats?



Diether Hoffmann – ein Mann schwimmt gegen den Strom

Als Vorstandsmitglied der Bank für Gemeinwirtschaft erwarb sich Diether Hoffmann den Ruf eines grundsoliden Bankers. Nach drei Jahren als Boß der angeschlagenen „Neuen Heimat" spricht man vom „ruppigen Sanierer".

Von UWE BAHNSEN

Er steht mit dem Rücken an der Wand und verhält sich auch so" – gemeint ist der Chef der „Neuen Heimat", Diether Hoffmann. Das Votum stammt von einem seiner härtesten Widersacher im Hamburger Rathaus, dem CDU-Abgeordneten Karl-Heinz Ehlers. Im Gespräch unter vier Augen räumen freilich auch sachkundige Politiker der sozialdemokratischen Regierungspartei ein, daß sie ihren Genossen Hoffmann nicht anders sehen.

Der 56jährige frühere Gemeinwirtschaftsbankier, der im Februar 1982 nach der Aufdeckung des Bereicherungsskandals um die damaligen NH-Bosse Vietor und Genossen mit der äußerst schwierigen Aufgabe an die Elbe entsandt worden war, den maroden Gewerkschaftsbaukonzern vor dem Zusammenbruch zu retten, hat sich seither in harter Arbeit bemüht, den in völlige Schieflage geratenen Bauriesen zu stabilisieren. Bei der Begründung und Rechtfertigung der auf dieses Ziel gerichteten Geschäftspolitik geht er freilich mit Methoden vor, die ihm weit über die Hansestadt hinaus den Ruf eines „ruppigen Sanierers" eingetragen haben.

Diese Charakterisierung bezieht sich sowohl auf die Art und Weise, in der Hoffmann sich von früheren wohnungspolitischen Positionen verabschiedet hat, weil ihm keine andere Wahl blieb (das räumen auch seine Gegner ein), als auch auf den rüden Ton, in dem er sich gegen Kritik aus dem politischen Raum zur Wehr setzt. Beispiele dafür hat er soeben erneut geliefert, als er die jüngste Debatte in der „Aktuellen Stunde" des Bundestages über die Wohnungsverkäufe der „Neuen Heimat" kurzerhand als „Theaterdonner" abtat – und das, obwohl selbst SPD-Sprecher scharfe Kritik an der rigorosen Manier übten, in der Hoffmann den Wohnungsbestand des Konzerns drastisch reduziert, um Geld in die Kassen zu bekommen, und dabei de facto die staatlichen Subventionen für diese Wohnungen mit heranzieht, um das Unternehmen zu retten.

Eine bittere Kostprobe dieser Geschäftspolitik hatte Hoffmann vor kurzem dem Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi serviert, als er dem Spitzengenossen eröffnete, der NH-Konzern werde in der Hansestadt mehr als 4700 Wohnungen auf einen Schlag verkaufen. Hoffmann: „Ich habe den Bürgermeister vor vollendete Tatsachen gestellt. Er war tief betroffen."

Diese Reaktion war nicht verwunderlich, denn vor drei Jahren hatte Dohnanyis damaliger Bausenator Günter Apel noch öffentlich dementiert, die „Neue Heimat" wolle in Hamburg 4000 Wohnungen veräußern, und sich dabei auf eine feste Zusage Hoffmanns berufen, die „er heute mir gegenüber bekräftigt hat" – das war am 25. November 1982. Die Reaktion der Mieter auf solchen Sinneswandel hat Hoffmann natürlich kühl einkalkuliert: „Wir müssen es in Kauf nehmen, daß die Mieter Angst haben." Er habe die Aufgabe, den Konzern wieder auf Kurs zu bringen.

Auch im Hinblick auf die Ursachen für die anhaltende Misere, in der die „Neue Heimat" steckt, hat Hoffmann frühere Erkenntnisse längst ad acta gelegt. Im Juni 1982 etwa mochte er immerhin noch eingestehen, daß es zu Vietors Zeiten in der Führungsetage des Gewerkschaftskonzerns einen „Sumpf" gab; doch sei er „schon trockengelegt". Als Zeuge vor dem parlamentarischen Untersuchungsausschuß der Hamburger Bürgerschaft hingegen, der die Rechtsaufsicht der zuständigen Behörden über den gemeinnützigen NH-Konzernbereich überprüfen soll, bestritt Hoffmann im Mai dieses Jahres vehement und mit Entrüstung, daß er sein Amt als NH-Sanierer mit dem Vorsatz angetreten habe, einen „Sumpf trockenzulegen"; er sei nicht bereit, sich „derartiges zuschreiben zu lassen". Im übrigen sei das Wort „Sumpf" völlig unangemessen, denn: „Es ging nicht darum, einen Sumpf trockenzulegen, sondern einige Probleme zu lösen." In den Akten der Ausschußmitglieder stand das Gegenteil.

Zu diesem Ausschuß, insbesondere dem Vorsitzenden Ulrich Hartmann (SPD) und seinem christdemokratischen Stellvertreter Karl-Heinz Ehlers, hat der NH-Chef ein besonders gespanntes Verhältnis. Dem CDU-Obmann Ehlers attestierte er schon öffentlich völlige Inkompetenz, und die Art und Weise, in der Hartmann und Ehlers insbesondere die Zeugen aus dem NH-Konzern befragten, veranlaßte den Volljuristen Hoffmann zu einem geharnischten Brief an den Bürgerschaftspräsidenten Peter Schulz.

Der NH-Topmanager rügte darin – übrigens nicht völlig zu Unrecht – Schärfen bei den Vernehmungen von NH-Zeugen, die sich „kein Angeklagter in einem Strafverfahren von einem Richter gefallen lassen müßte". Allerdings ist Hartmann und Ehlers in den öffentlichen Ausschußsitzungen vornehmlich dann der Kragen geplatzt, wenn Zeugen aus der NH-Führungsetage sich partout überhaupt nicht mehr an gravierende Sachverhalte erinnern konnten, an denen sie intensiv beteiligt gewesen waren, oder wenn sie schlichtweg etwas ganz anderes aussagten, als schwarz auf weiß in den Ausschußakten stand.

Wenn man von seinen Ausfällen in mittlerweile so ziemlich alle politischen Himmelsrichtungen absieht, ist Zigarrenraucher Hoffmann bei öffentlichen Auftritten in der Regel bestrebt, den Eindruck eines grundsoliden Bankers zu vermitteln, der die Zahlen im Kopf und das Institut, dem er vorsteht, im Griff hat. Mit diesem Image hat Hoffmann insbesondere deshalb keine Schwierigkeiten, weil er ein durchaus renommierter Banker war. Der gebürtige Berliner wollte eigentlich Chemie studieren, entschied sich aber für ein Jurastudium in Frankfurt. Seine ersten Stationen waren anschließend die Deutsche Schlaf- und Speisewagengesellschaft und die Deutsche Bank. 1959 trat er in die gewerkschaftseigene Bank für Gemeinwirtschaft ein. Elf Jahre später war er ordentliches BfG-Vorstandsmitglied.



Neue-Heimat-Chef Diether Hoffmann geht einen schweren Weg
FOTO: R. SCHULZE-VORBERG

Als passionierter Schwimmer muß Diether Hoffmann seit seiner Abkommandierung auf den Chefsessel der „Neuen Heimat" im wahrsten Sinne des Wortes gegen den Strom schwimmen. Er kann tun und lassen, was er will – er erntet eigentlich nur noch Kritik: Von den verängstigten Mietern, von den Politikern auch der eigenen Partei, von den Gewerkschaften, die ihre hohen Kapitalnachschüsse der vergangenen Jahre nur mit zusammengebissenen Zähnen geleistet haben, weitere Mittel nicht mehr zur Verfügung stellen wollen, und im übrigen argwöhnisch den unabweisbaren Personalabbau im NH-Konzern verfolgen. „Hoffmanns Erzählungen" – das ist noch die mildeste Form der Aversion, auf die er oftstößt, wenn er „bad news" zu verkünden hat.

Ein As freilich hat der Dr. Hoffmann im Ärmel. Weit und breit ist außer ihm niemand zu sehen, der diese Sisyphusarbeit leisten könnte.

Kontinuität, Qualität und Phantasie

Generationswechsel in der Chefredaktion der WELT: Gestern übernahmen Peter Gillies (46) und Manfred Schell (40) die Redaktionsleitung des Blattes.

„DIE WELT wird eine charaktervolle politische Tageszeitung bleiben. Ihre journalistische Mannschaft hat dem anspruchsvollen Leser zu dienen. Kontinuität, Qualität und Phantasie werden dabei das WELT-Profil markieren." So umrissen gestern die beiden neuen Chefredakteure vor der morgendlichen Redaktionskonferenz die Aufgabe der Zeitung.

Dr. Herbert Kremp (57), jetzt Herausgeber der WELT, hatte am Abend zuvor den Standort der WELT so präzisiert: „In der Sache, der politischen zumal, wird in dieser Zeitung abgewogen, maßgenommen und dann ohne Schwanken geurteilt. DIE WELT ist liberal in Sinne der politischen Ideengeschichte, und sie ist konservativ im Wertempfinden. So wollte Axel Springer DIE WELT, als ich 1969 in dieses Haus kam. Wir sind die Mitte."

Für die Redaktion sind die beiden Chefredakteure so wenig Neulinge wie der Stellvertretende Chefredakteur Dr. Günter Zehm. Peter Gillies, 1939 in Berlin geboren, kam 1966 zur WELT in Hamburg. Nach dem Abitur 1958 hatte er eine Lehre als Bankkaufmann absolviert; ein wirtschaftswissenschaftliches Studium schloß sich an. Der junge Diplom-Kaufmann wurde 1967 als Wirtschaftskorrespondent nach Berlin geschickt, 1969 wechselte er in das Bonner Büro der Zeitung.

Im Jahre 1977 vertraute man Gillies die Leitung des Bonner Korrespondentenbüros an, vier Jahre später rückte er als Stellvertretender Chefredakteur in die Leitung des Blattes ein. Die Leser der WELT, aber auch seine Kollegen wissen, daß ihn mit dem Modell der Sozialen Marktwirtschaft eine besondere Neigung verbindet. Er hält sie nicht nur für ein überlegenes Ordnungsprinzip, sondern auch für eine, wie er schrieb, „Faszination der Freiheit". Unter seinen journalistischen Auszeichnungen fallen zwei ins Auge: der Theodor-Wolff-Preis (1974) und der Ludwig-Erhard-Preis (1983).

Der Karrieresprung – wenn man schon in diesen Kategorien denkt – war bei Manfred Schell noch steiler. Vor zehn Jahren kam er – auf den Tag genau – zur WELT, seit gestern ist er ihr Chefredakteur. Der 1944 im Badischen geborene Schell war nach seiner journalistischen Ausbildung Korrespondent von United Press International (UPI) in Frankfurt und Bonn. Zusammen mit Kollegen gründete er die Nachrichtenagentur ddp (Deutscher Depeschen-Dienst) und war Mitglied ihrer Chefredaktion.

1975 gewann DIE WELT Manfred Schell als politischen Korrespondenten in Bonn; es war das Jahr, als die Zeitung von Hamburg in die Bundeshauptstadt umzog. 1981 folgte er Peter Gillies als Leiter des Bonner Büros, als dieser in die Chefredaktion wechselte. 1984 ging Manfred Schell als stellvertretender Chefredakteur in die Zentrale.

Schell ist Autor des Buches „Verrat in Bonn" über die großen Spionagefälle der Nachkriegszeit. Der Europarat in Straßburg hat ihn einst als Sachverständigen zum Thema Terrorismus gehört. Neben seinen Pflichten als politischer Journalist faszinieren ihn die Themen Spionage und Terrorismus auch heute noch.

Das Gespann Schell-Gillies im Kollegenkreis: „Der Leser will präzise und seriöse Information, er will Hintergrund und Analyse. Wir haben sie ihm zu liefern – über die Welt und in der WELT."



Chefredakteur Peter Gillies

Chefredakteur Manfred Schell
FOTOS: HANS W. HÖFT

Dankbar huldigen die Malawis ihrem „Erlöser"

Dürre, Hunger, Mißwirtschaft und Putsche, das ist Afrika, wie es sich fast täglich zeigt. Einem gelang es, aus diesem Teufelskreis auszubrechen: Kamuzu Banda, seit 22 Jahren Präsident Malawis.

Von ACHIM REMDE

Alljährlich ist „Kamuzu-Tag". Der „Ngwazi" (Erlöser), dem der Tag gilt, läßt sich dann von „Mbumba"-Tänzerinnen feiern. Aus dem ganzen Land kommen Huldigungen. Man dankt ihm, daß sich Malawi seit der Unabhängigkeit so prächtig entwickelt hat, wie man am hohen Lebensstandard und der Tatsache sehen kann, daß das Land Nahrungsmittelselbstversorger ist. Man betet in den Kirchen, daß Gott den Ngwazi beschützen möge; denn ihm sei Religionsfreiheit zu verdanken. Und so geht der Dank weiter in immer neuen Variationen.

Den Lobpreisungen auf „Seine Exzellenz, den Präsidenten auf Lebenszeit, H. Kamuzu Banda", kurz „Ngwazi" genannt, sind in Malawi keine Grenzen gesetzt. Häufig füllen sie ganze Parlamentsdebatten aus. Minister und Abgeordnete versuchen sich dabei gegenseitig zu übertreffen, und wenn ein Redner wirklich einmal die Grenze des Einfallsreichtums erreicht hat, so sagt er, daß „ihm die Worte fehlen, um angemessen die Dankbarkeit auszudrücken für all das, was seine Exzellenz, der Präsident auf Lebenszeit, Ngwazi Dr. H. Kamuzu Banda, für uns getan hat und noch immer tut!"

Der Kult des offiziell 78jährigen Präsidenten – tatsächlich ist er wohl zehn Jahre älter – nimmt in Malawi Ausmaße an, die selbst für afrikanische Verhältnisse ungewöhnlich sind. Einmalig für Afrika dürfte es aber sein, daß die Elogen berechtigt sind, und je mehr sich die Meldungen über politische Instabilität, wirtschaftlichen Niedergang und Hunger im restlichen Afrika häufen, um so hehrer wird das Bild des Ngwazi, der außer der Präsidentschaft auch die Ministerien für Äußeres, Justiz, Landwirtschaft und Bauwesen hält und Malawi in die Unabhängigkeit geführt hat.

Erfolgreich, aber kein afrikanischer Held

Der autokratische Patriarch, noch heute ein Ausbund an Vitalität und ein witziger Redner, der unter britischer Kolonialherrschaft im Gefängnis saß, ist wie viele afrikanische Führer der ersten Stunde im eigenen Land zur Legende seiner selbst geworden. Doch im Gegensatz zu Kongos Patrice Lumumba, Ghanas Kwame Nkrumah und Guineas Sékou Touré, deren hochfliegende Ideologien politisches Chaos oder wirtschaftlichen Niedergang oder beides mit sich brachten, bleibt ihm ein Platz in der Galerie afrikanischer Heroen versagt. Nicht nur weil er mit Schwarzafrikas Erzfeind, dem Apartheidstaat Südafrika, kooperiert und sogar diplomatische Beziehungen unterhält, sondern auch weil er gelegentlich nicht verhehlt, daß er die Weißen, die er als Kolonialisten bekämpft hat, in vieler Hinsicht für überlegen hält. So hat der studierte Arzt, der jahrelang in England praktizierte und zum schwarzen Savile-Row-Anzug immer einen afrikanischen Häuptlingswedel trägt, eine Eliteschule nach dem Vorbild des englischen Eton gegründet, an der nur Weiße unterrichten und mit Griechisch und Latein das klassische Bildungsideal gepflegt wird.

Den Propagandisten afrikanischer Eigenständigkeit ist das ein Greuel. Doch während Nyerere, der im benachbarten Tansania zeitlebens den „eigenen Weg" dozierte und damit auch im Westen auf Wohlgefallen stieß, nur leere Kassen vorweisen kann und den Mangel an Nahrung mit der Dürre entschuldigt, hat Malawi, das ähnliche natürliche und klimatische Bedingungen wie Tansania hat, volle Maisspeicher und Nahrungsmittelüberschüsse.

Kein Paradies, aber kein Hunger

Nicht daß Malawi ein Paradies wäre. Die Kindersterblichkeit ist hoch, das Gesundheitswesen unvollkommen. Politische Opponenten haben die Wahl zwischen Exil und Gefängnis. Es gibt sogar Fehl- und Mangelernährung. Aber es gibt keinen Hunger, und das ist Bandas Verdienst.

Die Förderung der Landwirtschaft hat ein reales Wirtschaftswachstum von 7,6 Prozent gebracht. So kann die mit drei Prozent hohe Wachstumsrate der Sieben-Millionen-Bevölkerung verkraftet werden. Die Exporteinnahmen stammen auch ganz überwiegend aus landwirtschaftlichen Produkten, vor allem Tabak. Doch die Energiekosten haben sich für Malawi seit 1980 verdoppelt. Vor allem aber sind es die Transportkosten, die ein Drittel der Exporterlöse aufzehren, seit durch die politische Unsicherheit im benachbarten Moçambique die Zufahrtswege zu den Häfen Beira und Nacala blockiert sind und Malawi deshalb alle Im- und Exporte über das 2700 km entfernte südafrikanische Durban abwickeln muß.

Hier zeigt sich die fatale Abhängigkeit des für afrikanische Verhältnisse winzigen Binnenstaates – halb so groß wie die Bundesrepublik – von seinen flächenmäßig riesigen Nachbarn. Mit amerikanischer und deutscher Hilfe soll nun eine Alternativroute zum tansanischen Daressalam ermöglicht werden. Tansania scheint seine Abneigung gegen Banda überwunden zu haben.

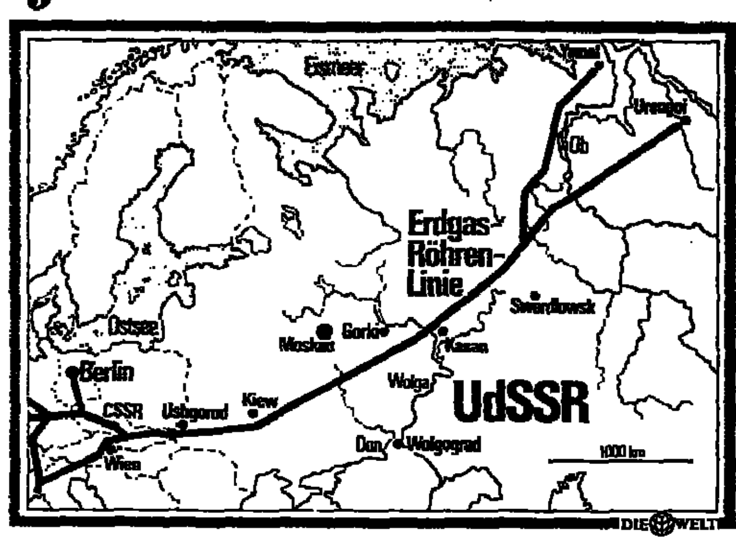
Über Bandas Nachfolge zu sprechen gilt in Malawi als Tabu. Die Prägung durch ihn kann sehr wohl den Tod überdauern und seine Einheitspartei MCP (Malawi Congress Party) den politischen Kurs fortsetzen, den er festgelegt hat. Daß die politischen Führer in Afrika auf absehbare Zeit nicht Demokraten, sondern Diktatoren sind, ist wohl nicht zu ändern. Wenn sie alle wie Banda wären, wäre es um Afrika besser bestellt.



Berlin profitiert vom Gas aus Sibirien

Von HANS-R. KARUTZ

Seit gestern kochen, braten und backen die Berliner mit sibirischem Erdgas. Moskaus Export-Schlager Nr. 1 strömt nach einer 4500 Kilometer langen Reise unter der Mauer hindurch nach West-Berlin. Die „DDR" ließ sich die 235 Transit-Kilometer auf ihrem Gebiet mit rund einer Million pro tausend Meter bezahlen. West-Berlin zieht dreifachen Nutzen aus diesem deutsch-sowjetischen Geschäft: Die Gaspreise (20 Prozent höher als in Westdeutschland) sinken, die saubere Russen-Energie tut Berlins Luft gut, die Stadt ist zum ersten Mal in ein internationales Verbundnetz eingewoben. Insgesamt erfordert das gesamte Projekt einen Aufwand von 1,5 Milliarden Mark.



4500 Kilometer lang ist die Pipeline von Sibirien nach Berlin

Auf den Moment, in dem der Regierende Bürgermeister Eberhard Diepgen gestern den berühmten roten Knopf drückte, warteten Berlins Gas-Männer rund 20 Jahre: Seit Mitte der sechziger Jahre bemühten sie sich um Zugang zur kalorienreichen Erdgas-Welt. Denn der sibirische Bodenschatz besitzt den doppelten Heizwert des Stadtgases, das seit 160 Jahren die Stadt versorgt und sie in 42 000 altpreußischen Gaslaternen noch immer erleuchtet. Zudem hinterläßt es keine Rückstände – in der Smog-Stadt Berlin, wo Ost-Braunkohlestaub und West-Schwefeldioxyd deutsch-deutschen Hustenreiz bewirken, lebenswichtig.

Weil die „DDR" jahrelang mauerte, als vor Jahrzehnten schon Berlins Anschluß an das westeuropäische Gasnetz, wesentlich von der privaten „Ruhrgas AG" mit aufgebaut, im Gespräch war, ließ erst das Tauwetter der späten siebziger Jahre zwischen Bonn und Moskau die Erdgasquellen sprudeln. Die „Ruhrgas" und die „Sojuzgaz" schlossen einen Vertrag. Am Werbellinsee einigten sich Helmut Schmidt und Erich Honecker auf die Transitleitung. Im Sommer 1983 unterschrieb Berlins städtische „Gasag" den Kundenvertrag bei der „Ruhrgas".

Die Verhandlungen über das Ost-Gas für West-Berlin nahmen teilweise abenteuerliche Züge an: Bisweilen drohte von sowjetischer Seite der Abbruch, die deutschen Verhandlungspartner mußten den Russen bis Paris nach-„jetten".

Ost-Berlin versuchte – wie immer, wenn West-Berlins Lage ihren Preis kostet –, politisch wie finanziell höchstmöglichen Gewinn zu erwirtschaften. Für die „DDR" führte Erich Honeckers Devisen-Beschaffer Alexander Schalck-Golodkowski die Verhandlungen. Nur mit Mühe konnte Staatssekretär Hans Otto Bräutigam verhindern, daß die andere Seite selbst für die „Unterfahrung" der Mauer durch die Transit-Erdgasröhre auf einem regelrechten Abkommen mit dem Senat bestand.

Zuvor war mehrfach versucht worden, den gesamten Erdgas-Bezug für West-Berlin auf eine „Staatsvertrag"-Ebene zu hieven. Im Sinne der östlichen Drei-Staaten-Theorie sollte sich immer wieder der Senat als Partner der „DDR"-Regierung an der Status-Flamme die Finger verbrennen. Schließlich gelang es, im „Volkseigenen Kombinat Verbundnetze Energie der DDR" einen Partner für die „Ruhrgas" zu finden, weil die Viertelmilliarde an Devisen reizte.

Als die 60 Zentimeter breiten Stahlrohre für das Erdgas – von Deutsch-Neudorf an der Grenze „DDR"/CSSR her kommend – am 2. Oktober 1984 an der südöstlichen Stadtgrenze Berlins anlangten, rissen Grenzposten sogar für einige Stunden die Mauer ein: Diskret im Morgengrauen trugen „DDR"-Bauarbeiter mit Kränen ein 20 Meter breites Mauerstück ab – bewacht von den MPs der Grenzsoldaten. Dann hob man einen drei Meter tiefen Graben aus, um das deutsch-deutsche Rohr unter der Mauer zu versenken . . . und schloß die Lücke im Betonwall wieder eilig.

Nur 500 Meter von dieser Stelle entfernt entstand die Erdgas-Übernahmestation der städtischen „Gasag", die bisher jährlich bis zu 150 Millionen Mark Zuschuß aus der Senatskasse erhalten mußte, um wegen der teuren Gasproduktion aus Leichtbenzin und Methanol einigermaßen vertretbare Verbrauchertarife halten zu können.

Damit weder die Sowjets noch Ost-Berlin – dort fließt schon seit 1984 nur noch Erdgas – der Stadt über Nacht den Energiehahn zudrehen können, bestanden die drei Schutzmächte auf ordentlicher Vorsorge: 850 Meter tief im „Bauch" von Berlin muß ein Jahresvorrat als „eiserne Reserve" gespeichert werden. Dort liegt – von polnischen Fachleuten in zahlreichen Probebohrungen erst 1984 zweifelsfrei erkundet – ein riesiger undurchlässiger Hohlraum. Das Gas wird in die Poren einer Buntsandsteinschicht gepreßt – direkt unter dem Olympiastadion samt britischem Hauptquartier. Rund 10 000 Nachbarn der geplanten Speicherbetriebszentrale bekamen es mit der Angst zu tun. „Gasag"-Direktoren beruhigten sie jedoch: „Es kann nichts brennen, es kann nichts explodieren, weil in diese Gesteinsschichten kein Sauerstoff dringt." Selbst Erdbeben à la Mexiko – an der Spree ohnedies nicht zu befürchten – blieben ohne Folgen: „Die Deckschicht über dem Gas ist elastisch wie Knete."

Dennoch gilt die Sorge der Berliner Politiker – bei aller Freude über den wichtigen Gas-Durchbruch an Berlins Energie-Front – diesem Speicher: Denn mehrere unmittelbare Anwohner der geplanten Betriebszentrale klagen wegen planungsrechtlicher Bedenken. Ihr Anwalt heißt Reiner Geulen – durch Buschhaus- und „Sonnenschein"-Prozesse hinlänglich als Verwaltungsschreck ausgewiesen.

Bevor der Speicher nicht voll gefüllt und alle juristisch-sachlichen Hindernisse beseitigt sind, entzündet sich auch kein direktes sibirisches Feuer unter einem westlichen Kochtopf. Denn gestern ging lediglich Stufe 1 der umfänglichen und bis 1994/95 dauernden Umstellungsarbeiten in Betrieb. Das erste Sowjetgas strömt zunächst nur von der Grenze zum größten Gaswerk der Stadt und wird dort wieder in normales „Stadtgas" verwandelt.

Bonn hilft nach Kräften, um Berlin in ein neues Energiezeitalter zu führen: Bundesfinanzminister Gerhard Stoltenberg gab sein Plazet, den Berlinern rund 350 Millionen Mark zu geben, um den Untertage-Speicher anzulegen. Die erste Füllung, das „Kissengas", kostet weitere 156 Millionen. Nur bei der „DDR"-Transitleitung zeigte sich der Minister hartleibig – diese 230 Millionen Mark für Ost-Berlin mußte sich die „Gasag" als Kredit besorgen.

Rund 400 000 West-Herde und -Heizungen müssen in den nächsten Jahren auf Erdgas umgerüstet werden. 50 000 Kochstellen und 30 000 Heizanlagen müssen gänzlich verschwinden. Allein diese Umstellungsaktion verbraucht rund 190 Millionen Mark – denn eine Hundertmarkschein-Spende soll bei Altherd-Besitzern beispielsweise den Kauf eines erdgastauglichen Küchenmöbels anheizen.

Unterstützung für Warnke aus der EKD

idea, Düsseldorf

Der Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD), Pfarrer Karl Heinz Neukamm (Stuttgart), hat Entwicklungshilfeminister Jürgen Warnke (Bonn), vor Angriffen aus den Reihen der Kirche in Schutz genommen. Es sei richtig, daß der CSU-Politiker, der auch Mitglied der 120köpfigen EKD-Synode ist, innerhalb der Entwicklungshilfe stärker als seine Vorgänger „wirtschaftliche Dinge" berücksichtige. Aber wer sage, daß dies so falsch sei, wie seine kirchlichen Kritiker meinten, fragte Neukamm.

Vor Journalisten in Düsseldorf sagte der Diakoniepräsident, wenn Entwicklungshilfeminister Warnke beispielsweise unter den gegenwärtigen politischen Bedingungen dem sozialistisch regierten Nicaragua keine Bonner Hilfe gewähre, so heiße das noch lange nicht, daß sich die Kirche nicht dort engagieren könne. Gegen eine solche Hilfe habe Warnke nichts einzuwenden. Präsident Neukamm warnte die Kirche davor, sich in politischen Dingen zum „Oberschiedsrichter" zu machen.

Der Direktor der zum diakonischen Werk gehörende Aktion „Brot für die Welt", Hans-Otto Hahn (Stuttgart), hatte vor kurzem den Vorwurf erhoben, die staatliche Entwicklungshilfe sei „aussenwirtschaftlich orientiert", und es sei fraglich, ob „man das noch als Entwicklungshilfe bezeichnen kann".

Protest gegen Mord an Arzt

DW. Bonn

Der CDU-Abgeordnete Jürgen Todenhöfer hat in scharfer Form gegen die Ermordung eines von dem Deutschen Verein für Afghanische Flüchtlingshilfe nach Afghanistan entsandten Arztes und eines Krankenpflegers durch sowjetische Hubschrauberangriffe protestiert. Todenhöfer erklärte gestern in Bonn: „Bei einem sowjetischen Hubschrauberangriff auf einen afghanischen Krankenwagen, der drei schwerverwundete Afghanen transportierte, wurde in der Nähe der Stadt Marat (Afghanistan) der 40 Jahre alte afghanische Arzt Dr. Sehair Ahmad getötet." Der Arzt gehörte dem mit deutschen Spendengeldern finanzierten Verein für afghanische Flüchtlingshilfe (VAF) an, der seinen Sitz in Bonn hat. Er war seit November 1984 im Auftrag des VAF in einer afghanischen Sanitätsstation in Herat tätig und hatte dort verwundete Zivilpersonen und Freiheitskämpfer gepflegt. Er hinterläßt Frau und Kinder. Auch die drei Verwundeten und der Fahrer kamen ums Leben. Der sowjetische Hubschrauber hatte nach Todenhöfers Angaben den mit einem afghanischen Rot-Kreuz-Zeichen gekennzeichneten Krankenwagen über eine längere Strecke verfolgt und mit Raketen angegriffen.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.

BKA steht vor einem größeren Revirement

Noch kein Nachfolger für Vizepräsident Boeden benannt

WERNER KAHL, Bonn

In der zentralen deutschen Kriminalpolizeibehörde wird ein Revirement vorbereitet. Nach Angaben von unterrichteter Seite ist zum 1. Januar 1986 ein Wechsel in der Leitung der für die Terrorismusbekämpfung zuständigen Abteilung „Te" im Bundeskriminalamt sowie der dortigen zentralen Abteilung für Kriminaldauerdienst, Tatortermittlungen rund um die Uhr und andere akute Fälle vorgesehen. Zum Ende des darauffolgenden Monats Februar scheidet sodann BKA-Vizepräsident Gerhard Boeden nach seiner im Vorjahr vom Bundeskabinett beschlossenen einjährigen Verlängerung der Dienstzeit über das 60. Lebensjahr hinaus endgültig aus dem Amt. Mit ihm tritt der sowohl im Staatssschutz wie im Terrorismus erfahrenste Spitzenbeamte der Polizeiführung in den Ruhestand. Der Nachfolger wurde noch nicht benannt.

Vor der Veränderung an der Spitze des Bundeskriminalamtes wird nach der Planung Abteilungspräsident Klaus-Herbert Becker die Leitung der Abteilung Terrorismusbekämpfung abgeben. Als Nachfolger ist Abteilungspräsident Ruckmich im Gespräch, derzeit für den gesamten Kriminaldauerdienst mit allen dabei anfallenden Einsätzen verantwortlich. Mit Ruckmich würde wiederum ein in der Terrorismusfahndung erfahrener und erfolgreicher Kriminalist an die Spitze der Abteilung „Te" treten.

Scheidet im Februar aus: Gerhard Boeden FOTO: SVEN SIMON

In der im Jahre 1975 neu geschaffenen Abteilung hatten damals 180 Kriminalisten die spezialisierte Fahndung nach Terroristen und Unterstützern politisch motivierter krimineller Vereinigungen aufgenommen. Die Fahndungs- und Ermittlungsgruppe entstand unter dem Eindruck der Entführung des damaligen Berliner CDU-Landesvorsitzenden Peter Lorenz und des Überfalls auf die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Stockholm. Die Spezialisten von „Te" liefern seitdem neben der Zielfahndung im In- und Ausland auch die Daten für den kriminaltechnischen Teil der Suche über Computer und andere Hilfsmittel. Dazu gehören typische Verhaltensweisen, Personenbeschreibungen, Fahndungsraster und Analysen der Terrorszene mit ihrem Umfeld.

Bei der Berufung des jetzigen Te-Abteilungsleiters Klaus-Herbert Becker im Jahre 1979 stand die Öffentlichkeit noch immer unter dem Schock der 77er Mordserie: Generalbundesanwalt Siefrid Buback und sein Fahrer erschossen, Bankier Jürgen Ponto ermordet, BDI-Präsident Hanns Martin Schleyer entführt und ebenfalls ermordet, vier seiner Begleiter bei dem Kidnapping sofort getötet. Danach waren die Mitglieder der „Rote Armee Fraktion" (RAF) zunächst spurlos verschwunden.

In Beckers Amtszeit fallen zahlreiche Schläge gegen die wieder aufgespürte RAF, die schließlich im Herbst 1982 mit der Entdeckung von 17 Erddepots zwischen Holstein und Hessen bis zu etwa 80 Prozent der Logistik und Ausrüstung verlor. Zugleich konnten die damaligen RAF-Anführer Brigitte Mohnhaupt und Christian Klar gefaßt werden.

Die im Frühjahr vergangenen Jahres einsetzenden weiteren Fahndungserfolge gegen zur RAF gestoßene frühere „legale" Unterstützer führten im Sommer 1984 zur Verhaftung einer Gruppe um die seit Anfang der 70er Jahre für die RAF tätigen Alt-Terroristen Christa Eckes und Helmut Pohl, denen demnächst der Prozeß gemacht wird.

Nach dem Raubüberfall in der vergangenen Woche auf zwei Geldbotinnen in Ludwigsburg (WELT v. 30. 9.) hat Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) das Bundeskriminalamt in die verstärkte Fahndung nach den terroristischen Gruppen um den abgeschotteten „harten RAF-Kern" eingeschaltet. RAF-Mitglieder entziehen sich der Fahndung immer wieder durch häufigen Aufenthalt im Ausland.

Bei den bekannt gewordenen Verbrechen an Kassenboten, um Gelder zu beschaffen, handele es sich keinesfalls um „atypische" Handlungen, wie hier und da zu lesen sei, heißt es bei den Sicherheitsbehörden.

Die Abteilung „Te" hat bereits vor einiger Zeit, wie die WELT meldete, neue Ermittlungen über bisher nicht aufgeklärte Raubüberfälle auf Geldboten in den vergangenen Jahren eingeleitet.

Mit dem sogenannten Minolta-Verfahren fertigte das Bundeskriminalamt in den letzten Tagen nach Augenzeugenangaben Fotos eines mutmaßlichen Komplicen des in Ludwigsburg gefaßten früheren Heidelberger Studenten und RAF-Unterstützers Karl-Friedrich Grosser an. Gleichzeitig untersuchen jetzt Kriminaltechniker das „Fluchtfahrzeug" – ein Fahrrad.

Grosser ist möglicherweise damit von dem noch unbekannten Bandenversteck im Raum Stuttgart mit der S-Bahn nach Ludwigsburg gefahren. Schon bei der Festnahme Christian Klars im Sachsenwald bei Hamburg war den Fahndern aufgefallen, daß die RAF neben dem Auto das Fahrrad benutzte.

Bei der bevorstehenden Wachablösung an der „Te"-Spitze dürfte die Fahndung angesichts der Erfahrungen des in Aussicht genommenen Nachfolgers nahtlos weitergehen. Der frühere BKA-Präsident Horst Herold hatte Becker bei dessen Amtsübernahme 1979 zunächst eine zweijährige Tätigkeit in der hochtourigen, nervenzerschleißenden Terroristenfahndung angekündigt. Bis zum Wechsel am Jahresende werden es fast sieben Jahre sein.

„Sindermann nach Bonn einladen"

dpa. Osnabrück

Die SPD hat Bundestagspräsident Jenninger aufgefordert, von sich aus den Präsidenten der „DDR"-Volkskammer Sindermann offiziell nach Bonn einzuladen und „die Auffassung der Bundestagsmehrheit aus Opposition und FDP nicht länger zu ignorieren". In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" sagte der deutschlandpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Hans Büchler, gestern, Jenninger solle Sindermann entsprechend seinem Amte empfangen. Der Kontakt zwischen den Parlamenten beider deutscher Staaten sei angesichts des verstärkten Dialogs der Supermächte notwendiger denn je, um die vorhandenen gemeinsamen Interessen zu wahren. Bisher liegt Sindermann nur eine Einladung der SPD vor.

Aufruf zu mehr Ethik in Politik

AP, Bonn

Die Deutsche Bischofskonferenz und das Zentralkomitee der deutschen Katholiken (ZdK) haben die Gläubigen in der Bundesrepublik zu verstärktem gesellschaftspolitischem Engagement aufgerufen. Ethische Grundsätze müßten in wissenschaftlicher Forschung und Politik stärker berücksichtigt werden.

In einem gestern veröffentlichtem gemeinsamen Kommuniqué fordern beide vor allem einen wirksamen Einsatz zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit und „für die Unterstützung von Initiativen zum Schutz des ungeborenen Kindes". Das Verständnis für die Werte menschlichen Lebens und die Bereitschaft zum Handeln aus christlicher Verantwortung müßten in der Bevölkerung gefördert werden.

Jahn Vorsitzender des U-Ausschusses

gba. Bonn

Vorsitzender des Untersuchungsausschusses zur Aufhellung der jüngsten Spionageaffären soll der SPD-Abgeordnete Gerhard Jahn werden. Der Vorsitz in diesem Ausschuß steht den Sozialdemokraten zu, da die Union den Vorsitz im sogenannten Flick-Ausschuß des Bundestages führt und sich die beiden großen Fraktionen in der Leitung solcher Ausschüsse abwechseln.

Obmann der CDU/CSU wird der Abgeordnete Hermann Fellner (CSU). Weitere ordentliche Mitglieder sollen die Abgeordneten Olderog, Clemens, Schmidbauer und Göhner werden. Die Union stellt fünf, die SPD vier, FDP und Grüne je ein Mitglied. Der Bundestag wird morgen über die Einsetzung des Untersuchungsausschusses entscheiden.

Axen leitet SED-Delegation

AP, Berlin

Das Politbüromitglied Hermann Axen wird die Arbeitsgruppe der SED leiten, die zusammen mit einer Expertengruppe des SPD-Parteivorstandes Fragen einer atomwaffenfreien Zone in Europa beraten wird. Wie die „DDR"-Nachrichtenagentur ADN gestern mitteilte, gehören der Delegation außerdem der stellvertretende ZK-Abteilungsleiter Manfred Uschner, das Mitglied der Akademie der Wissenschaft Karl Lanius, der Sektorleiter im Außenministerium Günter Hillmann und der ZK-Mitarbeiter Karl-Heinz Wagner an.

Die Konsultationen waren während des Besuches Willy Brandts bei SED-Generalsekretär Honecker im September verabredet worden. Die SPD-Gruppe wird Egon Bahr leiten.

Barschel für Konkurrenz zur Lufthansa

HEINZ HECK, Bonn

Im Streit zwischen Bonn und München um die Privatisierung der Lufthansa hat der schleswig-holsteinische Ministerpräsident Uwe Barschel als erster prominenter CDU-Politiker die ablehnende Haltung des bayerischen Ministerpräsidenten Franz Josef Strauß unterstützt. In einem „Positionspapier" votiert Barschel gegen die Privatisierung der Lufthansa und für die Zulassung einer privaten Konkurrenz im nationalen Luftverkehr neben dem Monopolunternehmen Lufthansa. Lufthansa-Töchter und -Beteiligungen des Unternehmens auch außerhalb des Geschäftsbereichs Luftverkehr sollten privatisiert werden.

Barschel hält eine solche Lösung auch im Bundesrat (der laut Haushaltsordnung neben dem Bundestag einer Privatisierung der Lufthansa zustimmen müsse) für „mehrheitsfähig". Seine Begründung: „Da die SPD-regierten Länder jede Form von Privatisierung ablehnen dürften, hat Bayern im Falle der Zustimmung aller CDU-Länder eine Sperrminorität, von der es bei einer Lufthansa-Teilprivatisierung Gebrauch machen könnte."

Damit sind es mehr taktische und formalrechtliche Argumente und keine inhaltlichen, die Barschel für sein Votum ins Feld führt. Denn im Grundsatz plädiert auch Barschel für die Bonner Linie, die im wesentlichen von Finanzminister Gerhard Stoltenberg und der FDP verfochten wird. Wörtlich heißt es: „Die Privatisierung bzw. Teilprivatisierung von Bundesbeteiligungen ist ordnungspolitisch der richtige Weg, weil marktwirtschaftlich vernünftig. Deshalb ist es nur konsequent, wenn die Bundesregierung in ihre Überlegungen auch die Deutsche Lufthansa AG einbezieht" (von deren Kapital sich 80 Prozent in Händen des Bundes einschließlich Post, Bahn und Kreditanstalt für Wiederaufbau befänden).

Die grundsätzlichen Bedenken des CSU-Vorsitzenden (wie Sicherheit im Verteidigungsfall und Beschaffungspolitik der Lufthansa im Sinne der nationalen Absicherung einer funktionsfähigen Luftfahrtindustrie) seien gegenüber dem ordnungspolitischen Ansatz „abzuwägen", teilt Barschel, ohne sich selbst mit einer Wertung festzulegen. Er fügt jedoch hinzu: „In keinem Fall dürften Auslandsbeteiligungen zugelassen werden." Im sogenannten Abs-Modell (danach soll der Bund 75 Prozent der Aktien behalten und daneben nur stimmrechtslose Vorzugsaktien ausgeben) sieht der CDU-Politiker jedoch „keinen tragfähigen Kompromiß". Eine solche Aktion verdiene nicht den Namen Privatisierung, da der Markt keinen zusätzlichen Einfluß auf das Unternehmen gewänne. Folge man der CSU-Linie, sollte die Lufthansa aus ordnungspolitischen Gründen auf allen Strecken innerhalb der Bundesrepublik private Konkurrenz erhalten.

Besorgte Blicke in Richtung Bonn

Von MICHAEL JACH

Ginge es einzig nach ihrem landespolitischen Leistungsbewußtsein und dem ungebrochenen Zutrauen in die Zugkraft ihres Ministerpräsidenten Ernst Albrecht – die seit 1982 in Hannover allein regierende CDU sähe wenig Grund zur Unruhe beim Gedanken an den Landtagswahlgang der Niedersachsen im späten Frühjahr 1986.

Besorgte Blicke in Richtung Bonn indes verraten die derzeit offenbar einzige erhebliche Sorge, daß böiger Seitenwind aus wiederkehrenden Stimmungstiefs in der Bundeshauptstadt die Landespartei auf der Straße zum Erfolg womöglich doch ins Schleudern bringen könnte. Wie hatte SPD-Herausforderer Gerhard Schröder Mitte Juli prophezeit? „Helmut Kohl wird mein bester Wahlhelfer." Der Stachel sitzt.

Um so weniger ist die niedersächisische Union geneigt, bundespolitische Rahmenbedingungen schicksalsergeben hinzunehmen. Ernst Albrecht hat als stellvertretender CDU-Bundesvorsitzender hinreichend Gelegenheit, dem Parteichef „dringend zu raten", wie Streithähne in der Bonner Koaltion an die Führungskompetenz des Regierungschefs zu binden seien.

Im unmittelbar eigenen Wirkungsbereich wird derweil der musterhaft solidarische Schulterschluß mit Helmut Kohl vorgeführt, werden die sachpolitischen Aktiva seiner Kanzlerschaft herausgestrichen (und damit eigentlich Bonner Hausaufgaben übernommen).

Das Übersoll, so rechnen Landesvorsitzender Wilfried Hasselmann und sein Generalsekretär Martin Biermann, müsse sich auszahlen – zuallererst in psychologischer Kräftigung der 108 000 Mitglieder im Lande zu frohgemutem Einsatz bei der Wählerwerbung.

Auch hausgemachte Stolpersteine sollen, bevor es ins Rennen geht, von der Laufbahn gekehrt werden. Noch in der Urlaubszeit, just als der frühere Generalsekretär Hans-Dierk Bobzien ausschied, ließen Hasselmann und der Fraktionsvorsitzende Werner Remmers mitteilen, sie hätten „verstärkte" Zusammenarbeit zwischen Parteiführung und Parlamentariern vereinbart.

Remmers – im Fraktionsamt seit 1982 als Nachfolger des dann zum Landtagspräsidenten gewählten, in-



zwischen verstorbenen Bruno Brandes – weist erste Erfolge eines dreijährigen, gelegentlich mühsamen Effektivitätstrainings seiner Mannen vor.

So verkündete er jüngst nach zweitägiger Klausur der Fraktionsspitze: „Wir sind wohlgerüstet." Im Landesparlament wird die Regierungspartei dem Kabinett Albrecht zu vorteilhafter Selbstdarstellung verhelfen mit geplanten großen Anfragen zu Konjunktur und Arbeitsmarkt (Niedersachsen hat heute mehr Arbeitslose als 1976), zu Forschungsförderung und Technologiepolitik.

In der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode will die CDU-Fraktion noch die Wohnbauförderung für einkommensschwächere Familien erhöhen lassen (und damit zugleich dem Baugewerbe Gutes tun) sowie höhere Kindergartenbeiträge der Eltern durch aufgebesserte Landeszuschüsse an die Träger verhindern. Das Wählerkalkül des familienpolitisch engagierten Katholiken Remmers ist unverkennbar.

Eine besonders kritische Zielgruppe sind eingestandenermaßen die Landwirte. Der gefürchteten Wahlenthaltung bäuerlicher Stammwähler will die Landesregierung mit ihrem eben anlaufenden, „auf mehrere Jahre" angelegten „Landesmilchprogramm" vorbeugen.

Zunächst stehen fürs Restjahr 1985 als Haushaltsnachtrag 18 Millionen Mark bereit, um Milchquoten aufzukaufen und in Härtefällen umzuverteilen. Heraufziehenden Markt- und Preisproblemen bei Getreide und Zuckerrüben soll längerfristig mit gezielt geförderter Umstellung auf den Anbau industriell nutzbarer Agrarrohstoffe begegnet werden (Albrecht: „Eine große Chance für die Landwirtschaft").

Werner Remmers, in der Landespartei der – manchmal belächelte – Verfechter einer phantasieanregenden ideenpolitischen Sprache, formuliert als Wahlkampfauftrag der CDU: Da die „Aufräumphase" seit Albrechts Regierungsübernahme vor zehn Jahren nun ans Ende gekommen sei, „sagen wir den Leuten jetzt, was sie zu sehen kriegen, wenn sie mit uns am Ziel sind".

Überzeugende Gestaltungsziele müßten sich verbinden mit dem „unter Albrecht stark gewachsenen niedersächsischen Wir-Gefühl" (er als ehedem „halbwegs westfälischer" Emsländer könne das beurteilen).

Da lassen sich schon die Plakatparolen denken. „Aus Liebe zu Land und Leuten" allerdings ist besetzt – von Gerhard Schröder, dem gebürtigen Lipper.

Synode will mehr Mission im Lande

idea, Rendsburg

Mit einem Aufruf zu mehr missionarischer Arbeit im eigenen Land endete gestern in Rendsburg die dreitägige Synode der nordelbischen evangelisch-lutherischen Kirche. In einer Entschließung wird die „Weitergabe des Glaubens an die gegenwärtige und die kommende Generation" als „grundlegende und unaufgebbare Lebensäußerung der Kirche" bezeichnet. Das Thema Mission sollte deshalb zu einem Schwerpunkt auf allen Ebenen vom Kirchenvorstand bis hin zur Kirchenleitung gemacht werden.

Im Sommer war es in der 2,7 Millionen umfassenden Kirche zu Konflikten um das politische Engagement von kirchlichen Amtsträgern gekommen, nachdem Pastoren zur allgemeinen Wehrdienstverweigerung und zum Boykott der Bundeswehr aufgerufen hatten.

Moskau verstärkt Atlantikflotte

rmc. Bonn

Die Seeverbindungen der NATO über den Nordatlantik sind nach den Worten des Inspekteurs der Marine, Vizeadmiral Dieter Wellershoff, erheblich mehr als bisher gefährdet. Zu diesem Urteil kommt die NATO nach Auswertung eines sowjetischen Manövers im vergangenen Juli, bei dem Einheiten der Roten Flotte im Seegebiet Nordatlantik, Norwegensee und Barentssee „eine neue Dimension maritimer Machtentfaltung der sowjetischen Marine" vorführten.

Die sowjetische Flotte habe mit dem Manöver ihre Fähigkeit unter Beweis gestellt, die lebenswichtigen Verbindungen zwischen den USA und Europa zu durchtrennen, sagte Wellershoff. Den Seestreitkräften der NATO im Nordatlantik fehlten rund die Hälfte der benötigten Zerstörer und Fregatten.

Hessen-SPD will weiter verhandeln

dpa, Wiesbaden

Der Tod des 36jährigen Günter Saré bei einer Demonstration gegen eine NPD-Veranstaltung in Frankfurt und die darauffolgenden Krawalle in Hamburg, Berlin, München, Köln und zwölf mittleren und kleinen Städten haben den „Fahrplan" für die Verhandlungen von SPD und Grünen über die Bildung einer Regierungskoalition in Hessen „erschwert, jedoch nicht verlängert und nicht in Gefahr gebracht".

Der Bezirksvorsitzende der südhessischen SPD, Hessens Landwirtschaftsminister Willi Görlach, rechnet damit, daß die Gespräche über die mögliche Regierungsbeteiligung der Umweltpartei an der von ihnen derzeit nur tolerierten SPD-Minderheitsregierung von Ministerpräsident Holger Börner spätestens Mitte Oktober wieder aufgenommen werden können.

Gewalt begann lange vor dem Tod Sarés

dg. Frankfurt

Der hessische Innenminister Horst Winterstein (SPD) hat gestern einen Bericht über den Polizeieinsatz am Samstag abend in Frankfurt vorgelegt, bei dem der 36 Jahre alte Günter Saré ums Leben gekommen war. Daraus ist ersichtlich, daß es schon während der angeblich „friedlichen" Demonstration gegen eine NPD-Veranstaltung im Bürgerhaus Gallus nahe dem Hauptbahnhof zwei Stunden vor dem Tod Sarés zu Ausschreitungen und Gewaltakten gekommen war.

Wörtlich heißt es in dem Bericht: „Bis 19.00 Uhr hatten sich zirka 70 Personen Zugang zu der NPD-Veranstaltung verschafft. In den meisten Fällen wurde durch die zirka 400 Demonstrationsteilnehmer versucht, durch Stein- und Flaschenwürfe das Betreten des Hauses Gallus durch diese Personen zu verhindern. Die Wurfgeschosse trafen auch unbeteiligte Passanten, weiterhin wurden Polizeibeamte verletzt." Der Veranstalter habe „ohne sichtbaren Erfolg" versucht, „mäßigend auf die Teilnehmer einzuwirken". Gegen 19.30 Uhr hätten sich dann bei den andauernden Krawallen „vermehrt vermummte Personen" gezeigt. Beim Einsatz eines weiteren Wasserwerfers sei es dann „zu einem Unfall" gekommen, bei dem „der 36jährige Günter Saré tödliche Verletzungen erlitt".

Nach Darstellung Wintersteins hat eine Sondergruppe des Landeskriminalamtes mit den Ermittlungen begonnen, die die genauen Umstände des Todes von Günter Saré klären sollen. Dem Präsidenten des hessischen Staatsgerichtshofes, Gerhard Kleinschmidt, hat der Minister die Aufgabe übertragen, die dienstaufsichtlichen Fragen aus dem Bereich des Innenministers zu klären. Dazu gehört unter anderem die Frage: „Wurde beim polizeilichen Einsatz in allen Phasen der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit der Mittel gewahrt?"

Im Zusammenhang mit dem Brandanschlag auf die Niederlassung einer Automobilfirma wurde ein 33jähriger Mann verhaftet. Nach Angaben von Polizeisprecher Hans Neitzel hat sich der Verdacht gegen ihn erhärtet.

In der Nacht zu Dienstag hatte es bei erneuten Auseinandersetzungen zwischen Polizei und Demonstranten in der Frankfurter Innenstadt drei Verletzte gegeben. Die hessischen Grünen haben gemeinsam mit dem „Aktionsbündnis anläßlich des Todes von Günter Saré" zu weiteren Demonstrationen in Frankfurt aufgerufen. Dem Aktionsbündnis aus Grünen, Bunter Hilfe, Startbahninitiative Möhrfelden-Waldorf sind auch die kommunistischen Organisationen DKP, VVN und SDAJ beigetreten. Nach Erkenntnissen der Polizei soll ein Piratensender im Raum Köln/Koblenz zur Teilnahme an „bewaffneten Demonstrationen" aufgerufen haben.

Von Gorbatschows Visite erwartet Paris nicht viel

Abrüstungsfragen im Mittelpunkt / Proteste der Opposition

A. GRAF KAGENECK, Paris

Zu seinem ersten offiziellen Besuch im Westen seit seinem Amtsantritt trifft der sowjetische Parteisekretär Michail Gorbatschow heute in Paris ein. Er wird mit allen Ehren eines Staatschefs empfangen und von Präsident Mitterrand persönlich am Flugzeug abgeholt. Ein ähnliches Protokoll wurde schon Gorbatschows Vorgänger Breschnew zuteil, als dieser, wie Gorbatschow, nur Generalsekretär der KPdSU und nicht Staatschef war.

Die Sonderbehandlung des sowjetischen Gastes soll die „traditionell guten und privilegierten Beziehungen Frankreichs zur Sowjetunion" unterstreichen, die Mitterrand nach einer Periode der Eiszeit noch unter Andropow wieder eingeführt hatte.

Allerdings hätte sich der französische Staatschef für die Zusammenkunft mit dem Sowjetführer ein intern wie außenpolitisch besseres Umfeld gewünscht. Die Greenpeace-Affäre hat ihn selbst und das Ansehen Frankreichs geschwächt und verbietet es dem Präsidenten, nun eine Reihe von Themen wie die Besetzung Afghanistans oder die Behandlung der Menschenrechte in der Sowjetunion mit dem gleichen Freimut wie früher anzusprechen. Gorbatschow wird ihn darauf hinweisen können, daß Frankreich sich in Neuseeland in die inneren Angelegenheiten eines fremden Staates eingemischt und leichtfertig Menschenleben in Gefahr gebracht hatte.

Das Thema wird daher in den zwei Vier-Augen-Gesprächen der beiden Männer vermutlich ganz ausgespart werden. Wichtiger ist den beiden sowie den Gorbatschow begleitenden sowjetischen Ministern, die an einer letzten erweiterten Konferenz vor der Abreise des Gastes am Freitag teilnehmen, die Behandlung der Abrüstungsfrage.

Absprache mit Bonn

Mitterrand hatte die Tatsache, daß Gorbatschow noch vor seinem Gipfeltreffen mit Reagan im November in Genf Frankreich einen Besuch abstattet, zunächst mit sichtlicher Genugtuung aufgenommen. Nicht nur wurde hier das „besondere Verhältnis" honoriert, welches de Gaulle 1966 zu Moskau knüpfte.

Der Besuch gibt den Europäern die Möglichkeit, ihre Stimme bei der östlichen Großmacht zu Gehör zu bringen und deren womöglich seit dem Moskauer Wachwechsel geänderte Ansichten zum Ost-West-Verhältnis anzuhören, noch ehe die Regierungschefs der beiden Führungsmächte zusammenkommen.

Gerade mit Bonn hat Paris den Gorbatschow-Besuch daher sorgfältig abgesprochen (Mitterrands Berater Jacques Attali sprach in der Vorwoche in Bonn einen halben Tag lang mit Kanzlerberater Horst Teltschik darüber).

Mitterrands Interesse war es ursprünglich, die Absichten der Sowjetunion in der Abrüstungsfrage auszuloten und seine Gegnerschaft zur amerikanischen Weltraumstrategie zu bekräftigen. Inzwischen aber ist er durch Gorbatschows Vorschlag, die strategischen Angriffspotentiale der beiden Großmächte um 50 Pozent zu reduzieren, in eine doppelt unangenehme Lage geraten.

Gorbatschow versucht damit nicht nur die SDI-Pläne des amerikanischen Präsidenten zu unterlaufen, er macht auch einen mehr als symbolischen Schritt in Richtung auf die alte französische Forderung, die beiden atomaren Großmächte müßten ihre Potentiale erst „signifikativ" reduzieren, ehe Frankreich selber eine atomare Abrüstung vornehmen könne.

Farbe bekennen

Gorbatschow wird den Präsidenten, der mitten in der Ausweitung und Modernisierung seiner Force de Frappe steht (die Überreaktion in der Greenpeace-Affäre ist auch darauf zurückzuführen), an sein Versprechen erinnern.

Gorbatschow könnte noch ein anderes Argument für Frankreichs „Verantwortung" in der Welt anführen: Im Prinzip begrüßt die Sowjetunion Fankreichs Gegnerschaft zu SDI und spendet Mitterrand Lob für seine starre Haltung zu Reagans Weltraumplänen. Ihre Führung weiß aber sehr genau, daß diese Haltung vor allem der Sorge entspringt, die französische Force de Frappe könne, wenn die Sowjetuion im Weltraum nachziehe, obsolet werden.

Folglich, so könnte Moskau argumentieren, will Mitterrand SDI verhindern, damit seine Atomraketen auf seinen sechs Atom-U-Booten eine „verletzlich" bleibende Sowjetunion weiter bedrohen können. Auch hier wird Mitterrand Farbe bekennen müssen, wenn er es mit einer eigenen Abrüstung ernst meint. Dies erklärt, warum im Quai d'Orsay keine hohen Erwartungen an den Besuch geknüpft werden.

Die französische Regierung hat alles getan, um den Besuch in einem ruhigen Klima verlaufen zu lassen. Alle von Menschenrechtsorganisationen geplanten Demonstrationen gegen den Kreml-Chef sind untersagt worden. Dennoch schmückt sich Paris schon seit einer Woche mit Plakaten, auf denen der Name des Besuchers mit „Goulag" gleichgesetzt wird.

Und der Oppositionspolitiker François Leotard wird morgen, am Tage der Ankunft Gorbatschows, eine scharfe Philippika im Auswärtigen Ausschuß der Kammer gegen die sowjetische Politik in Afghanistan und Polen sowie die Menschenrechtsverletzungen halten.



Streit bei Labour über „schwarze Gruppen“

Parteiführung nennt sie als diskriminierend / Polizei kritisiert

R. GATERMANN, **Bournemouth**

Durch die jüngsten überwiegend rassenbezogenen Unruhen in Birmingham und London bekamen die Debatten auf dem Kongreß der Labour Party über die „Black Section“ und das Verhalten der Polizei weiteren Zündstoff und politisches Gewicht.

Die Parteiführung kam mit ihrer Ansicht zwar durch, wonach rassenspezifische Organisationen innerhalb der Partei eine Form von Rassendiskriminierung und deswegen unerwünscht seien. Verfechter dieser Gruppen verwiesen jedoch darauf, in diesem Jahr mehr Stimmen als 1984 für ihre Forderung bekommen zu haben und – im Gegensatz zur Aufforderung der Parteiführung – 1986 diese wiederholen würden.

Die Gemüter erhitzten sich schnell bei dieser Debatte. Das Argument der Parteiführung, das Wort „schwarz“ sei schwer definierbar, tat die radikale Stadträtin Sharon Atkin mit dem Hinweis ab: „Die Nationale Front (rechtsradikal – d.Red.) und die Polizei haben keine Definitionsschwierigkeiten. Ihnen fällt es leicht, Schwarze zu erkennen.“

Als der stellvertretende Parteiführer Roy Hattersley den Standpunkt des Präsidiums verteidigen wollte, versammelten sich vor dem Rednerpult einige Delegierte und schrien: „Alles Unsinn!“

Die Anhänger der „Black Section“ sehen in ihnen einmal die Möglichkeit, den Belangen der schwarzen und farbigen (asiatischen) Bevölkerung besser Gehör zu verschaffen und zum anderen einen Weg, sie für die Partei zu gewinnen. „Nur unter ihresgleichen haben sie den Mut, zu reden. Nur dort entgehen sie der weißen Bevormundung.“

In einigen Wahlbezirken, meistens Wohnschwerpunkte der knapp fünf Prozent zählenden nichtweißen Bevölkerung, bereiten die bereits inoffiziell bestehenden 35 „Schwarzen Gruppen“ der Parteiführung Kopfzerbrechen, weil diese dort schon teilweise an der Kandidatennominierung für die nächste Parlamentswahl teilnehmen.

Dies ist satzungswidrig, muß von der Parteizentrale abgelehnt werden und führt zu dem neuerlichen Vorwurf, die schwarzen und farbigen Stimmen unterdrücken zu wollen – „in altem Stil“. „Warum haben die Frauen, die Jugendlichen und der 'Club der trinkenden Männer' je zwei Stimmen in den Parteikomitees und nicht wir?“, fragte Sharon Atkin.

Auch unter den knapp 50 Nichtweißen der 1200 Delegierten waren die Meinungen geteilt. Schließlich setzte sich jedoch mit großer Mehrheit die Parteiführung mit ihrer Zusicherung durch, für eine „positive Diskriminierung“ zu arbeiten sowie ein „beratendes Komitee“ für Schwarze und Asiaten zu bilden.

Immer wieder war in den Debatten als Ursache der jüngsten Tumulte neben der Arbeitslosigkeit und der schwierigen Wohnungssituation der Vorwurf zu hören, die Polizei behandele die nichtweiße Bevölkerung als „Menschen zweiter Klasse“. Sie sei zudem zu einer paramilitärischen Truppe der konservativen Regierung geworden und mache immer schneller von der Schußwaffe Gebrauch.

Während Hunderte von Polizisten im südenglischen Seebad Bournemouth für die Sicherheit der Labour-Delegierten sorgten, mußten sie sich vom Rednerpult sagen lassen, „die Stiefel Margaret Thatchers“ zu sein, deren Aufgabe es auch gewesen sei, den Bergarbeiterstreik zu Ende zu bringen. Eine künftige Labour-Regierung werde für eine bessere „demokratische Kontrolle“ des Polizeiwesens sorgen und sie der Verfügungsgewalt der Gemeinden unterstellen“.

Die Polizeiführung kann nur schwerlich der Kritik begegnen, in letzter Zeit leichtfertig von der Schußwaffe Gebrauch gemacht zu haben. Normalerweise sind Bobbys unbewaffnet, Pistolen werden nur nach Anordnung oberer Dienstgrade an ausgebildete Beamte ausgegeben.

Ein Hauptinstrument im Kampf gegen den Terror

Israels Luftwaffe und die PLO / Präzision und Überraschung

ROLF TOPHOVEN, **Bonn**

Der Schlag der acht israelischen Kampfbomber kam prompt und präzise. Nur wenige Tage nach der Ermordung israelischer Urlauber auf Zypern durch PLO-Terroristen schlug die israelische Luftwaffe zu. Die Kampfbomber mit dem blauen Davidstern am Heck überquerten einen weiten Teil des Mittelmeers und trafen die derzeitige Kommandozentrale der PLO bei Tunis.

„Wir werden die Terroristen bekämpfen, wo immer wir sie finden“, lautet seit Jahren das Credo der israelischen Terrorabwehr. Und seit dem ersten Auftauchen palästinensischer Kommandos an Israels Grenzen und in Israel selbst spielt die Luftwaffe eine wesentliche Rolle im taktischen Gesamtkonzept gegen die PLO. Erst recht nach dem Abzug der israelischen Armee aus Libanon im Frühjahr dieses Jahres. Ihre Präzision und der mit dem Angriff aus der Luft verbundene Überraschungseffekt sowie die äußerst geringe Verlustquote machen den „Schutzschild Israel“, wie die Air Force auch genannt wird, zu einem Hauptinstrument im Kampf gegen die PLO.

Zwei Operationen ragen aus den langen Annalen der Luftangriffe heraus: Als sich die Regierung in Bagdad mit französischer Hilfe zu einer nahöstlichen Nuklearmacht entwickeln wollte und das Gleichgewicht der ganzen Region dadurch bedrohte, stieg Israels Luftwaffe auf. Am 7. Juni 1981 attackierte eine Staffel von F-15-Bombern den kurz vor der Fertigstellung stehenden Kernreaktor in Bagdad und zerstörte mit Spezialbomben das Gebäude. Die nukleare Bedrohung für Israel war damit auf Jahre hinaus abgewendet. Alle Maschinen kehrten nach der Operation sicher zu ihrem Stützpunkt in Israel zurück. Der jetzige Luftangriff auf das PLO-Hauptquartier bei Tunis ist um so bemerkenswerter, als die Piloten Israels eine dreimal größere Strecke dabei zurücklegen mußten als damals in den Irak.

Überhaupt wird die PLO seit Jahren besonders hart und empfindlich durch Israels Luftwaffe getroffen. In der Nacht des 3. Juli 1978 waren es vier Hercules-Transporter der IAF (Israelische Luftwaffe), die Spezialeinheiten über 4000 Kilometer nach Entebbe flogen zur Befreiung von 103 israelischen Geiseln aus den Händen palästinensischer Flugzeug-Entführer.

Und immer wieder Luftattacken gegen die Stützpunkte der PLO in Libanon. Mit präzisen Lenkwaffen wurde im Juli 1981 mitten in Westbeirut das Hauptquartier der PLO angegriffen und die Terrorzentrale dabei zerstört. Am Vorabend des Libanon-Krieges vom Sommer 1982 flogen israelische Kampfbomber zwei Angriffe gegen Munitions- und Trainingslager der PLO in Beirut. Dabei fiel das Sportstadion der Stadt, das Arafat zu einem riesigen Waffen- und Munitionsdepot umfunktioniert hatte, in Schutt und Asche. Während des gesamten Libanonfeldzuges begleitete die israelische Luftwaffe die Bodentruppen, griff Artilleriepositionen, Panzerkonzentrationen und Stellungen der PLO und ihrer syrischen Verbündeten an. Militärisches Glanzstück war dabei die Ausschaltung syrischer Raketenstellungen in der Bekaa-Ebene. Israels Luftwaffe nahm damals den sowjetischen Raketen vom Typ SAM 6 und SAM 8 ihren Schrecken.

Als Israels Truppen nach drei Jahren Libanon-Krieg im Frühjahr 1985 aus dem Land abzogen, blieben der Luftwaffe Routineflüge und punktuell gesetzte Luftangriffe gegen PLO-Nester als Aufgabe. „Unsere Luftwaffe wird künftig eine noch bedeutendere Rolle als Speerspitze im Kampf gegen den Terror in Libanon bilden“, sagte damals ein Experte gegenüber der WELT. In Tunis sind diese Sätze nun bestätigt worden. Der Schlag gegen das Hauptquartier der PLO-Terroristen zeigt erneut, daß Israel nicht gewillt ist, den Terror fatalistisch hinzunehmen.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Didaktische Konzeption?

„Herr Lehrer, mein Papi ist ein ganz schlimmer Reaktionär ...“; WELT vom 21. September

Der nachstehende Text aus einem Schulbuch mag Ihren Artikel ergänzen. Es handelt sich um das „Sprachbuch 9. Schuljahr, A/B-Ausgabe“ (Klett-Verlag ISBN 3-12-325000-8). Unterrichtseinheit: „Ein Text in verschiedenen Kommunikationssituationen“. Ausgangspunkt ist ein kritischer Bericht über Spielplätze und der Aufruf eines Wohnungsunternehmens, die Anlagen zu schonen. Die verschiedenen Kommunikationsformen werden im Schulbuch wie folgt dargestellt:

1. Man wirft den Aufruf des Wohnungsunternehmens in den Papierkorb, da man sich nicht angesprochen fühlt.

2. Man soll die Klagen der gequälten Mieter ernst nehmen und seine Kinder einsperren.

3. Man kann auch ein Manifest verfassen. Es sollte lauten: „*Kinder* aller Länder der Bundesrepublik vereinigt Euch! Sammelt Euch, wo immer Ihr könnt, und wo die gepflegten, vor Betreten geschützten Anlagen dazu einladen! Rottet Euch zusammen! Schreit und lärmt, verschmutzt Eingänge, Wege und Garagentore, beschädigt abgestellte Wagen! Spielt und tobt zwischen den Anpflanzungen, erobert Euch die Rasenflächen, damit sie kaum noch zu sehen sind! Seid frech, und antwortet auf Ermahnungen unverschämt! Verursacht einen so großen Lärm, daß er nicht nur den Bewohnern dieser Häuser den Aufenthalt auf den Balkonen verleidet und zur Qual macht, sondern allen Menschen in allen Siedlungen der Bundesrepublik, besonders in den modernen, lichten, luftigen, gesunden, sozialen, sonnigen, sauberen Wohnanlagen draußen im Grünen! Verwüstet das öffenliche Grün; funktioniert es um, macht Spiel- und Bolzplätze daraus, errichtet Tore zum Fußballspielen, baut Euch Verstecke und Hütten aus Blech und Holz! Besetzt alle Brunnen, klettert auf alle Denkmale, spielt mit dem Feuer! Kinder! Ihr bringt die Erwachsenen, denen Ihr hilflos ausgeliefert seid, die Euch demütigen, isolieren, unterdrücken, nur mit Raserei zur Raison. Kein Gespenst geht um in der Bundesrepublik – die Kinder gehen um!“

Unsere Kritik richtet sich nicht gegen notwendige Proteste bei fehlenden Spielplätzen, sie bezieht sich auf solche Texte in Schulbüchern. Laut Schulbehörde geht es hierbei zwar um „didaktische Konzeptionen“. Wir meinen jedoch, es ist der Text, der bei den Schülern haften bleibt, nicht die soziolinguistische Interpretation.

Paul-Günther Weden,
Vorsitzender
Eltern für Eltern e. V.
Hamburg 1

„Das ist Sippenhaft“

„Warschau lobt evangelische Kirche“; WELT vom 21. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Sie berichteten, haben sich führende Vertreter der evangelischen Kirche wieder einmal für die Anerkennung der Ergebnisse der Vertreibung in einer Tagung in der evangelischen Akademie Loccum ausgesprochen. Diese Tatsache stößt bei dem Berichterstatter offenbar auf Verwunderung, die mir jedoch ungerechtfertigt erscheint.

Die evangelische Kirche hat objektiv und nach eigenem Eingeständnis eine nicht unerhebliche Mitschuld an den Verbrechen der Nazis. Sie ist daher bemüht, für diese Verbrechen zu sühnen. Aus diesem Grund erkennt sie die Ergebnisse der Vertreibung an. Ein Indiz für diese These ist die Tatsache, daß sie sich nie zu der Unterdrückung der in Polen lebenden Protestanten geäußert hat, gleich ob sie deutscher oder polnischer Nationalität waren. Dies Verhalten ist menschlich verständlich aber ungerechtfertigt.

Einmal ist nicht einzusehen, warum die gesamte Bevölkerung Ostdeutschlands und deren Nachkommen für die Verbrechen des Nazistaates und die Mitschuld der evangelischen Kirche haften soll. Ein derartiges Haftungsprinzip findet sich weder im Völker- noch im Menschenrecht. Dies wäre letztlich Sippenhaft, wie sie uns aus faschistischen und kommunistischen Regimen bekannt ist.

Zum anderen bemühen wir uns auf der ganzen Welt um ein friedliches Zusammenleben der Völker. In Südafrika, meint die evangelische Kirche, soll es sogar möglich werden, daß verschiedene Völker verschiedener Rassen und Zivilisationsstufen zusammen leben können. Warum soll es dann unmöglich sein, daß Deutsche und Polen – nach Rückkehr eines Teils der früheren Bewohner der deutschen Ostgebiete – friedlich nebeneinander leben? Sie haben es doch jahrhundertelang getan, bis sie erst im Verlauf des 19. Jahrhunderts, nicht ohne Mithilfe der Kirchen, einander verfeindet wurden. Die wahren „ewig Gestrigen“ sind daher jene, die – verhaftet im Nationalismus des 19. Jahrhunderts – meinen, Deutsche und Polen könnten nicht in einem Staat leben.

Diesen Thesen kann man nicht entgegenhalten, die Polen wollten nicht mehr mit den Deutschen zusammen leben; denn einmal kann man das jetzige Regime in Polen nicht als Vertretung des Volkes ansehen und zum anderen muß es doch möglich sein, daß die Polen – sollte tatsächlich eine Mehrheit des Volkes ein Zusammenleben mit Deutschen ablehnen – ihre Auffassung ändern und wie alle modernen Vöklker den Nationalismus überwinden. Aber hier zeigt sich wieder das schlechte Gewissen der evangelischen Kirche. Sie schließt offenbar aus, daß die Deutschen in der Lage sind, auf ihren Rechten zu beharren und doch auf deren Durchsetzung mit Gewalt zu verzichten. Als Angehöriger der Generation, die nach dem Krieg geboren wurde, habe ich dies schlechte Gewissen nicht. Ich meine, daß wir auf unserem Heimatrecht beharren und abwarten könnten, bis wir es friedlich, im gegenseitigen Einvernehmen der Völker realisieren können. In welchem Staat – Polen oder Deutschland als Teilstaaten eines vereinigten Europas – dies geschehen wird, ist dann relativ gleichgültig.

Friedrich Zemp[...]
Götting[...]

Wort des Tages

„Anteilnehmende Freundschaft macht das Glück strahlender und erleichtert das Unglück.“

Marcus Tullius Cicero, römischer Autor, Redner und Staatsmann (106–43 v. Chr.)

Spar-Eckzins

„Wackelnder Spar-Eckzins“; WELT vom 31. August

Diese Ausführungen scheinen ein Versuchsballon interessierter Stellen zu sein, um auszuloten, ob Sparer auf eine geplante Senkung des Spar-Eckzinses überhaupt reagieren.

Der von Herrn Dertinger angeregte Spar-Eckzins soll 2,75 bis 2,5 Prozent betragen. Nun, diesen schäbigen Zinssatz haben wir auch in der Zeit 1978/1979 gehabt. Damals, im Frühjahr 1979, hielt die Presse den drei Großbanken vor, daß diese durch das Festhalten an den 2,5 Prozent jede Woche Mehreinnahmen von 4,5 Millionen Mark erzielten. Vor zwei Jahren, als die Kredite teuer waren, blieb der Spar-Eckzins auf geringen drei Prozent stehen. Jetzt, wo die Kreditzinsen etwas gesunken sind, sollen die Sparer diese Senkung mittragen.

Selbstverständlich finanzieren sich die Banken aus den Normalsparbüchern. 365 Milliarden Mark sind doch kein Taschengeld! Im Herbst 1927 erhielt ich auf mein Spargeld 5,5 Prozent Zinsen, und damals war das Geld noch wertbeständig. (Quelle: Hamburger Sparkasse von 1827).

Ab 1. Mai 1940 gab es auf Spargeld 2,5 Prozent, aber da war Krieg und somit Notzeit. Von einer wirtschaftlichen Notzeit kann doch wohl jetzt nicht die Rede sein. Zwar haben wir auch jetzt Notzeiten, diese liegen aber auf einem ganz anderen Gebiet.

Herr Dertinger scheint kein Sparer zu sein, denn sonst müßte er wissen, daß das Sparbuch neben Sparbriefen, Wertpapieren usw. einen ganz bestimmten Zweck erfüllt, nämlich den vorhergesehene und unvorhergesehene Ausgaben ohne Borgen sofort decken zu können. An angelegtes Geld kommt man ohne Verlust nicht heran. Auch wenn man je Monat nur 2000 Mark abheben kann, so bietet das Geld auf dem Normalsparbuch stets eine Sicherheit.

Die Senkung des Spar-Eckzinses auf 2,5 Prozent nennt Herr Dertinger „Tamtam“! Das Sparbuch unterliegt doch Zwängen. Es dürfen nur 2000 Mark je Monat abgehoben werden und die Zinsen werden erst nach einem Jahr gutgeschrieben. Kreditzinsen werden aber jeden Monat belastet.

Zinsen sollten eine Belohnung des Sparwillens sein und sind kein „Tamtam“!

Ullrich Koneffke
Hamburg

Personalien

AUSWÄRTIGES AMT

Steffen Rudolph, seit 1981 Ausbildungsleiter in der Bonner Diplomatenschule, geht als Botschafter nach Somalia. Rudolph hatte in den letzten Jahren auch die Kunstausstellungen organisiert, die in der Ausbildungsstätte des Auswärtigen Amtes stattfanden. Werke zeitgenössischer Künstler wurden im Sechs-Wochen-Turnus gezeigt. Rudolph, Jahrgang 1940, in Adelsberg geboren, gehört zu den Philologen, die den Weg in das Auswärtige Amt fanden. Seit 1968 gehört er dem Auswärtigen Dienst an. Auf Posten war er in Sanaa (Jemen), in Budapest und auf Jamaika, wo er als ständiger Vertreter des Botschafters tätig war.

AUSZEICHNUNG

Mit dem Großen Preis des 16. Internationalen Festivals des Alpinen Films ist **Gerhard Baur** aus der Bundesrepublik Deutschland für seinen Film „Die Entscheidung“ ausgezeichnet worden. Baur erhielt auch den neugeschaffenen Preis des „Goldenen Korns“. 38 Filme aus elf Ländern waren in Les Diablerets in den Westschweizer Alpen vorgeführt worden. Die Jury ging bei ihrer Bewertung davon aus, daß im Bergfilm das Element der Entscheidung oft zugunsten der Kühnheit übergangen werde. Baur erhielt den Großen Preis, weil er diesen Punkt unterstrich, wie schon sein Filmtitel zeigt. Das „Goldene Korn“ erhielt er für den Film mit dem neuartigsten Konzept.

GEBURTSTAG

Der Kölner Komponist **Walter Klefisch**, den Kritiker als Traditionalisten bezeichnen, feiert morgen seinen 75. Geburtstag. Das musikalische Œuvre Klefischs, der auch Schriftsteller und Übersetzer ist, umfaßt etwa 50 Werke, darunter drei Orchestersuiten, ein Spanisches Capriccio, eine sinfonische Skizze „Turandot“, die Orchestersuite „Der tolle Bomberg“, ein Spitzweg-Ballett „Der Liebesbrief“ und zwei komische Opern, „Napoli“ und „Don Po“. Der in Köln geborene und aufgewachsene Anwaltssohn hat als 15jähriger sein erstes Lied komponiert. Außerdem übersetzte er unter anderem Briefe von Rossini, Bizet und Donizetti, aber auch Komödien von Goldoni und Sardou und schrieb eine Novelle „Memoiren eines Menschenflohs“.

MILITÄR

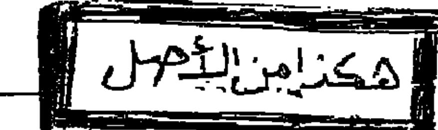
Im Jahr des 75jährigen Bestehens der Marineschule Flensburg-Mürwik (MSM) hat am Montag ihr bisheriger Kommandeur, Flottenadmiral **Horst Helmut Wind** (58), die Schulführung an Kapitän zur See, **Klaus-Dieter Sievert** (50), übergeben. Wind wurde in der Öffentlichkeit vor allem als Kommandant des Schulschiffs „Gorch Fock“ bekannt, mit dem er in den vier Jahren seiner Führung von 1978–1982 elf Ausbildungsreisen ins Ausland unternahm. Nach zweijähriger Kommandeurszeit in Flensburg trat er jetzt aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand. Sein Nachfolger war zuletzt Referatsleiter im Führungsstab der Marine im Bundesverteidigungsministerium.

BERUFUNG

Das ZDF hat zum neuen Leiter ihrer neuen Hauptredaktion Wirtschafts- und Sozialpolitik, die im April 1986 ihre Arbeit aufnehmen soll, den Chef der Wirtschaftsredaktion der Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“, **Michael Jungblut**, berufen. Der 1937 geborene Diplom-Volkswirt, der seit 1977 an der Spitze der Wirtschaftsredaktion der „Zeit“ steht, gilt als profunder Kenner und Analysator wirtschaftlicher, sozialer und sozialpsychologischer Probleme der modernen Industriegesellschaft.

Der frühere Vizepräsident des Bundesverwaltungsgerichts, Professor **Helmut R. Külz**, ist im Alter von 83 Jahren in Berlin verstorben. Professor Külz war bis 1945 Rechtsanwalt beim Kammergericht in Berlin. Er wurde während dieser Zeit ehrengerichtlich belangt, „weil er sich in der Vertretung jüdischer und staatsfeindlicher Interessen nicht die gebotene Zurückhaltung auferlegt hat“. Nach dem Zweiten Weltkrieg war er von 1946 bis 1948 Justizminister in Thüringen. Nach schweren Auseinandersetzungen mit der SED mußte er dieses Amt niederlegen und die Sowjetzone verlassen. Von 1948 bis 1953 war Külz als Ministerialdirektor in der Verwaltung für Wirtschaft des Vereinigten Wirtschaftsgebietes und im Bundesministerium für Wirtschaft tätig. Im Gründungsjahr des Bundesverwaltungsgerichts 1953 wurde er zum Senatspräsidenten berufen. Bis zum Eintritt in den Ruhestand im Juli 1971 war Professor Külz Vorsitzender des 4. Senats. 1970 wurde er zum Vizepräsidenten des Bundesverwaltungsgerichts ernannt. In den 60er Jahren war er Vorsitzender der Fünf-Mächte-Kommission zur Vorbereitung eines Rheinschutz-Abkommens. Külz war Mitbegründer und Vorsitzender der Gesellschaft für Umweltrecht. Daneben war er unter anderem in herausragenden Funktionen in der Deutsch-Britischen Juristenvereinigung und der International Law Association London tätig.

Es geht auch ohne Katalysator. Lesen Sie, warum.

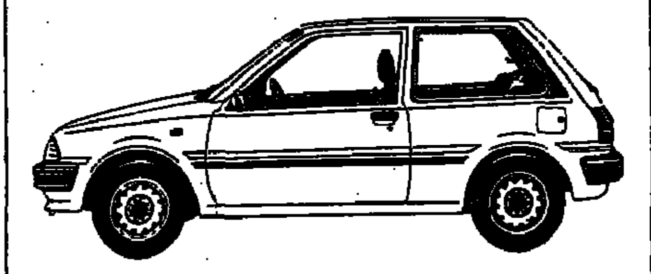


SAUBER, SAUBER' OHNE KAT. TOYOTA

Zur Erinnerung: Ab 1. 1. 1986 wird ernst gemacht mit den Abgaswerten. Wer die Normen nicht erfüllt, wird gehörig zur Kasse gebeten. Wer sie erreicht, kann Steuern sparen – was bei Benzinern im allgemeinen nur mit Katalysator möglich sein wird.

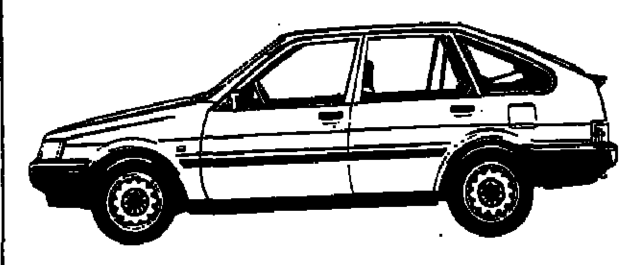
Soweit der Normalfall. Und nun zu einer höchst erfreulichen Spezialität: Sie heißt Toyota Starlet 1,0 *l*.

Dieser Toyota ist nach einer für Sie ab sofort im Preis inbegriffenen Umrüstung in der Lage, ohne Katalysator die neuen gesetzlich vorgeschriebenen Abgaswerte zu unterschreiten. Die technische Basis für dieses Kabinettstückchen liefert die Mehrventil-Technik seines 1,0-Liter-Motors.



Das heißt im Klartext für Sie: Wenn Sie sich jetzt für einen Starlet 1,0 *l* entscheiden, fahren Sie ohne Katalysator und können trotzdem sicher sein, nach einer Umrüstung (ab Anfang 1986*) die volle Kfz-Steuer-Befreiung zu bekommen. Und damit sparen Sie beim Starlet 1,0 *l* immerhin stolze DM 750,– in den ersten 3 1/2 Jahren.

Gute Nachricht Nr. 2: Auch für alle Corolla 1,3-Liter-Modelle und für den Toyota Starlet S 1,3 *l* gilt, daß Sie ab 1986 ohne Katalysator Steuern sparen können. Sie sparen auch in diesem Fall, vom Zeitpunkt der Umrüstung an, über DM 100,– Kfz-Steuer im Jahr.



Drittens: Bei diesen Starlets und Corollas können Sie außerdem umweltbewußt bleifreies Normalbenzin tanken. Und wenn Sie mal, z. B. im Ausland, keinen bleifreien Kraftstoff bekommen, problemlos auch mit verbleitem fahren.

Es ist allerdings ratsam, sich schnell für einen dieser Starlets oder Corollas zu entscheiden, denn für 1985 steht nur noch eine begrenzte Anzahl zur Verfügung. Nähere Informationen bei allen Toyota Händlern.

*Vereinbaren Sie Ihren Umrüsttermin direkt mit Ihrem Toyota Händler.

TOYOTA

Starlet 1,0 *l*, ab DM 12.290,–. Corolla 1,3 *l*, ab DM 14.340,–. Unverbindliche Preisempfehlung, inkl. MwSt., zuzüglich Überführungskosten.

Demokraten setzen auf Mehrheit im US-Senat

Vier Republikaner kandidieren bei der Wahl nicht meh

FRITZ WIRTH, Washington

Die Chancen der Demokraten, bei der nächsten Wahl im Jahre 1986 den Senat zurückzuerobern, sind erheblich gestiegen. Denn der Entschluß des republikanischen Senators Charles Mathias, sich nicht mehr zu stellen und sich aus der Politik zurückzuziehen, verbessert die Aussichten der Demokraten, diesen Sitz zurückzugewinnen.

Der 63jährige Mathias, der 17 Jahre lang den Staat Maryland vertrat und zuvor acht Jahre lang dem Repräsentantenhaus angehörte, ist der vierte republikanische Senator, der damit aus dem Rennen für den Senat ausgeschieden ist. Die drei anderen sind Barry Goldwater, Arizona, Paul Laxalt, Nevada, und John East, North Carolina. Der Senat wird im Augenblick mit einer Mehrheit von 53 zu 47 Senatoren von den Republikanern beherrscht.

Bei der nächsten Wahl stehen 34 der insgesamt 100 Senatssitze zur Disposition. 22 dieser 34 Sitze gehören den Republikanern. Ein Verlust der Senats-Mehrheit wäre für die Reagan-Administration ein schwerer politischer Rückschlag.

Seit 25 Jahren im Kongreß

Über den geplanten Rücktritt von Mathias war schon seit Wochen gemunkelt worden. Man hatte jedoch in der republikanischen Parteiführung bis zur letzten Minute versucht, ihn umzustimmen. Der Senator gab für seinen Entschluß private Gründe an. „Ich habe insgesamt 25 Jahre dem Kongreß angehört", sagte Mathias. „Es wird jetzt Zeit, daß ich mich mehr meiner Familie widme."

Mathias war für viele Republikaner zeit seines politischen Lebens kein bequemer Mann. Mathias repräsentierte den liberalen Flügel der Republikaner im Senat, lag häufig in Fehde mit den konservativen Kräften in seiner Partei. Bei Abstimmungen im Senat war er stets der große unberechenbare Faktor.

Er stimmte häufig gegen d Reagan-Administration, zuletzt den schwierigen Budgetdebatten. befürwortete – im Gegensatz zu Pr sident Reagan – nachdrücklich Ste erhöhungen, um das Budgetdefi zu mindern. Dagegen war er bei ei gen sehr knappen und dramatisch Abstimmungen der letzten Mona wie über die Einsetzung des Reag Vertrauten Edwin Meese als Gener staatsanwalt und über die Install rung von MX-Raketen, auf seiten d Weißen Hauses zu finden.

Kirkpatrick im Gespräch

Er war ein politischer Einzelgä ger, aber dennoch wegen seiner U abhängigkeit ein respektierter Ma im Senat. Seine liberale Einstellu war für ihn eine politische Über bensfrage.

Der Staat Maryland ist ein tradit nell den Demokraten nahestehend Staat. Er konnte also nur mit Stir men demokratischer Wähler eine S natswahl gewinnen. Es gelang ihm den letzten 17 Jahren dreimal. An se nem vierten Wahlsieg im nächste Jahr bestanden keine Zweifel.

Bei den Republikanern gibt es B strebungen, die ehemalige UN-Bo schafterin Jeane Kirkpatrick für ein Senatskandidatur in Maryland zu g winnen. Frau Kirkpatrick war bis Ar fang dieses Jahres Mitglied der De mokratischen Partei, ist aber inzw schen zu den Republikanern überge laufen. Sie hat wiederholt Interess an einer Kandidatur zu erkennen ge geben, sich aber noch nicht festge legt. Aussichtsreichster Kandidat de Demokraten ist der gegenwärtig Gouverneur von Maryland, Harry Hughes.

Paul Kirk, der durch viele Rückschläge bisher deprimierte Vorsitzende der Demokratischen Partei, erklärte zum beabsichtigten Rücktritt von Mathias beglückt: „Die politische Wetterlage für die Demokraten für das Jahr 1986 wird von Tag zu Tag besser."

Afghanistan wird Gesprächsthema

rtr, Washington

Die Präsenz sowjetischer Truppen in Afghanistan, die Aufrüstungspolitik der Moskauer Regierung und die Mißachtung der Menschenrechte in der UdSSR werden nach Angaben von US-Präsident Ronald Reagan zu den Hauptthemen seiner Unterredungen mit dem sowjetischen Parteichef Michail Gorbatschow im November in Genf gehören. In einem am Montag in Washington veröffentlichten Interview des Präsidenten mit der französischen Zeitung „Le Figaro" kündigte er an, er werde seinem sowjetischen Gesprächspartner zu diesen Themen einige sehr direkte Fragen stellen.

Gegenwärtig sei das Verhältnis zwischen den Supermächten nicht so gut, wie er es sich wünsche, sagte Reagan im „Figaro". Man müsse die Frage nach den Gründen stellen. Er hoffe mit seinen Fragen an Gorbatschow Mißverständnisse aufzuklären.

Vorschlag Chinas zur Abrüstung

dpa, New Yor

Der chinesische Außenminister W Xueqiau hat vor der UNO-Vollve sammlung vorgeschlagen, alle Nukle armächte sollten auf den Ersteinsa von Kernwaffen verzichten. In s nem vier Punkte umfassenden Ap rief der Minister zugleich die Bü nispartner der NATO und des W schauer Pakts auf, sich rasch üb eine „drastische Reduzierung" ihr konventionellen Waffen zu einige Nur so sei die Gefahr der Ausweitun eines konventionellen Konflikts in e nen Nuklearkrieg zu bannen.

Xueqian forderte, die USA und di Sowjetunion sollten „sofort jed Form des Wettrüstens im Weltrau einstellen". Er regte ein internationa les Abkommen zur Entmilitarisie rung des Weltraums an. An die Ge fer Abrüstungskonferenz appelliert er, umgehend eine Vereinbarun über die Zerstörung und ein Produk tionsverbot chemischer Waffen zu u terzeichnen.

Ungarns Reformkurs bleibt Moskau ein Dorn im Auge

Gorbatschow und Kadar: Wirtschaft schneller entwickeln

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Mit einem gewissen Aufatmen hat die ungarische Öffentlichkeit den Verlauf des „freundschaftlichen Arbeitsbesuchs" registriert, den Parteichef Janos Kadar dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow in Moskau abstattete. Von ungarischer Seite wird das Verhältnis zur Sowjetunion stets von der Frage bestimmt, ob und wie weit Moskau bereit ist, den Budapester Reformkurs zu tolerieren oder gar zu ermutigen – oder ob Ungarn, was manche dogmatischen Kräfte in Osteuropa nicht ungern sähen, vom großen Bruder in die Schranken gewiesen wird.

Auf Gorbatschow setzte man in Budapest große Hoffnungen. Nach dem Amtsantritt des „Reformers" in Moskau war man aber über widersprüchliche Signale aus dem Kreml – etwa über einen ominösen „Prawda"-Artikel im Juni – ziemlich besorgt. Die Ablösung des Politbüromitglieds Romanow, der auf dem ungarischen Parteitag im Frühjahr eine ziemlich reformfeindliche Rede gehalten hatte, wurde mit Erleichterung aufgenommen.

Das Kommuniqué der Gespräche zwischen Gorbatschow und Kadar zeigt nun, daß die Ungarn einerseits beruhigt sein können. Die beiden Generalsekretäre seien sich darin einig, die wirtschaftliche Entwicklung zu beschleunigen und eine „umfassende Erhöhung der Effektivität der Produktion" zu erreichen, heißt es da.

Hieraus läßt sich schließen, daß Gorbatschow den Ungarn weiter gestatten wird, ihren Weg fortzusetzen – freilich strikt innerhalb der vom Block gesteckten Grenzen. Doch schon die Formel, daß die wirtschaftliche Entwicklung „unter Beachtung der gemeinsamen Erfahrungen, der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten und der nationalen Besonderheiten" erfolgen soll, liest sich wie ein Gummiparagraph, aus dem die Anhänger eines straffen Block-Einheitskurses ebenso wie die Fürsprecher einer dezentralisierten Reform oft Widersprüchliches herauszulesen vermögen.

Kadar und Gorbatschow bekannten sich zur „sozialistischen Wirtschaftsintegration" im RGW ebenso wie zur „Festigung der Einheit des Warschauer Pakts" – zwei Postulate, die dem sowjetischen Parteichef und seiner Politik des eisernen Besens entgegenkommen dürften. Andererseits entsprach der Hinweis, daß „in den internationalen Beziehungen eine positive Wende eintreten kann", offenbar ungarischen Vorstellungen.

Auch diesmal fehlte das Wort „Reform". Es gab auch keinen Hinweis darauf, daß die Sowjetunion etwa von den ungarischen Wirtschaftserfahrungen lernen wolle. Der Eindruck entsteht, daß die Sowjets dem ungarischen Weg auf dem Gebiet der Wirtschaftspolitik zwar keine Steine in den Weg legen, daß sie ihn aber eher als Besonderheit denn allgemein gültiges Vorbild für sich und andere kommunistische Regime betrachten.

Es ist anzunehmen, daß Gorbatschow und Kadar auch über die bevorstehende KSZE-Kulturkonferenz in Budapest gesprochen haben. Mit Spannung erwartet man, wie sich die offiziellen Stellen angesichts der von Regimekritikern angekündigten Aktionen verhalten werden. Ein scharfes Vorgehen gegen oppositionelle Intellektuelle könnte einerseits dem Ruf Ungarns im Westen schaden, andererseits verfolgen die Sowjets sehr aufmerksam, wie weit die Toleranz der ungarischen KP gegenüber den Dissidenten reicht.



NACHRICHTEN

öhrl in Führung

Pisa (sid) – Walter Röhrl aus Re-nsburg und sein Beifahrer Christi- Geistdörfer (München) bauten auf rem Audi Quattro Sport bei der Ral-e San Remo ihren Vorsprung aus. ach 14 von 45 Wertungsprüfungen gen sie mit 56 Sekunden vor den nnen Timo Salonen und seinem eifahrer Seppo Harjanne. Die Fin-n stehen bereits als Weltmeister st.

rabotin wird operiert

Düsseldorf (dpa) – Dietmar Grabo-, Abwehrspieler vom Fußball-Bun-sligaklub Fortuna Düsseldorf, muß h einer Operation an der Achilles-nne unterziehen. Trainer Dieter ei befürchtet einen Ausfall bis zum ginn der Rückrunde. Bis dahin üßte Brei mit 16 Spielern auskom-en.

olleyball: Niederlage

Enschede (dpa) – Die UdSSR, Fa-rit bei der Volleyball-Europamei-erschaft in Holland, machte in En-hede mit der deutschen Damen-Na-onalmannschaft kurzen Prozeß. eim 0:3 hatte das Team von Bundes-ainer Andrzej Niemzcyk nie eine hance.

ongartz bestand Prüfung

Köln (sid) – Hannes Bongartz, seit aisonbeginn Trainer des 1. FC Kai-erslautern und mit 33 Jahren jüng-ter Trainer der Fußball-Bundesliga, at an der Deutschen Sporthochschu-e in Köln mit Erfolg die Trainer-Li-enz erworben. Mit Christina Theu-e-Meyer erwarb erstmals eine Frau ie Trainer-Lizenz.



ZAHLEN

VOLLEYBALL

Europameisterschaft in Holland, Damen, Gruppe 2 in Enschede: Deutschland – UdSSR 0:3 (1:15, 6:15, 11:15) – Tabelle: 1. UdSSR 4:0 Punkte, 2. Polen 2:2, 3. Deutschland 2:2, 4. Frankreich 0:4.

BASKETBALL

Bundesliga, Herren: Bayreuth – Gießen 88:70 (53:38).

GEWINNQUOTEN

Lotto: Gewinnklasse 1: 3 351 611,20 Mark, 2: 63 237,90, 3: 7 669,50, 4: 113,40, 5: 8,50. – **Toto:** 1: 3 642,00, 2: 172,00, 3: 17,60. – **„6 aus 45"**: 1: 52 993,70, 2: 807,60, 3: 178,60, 4: 9,80, 5: 2,20. – **Rennquintett:** Rennen A: 1: 762,20, 2: 103,10. – Rennen B: 1: 64,10, 2: 14,10 – Kombinationsgewinn unbesetzt: Jackpot: 27 606,60. (Ohne Gewähr)

FUSSBALL / Rückspiele im Europapokal – WELT-Interview mit Hamburgs Manager Günter Netzer

„HSV ist immer noch im Umbruch"

Vor den heutigen Rückspielen im Europapokal dürfen von den sechs Bundesligaklubs lediglich Meister Bayern München (2:1 bei Gornik Zabrze) und Pokalsieger Bayer Uerdingen (3:0 bei FC Zurrieq) an die Auslosung der zweiten Runde am Freitag in Zürich denken. Die vier Teilnehmer im UEFA-Pokal müssen zittern: Hamburg – Sparta Rotterdam (Hinspiel: 0:2), Bremen – Odessa (1:2), Posen – Mönchengladbach (1:1), Gijon – Köln (0:0). Das ZDF sendet ab 22.50 Uhr Ausschnitte. Am schwersten wird es der HSV haben. Ulrich Dost sprach mit Hamburgs Manager Günter Netzer.

WELT: Von den sechs Bundesligaklubs wird es der Hamburger SV heute am schwersten haben, die zweite Runde im UEFA-Pokal zu erreichen. Das 0:2 von Rotterdam gegen Sparta ist eine denkbar ungünstige Voraussetzung. Spielmacher Felix Magath zog sich einen Bänderanriß und eine Kapseldehnung im rechten Fußgelenk zu. Wer soll ihn ersetzen?

Netzer: Es ist kaum zu glauben, wieviel Pech wir derzeit haben. Wir wollen alles Erdenkliche tun, damit der Felix Magath doch noch spielen kann. Doch die Aussichten sind sehr gering. Trainer Happel wird sich mit der Aufstellung Zeit lassen.

WELT: Die Hamburger Spieler geben sich sehr optimistisch. Heinz Gründel sagt einen 4:0-Erfolg voraus. Ist da der Hang erkennbar, die gewiß nicht sehr starken Holländer zu unterschätzen?

Netzer: Wie können wir die Holländer unterschätzen? Erst einmal müssen wir den zwei Toren nachlaufen. Das ist gegen jede Mannschaft schwer.

WELT: Sportlich gesehen wäre ein Ausscheiden eine bittere Enttäuschung, nachdem bereits im DFB-Pokal das Aus in der ersten Runde in Bochum kam. Wie würde sich ein K. o. finanziell auswirken?

Netzer: Ich möchte über Geld nicht reden, bevor das Kind nicht in den Brunnen gefallen ist. Der deutsche Pokal hat uns nicht so gravierend getroffen. In diesem Wettbewerb setzen wir im Etat keine Summe ein. Der Europapokal ist dagegen mit etwa rund 800 000 Mark veranschlagt. Nun bleibt abzuwarten, wieviel Zuschauer heute ins Volksparkstadion kommen. Davon hängt die Höhe des Verlustes ab. Wir rechnen mit 25 000 Besuchern.

WELT: Angenommen, der Sprung in die zweite Runde klappt nicht, müssen die HSV-Profis dann bei Freundschaftsspielen über die Dörfer tingeln?

Netzer: Die Zeit der Freundschaftsspiele ist endgültig vorbei. Wir wollen auch nicht, daß kleine Dorfvereine uns finanzielle Versprechungen machen, die sie dann nicht halten können. Das ist oftmals der Tod solcher Klubs.

WELT: Den Titel als Europapokalsieger 1983 konnte der HSV aber noch lukrativ auswerten.

Netzer: Das ist richtig. Das war unsere beste Zeit. Da haben wir in Freundschaftsspielen 2,5 Millionen Mark eingenommen.

WELT: Danach ging es mit dem HSV sportlich bergab. Meist kam das Aus bereits in den ersten Runden. Stimmt Sie das nicht nachdenklich?

Netzer: Selbstverständlich. 1983 war einfach ein Umbruch notwendig. Wir haben gedacht, daß wir mit Wuttke und Schatzschneider die richtigen Leute geholt hätten. Vom Talent her besitzen beide mehr als Bastrup und Hrubesch. Wenn sie eingeschlagen hätten, wäre es bei uns so optimal weitergelaufen. Doch der Fehler war, daß sich in der Mannschaft alles zu sehr auf diese beiden konzentrierte.

WELT: Mit Wuttke plagt sich der HSV immer noch herum. Zuletzt saß der frühere Schalker nur auf der Tribüne. Sitzt er dort heute wieder?

Netzer: Er wird heute wieder nicht dabeisein. Das Präsidium muß jetzt langsam reagieren. Die negative Entwicklung hält schon zu lange an.

WELT: Was wirft Trainer Ernst Happel dem Spieler konkret vor?

Netzer: Happel wirft ihm sportliche Dinge vor, die er einfach nicht lernen will. Persönliche Probleme spielen dabei keine Rolle. Aber plötzlich ist Wuttke verletzt, dann spielt er eine Prellung hoch. Wir haben alles versucht, um das Verhältnis zu verbessern. Es gibt keinen Verein, der für seine Spieler soviel tut wie der HSV. Doch das kann kein einseitiges Nehmen sein. Seit zwei, drei Jahren schwört Wuttke immer wieder, sich zu bessern. Alle haben es mit ihm versucht. Das überraschendste für mich ist, daß Wolfram Wuttke in der Öffentlichkeit einen ungerechtfertigt guten Ruf besitzt.

WELT: Der Umbruch ist immer noch nicht abgeschlossen. In welcher Phase befindet man sich?

Netzer: Wir sind noch mitten drin im Umbruch. Erstens fehlt uns immer noch ein richtiger Mittelstürmer. Zweitens nagt der Zahn der Zeit an unseren älteren Spielern, die nun schon jahrelang zusammenspielen. Da ist es notwendig, junge Leute zu bringen.

STAND●PUNKT / *Schalke 04*

Die Jahreshauptversammlungen beim Fußball-Traditionsklub Schalke 04 gehörten früher einmal, und das keineswegs nur durch die Vereinsbrille betrachtet, mit zu den Höhepunkten einer jeden Saison. Da wurde, wenn Präsident Günter „Oskar" Siebert mit Entschlossenheit auf seine Gegner eindrosch und die dann ihren Boß in gleicher Weise annahmen, das Leben in seiner dichtesten Form vorgeführt: eine Mischung aus Millowitsch-Theater und Komödienstadl.

Ruhrpott-Original Adolf Tegtmeier war, wiewohl nicht leibhaftig vorhanden, gleich hundertfach mit im Saal. Da wurde krakeelt, bei Bedarf geweint, und wenn alles vorbei war, fielen sich die Versammelten stets bewegt in die Arme und sangen inbrünstig ihr Vereinslied „Blau und Weiß, wie lieb' ich dich". Auf den Presseplätzen „mit Tische" drängten sich ganze Schwadronen von Berichterstattern und vermerkten ebenfalls voller Glückseligkeit, daß dies wieder ein Abend „typisch Schalke" gewesen sei.

Doch das war einmal. Viele von denen, die bei der Generalversammlung am Montag Zeuge waren, haben wehmütig festgestellt, daß ein neuer Zeitgeist längst auch dem „alten Schalke" das Lebenslicht ausgeblasen hat. Siebert verblieb in seinem Exil (auf Gran Canaria), auf dem Podium führte sein Nachfolger, der Gladbecker Unternehmensberater Hans-Joachim Fenne, streng sachlich die Geschäfte. Vereinzelte Attacken gegen den ungeliebten Manager Rudi Assauer wehrte Hobby-Golfer Fenne souverän ab, und er wurde schließlich mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt bestätigt, obwohl die Vereinsfamilie derzeit nicht gerade hochbeglückt ist: 2,2 Millionen Mark Schulden drücken.

Schlimmer ist das Defizit im sportlichen Bereich. Schalke, mit einigen Hoffnungen in diese Saison gestartet, ist Drittletzter. Da war es denn auch nur ein milder Trost, daß Fenne der Versammlung verkündete, Jungstar Olaf Thon werde seinen Vertrag bis 1989, Stürmerkollege Klaus Täuber werde ihn bis 1988 verlängern. Zumindest fiel der Beifall dafür eher vornehm-zurückhaltend aus, so wie sich das ganze Schalke derzeit präsentiert.

Der ehemalige Mannschaftsbetreuer Charly Neumann, der für den Verwaltungsrat kandidierte (und durchfiel), hat den Stilwandel, sicherlich eher unbewußt, besonders deutlich gemacht: Bevor er ans Mikrophon trat, zog er sich sein Jakkett über. Auf eine solche Idee wäre der dicke Charly früher mit Sicherheit nie gekommen. Aber, wie gesagt, da war in Schalke ja auch noch urwüchsige Hemdsärmeligkeit gefragt ...

BERND WEBER

TENNIS / Hickhack vor dem Daviscup-Halbfinale um den Weltranglisten-Ersten nimmt kein Ende – Das deutsche Team läßt sich nicht beeindrucken

Ivan Lendl startet nicht im Einzel – Schmerzt der Ellenbogen zu sehr?

sid/dpa/DW. Frankfurt

Nun ist es endgültig – oder doch nicht? Der Tennis-Weltranglisten-Erste Ivan Lendl wird, so teilte sein amerikanischer Manager Jerry Solomon gestern in Washington mit, beim Frankfurter Daviscup-Halbfinale Deutschland gegen die CSSR von Freitag bis Sonntag „endgültig kein Einzel bestreiten". Der armverletzte Lendl werde bestenfalls im Doppel spielen. Mit dem Eintreffen des 25jährigen in Frankfurt sei, erklärte Solomon weiter, wenn überhaupt, erst morgen zu rechnen.

Das Hin und Her in der Diskussion um die Mannschaft der CSSR geht also munter weiter. Sicher scheint zunächst einmal nur, daß es in Frankfurt nicht zum erneuten, mit Spannung erwarteten Duell des 17jährigen Boris Becker gegen den zur Zeit weltbesten Tennisspieler kommt.

Ivan Lendl, der seit einiger Zeit über Beschwerden im Schlagarm klagte, hatte am Montag einen Arztbesuch um 48 Stunden verschoben. Und schon Montag hatte sein Manager verlauten lassen, er halte es für zweifelhaft, „daß Lendl gegen Deutschland spielt."

Zweifel an Ivan Lendls Bereitschaft, für die CSSR anzutreten, waren in den letzten Tagen immer größer geworden. Ein in der Tennisbranche kursierendes Bonmot gewann wieder an Aktualität: „Lendls Ellenbogen schmerzt nur, wenn ein Daviscup-Spiel bevorsteht."

Die deutsche Mannschaft zeigte sich unbeeindruckt von diesem Hickhack. „Wir trainieren so, als wäre Lendl dabei", meinte Günter Bosch als persönlicher Trainer von Boris Becker in Frankfurt. „Die CSSR ist auch ohne Lendl stark", gab Niki Pilic, der offizielle Daviscup-Trainer des Deutschen Tennis-Bundes (DTB), zu bedenken, „wir können verlieren, ob mit oder ohne ihn." Und auch CSSR-Teamchef Jan Kodes hielt sich zurück: „Wir müssen weiter warten."

Abwarten müssen auch die zahlreichen Sicherheitskräfte in und außerhalb der Frankfurter Festhalle. Der große Ansturm steht erst noch bevor. So blieb bislang auch der erwartete Rummel der Fans um Boris Becker aus. Willi Beyer, auf Rolling-Stones-Tourneen oder André-Heller-Spektakeln bewährter, schwergewichtiger Chef einer Frankfurter Sicherheitsgruppe, mußte als Bodyguard des 17jährigen Leimeners noch nicht gegen allzu stürmische Verehrerinnen einschreiten. Mehr Arbeit für seine Truppe erwartet Beyer aber an den drei Spieltagen. „Ich rechne mit sehr vielen Besuchern, die ohne Karte nach Frankfurt kommen und sich dann irgendwie Zutritt verschaffen wollen", sagt er.

Rund 180 Mann stark wird das Wachpersonal sein, das an allen Tribünen-Abgängen postiert sein muß, um die notwendige Ruhe für die Akteure zu gewährleisten. Hinzu kommen 140 Polizeibeamte, die zur Verkehrsregelung sowie zum Personen- und Objektschutz zur Verfügung stehen. Besondere Maßnahmen fallen an, weil dieses Tennis-Ereignis auch zahlreiche Prominente anlockt.

Für Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann, der sich als Gast ankündigte, ist erhöhte Bereitschaft angesagt. Nach dem tragischen Tod des Demonstranten Günter Sare am vorigen Samstag ist die Stimmung explosiv, wie die gewalttätigen Demonstrationen der letzten Tage gezeigt haben.

Um einen anderen Kreis von Besuchern wird sich allerdings die Kriminalpolizei eingehend kümmern. Schwarzhändler, die wegen der ungeheuren Nachfrage mit erhöhten Preisen das Geschäft des Jahres wittern, oder Personen, die möglicherweise Falsch-Tickets in Umlauf bringen, erwarten strenge Kontrollen. In die Falle gingen der Polizei schon ein Bremer und ein Übeltäter aus dem süddeutschen Raum. Per Zeitungsannonce hatten beide die heißbegehrten Eintrittskarten angeboten – allerdings für das Zehnfache des Originalpreises.





ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 ARD-Ratgeber
Das internationale TV-Kochbuch
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.23 Frühlingssinfonie
Deutscher Spielfilm (1983)
von Peter Schamoni
12.10 Monitor
Berichte zur Zeit
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Coubertins Erben
Die olympische Bewegung zwischen Politik und Kommerz
Film von Jürgen Emig
Der vom Wiederentdecker der olympischen Idee, Baron Pierre de Coubertin (1863–1937), geprägte Amateurgedanke gerät zwischen Politik und Kommerz immer mehr in den Hintergrund. Selbst das Internationale Olympische Komitee (IOC) sieht diesen Gedanken als Relikt einer vergangenen Epoche an.
16.55 Florian 14 (1)
Vierteilige Spielfilmserie
Eine Feuerwehr für Griechenland
In einem Frankfurter Wohnhaus leben einheimische und ausländische Familien, der kleine Grieche Nikos und zahlreiche deutsche Kinder. Nikos sucht Anschluß, möchte mitspielen, aber er wird meistens nur gehänselt und verspottet.
17.50 Tagesschau
Dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Jugendstreiche des Knaben Karl
Deutscher Spielfilm (1977)
Mit Robert Seidl, Walter Sedlmayr, Eva-Maria Meineke u. a.
Drehbuch, Regie: Franz Seitz
München 1897: Auf der „Auer Dult", dem beliebten Jahr- und Trödelmarkt der bayerischen Hauptstadt, läßt sich der 15jährige Karl Valentin Fey die Karten legen. Zu seinem großen Entzücken erfährt er, daß das Schicksal anderes mit ihm im Sinn hat als sein Vater.
21.40 Brennpunkt
Länger dienen
Heute wird das Bundeskabinett über die Verlängerung des Wehrdienstes von 15 auf 18 Monate entscheiden. Gleichzeitig gibt es eine Kontroverse, wie lange dann Zivildienst geleistet werden muß – 24 Monate oder weniger. Studiogäste sind Bundesverteidigungsminister Manfred Wörner und der Wehrexperte der SPD, Erwin Horn.
Leitung: Peter Staisch
22.30 Tagesthemen
23.00 Show-Bühne (4)
Unterhaltung mit Alfed Biolek
23.45 Tagesschau
23.50 Nachtgedanken
Späte Einsichten mit Hans Joachim Kulenkampff

ZDF

16.00 heute
16.04 Neues aus Uhlenbusch
Schützenfest
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Unser Fräulein Lehrer
Miss Peach läßt die Puppen tanzen / Freunde fürs Leben
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
Zu Gast: Die Gruppe „Head Line"
17.50 Trio mit vier Fäusten
Der Augenzeuge
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.55 mittwochslotto – 7 aus 38
Spiel 77
19.00 heute
19.30 Direkt
Magazin mit Beiträgen junger Zuschauer
Selbstmord bei Jugendlichen lautet das Thema, mit dem sich die heutige „Direkt"-Sendung befaßt. Ein Kurzspielfilm beschäftigt sich mit den Problemen einer Lösungsmittel-Schnüfflerin und eines selbstmordgefährdeten Jugendlichen.
20.15 ZDF Magazin
Moderation: Gerhard Löwenthal
21.00 Hotel
Nach Arthur Hailey
Ehen
Im ehrwürdigen St. Gregory gerät die Gefühlswelt mancher Gäste mal wieder ins Wanken. Maggie und Gil wollen ihre Hochzeit im „Hotel" feiern, doch finanzielle Probleme und eine geheimnisvolle Sekretärin drohen das Fest ins Wasser fallen zu lassen.
21.45 heute-journal
22.05 action
Max H. Rehbein: Halleluja für Berlin
Auf Talentsuche in der Berliner Musikszene
„Als alter Berliner stört mich das verrutschte Image der Stadt. Zum Sterben verurteilt, nur Hausbesetzer, Steinewerfer und Chaoten – ich will zeigen, daß das nicht wahr ist", erläutert Max H. Rehbein seinen Film. Im Mittelpunkt stehen vier junge Musiker – ein Schweizer, ein Amerikaner, eine Britin und ein Mädchen aus dem Wedding. „Das Quartett", so der Name der Gruppe, hat sich auf Schlager aus den 20er und 30er Jahren spezialisiert, die sie, mit neuen Arrangements und aktuellen Texten versehen, a capella vortragen.
22.50 Die Sport-Reportage
Fußball-Europapokal
1. Runde – Rückspiele
0.20 heute

III.

WEST
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Mittwochs in Mechernich
Informationen und Unterhaltung
Musik: Lady Lilli und die Blues & Boogie Band
21.45 Hobbythek
Schöner wohnen mit Marmor
22.30 Queen Kelly
Amerikanischer Spielfilm (1928/31)
Mit Gloria Swanson u. a.
Buch und Regie: Erich von Stroheim
0.05 Schach dem Weltmeister
0.35 Letzte Nachrichten

NORD
19.00 Der kleine Unterschied und die Erziehung
19.30 Das Jahr im Garten
20.00 Tagesschau
20.15 extra drei
21.00 Der Triumph des Todes
von Pieter Bruegel
21.45 The wedding march
Amerikanischer Stummfilm (1926–1928)
23.30 Actualités
23.45 Nachrichten

HESSEN
18.30 Natur und Technik
18.55 Wieso – Weshalb – Warum?
19.05 Die Edersee-Story
Hessens größte Talsperre
19.45 Tiersprechstunde
Tollwutgefährdeter Bezirk
20.15 Stadtgespräch
21.30 Drei aktuell
22.00 Theater der Weimarer Republik (2)
Die Kraft der Wirklichkeit
23.35 Schach dem Weltmeister

SÜDWEST
19.25 Nachrichten
19.30 Blut und Ehre (4)
Jugend unter Hitler
Denn die Fahne ist mehr als der Tod
Von Helmut Kissel
20.15 Wolf Huber
Ein Maler der Donauschule
Film von Gottfried Sello
21.00 Das Poker-As
Polnischer Spielfilm (1982)
22.35 Das romantische Zeitalter
Victor Hugo
23.20 Nachrichten

BAYERN
19.00 Bayern-Kini '85
19.45 Mad Movies oder Als die Bilder laufen lernten
20.15 Christians Wanderbrettl
20.45 Zeitspiegel
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 Der scharlachrote Buchstabe (4)
22.35 Die Jungs von Shilo, Sheppard und Fort Bliss
23.35 Schach dem Weltmeister
0.05 Rundschau
0.10 News of the Week

SAT 1

13.30 Trickfilmzeit mit Adelheid
14.00 Von drei nach zwei bis zwei vor drei
15.00 Papermoon
Boxkampf wider Willen
15.30 Musicbox
16.30 Happy Days
Marion rebelliert
17.00 Kultur, Natur und Wissenschaft
Das große Barriere-Riff – Gefahr im Verzug?
18.00 Es darf gelacht werden
Der verschleierte Herr
oder Regionalprogramm
18.30 APF blick:
Nachrichten und Quiz
18.45 Zahlen und Buchstaben
Das Konzentrationsspiel
19.10 Sport auf SAT1
Berichte von der Internat. Bootsmesse in Friedrichshafen / Fußball: Europa-Cup – Rückspiele
Moderation: Peter Glauche
Anschl. das Skatturnier der „Bildwoche"
20.00 Offen gesagt
Heidi Brühl im Gespräch mit Lothar Kleinjung
20.30 Love Boat
Anschl. Ihr Wochenhoroskop
21.30 APF blick:
News, Show, Sport
22.15 Die Rechnung zahlt der Bounty-Killer
Ital.-span. Spielfilm (1978)
23.45 APF blick:
Letzte Nachrichten

3SAT

18.00 Höhlen – Welt ohne Sonne
anschl. Das Kalte Herz (4)
19.00 heute
19.30 Buona Sera, Italia!
Ein italienischer Abend
21.00 Die Mittwochsgeschichte
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Unsere Nachbarn, die Italiener
Unser Leben, die Contrada
22.15 Sportreport
Pferde und Töchter
23.00 3SAT-Nachrichten

RTL-plus

18.35 Der gute Nachbar
18.53 7 vor 7 – Newsshow
19.18 Karichen
19.22 RTL-Spiel
19.30 Dr. Jonathan Ferrier
20.20 RTL-Spiel
20.30 Der himmlische Walzer
Österreichischer Spielfilm (1948)
22.10 RTL-Spiel
22.18 Wer bin ich?
Ein Quiz mit Prominenten
22.40 Open End – Männer 85
Anschl.
Wetter / Horoskop / Betthupferl

Von Anfang an dabei (11): Jürgen Roland und seine „Streiflichter des Alltags"

Abendgesellschaft mit Schaffner

Er hieß Paul Bretherton, war Major im Dienste Seiner Britischen Majestät, und genauso sah er aus! Major Bretherton war der erste Chef der Nachrichtensendungen bei Radio Hamburg, „A station of the military government", und wir schrieben das Jahr 1945.

Genauer gesagt, es war im Juni dieses Jahres, ein herrlicher Sommer trotz Hunger, Zerstörung und Trauer über das Schreckliche der jüngsten Vergangenheit – es war Vergangenheit, und wir Jungen schauten nach vorn.

Bei Paul Bretherton stellte ich mich vor, denn Journalist, ein Reporter wollte ich schon werden, als die Lehrer dem Schüler Jürgen R. im Abitur bescheinigten, daß ihm leider jedes Vermögen zum logischen Denken fehle, dafür aber seine Leistungen in Deutsch „anerkennenswert" seien. Auch hatte ich schon im zarten Alter von zwölf Jahren kleine Artikel für die Kinderseite einer Hamburger Zeitung geschrieben: Erlebnisse eines Kilometersteins, einer Bahnschranke und einer Zehnpfennigmarke. Der Knabe berechtigte also zu den schönsten Hoffnungen.

Paul Bretherton mußte das ähnlich gesehen haben, als ich bei ihm hereinspaziert kam, einen Militärpolizisten – Rotkäppchen nannten wir sie – zur Linken und einen zur Rechten. Meine Kenntnisse der englischen Sprache waren immerhin so belastbar (glaubte ich), daß ich meinem liebenswürdigen Gegenüber klarmachen konnte, was mein Begehr war. Vielleicht hat er mich aber auch nicht oder falsch verstanden, wer weiß, und ich verdanke meine sogenannte Karriere nur meinem fatalen Schulenglisch.

Jedenfalls bekam ich eine Anstellung als „News-Writer" bei Radio Hamburg und redigierte von dieser Stunde an und aus dem Stand die „News at dictation speed". Das waren Nachrichten für die deutschen Kriegsgefangenen in britischen PoW-Lagern, die diese Nachrichten, langsam vorgelesen, mitschreiben konnten, um sie dann ans Schwarze Brett zu heften. Was ich damals bei meinen englischen Ausbildern lernte, habe ich nie vergessen. Knapp zwei Dutzend Deutsche waren wir im Haus an der Rothenbaumchaussee, und ich war der jüngste.

Halt, da war noch eine junge Dame namens Rosemarie Schwerin, sie war klug, und sie war hübsch – außerdem war sie die erste Reporterin, die nach dem Kriege ein Mikrophon (und was für eins!) in die Hand bekam und die diese Chance zu nutzen wußte. Was also lag näher, als in die Reportageabteilung hinüberzuwechseln, ins „Outside Broadcast Dept.", um auf diese Weise der jungen Dame näher zu sein und – sozusagen nebenbei – endlich meine Kinderträume von einem aufregenden Reporter-Leben zu verwirklichen.

Da saßen nun bereits die Herren Rockmann und Schwermer, und Herr Rehbein kam etwas später dazu. Alles ältere Herren so um die 25. Da blieb für mich nur der Katzentisch, will sagen: „Seriöse" Reportagen waren meinen Kollegen vorbehalten, mir blieb die Jagd nach dem „Streiflicht des Alltags".

So hieß die erste Funkreihe, mit der „Röschen" Schwerin und ich (das wenigstens hatte ich erreicht) an eine lauschende Öffentlichkeit traten. Es folgten sehr bald die akustischen Wiedergaben aufregender (und auch nicht ganz ungefährlicher) Abenteuer: Frühstück im Tigerkäfig, mit dem Mikrophon über das Hochseil usw. usw., last but not least Reportagen von den Einsätzen der Polizei, vornehmlich im Gebiet von St. Liederlich, ergo mit der Basis Davidswache. Aus diesen Tagen rührt meine Verbindung, meine besondere Liebe für die eine (die Polizei) wie für die andere Seite, den „Kiez", nämlich St. Pauli.

Peter von Zahn animierte mich dann, zur Straßenbahn zu gehen, als Schaffner zu lernen, zu fahren und darüber in seiner überaus populären „Abendgesellschaft" zu berichten. Ich tat's, und damit war ich gut beraten.

Man „entdeckte" mich nun auch als Erzähler, im bescheidenen Rahmen, vielleicht sogar mit einigem Talent zum Regisseur. Was also lag näher, als nach zwei Lehrjahren beim Film – wiederum als einer der ersten – zum Versuchsbetrieb des Fernsehens (so hieß das damals!) zu gehen? Ich hatte Funk- und Filmluft nicht nur geschnuppert, ich hatte sie mit kräftigen Zügen eingeatmet – auf denn, erobern wir dieses neue Medium, den Zauberspiegel, wie die große „Hörzu" damals den kleinen Schirm nannte.

Es war eine unvergeßliche Zeit. Bei Temperaturen bis zu 60 Grad im Studio, ausgelacht von den Kollegen beim Rundfunk, ohne finanzielle Möglichkeiten über ein Trinkgeld hinaus, das wir unseren Gesprächspartnern anbieten konnten: So starteten wir im Bunker auf dem Heiligengeistfeld. Unsere Gäste mußten zwölf Stockwerke hoch in unser winziges Studio klettern, der Fahrstuhl war abends abgestellt. Begründung: Für eine Handvoll Verrückter muß man nicht auch noch die Technik bemühen. Werner Baecker, Freund aus frühen Funktagen, erkannte sofort die Chancen und die Möglichkeiten des jungen Mediums. Er machte mir Mut, mit einer eigenen Aktualitätenschau mein Glück zu versuchen. Und es gelang!

War es auch nur eine kleine, übersehbare Gruppe von Zuschauern, wir arbeiteten, als wären wir beim großen Bruder in den USA beschäftigt und hätten eine „Coast-to-coast"-Produktion zu bewältigen. Nie vergesse ich, wie ich (eine Sensation!) vom Boxkampf Hein ten Hoffs gegen den Farbigen „Tiger" Jones berichtete. Der Kampf war in Berlin – mit dem Flugzeug nach Hamburg zurück, ein Wochenschau-Kameramann hatte mir einige Minuten Material überlassen. Es wurde entwickelt, und gegen 22 Uhr stellte ich mich auf eine Leiter im sogenannten Studio, um in den Regieraum zu gucken, wo die Bilder auf dem Regiepult zu sehen waren, und berichtete aus dieser luftigen Höhe. Als dann die einzige Kamera im Studio eingeblendet wurde und ihr Bild über den Sender ging, da sah man mich von der Leiter kommen und hörte mich dabei weiter vom Kampf berichten ...

Unsere Zuschauer mögen gelächelt haben, böse waren sie nicht. Pressekritiken gab's (natürlich) noch nicht – wir konnten also in der Tat einiges riskieren. Ach, täten wir's doch auch heute noch häufiger!

Als dann Jochen C. Fest die Chefredaktion übernahm und der unvergessene Walter Hilpert als Intendant die Zügel führte, da wurde „Stahlnetz" geboren, eine Sendung „in Zusammenarbeit mit der Kriminalpolizei", wie es im Titel hieß.

Heute nun heißt mein Tatort „Tatort" – eine Gemeinschaftsproduktion der ARD. Millionen nicht nur in unserem Lande schauen uns zu, aber die Spannung und das Fiebern vor jeder und für jede Sendung sind gleich geblieben: In dieser unverwechselbaren Atmosphäre wünschte ich mir dann auch bereits das eine oder andere Mal, es wäre nun endlich an der Zeit, erwachsen und abgeklärt zu sein. Soll ich mir das wirklich wünschen?

JÜRGEN ROLAND

Wie es bei einer Live-Übertragung aus dem Theater zuging, erzählt Willi Millowitsch am 9. 10.



Für die „Streiflichter des Alltags" auf den Kurfürstendamm gegangen: Der junge Jürgen Roland bei der Arbeit

KRITIK

Kombinieren wie Nick Knatterton

Flotte Mädel, flotte Sprüche, flotte Jungs, das Ganze im Farbton von Dynamik und Frische; hie die Guten, da die Bösen; das kernige Knacksen, wenn Knöchel auf Kinn trifft; eine Explosion; Wellen, Strand und echte Freundschaft – fertig ist ein 90-Minuten-Pilotfilm (für das Hauptprogramm) zur bereits zweiten Staffel der Vorabendserie **Trio mit vier Fäusten (ZDF)**: ein Schmarren, aber nun wirklich alles andere als ein saftiger Appetizer für das seltsame Vergnügen, den Apparat bereits spätnachmittags anzustellen.

Jedenfalls wird bei solchen Action-Streifen einsichtig, warum die Jugend den Glimmerkasten „Idiotenlaterne" schimpft: Wer bis jetzt noch nicht mitbekommen hat, daß diese amerikanische Kunst- und Gunstgewerblichkeit nichts anderes ist als der dümmliche Strich des kommerziellen Einfalts-Pinsels über den Bildschirm, der muß ein televisionäres Kaspar-Hauser-Syndrom haben.

Zwei dümmliche Neudetektive mit Strandgeflüster-Mienen klären gegen die Mißgunst des gewaltigen Polizei-Lieutenants einen Fall auf, bei dem ein Segelboot in die Luft flog und nur ein Mädchen überlebte. Die beiden Rechercheure holen sich einen alten Kumpel zu Hilfe, den hühnchenhaften Murray, eine Computer-Koryphäe. Die schwätzt, wie Klein-Fritzchen sich Einstein vorstellt, spielt mit Robotern, Microchips und Monitoren und kombiniert andauernd wie Kollege Nick Knatterton.

Mit von der Partie: Schicke Schiffe, eine resolute Frau Käptn, die in Schwierigkeiten gerät, ein qualmender, hustender, uralter H-34-Helikopter und zwei rivalisierende Unholde, von denen der eine hinter Gold, der andere hinter heißer Drogenkohle her ist. Beide vermuten auf dem gesunkenen Segler den großen Reibach.

Der Showdown am Ende, durchsetzt mit Palmen, Sand und Benzingeruch, bringt Ungemach für die groben Strolche: Die Jacht namens „Tradewind" birgt weder Geld noch Gold, der Filmschluß dafür aber, wie kann es anders sein, den Sieg der Guten.

Das war's.

ALEXANDER SCHMITZ

STUDIO

Hintergrundinformationen zur Politik und Berichte zu politischen Entscheidungsprozessen sind das Thema im **Funkkolleg Politik**, das vom 15. Oktober an im Westdeutschen Rundfunk, Südwestfunk, Süddeutschen Rundfunk, Hessischen Rundfunk und Radio Bremen ausgestrahlt wird. Dreißig Sendeeinheiten sind für das Kolleg vorgesehen, dessen Vorbereitung sich Radio Bremen mit dem Hessischen Rundfunk geteilt hat. Für das Unternehmen, das durch Vorträge an den Volkshochschulen und Studienbegleitbriefe des Deutschen Instituts für Fernstudien ergänzt wird, sind die Politologen und Politikwissenschaftler Klaus von Beyme (Heidelberg), Ernst-Otto Czempiel (Frankfurt) und Peter Graf Kielmansegg (Köln) gewonnen worden.

Nach Mitteilungen des nordrhein-westfälischen Kultusministeriums hat sich die Serie der Funkkollegs mit bisher einer halben Million Teilnehmern zu einer „wesentlichen Einrichtung der Weiterbildungsbestrebungen in der Bundesrepublik" entwickelt. Rund 20 000 Teilnehmer haben sich bereits für das Funkkolleg Politik angemeldet. Informationen erteilt das Funkkolleg Zentralbüro, 6000 Frankfurt 90, Robert-Mayer-Str. 20. DW

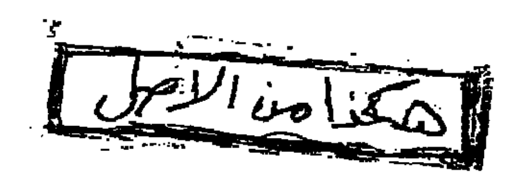
*

Gleich zwei **Auszeichnungen für Fernsehproduktionen** gingen an das ZDF. Beim TTV-Festival in Riccione, bei dem für das Fernsehen des In- und Auslands adaptierte Theaterstücke ausgezeichnet werden, hat die vom ZDF produzierte Fernsehfassung der „Hermannsschlacht" den ersten Preis, den „Solo d'Oro", erhalten. Kleists Drama, das Claus Peymann in Bochum inszeniert hatte, war 1984 in der Reihe „Die aktuelle Inszenierung" zu sehen.

Ein weiterer Preis ging an den Film „Der Spiegel" des in der Bundesrepublik lebenden türkischen Regisseurs Erden Kiral. Der Film, eine Koproduktion von ZDF, Channel Four und der Vietinghoff Filmproduktion, erhielt den „Grand Prix" von Figueira da Foz, Portugal. 1984 war er als deutscher Wettbewerbsbeitrag in Venedig eingereicht worden; im Oktober desselben Jahren wurde er in der ZDF-Reihe „Das kleine Fernsehspiel" gezeigt. DW

*

Am 15. Oktober veranstalten das ZDF und das sowjetische Fernsehen Gostelradio erstmals einen **deutsch-sowjetischen Programmaustausch**. An diesem Tag gibt es einen „Sowjetischen Tag" im ZDF und einen „ZDF-Tag" im sowjetischen Fernsehen. Im ZDF beginnt der Tag mit sowjetischen Produktionen um 15 Uhr mit einem Programm aus dem Moskauer Staatszirkus; im Mittelpunkt des Abendprogramms steht der sowjetische Spielfilm „Ein Privatleben" von Juli Raisman. Das ZDF-Magazin „WISO" beschäftigt sich mit deutsch-sowjetischen Wirtschaftsbeziehungen; ein sowjetisches Musical sowie eine Sendung über die Geschichte des Bolschoi-Theaters mit Ausschnitten aus aktuellen Inszenierungen beenden das Programm. DW



WIEVIEL VERSTEHEN SIE VON GELD?

TESTEN SIE HIER, WELCHER GELDTYP SIE SIND. NUTZEN SIE DIE CHANCE, 50.000 MARK VON AMERICAN EXPRESS ZU GEWINNEN.

WIEVIEL VERSTEHEN SIE VON GELD?

In 5 Minuten wissen Sie, wie gut Sie mit Geld umgehen können. Machen Sie mit. Sie gewinnen viele Erkenntnisse über Ihre Zahlungsgewohnheiten und können erfahren, welcher Geldtyp Sie sind.

Lesen Sie die folgenden Fragen aufmerksam durch, und kreuzen Sie die nach Ihrer Meinung richtigen Antworten an. Bei Fragen, die mit ★ gekennzeichnet sind, sind **mehrere Antworten möglich.** Bei Fragen ohne ★ bitte **nur eine Antwort** ankreuzen. In der unteren Hälfte des Fragebogens finden Sie die Beschreibung vier verschiedener Geldtypen. Schätzen Sie Ihre bisherigen Zahlungsgewohnheiten ein, und kreuzen Sie bitte an, wo Sie sich einordnen würden.

Alle Einsender, die ihren ausgefüllten Fragebogen bis zum 30.11.1985 an American Express einsenden, nehmen an einer Verlosung teil und können 50.000 Mark gewinnen. Sämtliche Angaben werden vertraulich behandelt.

1. Welches Zahlungsmittel benutzen Sie?★
- ☐ Bargeld
- ☐ Kreditkarte
- ☐ Scheck

2. Wieviel Bargeld haben Sie normalerweise bei sich?
- ☐ Bis DM 100,–.
- ☐ Bis DM 500,–.
- ☐ Bis DM 300,–.
- ☐ Über DM 500,–.

3. Welche Beträge zahlen Sie in der Regel mit Scheck?
- ☐ Ab DM 30,–.
- ☐ Ab DM 100,–.
- ☐ Ab DM 50,–.
- ☐ Ab DM 200,–.
- ☐ Ich habe keine Schecks bei mir.

4. Was gefällt Ihnen am bargeldlosen Einkaufen?
- ☐ Meine Unterschrift genügt.
- ☐ Keine Probleme mit Wechselgeld.
- ☐ Ich bin in jeder Situation liquide.
- ☐ Gar nichts, ich zahle lieber bar.

5. Haben Sie sich schon einmal geärgert, daß Sie nicht genügend Geld bei sich hatten, um eine einmalige Gelegenheit wahrzunehmen, z. B. um etwas Hübsches zu kaufen?
- ☐ Kann mir nicht passieren, ich habe immer ausreichend Bargeld bei mir.
- ☐ Nein, für solche Gelegenheiten trage ich immer ausreichend viele Schecks bei mir.
- ☐ Nein, mit Kreditkarte genügt meine Unterschrift.
- ☐ Ja, ich habe deswegen schon manche schöne Gelegenheiten verpaßt.

6. Haben Sie schon einmal Probleme mit Scheck-limitierungen und Banköffnungszeiten gehabt?
- ☐ Ja.
- ☐ Nein (weiter mit Frage 8).

7. Was tun Sie in diesem Fall?
- ☐ Ich verzichte auf den Einkauf.
- ☐ Ich stelle mehrere Schecks aus.
- ☐ Ich bezahle bar.
- ☐ Mit Kreditkarte kann mir das nicht passieren.

8. Bei welchem Zahlungsmittel haben Sie das geringste Sicherheitsrisiko?
- ☐ Euroschecks – sofern man nur wenige mit sich trägt und die Scheckkarte getrennt aufbewahrt.
- ☐ Bargeld in kleinen Beträgen.
- ☐ Bei Kreditkarten.
- ☐ Ich weiß nicht.

9. Wie oft heben Sie im Monat durchschnittlich Bargeld ab?
- ☐ 1mal
- ☐ 3mal
- ☐ 2mal
- ☐ 4mal und öfter

10. Haben Sie schon einmal überlegt, wie sich Ihr Ausgabenverhalten auf Ihre Kosten und Gebühren auswirkt?
- ☐ Ja.
- ☐ Nein.

11. Bei welchem Zahlungsmittel sinken Ihre Kosten, je öfter Sie es einsetzen?
- ☐ Bargeld
- ☐ Kreditkarte
- ☐ Scheck

12. Bei welchem Zahlungsmittel können Sie einen Zinsvorteil erzielen?
- ☐ Bargeld
- ☐ Kreditkarte
- ☐ Scheck
- ☐ Bei keinem
- ☐ Überweisung

13. Welcher der folgenden Ansichten stimmen Sie am ehesten zu?
- ☐ Ich bin ausgesprochen sparsam.
- ☐ Ich gehe sehr überlegt mit meinem Geld um.
- ☐ Ich gebe häufig mehr Geld aus, als ich geplant habe.
- ☐ Ich habe überhaupt kein Verhältnis zu Geld.

14. Haben Sie schon eine Kreditkarte?★
- ☐ Ja, American Express.
- ☐ Ja, eine andere.
- ☐ Nein, ich habe bisher noch keine gebraucht.

15. In wievielen Geschäften in Deutschland können Sie mit der American Express Karte einkaufen?
- ☐ Bis 10.000.
- ☐ Bis 40.000.
- ☐ Bis 20.000.
- ☐ Bis 50.000.

16. Wieviele Personen benutzen Ihrer Schätzung nach in Deutschland bereits die American Express Karte?
- ☐ Bis 100.000.
- ☐ Bis 400.000.
- ☐ Bis 250.000.
- ☐ Mehr als 400.000.

17. Sie wissen ja, daß Sie eine American Express Karte nicht überall bekommen können. Wo erhält man einen Antrag für die American Express Karte?★
- ☐ Im Postamt.
- ☐ Bei American Express.
- ☐ In Geschäften.
- ☐ In Zeitungen/Zeitschriften.
- ☐ In Hotels.
- ☐ Mit der Post zugeschickt.
- ☐ Auf Flughäfen.

18. Welche der folgenden Aussagen treffen auf die American Express Karte zu?★
- ☐ Kann Kosten und Gebühren senken.
- ☐ Sie sind ein gerngesehener Gast und Kunde.
- ☐ Macht unabhängig von Bargeld, Schecks und Banköffnungszeiten.
- ☐ Vereinfacht den Umgang mit fremden Währungen.
- ☐ Kann Zinsvorteile durch späteres Bezahlen der Rechnung verschaffen.
- ☐ Begrenzt das Risiko auf DM 100,– bei Diebstahl, Verlust und Mißbrauch durch Dritte.
- ☐ Verschafft einen guten Überblick über die Ausgaben.
- ☐ Ermöglicht es, Bargeld zu erhalten.
- ☐ Erlaubt es, weitere Versicherungen und Serviceleistungen in Anspruch zu nehmen.
- ☐ Keine.

19. Wovon hängt es ab, ob jemand eine Kreditkarte erhält?★
- ☐ Vom Alter.
- ☐ Vom Einkommen.
- ☐ Vom Beruf.
- ☐ Von der Höhe der monatlichen Ausgaben.
- ☐ Von seiner finanziellen Bonität.

20. Ab welchem Rechnungsbetrag kann man eine Kreditkarte einsetzen?
- ☐ Bei jedem Betrag.
- ☐ Ab DM 500,–.
- ☐ Ab DM 100,–.
- ☐ Ab DM 1.000,–.

21. Was kennzeichnet einen typischen Kreditkartenbesitzer?★
- ☐ Seine Fähigkeiten, mit Geld umzugehen.
- ☐ Erfolg, auch in beruflicher Hinsicht.
- ☐ Sein rationales Verhältnis zu Geldangelegenheiten.

22. Was halten Sie von einer Kreditkarte?
- ☐ Ist nur was für Angeber.
- ☐ Ist ein praktisches Zahlungsmittel.
- ☐ Ist überflüssig für mich.
- ☐ Einfacher, bequemer, sicherer und formloser geht es kaum.
- ☐ Könnte auch für mich interessant sein.

WELCHER GELDTYP SIND SIE?

Beim Beantworten aller Fragen haben Sie sicher bemerkt, daß Ihnen einige Antworten sehr schnell einfielen, andere dagegen etwas Nachdenken erforderten. Und manche Fragen haben Sie sich möglicherweise selbst noch nie gestellt, denn der Umgang mit Geld ist längst zur Gewohnheit geworden.

Jetzt können Sie Ihr Zahlungsverhalten bewerten und wissen, welcher Geldtyp Sie sind. Bitte kreuzen Sie an, wie Sie Ihren Umgang mit Geld charakterisieren würden.

Der Bargeld-Typ.

Ohne Bargeld fühlt er sich nicht wohl. Er vertraut auf eine volle Brieftasche und hat immer so viel Geld dabei, wie er braucht. Plus einer nicht unerheblichen Reserve.

Unser Tip:

Für den schönen Schein nehmen Sie viel in Kauf: die Abhängigkeit von Banköffnungszeiten oder Geldautomaten, Zinsminderung und ein großes Verlust- oder Diebstahlrisiko. Überprüfen Sie Ihren Umgang mit Geld, es gibt für große und kleine Beträge viel bequemere und sicherere Zahlungsmittel.

Der Bargeld-/Scheck-Typ.

Er trägt keine Hunderter bei sich, aber ohne eine bestimmte Summe Bargeld verläßt er nur ungern das Haus. Bargeldlose Zahlungsmittel nutzt er vor allem als Reserve, und nur in besonderen Fällen stellt er auch bei kleineren Beträgen einen Scheck aus.

Unser Tip:

Sie sollten Ihren Umgang mit Bargeld und Schecks überdenken. Es lohnt sich, denn es gibt für Sie eine in vielen Fällen bessere Alternative: die Karte von American Express. Mit ihr können Sie unabhängig von Bargeld und Schecks jederzeit über kleine und große Beträge verfügen. Zu Hause in Ihrer Stadt so gut wie unterwegs. Warum wollen Sie diese Vorteile nicht nutzen? Einen Kartenantrag finden Sie nebenstehend.

Der Scheck-Typ.

Er vermeidet das Risiko hoher Bargeldbeträge und nutzt für seine Zahlungen, sooft es geht, Überweisungen und Schecks. Er findet bargeldloses Bezahlen äußerst praktisch.

Unser Tip:

Für Ihr überlegtes Verhalten müssen Sie teilweise nicht unerhebliche Gebühren in Kauf nehmen und werden durch Vorschriften und Formalitäten eingeengt. Nutzen Sie doch die bequemen und wirtschaftlichen Vorteile einer Kreditkarte.

American Express ist die führende Karte in Deutschland und hat unter allen Geschäften, Kaufhäusern, Restaurants und Hotels die meisten Vertragspartner. Viele liegen ganz in Ihrer Nähe, und die vielfältigen täglichen Nutzungsmöglichkeiten machen sich sehr schnell angenehm bemerkbar. Und bezahlt.

Treffen Sie jetzt die richtige Entscheidung. Einen Antrag für die American Express Karte finden Sie nebenstehend, und schon in wenigen Tagen können Sie mit Ihrem guten Namen bezahlen.

Der Kreditkarten-Typ.

Er gehört zu den Leuten, die weitestgehend auf eine volle Brieftasche und auf Schecks verzichten. Er kann gut mit Geld umgehen und nutzt die Vorteile einer Kreditkarte. Er hält sie für ein sehr praktisches und wirtschaftliches Zahlungsmittel.

Unser Tip:

Falls Sie noch keine American Express Karte haben, sollten Sie überlegen, ob Ihnen die führende Karte in Deutschland nicht zusätzlich von Nutzen sein könnte.

Welchem der oben aufgeführten Geldtypen ordnen Sie sich zu?
- ☐ Bargeld-Typ.
- ☐ Scheck-Typ.
- ☐ Bargeld-/Scheck-Typ.
- ☐ Kreditkarten-Typ.

SIE KÖNNEN 50.000 MARK GEWINNEN.

Nehmen Sie Ihre Chance wahr, beteiligen Sie sich an unserem Gewinnspiel. Bitte füllen Sie den untenstehenden Teilnahmeschein aus. **Senden Sie den vollständig ausgefüllten Fragebogen bis spätestens 30.11.85 an American Express International, Inc., Postfach 11 01 01, 6000 Frankfurt 11.**

Die Verlosung erfolgt unter Ausschluß des Rechtsweges. Mitarbeiter von American Express sind nicht teilnahmeberechtigt.

Wenn Sie darüber hinaus die Vorteile der American Express Karte, der führenden Karte in Deutschland, nutzen möchten, so können Sie diese gleich mit beantragen. Füllen Sie bitte die zusätzlich notwendigen Angaben in dem nebenstehenden Antragsfeld aus, und vergessen Sie nicht Ihre Unterschrift. Schon in wenigen Tagen können Sie dann mit Ihrem guten Namen bezahlen.

TEILNAHMESCHEIN 950930 1115

Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen und zusammen mit dem Fragebogen zurücksenden.

Persönliche Angaben:

Nachname (Herr/Frau) ____

Vorname ____

Tel. ____ Geb.-Datum ____

Familienstand ____ Anz. der Kinder ____

Privatanschrift:

Straße ____

PLZ, Ort/Zustellb. ____

Brutto-Jahreseinkommen ☐ unter DM 34.000,–

Bitte genaues Jahreseinkommen angeben. DM ____

☐ über DM 34.000,– ☐ über DM 50.000,– ☐ über DM 80.000,–

☐ Haus-/Wohnungseigentum ☐ Mietwohnung

Ich weiß, daß die Gewinnchance bei der Verlosung völlig unabhängig davon ist, ob ich die American Express Karte beantrage. Falls ich die Karte nicht beantragen will, genügt es, wenn ich den Kartenantrag nicht ausfülle.

KARTENANTRAG 950930 1115

Arbeitgeber-/Geschäftsanschrift:

(bitte auch ausfüllen, wenn Sie selbständig sind)

Firmenname ____

Branche ____ Tel. ____

Straße ____

PLZ/Ort/Zustellb. ____

Position ____

beschäftigt seit ____ Jahren ____ Monaten

selbständig seit ____ Jahren ____ Monaten

wohnhaft seit ____ Jahren ____ Monaten

frühere Anschrift (falls weniger als 2 Jahre wohnhaft unter obiger Anschrift)

____

Ich ermächtige American Express widerruflich, die monatliche Rechnung per Lastschrift einzuziehen. Ja ☐

Senden Sie die monatliche Abrechnung bitte an meine Privatanschrift ☐ Geschäftsanschrift ☐

Ich habe / hatte eine American Express Karte. Karten-Nummer: ☐☐☐☐ ☐☐☐☐☐☐ ☐☐☐☐☐

Besitzen/Besaßen Sie bereits Kreditkarten? Wenn ja, welche?

Private Bankverbindung der letzten 2 Jahre:

Name des Kreditinstitutes ____

Straße ____

PLZ/Ort/Zustellb. ____

BLZ ____ Konto-Nr. ____

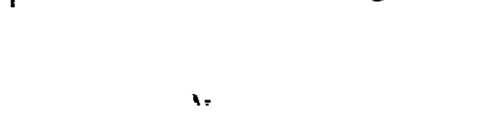
Telefon ____

Ich bestätige die Richtigkeit der vorstehenden Angaben. American Express ist berechtigt, bei meinem Arbeitgeber, meiner Bank und anderen Stellen die für die Ausstellung und Benutzung der American Express Karte erforderlichen Auskünfte einzuholen. Alle Angaben werden vertraulich behandelt, meine Rechte nach dem Datenschutzgesetz bleiben unberührt. American Express behält sich das Recht vor, diesen Antrag ohne Nennung von Gründen abzulehnen und ist berechtigt, der Schutzgemeinschaft für allgemeine Kreditsicherung – SCHUFA – die Kündigung des Vertragsverhältnisses wegen nichtvertragsgemäßen Verhaltens mitzuteilen. Die Jahresgebühr beträgt DM 120,– und wird nach Ausstellung der Karte in Rechnung gestellt. **Es gelten unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen, die wir Ihnen auf Wunsch gerne zuschicken. Ein Exemplar erhalten Sie zusammen mit der Karte.**

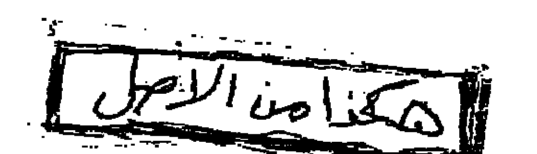
Datum ____ Unterschrift ____

So soll mein Name auf der Karte erscheinen (max. 20 Schreibstellen einschließlich der Zwischenräume): ☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐☐

Ich bin an einer American Express Zusatzkarte für Familienangehörige interessiert: ja ☐ nein ☐







Kreml verlangt Vasallentreue

Vor dem Zusammentreffen mit Reagan will Gorbatschow im Ostblock für Ordnung sorgen

CARL GUSTAF STRÖHM, Wien

Noch bevor der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow mit US-Präsident Reagan in Genf zusammentrifft, will er im „Hinterhof" des sowjetischen Imperiums für Ordnung und Einmütigkeit sorgen. In der zweiten Oktoberhälfte soll das politische Konsultativkomitee des Warschauer Pakts in der bulgarischen Hauptstadt Sofia zusammentreten. Damit soll das im Januar nicht zustande gekommene Treffen – es wurde wegen des schlechten Gesundheitszustandes des damaligen Generalsekretärs Konstantin Tschernenko abgesagt – nun unter neuer Leitung nachgeholt werden.

Die Tagung des Warschauer Pakts ist eine Gipfelkonferenz des Ostblocks. Alle Parteichefs werden zu dieser Beratung erwartet. Zum ersten Mal erhält damit Gorbatschow Gelegenheit, vor der Gesamtheit der Ostblockführer seine Konzeptionen ausführlich zu entwickeln, um natürlich auch seine Forderungen anzumelden. Nimmt man die jüngste Begegnung zwischen Gorbatschow und dem ungarischen Parteichef Janós Kadar in Moskau zum Gradmesser, läßt sich die Marschrichtung des neuen Kreml-Chefs gegenüber den osteuropäischen „Bruderparteien" in etwa erkennen: Gorbatschow hatte gegenüber seinem ungarischen Gast zwar die „nationalen Besonderheiten" jedes kommunistischen Landes unterstrichen (was die Ungarn als Moskauer Zustimmung für eine Fortsetzung ihres Reformkurses verstehen können).

Staatschefs irritiert

Zugleich hatte aber der sowjetische Parteichef auch auf eine „Beachtung der allgemeinen Gesetzmäßigkeiten" des Sozialismus, auf eine Stärkung des Zusammenhalts im Warschauer Pakt und auf „sozialistische Wirtschaftsintegration" gedrängt. Gorbatschow wird von den Ostblockstaaten eine stärkere Berücksichtigung sowjetischer Wünsche fordern. Die „Dynamik", mit der der „junge Mann" aus Moskau ans Werk geht, hat nicht nur in der Sowjetunion viele Funktionäre aufgeschreckt, sondern auch manche Partei- und Staatschefs im östlichen Europa irritiert; vor allem läßt der Arbeitsstil Gorbatschows den Generationengegensatz klar hervortreten. Der CSSR-Parteichef Husak, der Bulgare Schiwkoff, der Rumäne Ceausescu, sogar der über ein großes politisches Gewicht verfügende Janós Kadar werden mit dem um 20 Jahre jüngeren Gorbatschow nicht ohne weiteres das gleiche Gesprächsklima herstellen können wie mit den früher in Moskau regierenden Parteichefs, die zur gleichen oder einer noch älteren Altersgruppe gehörten.

Überdies schafft die Absetzung der alten Garde in Moskau – zuletzt der Rücktritt des Ministerpräsidenten Tichonow und seine Ersetzung durch Ryschkow – natürlich eine Vorbildwirkung und gewisse Begehrlichkeiten in manchen osteuropäischen Hauptstädten.

Da gibt es dann „Lokale" Gorbatschows und Ryschkows, die meinen – ob zu Recht oder Unrecht muß sich zeigen – nun sei auch ihre Stunde gekommen. Im Gastland Bulgarien etwa hat man bereits damit begonnen, Gorbatschows Führungsstil zu kopieren und die Parteikader unter dem Vorwurf von Korruption, Verfilzung und Vetternwirtschaft durcheinanderzuschütteln. In der Tschechoslowakei könnte ähnliches bevorstehen.

Insgesamt bietet sich Gorbatschow folgendes Bild: Polen, der stärkste Bundesgenosse, bleibt auf unabsehbare Zeit ein politischer und wirtschaftlicher Unsicherheitsfaktor für die Sowjetführung. Jaruzelskis Regime und seine Taktik werden von Moskau offenbar mit Vorbehalt betrachtet. Die Tschechoslowakei gilt zwar bisher als Musterschüler, aber dieser Status wurde durch Inmobilismus erkauft. Im gleichen Maße, in dem Gorbatschow in der Sowjetunion zu experimentieren beginnt, wird sich dies auch auf das politische Klima in Prag auswirken. Die „DDR" wiederum wird von den Sowjets dialektisch betrachtet: Das SED-System ist zuverlässiger als Polen, aber es unterliegt der ständigen Einwirkung durch die Bundesrepublik. Hundertprozentig traut Moskau auch „seinen" Deutschen nicht. Die Rumänen sind in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten – und die gesundheitlichen Probleme Ceausescus sind auch Moskau nicht verborgen geblieben. Trotzdem ist eine totale Unterordnung Bukarests unter das Kreml-Kommando nicht zu erwarten. Rumänien ist also ein Bündnispartner und Vasall mit Vorbehalten. In Bulgarien sieht sich Gorbatschow einer Führung gegenüber, die mit Breschnew und Tschernenko sehr eng befreundet war. Schon daraus könnten sich gewisse Reibungen und Interessenkollisionen ergeben.

Lebensnerv Westhandel

Bleibt schließlich Ungarn, das einzige Land des Pakts, das trotz gewisser wirtschaftlicher und sozialer Probleme, wirklich aus eigener Kraft stabil und „ruhiggestellt" sein dürfte. Aber, obwohl der neue Kreml-Chef klug genug sein dürfte, die Ungarn nicht zu verprellen, kann auch er sich nicht dazu durchringen, das Budapester Reformmodell ausdrücklich und vorbehaltlos zu sanktionieren. Ob aus taktischen Gründen gegenüber Kritikern im eigenen Lande oder aus Furcht, es könne zu weit gehen, begnügt er sich mit allgemeinen Floskeln, die beliebig interpretierbar erscheinen.

Ein Kernproblem der sowjetischen Beziehungen gegenüber den osteuropäischen Vasallen, ein Problem, das in Sofia sehr deutlich zur Sprache kommen dürfte, sind die wirtschaftlichen Kontakte dieser Länder zum Westen. Ungarn und die „DRR" etwa werden ohne den intensiven Westhandel nicht lebensfähig. Polen steht immer noch am Rande des Bankrotts, den nur westliche Kreditspitzen verhindern können. Gorbatschow mag so dynamisch auftreten wie er will: Wenn es um die harten Fakten geht, vermag er den Osteuropäern keine Alternative zu präsentieren. Hier werden langfristig interessante Widersprüche sichtbar, die nichts mit Ideologie und viel mit ökonomischen (und nationalen) Interessen zu tun haben.

Moskaus Vorschlag „unausgewogen"

AFP/dpa/RMB, Moskau

Der jüngste sowjetische Vorschlag für eine Reduzierung der Nuklearwaffenarsenale ist nach Ansicht führender Vertreter der US-Regierung „unausgewogen". Wie die „New York Times" gestern berichtete, unterstrichen die nicht genannten Regierungsvertreter die Tatsache, daß der Vorschlag Moskaus sich auf die Reduzierung der amerikanischen Mittel- und Langstreckenwaffen um 50 Prozent beziehe, während auf sowjetischer Seite nur die Langstreckenraketen in Betracht gezogen würden.

Hnter dem attraktiv klingenden Angebot vermuten Regierungsbeamte den Versuch Moskaus, die Öffentlichkeit auf seine Seite zu ziehen, ohne wirklich bedeutende Reduzierungen der von Washington als bedrohlich empfundenen Waffensysteme zugestehen zu müssen.

Die mit dem Vorschlag verbundene Forderung nach einer gleichzeitigen Einstellung des amerikanischen SDI-Programms sei ein Rückschritt gegenüber den Äußerungen des sowjetischen Parteichefs Michail Gorbatschow in einem Interview mit dem US-Nachrichtenmagazin „Time" Anfang September, nach denen der Kreml sich möglicherweise mit der Grundlagenforschung über Raketenabwehrsysteme einverstanden erklären könnte.

Der sowjetische Vorschlag sicherte der UdSSR in Europa eine nukleare Vormachtstellung. Er liefe darauf hinaus, daß Moskau neue Raketen der Typen SS-24 und SS-25 aufstellen könnte, während die USA auf die Stationierung der MX- und Midgetman-Raketen verzichten müßten.

Im Zusammenhang mit dem Vorschlag Moskaus hat das sowjetische Parteiorgan „Prawda" in einem großen Artikel unter der überschrift „Worte und Taten" den Versuch unternommen, die amerikanischen Weltraumpläne zur Raketenabwehr (SDI) einer scharfen Kritik zu unterziehen. Der Vorschlag Gorbatschows wird allerdings in den sowjetischen Medien mit keinem Wort erwähnt.



Hussein zeigt sich in Washington kooperativ

Jordaniens König bekräftigt Bereitschaft zu Gesprächen mit Israel

FRITZ WIRTH, Washington

Der amerikanische Präsident Ronald Reagan ist der Ansicht, daß noch in diesem Jahr direkte Friedensgespräche zwischen Jordanien und Israel beginnen können. Er äußerte diese Zuversicht am Montag nach einem einstündigen Gespräch mit dem jordanischen König Hussein im Weißen Haus.

Nicht alle zuständigen Beamten der Administration teilen jedoch diesen Optimismus des amerikanischen Präsidenten. Sie räumen zwar ein, daß bei der Diskussion über die Friedensinitiative Husseins einige Fortschritte gemacht worden seien. Andererseits warte man aber immer noch auf den wirklichen Durchbruch, der dazu beiträgt, noch bestehende Differenzen zu überwinden.

Das größte Hindernis auf dem Weg zu direkten Verhandlungen mit Israel ist nach wie vor Husseins Beharren, daß diese direkten Gespräche unter dem Schirm einer internationalen Konferenz der ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates der UNO stattfinden, was automatisch der Sowjetunion Einfluß und Mitspracherecht bei dieser Initiative geben würde.

Verhandlungen noch in diesem Jahr?

Sowohl Israel als auch die Vereinigten Staaten haben dieses Konzept bisher abgelehnt. Jetzt gibt es offenbar hinter den Kulissen einige Bemühungen, diese internationale Konferenz mehr oder minder zu einer reinen Formsache herabzustufen und sie praktisch unverzüglich in direkte Gespräche zwischen Jordanien und Israel einmünden zu lassen.

Das State Department gab zu erkennen, daß man in dieser Hinsicht im Gespräch mit Hussein einige Fortschritte erzielt habe, daß der Weg zu einem israelisch-jordanischen Gipfel jedoch noch nicht frei von Hindernissen sei. Hussein und Reagan hatten bereits bei ihrer Begegnung im Mai dieses Jahres im Weißen Haus die Hoffnung geäußert, bis zum Jahresende direkte Friedensgespräche in Gang zu bringen, ohne bisher jedoch nennenswerte Fortschritte zu erzielen.

Hussein wiederholte im Gespräch mit Reagan seine jüngsten Äußerungen vor der UNO-Vollversammlung in New York, daß er und eine Gruppe von Palästinensern unter den richtigen Voraussetzungen zu baldigen und direkten Gesprächen mit Israel bereit seien. Die Erklärung des jordanischen Königs hatte in Israel gemischte Reaktionen, in Washington aber einiges Wohlwollen ausgelöst.

Hussein fügte seiner Erklärung diesmal noch eine Absage an Terrorismus und Gewaltakte hinzu. Seine jetzigen Äußerungen müssen vor allem vor dem Hintergrund der von der Reagan-Administration geplanten Waffenverkäufe an Jordanien im Gesamtwert von 1,6 bis 1,9 Milliarden Dollar gesehen werden.

Waffengeschäft noch nicht perfekt

Die Bekanntgabe der Waffenlieferungen am Freitag hat im Kongreß spürbare Mißstimmung und in einigen Fällen entschiedene Opposition ausgelöst. Im Augenblick ist keineswegs sicher, daß dieses Waffengeschäft vom Kongreß gebilligt wird. Husseins – im Vergleich zum Besuch im Mai – spürbar kooperativere und nachgiebigere Haltung muß in diesem Zusammenhang gesehen werden. Seine Zusicherung, daß er bereit sei, Friedensgespräche mit Israel im Rahmen und im Zusammenhang mit der UN-Resolution 242 zu führen, war offenbar vor allem an die Adresse des Kongresses gerichtet.

Tatsache ist jedoch, daß PLO-Chef Yassir Arafat, der darauf besteht, ein Kontingent von Palästinensern direkt an diesen Gesprächen zu beteiligen, sich bisher geweigert hat, die UN-Resolution, die das Existenzrecht Israels beinhaltet, anzuerkennen.

Die USA haben in den vergangenen Wochen mit Hussein keine Einigung über die Zusammensetzung dieser jordanisch-palästinensischen Delegation erreichen können. Sie sind außerdem nur dann zu Gesprächen mit dieser Gruppe bereit, wenn sie zu direkten Verhandlungen mit Israel führen. Eine Nahost-Mission von Staatssekretär Murphy vom State Department mit der Absicht, diese Probleme auszuräumen, hat sich vor zwei Monaten als erfolglos erwiesen. Ein neuer Anlauf ist derzeit nicht vorgesehen.

Haltung Madrids gegenüber SDI noch offen

GÜNTHER BADING, Bonn

Spanische Unternehmen sind unabhängig von der Haltung, die die Regierung in Madrid zur Strategischen Verteidigungsinitiative (SDI) der USA einnimmt, frei, sich an den Forschungsvorhaben der Amerikaner in diesem Bereich zu beteiligen. Das hat der spanische Ministerpräsident Felipe Gonzalez gestern in einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Bundeskanzler Helmut Kohl zum Abschluß seines zweitägigen Arbeitsbesuches in Bonn festgestellt. In Spanien gebe es eine freie Marktwirtschaft, führte er zur Begründung an.

Zur Haltung seiner Regierung sagte Gonzalez: „Ich möchte feststellen, daß wir noch keinerlei Entscheidung getroffen haben." Derzeit würden die amerikanischen Vorstellungen geprüft. Damit nahm der Regierungschef eine ähnliche Position gegenüber der SDI-Forschung in den Vereinigten Staaten ein, wie sie auch Frankreich seit Monaten durchhält. Während die Regierung „derzeit nicht an eine Beteiligung oder an ein beispielsweise von Großbritannien oder der Bundesrepublik Deutschland angesteuertes Rahmenabkommen denkt, sich aber alle Optionen für die Zukunft offenhält, läßt sie den Firmen ihres Landes jegliche Handlungsfreiheit „jenseits der Vorstellungen der Regierung", wie es Gonzalez formulierte.

Bundeskanzler Kohl und Gonzalez hatten am Montagnachmittag ihre Gespräche mit dem Schwerpunktthema Folgen des spanischen EG-Beitritts zum 1. Januar 1986 aufgenommen. Nach einem offiziellen Abendessen hatten sie ihren Meinungsaustausch im Kanzlerbungalow bis ein Uhr morgens fortgesetzt.

Beide Regierungschefs bezeichneten vor der Presse die bilateralen Beziehungen als „ausgezeichnet". Gonzalez verwies darauf, daß dieses dritte Treffen mit Kohl, das parallel von Gesprächen der Außenminister beider Länder begleitet wurde, seit seinem ersten Besuch in Bonn 1983 besondere Bedeutung habe. Es sei das erste Gespräch im Rahmen der vereinbarten regelmäßigen Konsultationen, seit feststehe, daß Spanien Mitglied der Europäischen Gemeinschaft werde. Der spanische Regierungschef kündigte an, daß König Juan Carlos auf Einladung von Bundespräsident Richard von Weizsäkker, mit dem Gonzalez am Morgen konferiert hatte, im Frühjahr 1986 zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik Deutschland kommen werde.

Koalition für rasche Hilfe

■ Fortsetzung von Seite 1

zu finden. Die letzten, verfügbaren Ergebnisse der Strukturerhebung der Bundesanstalt für Arbeit zeigten, daß knapp 50 Prozent der Arbeitslosen nicht über eine abgeschlossene Berufsausbildung verfügten. Bei den länger als ein Jahr Arbeitslosen steige dieser Anteil sogar auf 57 Prozent.

Weitere Maßnahmen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation in dem Gesetz sind:

– die Senkung der Altersgrenze, ab der ältere Arbeitnehmer in Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen beschäftigt werden können, von 55 auf das 50. Lebensjahr.

– Arbeitslose, die eine Form selbständiger Beschäftigung anstreben, können in den ersten drei Monaten der Existenzgründung durch ein Überbrückungsgeld in der Höhe des vorher bezogenen Arbeitslosengeldes (oder der Arbeitslosenhilfe) eine Einkommenssicherung erhalten.

– Zum dritten, so heißt es in der Gesetzesbegründung, würden durch die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung um 0,1 Prozentpunkte die Lohnnebenkosten verringert. Hierdurch würden Unternehmen und Arbeitnehmer um rund 750 Millionen Mark entlastet.

Die soziale Situation älterer und längerfristiger Arbeitsloser werde durch die Stufenregelung verbessert, nach der die Höchstdauer des Bezugs von Arbeitslosengeld vom vollendeten 44. Lebensjahr an erhöht wird:

- von 45 Jahren an auf 16 Monate,
- von 50 Jahren an auf 20 Monate,
- von 55 Jahren an auf 24 Monate.

Diese Staffelung sei ein „geeigneter Weg zur Wahrung der sozialen Sicherungsfunktion der Arbeitslosenversicherung", da die durchschnittliche Dauer der Arbeitslosigkeit mit dem Lebensalter zunehme. So habe im September 1984 die Durchschnittsarbeitslosigkeit in der Gruppe von 45 bis 49 Jahren 15 Monate gedauert, bei den 50- bis 54jährigen 16,5. Dagegen lag sie bei den unter 20jährigen bei 4,6 Monaten.

Die Kosten, die aus den Überschüssen der Bundesanstalt für Arbeit finanziert werden, schlüsseln sich wie folgt auf: 1,14 Milliarden für Verbesserung der Arbeitslosenversicherung, 745 Millionen für berufliche Bildung und 750 Millionen für die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Abfindung darf auf Sozialplan angerechnet werden

dpa, Kassel

Vereinbarungen zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat, nach denen Zahlungen aus einem Sozialplan auf Abfindungen aus einem Kündigungsschutzprozeß angerechnet werden dürfen, sind zulässig. Das hat der 2. Senat des Bundesarbeitsgerichts (BAG) in Kassel entschieden (Aktenzeichen 2 AZR 427/84 vom 20. Juni 1985).

Gegen eine entsprechende Vereinbarung hatte ein entlassener Arbeitnehmer geklagt. Er hatte, um seine Papiere und die Abfindung in Höhe von rund 3400 Mark aus dem Sozialplan zu erhalten, eine Vereinbarung unterschreiben müssen, seine bereits erhobene Kündigungsschutzklage nicht mehr weiterzuführen. Zwar dürften Zahlungen aus einem Sozialplan nicht davon abhängig gemacht werden, daß ein Arbeitnehmer keine gerichtlichen Schritte gegen eine Kündigung unternimmt, stellten die Kasseler Richter fest; das Aufrechnen einer vom Gericht festgestellten Abfindung sei aber zulässig.

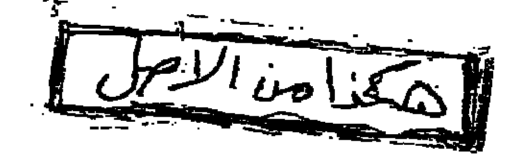
Unmut über Haltung der FDP zu SDI

● Fortsetzung von Seite 1

Auf diesen Unterschied von Forschung und späteren Schritten hin zur Entwicklung von SDI-Komponenten oder auch deren Stationierung hatte der Kanzler schon am 18. April vor dem Bundestag hingewiesen und gesagt: „Eine automatische Folge von Forschung, Entwicklung und Stationierung bei den strategischen Defensivsystemen wird und darf es nicht geben. Alle über das Forschungsprogramm hinausgebenden Entscheidungen werden erst auf der Grundlage gesicherter Forschungsergebnisse getroffen werden können."

Diese Linie bekräftigte jetzt Teltschik mit dem Hinweis, es werde „keinen Automatismus zwischen Forschung und Entwicklung" geben. Gleichzeitig fügte er aber hinzu, für die Bundesrepublik sei es aus mehreren Gründen „lebenswichtig", mit Hilfe eines Regierungsabkommens an den Ergebnissen der SDI-Forschung der USA teilzuhaben. Erst diese Informationen versetzten Bonn in die Lage, eine mögliche strategische Verteidigung sicherheitspolitisch einzuordnen und zu bewerten. Der Kohl-Berater zeigte sich schon heute davon überzeugt, daß die amerikanischen wie die sowjetischen Forschungen auf dem Gebiet der militärischen Weltraumnutzung Ergebnisse bringen würden, so daß sich die „Weltmächte auf die Stationierung von strategischen Defensivsystemen einigen werden". Die Bundesrepublik könnte sich von der „in Europa üblichen Larmoyanz und Arroganz in der Betrachtung von SDI vorteilhaft" abheben, sagte Teltschik und forderte, sie müsse, indem sie sich an der Forschung beteilige, auch versuchen, die sich neu abzeichnende strategische und sicherheitspolitische Lage „mitzugestalten". Denn die Militärstrategie werde sich durch SDI „substantiell verändern". Ebenso seien starke Auswirkungen auf die Technik ganz allgemein zu erwarten. Erst nach dem Gespräch des Kanzlers mit Reagan wird die Bundesregierung die Art ihres weiteren Vorgehens in der SDI-Frage im Bundessicherheitsrat abstimmen und beschließen. Eine Entscheidung, ob die Regierung in Verhandlungen mit Washington ein Regierungsabkommen anstreben solle, sei deshalb erst zum Beginn des nächsten Jahres zu erwarten.

Nachdrücklich verwarf der Kanzler-Berater alle Einwände, die Bundesregierung komme mit dieser zeitlichen Planung viel zu spät. Er erinnerte daran, daß auch die US-Regierung noch nicht entschieden habe, in welcher „Architektur" die auf konkrete Projekte abgestellte SDI-Forschung vorangetrieben werden solle. Washington halte sich gegenwärtig, da ausschließlich Grundlagen- und angewandte Forschung betrieben werde, alle Optionen im Hinblick auf konkrete Systeme noch offen, sagte Teltschik. Das sei für Bonn politisch wichtig, weil damit die Möglichkeit für eine deutsche Teilhabe an bestimmten Forschungsprojekten vorhanden bleibe. Regelrechte Durchführbarkeitsstudien (feasibility-studies) sind nach seinen Worten in den USA erst Ende dieses Jahrzehnts zu erwarten. Den Kritikern der amerikanischen SDI-Forschung, sie sei nicht realistisch, weil sie die möglichen Gegenmaßnahmen der Sowjetunion nicht berücksichtige, hielt Teltschik eine klare Antwort entgegen. Danach beziehen die US-Forscher in ihre grundsätzlichen Überlegungen über die Wirksamkeit von SDI sofort auch denkbare technische Reaktionen der anderen Seite mit ein und setzen sich das Ziel, einen vollständigen Schutz gegen ballistische Systeme zu finden.



Wachsende Überschüsse

Mk. – Nichts spiegelt den Wandel der außenwirtschaftlichen Szenerie so wider wie der Umstand, daß sich die Verantwortlichen bereits Kopfzerbrechen über die wachsenden deutschen Überschüsse machen. Von einer mangelnden internationalen Wettbewerbsfähigkeit, über die noch bis vor kurzem geklagt wurde, kann wahrlich nicht mehr die Rede sein. Die sich abzeichnenden Überschüsse von nahezu 70 Milliarden Mark in der Handelsbilanz und von rund 30 Milliarden Mark in der Leistungsbilanz bedeuten, und da hat der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, sicher recht, die Gefahr einer Störung des Welthandelsgefüges. Sie sind auch Munition für die Kritiker eines liberalen Weltwährungssystems.

Jedenfalls sollte das Wort „Exportförderung" aus dem Sprachschatz der deutschen Wirtschaftspolitiker verbannt werden. Schlecht ist in diesem Punkt in seinem Kieler Vortrag erfreulich deutlich geworden, nachdem sein Minister Martin Bangemann in den vergangenen Wochen gerade in diesem Punkt für einige Irritationen gesorgt hatte. Er hatte sogar laut über Zinssubventionen für Exportkredite nachgedacht.

Hoffentlich setzt sich die von Schlecht vertretene Linie durch, wenn der Bundeswirtschaftsminister in den nächsten Monaten sein „neues außenwirtschaftliches Konzept" präsentiert. Allein schon der Anschein sollte vermieden werden, daß der Staat den Exporteuren noch mehr unter die Arme greifen könnte. Das Gebot der Stunde heißt vielmehr „Marktöffnung", auch wenn sich dieses nicht so gut verkaufen läßt.

Führung

Wb. – Schon seit Jahren gibt es für eine „Berufs"-Gruppe so gut wie keine Beschäftigungsprobleme; die Führungskräfte in der Wirtschaft. Ob man es nun als Indiz für schwierige Zeiten oder für Wachstumsprobleme bewertet – auch im ersten Halbjahr 1985 konnte die Nachfrage nach Spezialisten für die Kommandobrücken der Unternehmen längst nicht überall befriedigt werden, wie die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in Frankfurt berichtet. Das lag teilweise daran, daß relativ wenige Manager in Amt und Würden bereit waren, den Lockrufen der Maschinenbauer, der Autoindustrie, der Chemie und der Elektroindustrie – in diesen Bereichen ging es durchweg aufwärts – zu folgen. Wichtiger dürfte aber ein anderer Grund gewesen sein: der hohe Erwartungshorizont der Unternehmen. Für „freigesetzte" Führungskräfte (insbesondere solche über 45 oder aus strukturschwachen Branchen) gibt es „erhebliche Probleme". Da kommen sich Manager und Facharbeiter sehr nahe – ohne Qualifikation läuft nichts mehr.

BESCHÄFTIGUNG / Jahrestagung des Instituts der deutschen Wirtschaft in Bonn

Schnelle Umsetzung neuer Techniken schafft zusätzliche Arbeitsplätze

HEINZ STÜWE, Bonn

Die Zahl der Beschäftigten wird bis zum Ende kommenden Jahres um rund eine viertel Million ansteigen. Diese „vorsichtige Hochrechnung" präsentierte auf der Jahrestagung des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Bonn dessen Präsident Manfred Lennings. Künftige Beschäftigungserfolge, so betonten führende Mitglieder des Instituts, hingen sehr stark von der schnellen Umsetzung neuer Techniken ab. Eine „institutionelle Verkrustung des Entscheidungsprozesses", wie sie die Gewerkschaften mit ihrer Forderung nach mehr Mitbestimmung anstrebten, würde sich deshalb verhängnisvoll auswirken.

Von solchen Warnungen abgesehen, für die die bevorstehende Aktionswoche des DGB den Anlaß lieferte, dominierten die optimistischen Töne. Der vergangene Sommer habe zwar kühles Wetter, für die deutsche Volkswirtschaft jedoch warme und freundliche Monate gebracht, sagte Lennings.

Die optimistische Instituts-Prognose basiert auf einer Befragung von 38 Wirtschaftsverbänden Mitte vergangenen Monats. Nur zwölf Verbände, die 3,7 Mill. Beschäftigte repräsentieren, rechnen für ihre Mitglieder mit Arbeitsplatzverlusten. Dazu zählen die Bauwirtschaft, Zweige der Konsumgüterindustrie und die Bundesbahn. Fünf Branchen mit heute rund fünf Mill. Mitarbeitern (u. a. Handwerk, Versicherungen und Energiewirtschaft) rechnen bis Ende 1986 mit keiner Veränderung des Arbeitsplatzangebots.

In 21 Wirtschaftszweigen, die derzeit zehn Mill. Menschen beschäftigen, wird eine aufwärts gerichtete Beschäftigungstendenz erwartet. Dazu zählen Einzel- und Großhandel, Maschinenbau, Elektrotechnische Industrie, Hotel- und Gaststättengewerbe, Straßenfahrzeugbau, Chemie und Kreditgewerbe. Unter Berücksichtigung der bisherigen Beschäftigungszunahme um 200 000 seit dem Tiefpunkt im Juni 1984 werde es Ende 1986 per Saldo 450 000 Arbeitsplätze mehr geben, erwartet Lennings.

Er dämpfte jedoch vorschnelle Hoffnungen: Von den rund 2,2 Mill. Arbeitslosen könnten nur ein Drittel ohne weiteres ins Erwerbsleben eingegliedert werden. Für die übrigen seien gezielte Maßnahmen zur Erweiterung oder Erneuerung der Qualifikation erforderlich.

Otto Vogel, Leiter der Hauptabteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften des IW, sieht diese Haltung in organisationspolitischen Interessen der Gewerkschaft begründet. Neueste Umfragen bestätigten aber, daß eine „stattliche Zweidrittel-Mehrheit" der Arbeitnehmer die neuen Techniken für beschäftigungsfreundlich halte.

Daß eine Minderheit jedoch ihre Skepsis aufrecht erhält, führt Vogel auf die komplexen, nicht ohne weiteres zu durchschauenden Beschäftigungswirkungen des technischen Fortschritts zurück. Für die populäre Jobkiller-These ließen sich in der betrieblichen Praxis leicht Einzelbeispiele finden. „Die arbeitsplatzschaffenden Wirkungen von Prozeß-, vor allem aber die Produktinnovationen bleiben dagegen weitgehend unerkannt." Selbst wenn sie zeitlich versetzt in anderen Standorten des selben Unternehmens erfolgten, würden sie oft nicht wahrgenommen.

Dabei lasse sich diese „beschäftigungspessimistische Schieflage" leicht korrigieren. Im Zeitraum 1973 bis 1982 seien 82 Prozent aller Arbeitsplatzverluste des gewerblichen Sektors in Branchen mit unterdurchschnittlichem Produktivitätsfortschritt eingetreten. Neuere Untersuchungen belegten, daß die produktivitätsstarken Branchen selbst in der Rezession bei der Beschäftigung besser abgeschnitten hätten. Da die Wirtschaftszweige mit der stärksten Innovation der Fertigungsprozesse zugleich auch bei der Einführung neuer Produkte die Spitzenstellung behaupteten, ergebe sich auch innerhalb dieser Branchen selbst ein Ausgleich zwischen arbeitsplatzeinsparenden und arbeitsplatzschaffenden Effekten des technischen Fortschritts.

AUSSENWIRTSCHAFT

Schlecht fordert Stärkung der Binnen-Nachfrage

HANS-JÜRGEN MAHNKE, Bonn

Die wachsenden deutschen Exportüberschüsse bergen beträchtlichen außenwirtschaftlichen Konfliktstoff in sich. Es besteht die Gefahr, daß die Bundesrepublik wegen dieser Überschüsse – nach Japan – bei dem bevorstehenden internationalen Treffen verstärkt unter wirtschaftspolitischen Druck geraten könnte. Die Forderung nach Stärkung der Binnennachfrage dürfte dabei im Vordergrund stehen. Darauf hat in einem Vortrag in Kiel der Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Otto Schlecht, hingewiesen.

„Um diesen Aufforderungen von außen zu begegnen und die Gefahr zu vermeiden, daß unsere Handelspartner zu Gegenmaßnahmen greifen, müssen wir unser wirtschaftspolitisches Konzept offensiv vertreten, gerade auch auf internationaler Ebene", sagte Schlecht. Dafür legte er ein vierstufiges Konzept vor:

Das erste Element sei die stärkere Verlagerung der Wachstumskräfte auf die interne Nachfrage. Dieses bedeutet nicht Rückgriff auf die Rezepte des Nachfrage-Managements, sondern verbesserte Rahmenbedingungen für einen dynamischen binnenwirtschaftlichen Wachstumsprozeß. Hierbei wies Schlecht besonders auf die zweistufige Steuerreform hin. In der Geldpolitik bestehe durchaus noch Spielraum für eine leichte Senkung der Leitzinsen.

Das zweite Element sei eine verstärkte Politik der Marktöffnung. Da die Zuständigkeit in der Handelspolitik auf die EG übergegangen ist, werde sich die Bundesregierung intensiv bemühen, die Öffnung des EG-Marktes nicht nur nach innen, sondern vor allem auch nach außen zu forcieren. Als Stichwort nannte er liberalere Positionen bei den beginnenden Verhandlungen über ein neues Welttextilabkommen oder auch Aufstockung von Kontingenten im Osthandel.

Die Anpassung der Wechselkurse ist für Schlecht das dritte Element einer solchen Strategie. Was den Dollar angeht, so seien in erster Linie die wirtschaftspolitischen Instanzen der USA gefordert. Das Thema Haushaltskonsolidierung spiele dabei eine große Rolle. Wichtig seien aber auch die Wechselkurs-Relationen im Europäischen Wirtschaftssystem. Immerhin wickele die Bundesrepublik rund 40 Prozent ihres Außenhandels mit den EWS-Ländern ab.

Zwar sei die Pflege der Exportmärkte wichtig. Aber – so das vierte Element – es müsse auf gezielte Exportbegünstigungen verzichtet werden, sie würden gegenwärtig wie die Faust aufs Auge passen. Ergänzend könne nur eine Hilfe von öffentlicher Seite sein, die den Informationsfluß über Exportmärkte verbessere. Abzulehnen seien dagegen gezielte künstliche Maßnahmen, wozu vor allem Subventionen zählen. Der verstärkte Einsatz von öffentlichen Mitteln für die Exportförderung könne nur kontraproduktiv sein.

Hochspannung am Pazifik

Von FRED de LA TROBE, Tokio

Die größte Belastungsprobe für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Japan steht bevor. Mit den wachsenden amerikanischen Defiziten im Handel mit seinem ostasiatischen Partner und der beginnenden Debatte im US-Kongreß über protektionistische Gesetzesvorlagen sammelt sich auf beiden Seiten des Pazifiks immer mehr Konfliktstoff an. In Tokio beginnt die Einsicht durchzudringen, daß zumindest einige der Vorlagen gute Chancen auf Verabschiedung haben.

Im August erzielte Japan wieder einen Rekordüberschuß im Handel mit den USA in Höhe von 3,1 Milliarden Dollar (8,7 Mrd. DM). Für dieses Jahr wird mit einem amerikanischen Passivsaldo gegenüber Nippon von Mrd. Dollar (140 Mrd. DM) gerechnet, ein Drittel mehr als 1984. Beide Länder geraten immer mehr in den Sog der wirtschaftlichen Spannungen. Antijapanische Sentiments nehmen in den Vereinigten Staaten vor allem zu, wo Schlüsselindustrien bedroht sind und Arbeitsplätze verloren gehen.

Doch auch in Japan wächst der Unmut. Man fühlt sich von den Amerikanern und den Europäern unverstanden. Arbeitsminister Yamaguchi prophezeite, daß eine Million Japaner erwerbslos werden würde, wenn die USA eine Importsteuer in Höhe von 5 Prozent des Warenwerts einführen würden. Die Regierenden in Tokio zerbrechen sich den Kopf, was sie noch tun können, um den aufziehenden Turbulenzen auszuweichen.

Im Vorfeld von Krisengesprächen zwischen Ministerpräsident Nakasone und Präsident Reagan Ende Oktober werden noch drastische Maßnahmen erwogen, die den Konflikt entschärfen könnten. Dazu gehören eine mögliche japanische Exportsteuer, Sonderimporte und die Anheizung der Inlandsnachfrage. Zu den Bemühungen in letzter Minute zählten auch die Beratungen von Außenminister Abe mit seinem amerikanischen Amtskollegen Shultz, die in der vergangenen Woche in New York stattfanden. Abe will eine gemeinsame Strategie beider Regierungen zur Bekämpfung des Protektionismus im Kongreß vorschlagen.

Beim Treffen von Nakasone und Reagan in Washington am 23. Oktober will der japanische Ministerpräsident Nachdruck auf einen realistischeren Yen-Dollar-Wechselkurs legen. Das siebte japanische Paket zur Marktöffnung, das sogenannte „Aktionsprogramm" von Ende Juli, blieb weit hinter den amerikanischen und europäischen Erwartungen zurück. Sogar die Bank von Japan erklärte, daß das Programm wenig Auswirkungen auf den hohen Aktivsaldo Japans haben werde. Wieder einmal waren der Regierung die Interessen der starken Lobbys aus Industrie und Landwirtschaft hautnäher, welche die wichtigsten Wählergruppen und Geldspender der Liberaldemokratischen Partei darstellen.

Der Präsident des japanischen Unternehmerverbands „Keidanren", Inayama, sieht angesichts der allgemeinen Ratlosigkeit nur noch einen Ausweg: Japan solle sich damit abfinden, daß die Vereinigten Staaten ihre Importe aus Japan durch Restriktionen begrenzen. Nur so lasse sich eine rasche Lösung des Problems erreichen. Die grundsätzliche Problematik bleibt aber, daß Japans Wirtschaft bei steigenden Exporten – jetzt 15 Prozent des Bruttosozialprodukts – zu wenig importiert.

Bei einem wachsenden Korb von Produkten hat das Inselreich Wettbewerbsvorteile – und das immer mehr auch in den hochtechnologischen Bereichen. Durch Miniaturisierung und sparsameren Energieverbrauch nehmen gleichzeitig die Einfuhren von Rohstoffen und Öl ab.

Immer mehr Unternehmen und Industrien sind für ihre Gewinne von den Exporten abhängig, und auch die Konjunktur stützt sich vor allem auf die Ausfuhren. Dabei bietet der Inlandsmarkt bei den unzureichenden Wohnverhältnissen und der vielfach schwachen Infrastruktur noch ein weites Feld für Investitionen und Beschäftigung. Bei völliger Öffnung der Importschleusen ließe sich allerdings der japanische Aktivsaldo beträchtlich abbauen. Das amerikanische Institut für Internationale Wirtschaft (IIE) legte jetzt eine Studie vor, derzufolge bei vollkommener Einfuhrliberalisierung Japan jährlich für etwa 22 Milliarden Dollar Güter mehr importieren könnte.

AUF EIN WORT



„Wir dürfen uns nicht hinter dem Ruf nach einer anderen Regierung 1987 verschanzen. Wir müssen uns solidarisch am Kampf um eine andere Regierungspolitik 1985 beteiligen."

Franz Steinkühler, Zweiter Vorsitzender der IG Metall, Frankfurt

FOTO: J. P. MAUCHER

Gute Chancen für Führungskräfte

dpa/VWD, Frankfurt

Der Bedarf an Führungskräften der Wirtschaft war im 1. Halbjahr 1985 nach Angaben der Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit (ZAV) unverändert hoch. Der Nachfrage konnte nicht in allen Bereichen entsprochen werden. Unternehmen des Maschinen- und Fahrzeugbaues, der chemischen und elektrotechnischen Industrie suchten kaufmännische Führungskräfte, vor allem qualifizierte Manager für Einkauf, Materialwirtschaft und Vertrieb. Die Kreditinstitute benötigten aufgrund der Umsatzsteigerungen an den deutschen Börsen vor allem Wertpapierspezialisten.

LEISTUNGSWETTBEWERB

Beim DIHT wird jetzt eine Schiedsstelle eingerichtet

hg, Bonn

Die Verbände der Wirtschaft haben sich grundsätzlich auf die Einrichtung einer Schlichtungsstelle zur Beilegung von Streitigkeiten über Preise und Rabatte im Handel geeinigt. Ein Sprecher des Deutschen Industrie- und Handelstages (DIHT), Bonn, teilte gestern in Bonn mit, daß dieses Gremium voraussichtlich im November seine Arbeit aufnehmen wird.

Damit scheint das Hin und Her um den Sinn der Selbsthilfe-Bemühungen in Sachen Leistungswettbewerb vorläufig beendet zu sein. Der Bundesverband der Selbstbedienungs-Warenhäuser (BdSW), der noch vor einigen Wochen die Schiedstelle wegen der damit verbundenen Gefahr einer Reglementierung strikt abgelehnt hatte, habe trotz großer Bedenken ein klares Nein vermieden, heißt es beim DIHT. Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks habe Bedenken geäußert, allerdings aus dem entgegengesetzten Grund: Ihm wäre eine stramme gesetzliche Regelung lieber gewesen.

Das Einlenken vor allem des BdSW sei vor allem dadurch ermöglicht worden, „daß der DIHT von seinen weitgehenden bürokratischen Vorstellungen abgerückt ist", betonte ein Teilnehmer an der Sitzung. Auch die anfängliche Furcht der Handelsverbände vor möglichen „Scherbengerichten" sei ausgeräumt worden.

Die siebzehn beteiligten Verbände haben sich darauf geeinigt, daß die Schiedsstelle ohne Geschäftsordnung und ohne Verfahrensregeln arbeiten wird, „um den informellen Charakter zu unterstreichen". Streitfragen zwischen zwei Parteien sollen mit Unternehmern erörtert werden, die als „Moderatoren" fungieren.

EUROPÄISCHE GEMEINSCHAFT

Kontroverse Diskussion über die Mittelmeer-Politik

WILHELM HADLER, Luxemburg

Eine kontroverse Diskussion gab es gestern im EG-Ministerrat über die künftige Mittelmeer-Politik der Gemeinschaft. Während die Mehrheit der Mitgliedsstaaten für schnelle Verhandlungen über eine Anpassung der geltenden Kooperationsabkommen eintritt, spielen die südlichen EG-Staaten nach wie vor auf Zeitgewinn.

Im Rat verlangten sie, daß die im Hinblick auf die Erweiterung der EG erforderlichen handelspolitischen Konzessionen im Rahmen eines umfassenderen politischen Konzeptes definiert werden müßten, zu dem auch Maßnahmen der wirtschaftlichen und finanziellen Zusammenarbeit gehörten. Hinter dieser „globalen" Strategie verbirgt sich nach Ansicht von Beobachtern jedoch vor allem der Wunsch, Zugeständnisse im Handel durch finanzielle Hilfen der Gemeinschaft zu ersetzen.

Die Außenminister der EG hatten im März feierlich die Bereitschaft bekundet, auch nach dem Beitritt Spaniens und Portugals die traditionellen Handelsbeziehungen mit den Mittelmeerländern aufrechtzuerhalten. Dies ist recht schwierig, da der Selbstversorgungsgrad der Gemeinschaft an „südlichen" Agrarerzeugnissen nach der Erweiterung noch größer zu werden droht als bisher.

Frankreich, das bei den Beitrittsverhandlungen einen eher protektionistischen Kurs gesteuert hatte, macht sich neuerdings besonders zum Fürsprecher der Mittelmeerstaaten. Es ließ die EG-Partner inzwischen sogar in verklausulierter Form wissen, daß es die Ratifikation der Beitrittsverträge von einer befriedigenden Regelung für den mediterranen Raum abhängig machen will. Die Bundesregierung droht dadurch in eine defensive Position zu geraten.

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Förderzins für Erdöl und Erdgas bleibt unverändert

Hannover (dos) – Eine stärkere Differenzierung, die jedoch auf die Einnahmen insgesamt ohne Auswirkung bleibt, sieht die ab Anfang 1986 geltende Neufestsetzung der Förderabgaben auf im Inland gewonnenes Erdöl und Erdgas vor. An den Höchstsätzen (Erdgas 38 Prozent, Erdöl 36 Prozent) werde sich nichts ändern, hieß es im Anschluß an eine Sitzung des niedersächsischen Kabinetts. Das bei den Verhandlungen mit der Förderindustrie federführende Wirtschaftsministerium hat statt dessen den Wünschen der Industrie nach einer stärkeren Berücksichtigung erschwerter Förderbedingungen nachgegeben. So werden künftig Neuexplorationen begünstigt und der Förderzins für das Nebenprodukt Schwefel auf 25 (32) Prozent gesenkt. Niedersachsens Einnahmen aus dem Förderzins bewegen sich bei gut zwei Milliarden DM.

Pensionen zugeteilt

Frankfurt (dpa/VWD) – Im Rahmen ihrer Offenmarktpolitik gewährt die Deutsche Bundesbank der Kreditwirtschaft eine Geldspritze über Wertpapierpensionsgeschäfte im Volumen von mehr als zwölf Mrd. Mark. Eine Tranche über 8,8 Mrd. Mark wird 35 Tage, eine zweite Tranche über 3,4 Mrd. Mark 63 Tage den Banken zur Verfügung gestellt. Beide Tranchen sind mit demselben Zinssatz von 4,55 Prozent ausgestattet.

Geld für Argentinien

Buenos Aires (dpa/VWD) – Argentinien hat gestern die erste Rate des am 27. August dieses Jahres gewährten Darlehens in Höhe von 4,2 Mrd. Dollar erhalten. Die 2,44 Mrd. Dollar „frisches Geld" kamen zum größten Teil von einem internationalen Bankenkonsortium (2,2 Mrd. Dollar). 235 Mill. Dollar zahlte der Internationale Währungsfonds (IWF) als dritte Quote des 1,41-Milliarden-Dollar-Darlehens vom Dezember 1984.

Versteckte Subventionen

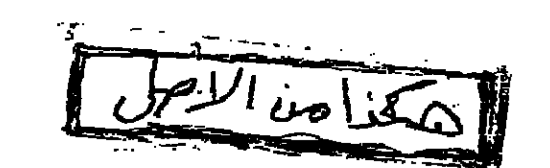
Bonn (Mk.) – Die Subventionen für die deutschen Landwirte veranschlagt die Arbeitsgemeinschaft der Verbraucher (AGV) je Steuerzahler auf rund 800 Mark jährlich. Dazu kämen als versteckte Subventionen noch einmal die gleiche Summe von 20 Mrd. Mark pro Jahr, die von den Verbrauchern in Form überhöhter Lebensmittelpreise aufgebracht wird. Die Verbraucherorganisation weist darauf hin, daß der Subventionsbericht an Finanzhilfen und Steuervergünstigungen nur 2,8 Mrd. Mark ausweise. „Mit einer verschleierten Subventions-Buchhaltung ist nicht einmal den Bauern gedient", schreibt die AGV.

Importverbote in Nigeria

Lagos (dpa/UPI) – Die neue militärische Führung Nigerias hat gestern einen auf 15 Monate beschränkten wirtschaftlichen Notstand ausgerufen. In einer Rundfunkrede kündigte Präsident Ibrahim Babangida für den bevölkerungsreichsten afrikanischen Staat einschneidende Sparmaßnahmen und Importbeschränkungen an. Sofort wirksam werden soll ein Importverbot für Getreide und Reis. Die Liste der mit einem Importverbot belegten Güter soll nach und nach erweitert werden. Der Präsident sagte, Nigeria strebe langfristig eine Selbstversorgung an. Von den Sparmaßnahmen werde auch die Armee betroffen. Die Auslandsschulden des Staates von derzeit 17 Milliarden Dollar (46 Mrd. DM) sollen vermindert werden.

Streit um Computer-Chips

New York (dpa/vwd) - Drei führende US-Halbleiterhersteller haben beim amerikanischen Handelsministerium und der International Trade Commission eine Dumping-Beschwerde gegen japanische Unternehmen eingereicht. Ihnen wird zur Last gelegt, Computer-Chips unter Herstellungspreis auf den US-Markt geworfen zu haben. Zu den japanischen Unternehmen gehört nach Angaben aus Tokio Hitachi Ltd. Die drei US-Konzerne Intel Corp. und National Semiconductor Corp., Santa Clara, sowie Advanced Micro Devices, Sunnyvale, haben die US-Regierung aufgefordert, die japanischen Eprom-Chips mit Zöllen zu belegen.



BOUSSAC / Gläubiger mit Übernahmekonsortium einig

Weg zur Sanierung ist frei

JOACHIM SCHAUFUß, Paris

Die „Affäre Boussac" kann als abgeschlossen gelten, nachdem jetzt die Gläubiger des französischen Textilkonzerns Boussac-Saint-Frères dem Angebot des Übernahmekonsortiums zur teilweisen Tilgung ihrer Forderungen von zusammen 3,68 Mrd. Franc mit überwältigender Mehrheit zugestimmt haben. Wenn das Konkursgericht von Lille das Abkommen billigt, womit zu rechnen ist, steht der Sanierung nichts mehr im Wege.

Der Konzern war im Laufe der letzten sieben Jahre zweimal in Konkurs geraten. Zunächst mußte der inzwischen verstorbene Firmengründer Marcel Boussac die Waffen strecken. Er war der Textilkrise und unternehmerischen Fehlentscheidungen zum Opfer gefallen. Dann wurden die Gebrüder Willot, die sich unter der Präsidentschaft Giscards zu extrem günstigen Bedingungen die Konkursmasse einverleibt hatten, von der sozialistischen Regierung zur Herausgabe gezwungen und überdies strafrechtlich verfolgt.

Boussac wird inzwischen von Bernard Arnault geleitet. Er ist Hauptaktionär des französischen Bauunternehmens Ferinel. Dieses legte bereits Ende 1984 mit Unterstützung verschiedener Banken dem Konkursgericht ein Übernahmeangebot für die Holding-Gesellschaft der Willot-Gruppe SFFAW vor, der außer den in Boussac-Saint-Frères zusammengefaßten textilen Interessen auch die Warenhausgesellschaften Bon Marché, Belle-Jardinière und Conforama sowie das Modehaus Christian Dior angehören.

Nach diesem Angebot soll das Kapital der SFFAW um 400 Mill. Franc erhöht werden, und zwar inzwischen auch unter Beteiligung der beiden staatlich kontrollierten Petroleumkonzerne Elf und Total. Außerdem erklärten sich die staatlichen Finanzinstitute bereit, der SFFAW 400 Mill. Franc an Vorzugskrediten und weitere 300 Mill. Franc an normalen Krediten zur Verfügung zu stellen. Jedoch machten sie und die Regierung selbst zur Bedingung, daß eine Einigung mit den zahlreichen Gläubigern der Gruppe erzielt wird.

Vorab hatte sich das Konsortium bereits mit den bevorrechtigten Gläubigern (Staat, Sozialversicherung usw.) grundsätzlich darüber geeinigt, daß deren Forderungen von zusammen 1,11 Mrd. Franc innerhalb von drei Jahren in voller Höhe getilgt werden.

Die übrigen Gläubiger können nach den jetzt gefaßten Beschlüssen innerhalb von zwölf Monaten wählen zwischen einer sofortigen Pauschalabfindung von 15 Prozent ihrer Forderungen oder einer 60prozentigen zinslosen Tilgung innerhalb von acht Jahren – nämlich je 2,5 Prozent in den ersten beiden Jahren, je 5 Prozent in den folgenden drei, 10 Prozent im sechsten und je 15 Prozent im siebenten wie achten Jahr.

Im ungünstigsten Fall hat das Konsortium danach sofort etwa 700 Mill. Franc zur Befriedigung der Gläubiger aufzubringen, was durch die Veräußerung eines Teils der Aktiva bzw. über die Börseneinführung von Tochtergesellschaften wahrscheinlich reibungslos möglich wäre.

Außerdem hat Marcel Boussac noch ein Schloß im Werte von 600 Mill. Franc der SFFAW hinterlassen. Die Perle des Konzerns, Christian Dior, die mit ihrem weltweiten Lizenzgeschäft über 1 Mrd. Franc wert ist, darf allerdings erst frühestens in fünf Jahren zum Verkauf gestellt werden.

WELTBANK-IWF / Handels-Ungleichgewichte im Mittelpunkt der Jahrestagung

Besserung vorerst nicht in Sicht

CLAUS DERTINGER, Frankfurt

Die riesigen Außenhandelsungleichgewichte der USA und Japans werden im Mittelpunkt der gemeinsamen Jahresversammlung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank stehen und vor allem Zentralthema der Expertengespräche in kleineren Kreisen sein, die vor der am 8. Oktober offiziell in der südkoreanischen Hauptstadt Seoul beginnenden Tagung stattfinden. Die sich wieder zuspitzende Schuldenkrise in vielen Ländern der Dritten Welt wird angesichts dieser weltwirtschaftlich brisanten Probleme nur einen zweiten Rang einnehmen.

Die Blitzkonferenz der Finanzminister und Notenbankchefs vor zehn Tagen in New York hat zwar die atmosphärischen Spannungen gemildert. Aber trotz der publizitätswirksam verkauften markigen Erklärungen der „Großen Fünf" gibt es keine Anzeichen für eine Neuorientierung der Politik in den USA und Japan, die eine Beseitigung der fundamentalen Ursachen der Handelsungleichgewichte erkennen läßt, an denen auch die bisherige Abschwächung des Yen nichts Entscheidendes ändern kann.

Dies gilt vor allem für die USA, deren riesiges Haushaltsdefizit letztlich Ursache hoher Zinsen, einer Überbewertung des Dollars und des für 1985 erwarteten Außenhandelsdefizits von 150 Milliarden Dollar ist, dessen Finanzierung die reichste Industrienation der Welt immer stärker in eine internationale Schuldnerposition hineinjagen.

Allein ein Drittel des US-Außenhandelsdefizits entsteht im Handel mit Japan. Es wird zwar durch japanische Kapitalexporte in die USA „überfinanziert"; aber da es sich dabei überwiegend um kurzfristige Bankengelder handelt, wird die Stabilität des letztlich entscheidend vom Dollar mitgetragenen internationalen Währungssystems immer verletzlicher.

Die Abschwächung des Dollars vor allem gegenüber dem Yen wird nach Einschätzungen von Notenbankexperten ohne Beseitigung der fundamentalen Ursachen an den Ungleichgewichten nichts ändern. Überdies wird darauf hingewiesen, daß US-Unternehmen den auf die Bedürfnisse des amerikanischen Marktes zugeschnittenen Exportangeboten aus Japan und Europa kaum gleichwertiges entgegenzusetzen haben, so daß die durch den Wechselkurs gedrückten Preise nicht die alleinige Ursache für die Importflut seien.

Auch nach den jüngsten beschwörenden Worten des US-Präsidenten gilt die Gefahr noch nicht als gebannt, daß die USA einen Ausweg aus ihrem Dilemma im verstärkten Protektionismus suchen. Daher gehört auch diese Bedrohung des Welthandels zu den zentralen Themen der Währungstagung in Seoul, und das vor allem im Lichte der Schuldenkrise, die sich für einige Entwicklungsländer wieder zugespitzt hat.

Gesunkene Rohstoffpreise bremsen das Wirtschaftswachstum. Zwar schätzt der IWF, daß die 1985 von 4,4 auf 3,6 Prozent gesunkene Wachstumsrate der Entwicklungsländer 1986 auf 4,1 Prozent steigt, doch erwartet er für die Ölexporteure unter ihnen einen Rückgang auf nur noch drei Prozent im nächsten Jahr.

Sorgen bereiten den Währungsexperten vor allem die zunehmenden sozialen Spannungen in einigen Entwicklungsländern und die daraus resultierenden Schwierigkeiten der Regierungen, die Schuldendienstverpflichtungen zulasten des Lebensstandards der Bevölkerung zu erfüllen.

Forderungen der Dritten Welt, die Probleme mit der Zuteilung von Sonderziehungsrechten, dem Kunstgeld des IWF, zu lindern, werden von den maßgebenden Industrieländern mit der Begründung abgelehnt, nicht Finanzspritzen, sondern letztlich nur eine innere Anpassungspolitik in den Entwicklungsländern könne die Schwierigkeiten überwinden.

Allderdings scheint sich eine engere Zusammenarbeit des IWF mit der Weltbank anzubahnen, deren langfristige Finanzierungen zu einer Verbesserung der Wirtschaftsstruktur in der Dritten Welt beitragen. Zur Diskussion steht eine Ausweitung der von der Weltbank gegebenen Strukturanpassungsdarlehen.

In diesem Punkt haben die USA ihre bisher restriktive Haltung gelokkert, was im Zusammenhang mit den großen Kreditengagements zahlreicher US-Banken in Lateinamerika gesehen werden muß, zumal das US-Bankensystem auch wegen binnenwirtschaftlicher Probleme etwas in die Klemme geraten ist.

Nach dem New Yorker Fünfer-Treffen haben sich vor diesem Hintergrund auch die Chancen verbessert, daß Washington den bislang harten Widerstand gegen eine Kapitalerhöhung der Weltbank aufgibt. US-Finanzminister Baker sagt man in diesen Fragen wesentlich mehr Verständnis und Flexibilität nach als seinem Vorgänger Regan. Eine Entscheidung über eine Weltbankkapitalerhöhung wird in Seoul nicht erwartet.

AXEL SPRINGER VERLAG / 6800 neue Aktionäre

Börsennotierung beantragt

DW. Berlin

Die Axel Springer Verlag AG, Berlin/Hamburg, hat gestern über die Deutsche Bank die Zulassung ihrer Ende Juli verkauften Aktien im Gesamtwert von 83,3 Mill. Mark zum Handel und zur amtlichen Notierung an den Wertpapierbörsen in Berlin, Düsseldorf, Frankfurt, Hamburg und München beantragt. Dies teilte der Verlag am gleichen Tage mit. Am 31. Juli waren 49 Prozent der Anteile des Verlags als vinkulierte Namensaktien mit Gewinnbezugsrecht zum Kurs von 335 Mark für die 50-Mark-Aktie veräußert worden.

Im Zuge der Plazierung seien etwa 6800 Aktionäre gewonnen worden. Die Emission war mehrfach überzeichnet. Der Verlag weist darauf hin, daß „medienpolitische oder unternehmerische Einflüsse durch den neuen Aktionärskreis nicht bestehen".

Das Grundkapital von insgesamt 170 Millionen DM verteile sich wie folgt: Axel Springer Gesellschaft für Publizistik GmbH + Co., Berlin (26,1 Prozent), Burda Verwaltungs-KG, Offenburg (24,9), private Anleger (27,2), institutionelle Anleger aus dem Inland (16,9) und aus dem Ausland (4,9).

Die privaten Anleger halten im Durchschnitt 140 Aktien. Bei den institutionellen inländischen Käufern handele es sich vor allem um Versicherungen und Investmentfonds. Bei den Ausländern haben, so heißt es, hauptsächlich Pensionsfonds größerer Unternehmen in den USA, Holland und Frankreich Anteile gezeichnet.

Die Aktien können nun in beliebiger Stückzahl gehandelt werden, wird erläutert. Am Prinzip der vinkulierten Namensaktien (die nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages veräußert werden dürfen) werde auch nach der Börseneinfü rung, die für Anfang November v gesehen ist, festgehalten. Als Pr seunternehmen habe der Verlag „ elementares Interesse, daß Veräuß rungen von Anteilen nicht zu ein Kapital- und Stimmenkonzentrati oder Überfremdung führen, die de Ziel der verlegerischen Unabhäng keit und der publizistischen Freihe zuwiderlaufen würden".

OECD / Ankurbelung der Konjunktur reicht nicht aus

Wirtschaft braucht Vertrauen

JOACHIM SCHAUFUß, Paris

Für eine „neue Wirtschaftspolitik" hat sich der Generalsekretär der OECD, Jean-Claude Paye, gestern vor der Parlamentarischen Versammlung des Europarats in Straßburg ausgesprochen. Um Europa aus der Krise herauszuführen, reiche eine bloße Konjunkturankurbelung nicht aus. Vielmehr müßten die Methoden geändert werden, mit dem Ziel, der Wirtschaft mehr Vertrauen einzuflößen. Nur auf diese Weise sei es möglich, die Arbeitslosigkeit, das Hauptproblem unserer Zeit, auf ein vertretbares Maß zu reduzieren.

Die in den westeuropäischen Mitgliedsstaaten der OECD bis Ende nächsten Jahres erwartete bescheidene Wirtschaftsexpansion von zwei bis drei Prozent (Jahresrate) reicht dafür aber nicht aus. Die Zahl der Arbeitslosen droht vielmehr weiter zuzunehmen – es sei denn, die Flexibilität der Arbeitsmärkte würde wesentlich größere Fortschritte machen. In dieser Beziehung befindet sich Europa in großem Rückstand gegenüber den USA und Japan.

Zwar muß laut Paye auch das Wachstum stärker zunehmen. Abe über die Frage, wie das geschehe soll, gehen die Auffassungen zw schen den Mitgliedsstaaten weit aus einander. Den USA, deren Expansio inzwischen stark nachgelassen ha sei wegen ihres enormen Budgetdef zits eine Nachfragestimulierun kaum möglich, was negative Auswir kungen für Europa haben werde. Je doch könnte Japan mit seiner enor men Ersparnisbildung anderen OECD-Staaten als konjunkturelle Lokomotive dienen.

Auch die Bundesrepublik besitzt nach Auffassung des OECD-Generalsekretärs einen bedeutenden Aktionsspielraum. Ihn voll auszunutzen, sei aber nicht ohne Risiko. Jedenfalls bezweifelt Paye, daß durch eine zusätzliche Lockerung der Budget- und Geldpolitik mehr Aktivität geschaffen werden kann. Eher könnte dies das Budgetdefizit und die Inflationsrate in die Höhe treiben, was zur Abschwächung nicht nur der D-Mark, sondern aller anderen europäischen Währungen gegenüber dem Dollar führen müßte. Das sei aber keineswegs wünschenswert, erklärte Paye.

Produktionsstopp bei Alfa Romeo

dpa/VWD, Mailand

Das staatliche italienische Automobilunternehmen Alfa Romeo hat in seinem süditalienischen Werk in Pomigliano d'Arco für drei Wochen die Produktion eingestellt. Die Lohnfortzahlung der 8000 Arbeiter übernimmt die staatliche Lohnausgleichskasse. Grund für die Zwangsferien ist nach Angaben des Unternehmens der allgemeine Nachfragerückgang. Die Tagesproduktion des Werks war zuletzt von 680 auf 480 Pkw vom Typ Alfa 33 zurückgegangen. Ebenfalls in der Krise befindet sich das in der Nähe gelegene Montagewerk von Pratola, wo der Arna zusammengebaut wird. In den ersten sechs Monaten 1985 ging die Arna-Produktion gegenüber der gleichen Vorjahreszeit um 46,6 Prozent auf 10 635 Stück zurück.

Nach Gewerkschaftsangaben erwartet Alfa Romeo für 1985 einen Verlust von 300 bis 350 Mrd. Lire (450 bis 525 Mill. DM), dreimal mehr als 1984.

Japan-EG-Seminar über Kooperation

dpa/VWD, Tok

Führende Politiker und Industrie le aus Japan und der EG haben sic während eines zweitägigen Semina über die Vertiefung der industrielle Kooperation nachdrücklich für di Aufrechterhaltung und Stärkung de freien Welthandelssystems ausge sprochen.

Das vom japanischen Ministeriu für Industrie und Außenhandel un der EG-Kommission gemeinsam o ganisierte vierte Seminar dieser A ging gestern zu Ende. EG-Vizepräs dent Karl-Heinz Narjes und Japan Handelsminister Keijiro Murata hie ten Grundsatzreferate über die wir schaftlichen Beziehungen. Sie sin vor allem durch ein chronisches Har delsungleichgewicht zugunste Japans gekennzeichnet, das im vergangenen Jahr zehn Milliarden US-Dollar überstieg. Die Experten diskutierten die Hindernisse, die bisher verstärkten europäischen Investitionen in Japan entgegenstanden.

ÄGYPTEN / Die Einnahmen aus dem Suezkanal sinken

Gestecktes Ziel verfehlt

AFP, Kairo

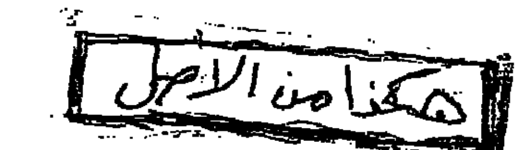
Die anhaltende Weltwirtschaftskrise wirkte sich für Ägypten stark auf die Einnahmen aus dem Suezkanalverkehr aus. Sie gingen nach den Angaben des Präsidenten der Suezkanalbehörde, Mohamed Ezzad Adel, im Haushaltsjahr 1984/85 um 60 Mill. Dollar auf 900 Mill. Dollar zurück. Das ursprünglich gesteckte Ziel von einer Mrd. Dollar wurde damit nicht erreicht.

Die Lage hat sich seit Beginn des Jahres 1985 zwar stabilisiert, die Einnahmen werden jedoch höchstens um zehn Mill. Dollar zunehmen. Wie gestern in Kairo bekanntgegeben wurde, sollen die Gebühren Anfang kommenden Jahres nur um durchschnittlich 3,4 Prozent verteuert werden. Die Kanalbehörden verzichteten auf eine höhere Tarifanhebung, denn sie befürchten, daß verschiedene Schiffahrtsgesellschaften in einem Augenblick, in dem der Seetransportmarkt in einer schweren Krise steckt, ihre Schiffe nicht mehr durch den Kanal schicken könnten, was zu einem weiteren Verkehrsrückgang führen würde. Die Anhebung der Tarife erfolgte nach der Konsultierung unter anderem der internationalen Schiffahrtskammer (International Chamber of Shipping).

Der seit fünf Jahren andauernde Krieg zwischen Iran und Irak hat für den Suezkanal einen starken Rückgang des Tankerverkehrs zur Folge. Die Wirtschaftskrise und der erhebliche Rückgang der Erdöleinnahmen der Anrainerländer des Persischen Golfs führen zudem zu einer deutlichen Reduzierung der von diesen Ländern aus Europa importierten Gebrauchsgüter und wirken sich ebenfalls nachteilig auf den Verkehr der Handelsschiffe durch den Suezkanal aus. Diese Ausfälle sind um so größer, als das Verkehrsvolumen aus und zum Persischen Golf ein Drittel der durch den Suezkanal laufenden Gesamttonnage ausmacht.

Im vergangenen Jahr wurde diese internationale Wasserstraße nach den offiziellen ägyptischen Statistiken von 21 361 Handelsschiffen befahren. 1983 waren es noch 22 224. 1984 ging auch die beförderte Tonnage um 1,9 Prozent von 378 226 000 Tonnen auf 371 039 000 Tonnen zurück. Am stärksten wurde dabei der Erdöltransport betroffen, der um 5 187 000 Tonnen sank und damit mit 72,2 Prozent am Gesamtrückgang der Tonnage verantwortlich war. Dagegen stieg die von Container-Schiffen beförderte Fracht um 3,9 Prozent bzw. 1 825 000 Tonnen an. Auch bei den Autotransportschiffen wurde eine Zunahme der Tonnage von 4,2 Prozent bzw. 874 000 Tonnen registriert.

Wie Suezkanalpräsident Adel mitteilte, hat sich seine Behörde zum Ziel gesetzt, einen größeren Teil des Schiffsverkehrs zwischen Europa und dem Fernen Osten zu gewinnen. Der Kanal könne eine um sieben- bis zehnmal höhere Tonnage verkraften.



IBIS / Bedeutendste Kette im Zwei-Sterne-Bereich

IC-Hotels nach Bahnkonzept

HARALD POSNY, Düsseldorf

Bis Mitte der 90er Jahre will die französische Ibis-Hotelkette über 40 Häuser in allen größeren Städten der Bundesrepublik in Betrieb haben. Die Betreiberin, die Sphère Deutschland GmbH, München, zu gleichen Teilen im Besitz der Sphère S. A. France und der Novotel Deutschland GmbH, unterhält gegenwärtig neun Hotels, von denen drei Intercity-Hotels sind, Hotels die in den Bahnhöfen der Städte Bochum, Düsseldorf und Köln in Zusammenarbeit mit der Deutschen Bundesbahn entstanden sind.

Neben dem Intercity-Hotel Duisburg sollen mit Gelsenkirchen und Nürnberg zwei weitere Ibis-Hotels bis zur Jahresmitte 1986 eröffnet werden. Als weitere Standorte sind Regensburg und Mönchengladbach vorgesehen (1987). Alle Ibis-Hotels sind der internationalen Reservierungszentrale Resinter angeschlossen. Für 1985 erwartet Sphère Deutschland mit 233 Mitarbeitern einen Umsatz von rund 22 Mill. DM.

Bei der Vorstellung des Intercity-Hotels Ibis in Düsseldorf (166 Zimmer) betonte Bundesbahn-Vorstandsmitglied Hans-Joachim Gröben „die enge räumliche Verbindung zu dem modernen Transportsystem IC an ein einheitliches attraktives Übernachtungsangebot der mittleren Preisklasse". Bis 1987 seien 15 IC-Hotels geplant, wobei vorrangig an die Standorte Frankfurt, Freiburg, Darmstadt, Augsburg, Wiesbaden und Würzburg gedacht ist.

Mittelfristig sind 40 Standorte aus Nachfragesicht vorgesehen. Mögliche fachlich renommierte Hotelgruppen müßten nicht nur etwa 10 Mill. DM an Investitionen veranschlagen, sie müßten auch den Mindeststandard von Zwei-Sterne-Hotels gewährleisten.

Sphère, die bedeutendste Gruppe dieser Kategorie in Europa, besteht erst zehn Jahre. Derzeit besitzt die Gruppe 159 Ibis-Hotels mit 13 500 Zimmern in Frankreich, Deutschland, England, den Niederlanden, Österreich, USA, Kamerun und an der Elfenbeinküste. Sphère hatte 1984 einen Umsatz von 746 Mill. F, die durchschnittliche Belegung betrug 65 Prozent.

EQUITY & LAW / Britische Lebensversicherer plagen Kündigungen kaum

Mit neuen Produkten erfolgreich

HARALD POSNY, Düsseldorf

Die seit jetzt 10 Jahren in der Bundesrepublik tätige Niederlassung der Equity & Law Life Insurance Society plc., London, hat ihre positive Geschäftsentwicklung auch im 1. Halbjahr 1985 fortgesetzt. Das eingelöste Neugeschäft wuchs um 13 Prozent auf 1,1 Mrd. DM., der gesamte Versicherungsbestand erreichte die 5 Mrd. DM-Marke.

Die in Wiesbaden ansässige Gesellschaft führt das gute Ergebnis auf die inzwischen branchenweit bekannte verbrauchergerechte Produktpalette, das günstige Preisniveau und den guten Absatz von Berufsunfähigkeits-Versicherungen zurück. Der Vertrieb stützt sich auf eine wachsende Anzahl von Versicherungsmaklern und unabhängigen Versicherungs-Vermittlern. Insgesamt sind zur Zeit knapp 1500 Vermittler für E & L tätig.

E & L, die 1979 das bis dahin in der Branche unbekannte Sofortüberschuß-System eingeführt hat, bei dem der Versicherte bei jeder Beitragszahlung durch Verrechnung mit den fälligen Prämien am Überschuß beteiligt wird, hat mit der Einführung der „variablen Berufsunfähigkeits-Versicherung" ihr Leistungsangebot weiter verbessert. Vorteil: Die Dauer des Versicherungsschutzes und der Beitragszahlungen wird nur solange wie nötig vereinbart. Die Rentenzahlungen können jedoch solange wie erforderlich, meist langfristig, gewählt werden. Versorgungslücken bei Berufsunfähigkeit sind, so E & L, noch gezielter zu schließen.

Im letzten Jahr hatte E & L ein Neugeschäft von 2,02 (1,26) Mrd. DM mit außerordentlich hohen Versicherungssummen von durchschnittlich 73 000 DM in der Großlebens-Versicherung, 150 000 DM in der Risiko-Lebensversicherung und fast 20 000 DM Jahresrente in der Berufsunfähigkeits-Versicherung. Mit 3,4 Prozent ist die Stornoquote überdurchschnittlich günstig. Zwar sind auch bei E & L die vorzeitigen Vertragsauflösungen gestiegen, doch hat das Unternehmen dank bedarfsgerechter Beratung keine Schwierigkeiten mit „notleidenden" Verträgen.

Die Kostensituation (Verwaltungskosten machen 9 Prozent der 41 Mill. DM Beitragsvolumen, die Abschlußkosten 7,8 (8,7) Promille des Neugeschäftes aus) hat sich verbessert, wenngleich das hohe Neugeschäftswachstum naturgemäß die Vertriebskosten deutlich erhöht.

Aus Kapitalanlagen von 43 (31) Mill. DM wurden laufende Erträge von 3,3 Mill. DM erwirtschaftet. Der Durchschnittsertrag betrug 8,86 Prozent. Die Zuführung zur Rückstellung für Beitragsrückerstattung wurde um 6,3 auf 20,4 Mill. DM aufgestockt. Davon sind 13,1 Mill. DM bereits festgelegte laufende Überschußanteile für 1985.

Die Muttergesellschaft in London, rund 140 Jahre alt, hatte 1984 ein Prämienvolumen von 262 (218) Mill. Pfund, davon 210 (176) Mill. Pfund aus dem britischen Geschäft. Die Kapitalanlagen wuchsen auf 2,5 (2,08) Mrd. Pfund. Die Bruttokapitalerträge und die Zuschreibung (realisiert und buchmäßig) machen 17 Prozent für alle Anlagen aus. Die gesamten an Versicherte und Aktionäre gezahlten Gewinne betrugen 60,8 Mill. Pfund (plus 26 Prozent), davon wurden 5,6 (4,5) Mill. Pfund an Dividende gezahlt.

SIEMENS / Weiter umfangreiche Investitionen in Berlin

1100 neue Arbeitsplätze

th. Berlin

Rund 1100 neue Arbeitsplätze wird der Siemens-Konzern mittelfristig in Berlin schaffen. Das Unternehmen baut gegenwärtig an der Spree mit einem Investitionsaufwand von mehr als 200 Mill. DM ein Werk, in dem von 1987 an Komponenten für Glasfaser-Nachrichtennetzte produziert werden. Zwei Drittel der 600 neuen Arbeitsplätze allein in dieser Fabrik werden von qualifizierten Ingenieuren, Technikern und Facharbeitern besetzt. Das teilte der Siemens-Vorstandsvorsitzende Karlheinz Kaske gestern in Berlin mit.

Außerdem entsteht in Berlin eine Fertigung elektronischer Steuerungsgeräte für insgesamt 150 Mill. DM mit 550 neuen Arbeitsplätzen. Hier wird die Produktion ebenfalls 1987 anlaufen.

Die Siemens AG und die Siemens-Gesellschaften KWU, Osram Vacuumschmelze und Volta-Werke werden dann in der Stadt mit 16 Produktionsstätten vertreten sein. In den letzten fünf Jahren hat der Elektro-Konzern in Berlin 1,2 Mrd. DM investiert, allein im abgelaufenen Geschäftsjahr waren es mehr als 250 Mill. DM.

Etwa ebensoviel gibt Siemens für die Forschung und Entwicklung in der Stadt aus. „Zusammen mit den Aufwendungen für die Ausbildung von 1800 jungen Menschen und die Weiterbildung der Mitarbeiter investiert Siemens jährlich über eine halbe Milliarde in die Zukunft seiner Berlin-Aktivitäten", so Kaske. Im abgelaufenen Geschäftsjahr 1984/85 (30. 9.) hat Siemens in Berlin 1500 Mitarbeiter zusätzlich eingestellt.

Der Chef der Zentralen Berliner Leitung, Dirk Forkel, trat gestern in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist Joachim Putzmann. Der gebürtige Berliner, der seit 1981 Generalbevollmächtigter Direktor ist, machte bei dem Konzern eine kaufmännische Lehre. Nach dem Betriebswirtschaftsstudium in Berlin begann er 1958 in Karlsruhe, wo er acht Jahre später die Kaufmännische Leitung des Werks für Meßverarbeitung und Prozeßautomatisierung übernahm. Zuletzt war er Kaufmännischer Leiter im Unternehmensbereich Energie- und Automatisierungstechnik.

CHEMISCHE INDUSTRIE / Kein Süd-Nord-Gefälle

Gutes Auslandsgeschäft

HUBERTUS BLASS, Hannover

Für die chemische Industrie in Norddeutschland trifft das oft zitierte Wort vom „Süd-Nord-Gefälle" nicht zu. Diese Ansicht vertrat Ernst-Michael von Kistowsky, neugewählter Vorsitzender des Landesverbandes Nord der chemischen Industrie (VCI), auf der Mitgliederversammlung in Hannover. Die Umsatzentwicklung sei in den letzten Jahren in Norddeutschland (Hamburg, Bremen, Schleswig-Holstein und Niedersachsen) mit Ausnahme von 1980 besser verlaufen als im Durchschnitt der chemischen Industrie des Bundesgebietes. Von 1977 bis 1984 habe der Umsatz in Norddeutschland von 9,16 Mrd. auf 16,15 Mrd. DM zugenommen, was einer Steigerung von 76,4 Prozent entspreche. Bundesweit erhöhte sich der Umsatz der chemischen Industrie in der gleichen Zeit von 85,92 Mrd. DM auf 140,95 Mrd. DM, also um 64 Prozent.

Wesentlicher Einfluß sei vom Auslandsgeschäft ausgegangen. Hier weise die chemische Industrie Norddeutschlands ein Plus von 139,8 Prozent aus gegenüber 96,8 Prozent im Bundesgebiet. Auch die Zahl der Beschäftigten stieg im Norden um zwei Prozent (auf 54 893), während sie im übrigen Bundesgebiet um 4,8 Prozent zurückgegangen sei.

Insgesamt bezeichnete Kistowsky das Jahr 1984 als befriedigend. Während sich im Bundesgebiet der Umsatz um 11,1 Prozent erhöhte, hätte der Norden eine Steigerung um 11,7 Prozent zu verzeichnen. Gleichzeitig seien konsequent Rationalisierungsinvestitionen durchgeführt und die Beschäftigtenzahlen maßvoll an die veränderte Auftragslage angepaßt worden. Die durchschnittliche Kapazitätsauslastung lag im vergangenen Jahr bei 85 Prozent.

„Überraschend gut" sei die Entwicklung im ersten Halbjahr 1985 verlaufen. Nach den Worten Kistowskys verzeichnete die Branche einen Umsatzzuwachs von 8,7 Prozent. Auch hier habe der Auslandsumsatz mit einer Zunahme um 13 Prozent erheblich zu Buche geschlagen.

Streik-Ultimatum der DAG an die LTU

Py. Düsseldorf

Nach einem fast einstimmigen Votum der 363 an der Abstimmung beteiligten Mitarbeiter (Piloten und Kabinenpersonal) für einen Streik hat die Deutsche Angestellten Gewerkschaft (DAG) die Charterfluggesellschaft LTU, Düsseldorf, und den Arbeitgeberverband ADL ultimativ aufgefordert, bis heute nachmittag die Verhandlungen über einen neuen Manteltarif wiederaufzunehmen. Die Verhandlungen waren am 5. September von der DAG, bei der 86 Prozent des LTU-Flugpersonals organisiert sind, für gescheitert erklärt worden.

Bei den DAG-Forderungen geht es einmal um die Höchstschichtzeit von 14 Plan-Stunden pro Arbeitstag und mindestens 33 freie Tage am dienstlichen Wohnsitz im Quartal. Davon sollen pro Monat mindestens elf freie Tage (vier zusammenhängend) möglich sein. Auf diese Freizeit sollen Ruhezeiten nach längeren Flügen nicht angerechnet werden. Außerdem soll eine neue Mehrstunden-Vergütung sowie ein mindestens sechswöchiger Urlaub festgelegt werden.

Zentis rechnet mit höherem Umsatz

dpa/VWD, Köln

Die Franz Zentis Gmbh und Co. in Aachen, nach eigener Darstellung größter Hersteller von Konfitüren, Marzipan sowie von Fruchtprodukten für die milchverarbeitende Industrie in der Bundesrepublik, rechnet für dieses Jahr mit einem Umsatz von 360 bis 380 Mill. DM. Der Vorjahresumsatz hatte bei 350 Mill. DM gelegen. Das Familienunternehmen mit rund 1000 Beschäftigten will auch seinen bislang relativ geringen Exportanteil von fünf Prozent des Umsatzes künftig ausweiten.

Der Pro-Kopf-Verbrauch an Konfitüren in der Bundesrepublik ist nach Angaben von Zentis in den vergangenen zehn Jahren um 25 Prozent gestiegen – von knapp 6,5 Gläsern im jahre 1975 auf mehr als acht Gläser. Daran habe die Industrie allerdings nicht in vollem Maße partizipiert: Ein „bemerkenswerter Teil" sei aus dem häuslichen Einkochtopf in die Marmeladengläser gewandert. Beliebteste Konfitüren in der Bundesrepublik waren die Fruchtsorten Erdbeere, Himbeere, Kirsch und Brombeere.

CBS-Beteiligung in Frankreich

SAD, Paris

Die amerikanische TV-Gesellschaft CBS will jetzt auch auf dem innerfranzösischen Medienmarkt aktiv werden. Die Amerikaner haben eine Beteiligung bei einem französischen Radio-Sender übernommen. Es ist das erste Mal, daß eine ausländische Gesellschaft finanziell an einem der neuen „freien Radios" in Frankreich beteiligt ist. Die Firma CBS hat für eine ungenannte Summe 25 Prozent der Gesellschaftsanteile von „Radio Gilda" in Paris übernommen.

Die Beteiligung der Amerikaner an einem französischen Privatradio hat in Paris großes Erstaunen hervorgerufen. „Radio Gilda" war nämlich von Patrick Fillioud gegründet worden, dem Sohn des für Radio- und TV-Fragen zuständigen Staatssekretärs Georges Fillioud. Die sozialistische Regierung Frankreichs aber hatte immer heftig den angeblichen „Imperialismus" der Amerikaner auf dem Gebiet von Fernsehen und Radio kritisiert und gefordert, daß Frankreich sich der „Übermacht" der Amerikaner widersetze.

NAMEN

Hubert Stärker, Geschäftsführender Gesellschafter der Zeuna-Stärker GmbH + Co. KG, wurde als Nachfolger von Senator Dr. **Ernst Wrede** Vorsitzender des Vereins der Bayerischen Metallindustrie (VBM).

Heribert Maasjost (58), Vorstandsmitglied der LVM-Versicherungen, Münster, scheidet aus Gesundheitsgründen aus dem aktiven Dienst aus. Das Vertriebsressort wird von **Gerd Kettler** übernommen.

Klaus Koch, bisher Vorstandsmitglied der Babcock-BSH AG, Krefeld, tritt zum 1. Oktober in die Geschäftsführung der Bopp und Reuther GmbH, Mannheim, ein.

Hans E. Reiche (38), General Manager der Hessischen Landesbank in London, tritt in die Geschäftsführung der Schenker + Co. GmbH, Frankfurt, ein. Er übernimmt die Ressorts Finanzen und Revision als Nachfolger von **Erwin Schlott** (58), der aus gesundheitlichen Gründen ausscheidet.

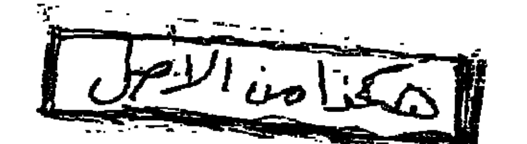
Dr. **Peter Lämmerhirdt** und **Frank Hezel**, bisher Direktoriumsmitglieder der Bayerischen Brauerei Schuck-Jaenisch LAG (BBK), Kaiserslautern, wurden zu Vorstandsmitgliedern des Unternehmens bestellt. Die Vorstandsmitglieder Dr. **Hans Jung** und **Adolf Drüppel** werden zum 31. Oktober vorzeitig ausscheiden.

Heinz Buttgereit (61), Vorstandsmitglied der Kühnle, Kopp und Kausch AG, Frankenthal, trat am 30. September in den Ruhestand. Sein Nachfolger ist **Hermann Mund** (43).

Heinz Brenig (46), Wesseling, wurde zum Präsidenten des Bundesverbandes Rolladen + Sonnenschutz e. V., Düren, gewählt. Er ist Nachfolger von **Karl Bocklet**, Esslingen.

Heiner Jordan (44), bisher Vorsitzender der Geschäftsführung der Hannen-Brauerei GmbH, Willich, wurde zum 1. Oktober 1985 als Vorsitzender der Geschäftsleitung der Fürstlich Fürstenbergischen Brauerei KG, Donaueschingen, bestellt.

Walter Maschke, bisher zweiter Mann der Presseabteilung des Bundespostministeriums, wurde zum Pressesprecher und Leiter des Pressereferats berufen. Sein Stellvertreter wird **Klaus Czerwinski**, der bisher bei der Oberpostdirektion Köln für Presse und Öffentlichkeitsarbeit zuständig war.



BRINKMANN

Wieder auf Erfolgskurs

dpa/VWD, Bremen

Der viertgrößte deutsche Zigarettenhersteller, die Martin Brinkmann AG, Bremen, hat im Geschäftsjahr 1984/85 (31. 3.) wieder einen Überschuß erzielt, geht aus dem Geschäftsbericht hervor. Nach Angaben von Vorstandsmitglied Werner Klatten konnte das Unternehmen eine Stabilisierung seines Marktanteiles im Zigarettengeschäft erreichen.

Probleme ergäben sich dagegen vor allem im Feinschnittgeschäft aus dem „steilen Anstieg von Billigprodukten". Mit insgesamt rund 21,7 (21,6) Mrd. verkauften Zigaretten und etwa 3,5 (4,3) Mill. Kilogramm Rauchtabak wurde ein Umsatz von 2,47 (2,61) Mrd. DM erzielt. Im Ausland wurden 6,8 Mrd. Zigaretten gegenüber 6,1 Mrd. im Vorjahr verkauft.

Während für 1983/84 kein Überschuß ausgewiesen wurde, belief er sich im Berichtsjahr auf 87,1 Mill. DM. Dieser beruhe allerdings nur auf außerordentlichen Erlösen. So wurden Beteiligungen verkauft, die Zigarettenproduktion nach Berlin verlagert und das Personal reduziert.

Durch die Einstellung des Bilanzgewinns von 45 Mill. DM in die freien Rücklagen erhöhten sich diese auf 285 Mill. DM. Die Investitionen für Sachanlagen sanken von 30,3 auf 10,8 Mill. DM. Das Unternehmen beschäftigte in seinen Werken in Bremen und Berlin sowie im Außendienst im Jahresschnitt 2902 (3458) Arbeitnehmer. Bis Ende des laufenden Geschäftsjahres werde die Zahl der Beschäftigten unter 2000 liegen, kündigte Klatten an. Weitere Entlassungen solle es jedoch nicht geben. Bereits seit Beginn des Geschäftsjahres 1985/86 werde im Gegensatz zu 1984/85 wieder ein positives Betriebsergebnis erzielt.

EWALD DÖRKEN / Baukrise gut überstanden – Wachsende Exporterfolge – Atempausen für Innovationen immer kürzer

Absatz wird durch Risikostreuung gesichert

HARALD POSNY, Herdecke

Die Krise am Bau hat die Ewald Dörken AG, Herdecke/Ruhr, einer der ganz wenigen verbliebenen konzernungebundenen Hersteller von Industrielacken, Bautenfarben und (baubezogenen) Kunststoffen, 1984 zumindest zeitweilig von gewohnten Umsatzzuwachsraten Abschied nehmen lassen. Die Industrielack-Sparte, die zusammen mit Bautenfarben etwa die Hälfte des Umsatzes ausmacht, konnte mit einem Mengenplus von zwei Prozent den besonders schwachen Kunststoffbereich (minus vier Prozent) nicht ausgleichen.

Allen Sparten gemeinsam ist der Preisverfall, der den Jahresüberschuß auf 1,2 (1,3) Mill. DM sinken ließ, dennoch aber den Familienaktionären die Traditions-Dividende von 15,5 Prozent erhielt. Das 1892 gegründete Unternehmen hat seit 1974 mit kontinuierlich 360 Mitarbeitern seinen Umsatz verdoppelt.

Das ist, so die Vorstandsmitglieder und Angehörigen der dritten Gründergeneration, Ewald Dörken und Hellmut Herminghaus, nur durch entschlossene und erfolgreiche Marktnischenpolitik möglich gewesen. Im Gespräch mit der WELT dokumentierten sie die weitgehend vom Auf und Ab der Baukonjunktur unabhängige Unternehmensentwicklung: „Unsere Hauptinvestition ist der Kopf, wie es sich für den Mittelstand gehört."

So hat man sich daran gewöhnt, immer schon ein neues Produkt zur Marktreife gebracht zu haben, wenn ein anderers soweit am Markt ausgebaut worden ist, daß sich die Wettbewerber an Dörkens Innovations-Erfolge anhängen. Damit freilich werden die Atempausen für Innovationen und Produktion immer kürzer.

Das gilt insbesondere für den umsatz- und ertragsattraktiven Kunststoffsektor, mit dem man durch Eigenentwicklungen zu Europas größtem Hersteller von Gitterfolien, Unterspannbahnen (zwischen Dachpfanne und Dachsparren), Abdeck- und Gerüstplanen wurde. Bausätze für Hobbygärtner auf Folienbasis (1 Mill. qm Gartenbaufolien und 100 000 qm Teichfolien) runden das Angebot ebenso ab wie Lärm- und Arbeitsschutz für Industriezweige mit hohen Hygieneanforderungen und Kunststoff-Noppenbahnen für Grundmauerschutz, Tief- und Tunnelbau. In diesen Zusammenhang gehören auch Kooperations- und Lizenzverträge mit verschiedenen internationalen Unternehmen.

Eigene Erfolge im Ausland (Exportquote 16, bei Kunststoff allein 24 Prozent des Umsatzes) haben zur Gründung von Vertriebstöchtern in Frankreich und in der Schweiz geführt. In Skandinavien sind Grundmauerschutz-Systeme, in Frankreich Bautenfarben, im Comecon Industrielacke, in Benelux Gitterfolien gefragt.

„Zukunftsmusik" ist einstweilen noch der Gang in die USA, wo, so Herminghaus, „interessante Marktsegmente" sichtbar sind: „Eine Firma, die Dörken Corp. in Detroit, dem Auto-Mekka, haben wir schon." Im Autosektor hat sich Dörken hierzulande längst einen Namen mit Korrosionsschutzmitteln, Lacken und Kaschier-Klebern gemacht.

Nachdem 1984 das Umsatzziel von 140 Mill. DM mit 136 nach 115 Mill. DM verfehlt worden ist, ist es 1985 erneut in Reichweite gerückt. In den ersten acht Monaten stieg der Umsatz um vier Prozent auf gut 93 Mill. DM, was vor allem auf die Autosparte (Lacke und Kleber) zurückgeht. Der Export von Kunststoffen steigt, der im Gegensatz zur Branche günstigere Bautenfarbenabsatz folgt der verstärkten Entwicklung von lösungsfreien und -armen Produkten für das Maler- und Lackiererhandwerk. Nach dem Investitionschub 1983/84 von 8 Mill. DM (Produktions- und Lagerkapazitäten) sind für 1985 „normale" 3 Mill. DM für Ersatz- und Rationalisierungsbedarf vorgesehen.

ELEKTRO-BETEILIGUNG / Dividende schon sicher

Expansion geht weiter

tb. Berlin

Auf Expansionskurs bleibt die Berliner Elektro-Beteiligungen AG, Berlin. Wie die Holding in einem Aktionärsbrief mitteilt, hat man in diesem Jahr neben der Berliner Kondensatorenfabrik Baugatz GmbH Beteiligungen von jeweils 22 Prozent an der Geva Datentechnik GmbH, Berlin, und der Geva Datentechnik GmbH, Aachen, erworben. Damit verwaltet die Berliner Elektro jetzt neun Beteiligungen mit einem Umsatz von rund 40 Mill. DM. Für die Käufe sind den Angaben nach in diesem Jahr bisher 1,3 Mill. DM ausgegeben worden. Über weiteren Erwerb wird zur Zeit verhandelt. Bis zum Jahresende sollen es zehn Beteiligungen sein und für 1986, so die Verwaltung, ist eine weitere Expansion an Unternehmen vorgezeichnet.

Die bisherigen sieben Beteiligungsgesellschaften erzielten im ersten Halbjahr 1985 einen Umsatzzuwachs von 20,5 Prozent auf 20,87 (17,3) Mill. DM. Im zweiten Halbjahr dürfte sich die Zuwachsrate jedoch etwas abschwächen, da sich die Ferienzeit im Juli und August stärker ausgewirkt hat.

An Beteiligungserträgen sind im ersten Halbjahr nahezu 5 (Vorjahr: 3,7) Mill. DM erwirtschaftet worden. Das Vorjahresergebnis von 3,2 Mill. DM werde voraussichtlich übertroffen, heißt es weiter. Der Gewinn des ersten Halbjahres reiche aus, um die angekündigte Dividende von 12,50 DM für die Vorzugsaktien und von 11,50 DM für die Stammaktien zu sichern und um Sonderabschreibungen nach dem Berlinförderungsgesetz für das Grundstück der Berliner Kondensatorenfabrik zu ermöglichen.

Aus dem genehmigten Kapital von 3 Mill. DM ist zur Finanzierung der Beteiligungserwerbe die Verwendung von 1 Mill. DM – jeweils 500 000 DM Stamm- und Vorzugsaktien – zu einem noch festzustellenden Kurs vorgesehen. Das Bezugsrecht soll 10:1 sein.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

Westermann-Untermieter

Braunschweig (dos) – Das Braunschweiger Verlagshaus Westermann hat mit den Firmen Hagedorn, Berlin, und Büscher, Bielefeld, eine besondere Art der Zusammenarbeit vereinbart. Die beiden Firmen, mit denen seit langem Geschäftsbeziehungen unterhalten wurden, leasen stillgelegte Produktionseinrichtungen der Bereiche Satz und Reproduktion von Westermann und mieten die Betriebsräume in Braunschweig. Hagedorn und Büscher operieren damit auch von Braunschweig aus.

Attraktive Aktie

Berlin (tb.) – Das Aktienforum '85 soll am 12. Novemer in Berlin stattfinden, teilte der Arbeitskreis Aktie e. V., Düsseldorf, gestern mit. Das Forum steht unter dem Motto „Alles, was die Aktie attraktiv macht" und wendet sich in diesem Jahr zum ersten Mal an die breite Öffentlichkeit. Interessenten erhalten Einladungen für diese Veranstaltung vom 8. Oktober an bei den Berliner Kreditinstituten. Das Aktienforum gilt als die repräsentativste öffentliche Präsentation „rund um die Aktie".

Fusion „genau ansehen"

Hamburg (dpa/VWD) – Das Bundeskartellamt will sich die am Wochenende bekanntgegebene Übernahme des US-Unternehmens General Foods durch den Philip Morris-Konzern hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf die deutschen Töchter Philip Morris GmbH, München, und HAG GF AG, Bremen, „sehr genau ansehen". Eine nach dem Kartellrecht notwendige Anmeldung der Fusion ist nach Angaben des Berliner Amtes allerdings noch *nicht* eingegangen.

Neue Bahlsen-Tochter

Hannover (dos.) – Die Bahlsen-Gruppe in Hannover, wird die Aktivitäten in Österreich ausweiten. Die Tochter Kelly GmbH, Wien, hat von der General Mills Inc., Minneapolis/USA, deren Beteiligung an dem Snack-Hersteller Dr. Josef Zach, Feldbach, übernommen. Kelly und Zach würden zwar wie bisher selbständig im Markt operieren, bei der Produktentwicklung, in Forschung und Export aber zusammenarbeiten. Kelly mit rund 270 Mitarbeitern und einem Umsatz von 50 Mill. DM stellt vor allem Chips, Popcorn und Nüsse her, während Zach (200 Mitarbeiter, 27 Mill. DM Umsatz) den Schwerpunkt bei Laugengebäck und Zwieback hat.

Nuklearrohr voll bei KWU

Offenbach (dpa/VWD) – Die Siemens-Tochter Kraftwerk Union AG, Mülheim, ist jetzt Alleineigentümer der NRG Nuklearrohr-Gesellschaft mbH, Duisburg. KWU übernahm am 1. Oktober den 50prozentigen Anteil der Vereinigte Deutsche Metallwerke (VDM), Frankfurt, an NRG. Die Übernahme wird von der KWU mit der Schließung des Rohrwerkes Duisburg der VDM und der Zusammenarbeit mit der Mannesmann-Röhren-Werke begründet.

Komatsu peilt Umsatzsprung an

dpa/VWD, Frankfurt

Die deutsche Tochter des japanischen Baumaschinenherstellers Komatsu will in diesem Jahr den Umsatz um 20 bis 30 Prozent steigern. Obwohl der klassische Baumaschinenmarkt nur leicht wachsen dürfte, hofft die Geschäftsführung der Komatsu Baumaschinen Deutschland GmbH, Groß-Gerau, den Konkurrenten mit einem erweiterten Händlernetz und Programmangebot Anteile wegnehmen zu können.

Vertriebsdirektor Walter Raum kündigte an, seine Firma peile mit 80 Mitarbeitern ein Umsatzvolumen von 100 Mill. DM an, nachdem 1984 mehr als 500 Radlader, Planierraupen und Hydraulikbagger im Wert von gut 70 Mill. DM verkauft wurden. Den Gesamtmarkt für Baumaschinen in der Bundesrepublik bezifferte Raum für 1984 auf knapp 7000 Einheiten.

Die Muttergesellschaft in Japan ist hinter dem US-Riesen Caterpillar mit 6,6 Mrd. Dollar Jahresumsatz der zweitgrößte Baumaschinenhersteller der Welt. Der konsolidierte Jahresumsatz ging im vergangenen Jahr um 5 Prozent auf 2,8 Mrd. Dollar zurück. Als Nummer drei gilt die deutsche Firma Liebherr mit etwa 1,3 Mrd. DM.

Komatsu verfügt über Produktionsstätten in Brasilien, Mexiko und Indonesien. In den USA wurde jetzt der Grundstein für ein neues Montagewerk gelegt. Auch in Europa will Komatsu eine Produktionsstätte errichten, um den Anti-Dumping-Vorwürfen seitens der EG zu entgehen.

VAW: Ergebnis verschlechtert

VWD, Bonn

Die VAW Vereinigte Aluminium-Werke AG, Bonn, hat im ersten Halbjahr 1985 mit 1,85 Mrd. DM 2,3 Prozent mehr umgesetzt als in den ersten sechs Monaten des Vorjahres, aber ein schlechteres Ergebnis erzielt. In einem Zwischenbericht bezeichnet es die Gesellschaft allerdings als „noch zufriedenstellend".

VAW hatte 1984 erstmals nach zwölf dividendenlosen Jahren 8 Prozent auf 315 Mill. DM Aktienkapital an die bundeseigene Viag ausgeschüttet. Wie das Unternehmen schreibt, war die Umsatzsteigerung bei schwächeren Erlösen für Hüttenaluminium und geringeren Lieferungen der meisten Sparten überwiegend auf die Zunahme der Handelsgeschäfte mit Hüttenmetall zurückzuführen.

In den vier inländischen Werken nahm VAW die Produktion von Hüttenaluminium im ersten Halbjahr aus Gründen der Marktstabilisierung zurück. Infolge der höheren Erzeugung der australischen Beteiligung, die im Vorjahr noch nicht voll in Betrieb war, stieg das Aluminiumaufkommen aber insgesamt auf 208,2 (200,7) Tonnen. Der Absatz aus eigener Erzeugung lag mit 218,7 Tonnen um rund 11 Prozent unter Vorjahresniveau. Gestützt durch den starken Dollar wurden für Hüttenaluminium noch zufriedenstellende Erlöse erzielt. Dagegen gerieten die Preise für Gußlegierungen zunehmend unter Angebotsdruck aus dem europäischen Ausland.

BÜCHER DER WIRTSCHAFT

Barbara Verrel (Hrsg.): Internationales Verzeichnis der Wirtschaftsverbände, 3. Ausgabe, K. G. Saur Verlag, München 1985, 1259 S., 480 Mark.

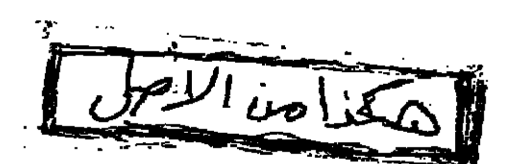
Informationen zu über 31 000 Wirtschaftsverbänden aller Art in 176 Ländern, geordnet nach Branchen, sind in der neuen Ausgabe zusammengefaßt. Das Buch ist für alle gedacht, die wirtschaftliche und berufliche Kontakte suchen, aber auch zur Erschließung neuer Märkte, wenn neue Zulieferer gesucht werden, wenn internationale Kooperationen entstehen sollen, eine gemeinsame Strategie erwünscht wird oder einfach nur zum Erfahrungsaustausch. Die neue Ausgabe bietet eine Reihe von Verbesserungen. Vom Nachweis aller (auch lokaler) Verbände wurde die Priorität verlagert auf die lückenlose Erfassung von Verbänden und Organisationen mit nationaler und internationaler Bedeutung. Die Verbandseinträge enthalten mehr Informationen.

Hansjoachim Höhne: Report über Nachrichtenagenturen, Nomos Verlag 1984, 469 S., 68 Mark.

Der Autor, seit fast 15 Jahren Leiter der „Parlamentskorrespondenz" des Deutschen Bundestages, war zuvor 20 Jahre Agenturjournalist bei UPI und dpa. Sein Buch versteht sich als ein breit angelegter Versuch, einen Blick hinter die Kulissen der internationalen Nachrichtenagenturen in Ost und West zu werfen. Dieses Nachschlagewerk für die umfassend-übergreifenden Zusammenhänge des internationalen Nachrichtenwesens erschien zum ersten Mal 1977 und wurde für die zweite Auflage von Grund auf überarbeitet und aktualisiert.

Thomas Töben: Die Besteuerung des deutsch-deutschen Wirtschaftsverkehrs, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 1985, 404 S., 118 Mark.

Die deutsch-deutschen Wirtschaftsbeziehungen haben einen beachtlichen Umfang erreicht, das Gesamtvolumen des innerdeutschen Handels betrug 1984 über 15 Mrd. DM. Die Besteuerung im innerdeutschen Handel ist jedoch sehr unübersichtlich, zumal die Behandlung dieser Problematik in der einschlägigen Literatur bisher fehlte. Vor dem Hintergrund der beiden unterschiedlichen Besteuerungssysteme werden die wichtigsten Wirtschaftsbeziehungen untersucht: Lieferungen bundesdeutscher Unternehmen in die „DDR", Lieferungen von „DDR"-Unternehmen an bundesdeutsche Abnehmer, Lizenz und Know-how-Vergaben in die „DDR", Arbeitnehmerentsendung und Bauausführungen in der „DDR". Zum ersten Mal wird umfassend über die Besteuerungskriterien informiert und werden Hinweise gegeben, wie die Steuerbelastungen vermindert werden können.



Wie man kniffligste Logistik-Probleme lächelnd vom Tisch kriegt.

Sperry berät Sie auf der SYSTEMS 85, München, 28.10.–1.11.85, Halle 25, Stand B4/C3.

Logistik-Probleme sind die bleiernen Enten der Wirtschaft. Sie bremsen den Warenfluß und reduzieren Wettbewerbschancen. Hier hilft Sperry mit einer Gesamtlösung, die alle Bereiche des Transport- und Lagerwesens umfaßt.

Auf den Management-Etagen weiß man heute: Entscheidend für den Wettbewerbsvorsprung ist auch das Tempo, mit dem Waren aus dem Lager oder der Fertigung an den richtigen Empfänger transportiert werden. Leider hapert es hier nur allzu oft. Schuld daran sind verstaubte, konventionelle Einsatzpläne und ständige Improvisation. EDV gibt es zwar, aber die „Insellösung" ist meist der Regelfall. Man stopft einzelne Löcher zu; ein optimaler Warenfluß ist Wunschtraum.

Logistik hat auch etwas mit Logik zu tun.

Wenn beim Vormarsch eines Unternehmens der Nachschub nicht klappt, gerät die Marktfront ins Wanken. Wenn der Transport von Rohstoffen und Fertigprodukten nicht klappt, kostet das Geld. Statt welches zu bringen. Logisch? Also sollte man den Fragen geeigneter Lösungen (möglichst integrierter Lösungen) vordringlich Aufmerksamkeit zuwenden.

Gesamtlösungen: das Gebot der Stunde.

Sperry, einer der Größten in der Computerbranche, hat seine eigene Erfahrung in Produktion und Logistik. Fazit: Teillösungen sind Flickwerk. Deshalb propagieren wir die Gesamtlösung, die die Erfordernisse der Lagerhaltung mit denen des Warenflusses in Einklang bringt. Wir bieten Anwendungen dieser Art für alle Größenklassen von Betrieben – und nicht nur für Speditionen. (Bei großen Fluggesellschaften beispielsweise läuft die komplette Frachtabwicklung auf unserem System USAS.) Ob mit dem PC, den leistungsfähigen UNIX-Systemen von Sperry oder unseren größeren Universalrechnern – die Vielfalt der Realisierungsmöglichkeiten bietet praktisch jedem Anwender eine quasi maßgeschneiderte Lösung.

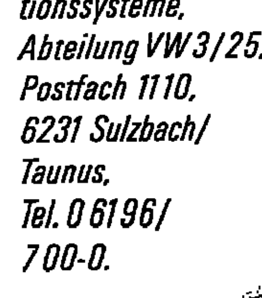
Darf's ein bißchen weniger sein?

Wenn Sie jemandem die Kompetenz für eine Gesamtlösung zubilligen, trauen Sie ihm sicher auch ein reelles Angebot für einen Teilbereich zu. Wenn Sie z.B. die Gesamtlösung schrittweise realisieren wollen. Oder erst einmal Ihr Rechnungswesen auf Trab bringen wollen. Oder mit dem PC starten und erst bei Wachstum die nächste Hardwarestufe anpeilen wollen. Scheuen Sie sich also nicht, bei Sperry auch nach dem Angebot für die ökonomische Einstiegslösung zu fragen. Obwohl wir unseren Ehrgeiz daransetzen, Ihnen ein optimales Paket, eben die Gesamtlösung, zu schnüren.

Zur Sperry-Gesamtlösung gehört der Sperry-Service.

Für Sperry heißt Gesamtlösung nicht nur Hard-und Software, sondern auch Organisations- und Anwendungsberatung. Unterstützung bei der Systemeinführung. Aus- und Weiterbildung Ihrer Mitarbeiter. Technische Betreuung und Wartung. Service für Hard-wie Software. Das ist die logische Konsequenz des Denkens in Gesamtlösungen.

Wenn Sie also Ihre Logistik-Probleme lächelnd vom Tisch kriegen wollen, wenden Sie sich einfach an: Sperry GmbH, Informationssysteme, Abteilung VW 3/25, Postfach 1110, 6231 Sulzbach/Taunus, Tel. 06196/700-0.





Die Komponenten der Sperry-Gesamtlösung: Personal Computer. UNIX-Systeme vom PC bis zum Großrechner. Universalrechner vom Einstiegssystem bis zum Supercomputer. Integrierte Bürokommunikation mit SPERRY-LINK. Terminals und Datennetze. MAPPER. Anwendungsentwicklungssystem der vierten Generation.

SPERRY

Die Computer-Profis für Gesamtlösungen.

Banken blieben favorisiert

Auch die vernachlässigten Exportwerte gewannen an Boden

DW. – Nach den teilweise erheblichen Kurssteigerungen am Wochenbeginn setzten die Notierungen an den Aktienmärkten auch am Dienstag wieder deutlich über Vortagsniveau ein. Bei vielen ausländischen Großanlegern werden Aktien großer bundesdeutscher Unternehmen nicht mehr nur aus Währungsgesichtspunkten, sondern vor allem aufgrund ihrer fundamentalen Aussichten als bevorzugte Anlage gehandelt. Gewinnmitnahmen der inländischen Börsenkulisse konnten sich tendenziell nicht durchsetzen.

So legten die von den Kurssprüngen im Monat September kaum erfaßten Aktien der Großchemie bis zu vier DM (Bayer) zu. Automobile gewannen unter Führung von VW (plus acht DM). Am Elektromarkt wurden Siemens (plus sechs DM) und Nixdorf mit einer Kurssteigerung um rund 10 DM am stärksten beachtet. Der Bankenmarkt lag erneut fester. Hier spielt neben der Zinsentwicklung vor allem die hervorragende Ertragssituation vieler Kreditinstitute – insbesondere bedingt durch hohe Provisionseinnahmen aus dem Wertpapiergeschäft – eine entscheidende Rolle. Commerzbank, Dresdner Bank und Deutsche Bank erreichten so Tagesgewinne von bis zu 10 DM. Die am Montag favorisierten Versorgungsaktien tendierten freundlich. Spitzenreiter Veba litt jedoch unter Gewinnmitnahmen. Bei den Montanen konnten Hoesch und Thyssen jeweils um zwei DM zulegen.

Frankfurt: Binding erhöhten sich um 20,20 DM, Riedel erhöhten sich um 16 DM, und Hartmann + Braun Vz. befestigten sich um 20 DM. Schwäbische Zellstoff sanken um 10 DM, und Dyckerhoff Vz. wurden um 8,80 DM zurückgenommen werden.

Düsseldorf: Balcke Dürr stiegen um 6 DM, Dt. Texaco ebenfalls um 6 DM und Vereinigte Rumpus um 23 DM. Hagen Batterie gaben um 7 DM, Heinrich um 10 DM und Leffers um 5 DM nach.

Hamburg: Beiersdorf gingen mit plus 4,50 DM aus dem Markt. HEW stiegen um 1,50 DM und NWK Vz. um 1 DM. Holsten Brauerei zogen um 10 DM an, und Hypothekenbank Hamburg befestigten sich um 14 DM.

Berlin: Rheinmetall Vz. zogen um 21 DM und Rheinmetall St. um 10 DM an. Berliner Bank und Berliner Elektro lagen um je 5 DM fester. Berthold büßten 5,50 DM, Kempinski 5 DM und Herlitz St. 1,50 DM ein.

München: Agrob St. stiegen um 10,50 DM, Audi um 10 DM und Großkraft Franken um 3,50 DM. Aigner verminderten sich um 2 DM, Leonische Draht sanken um 2 DM, und Süd Chemie gaben um 35 DM nach.

Stuttgart: Mercedes stockten um 9 DM und Porsche um 10 DM auf. Stuttgarter Hofbräu St. erhöhten sich um 20 DM. Zeag Zement gewannen 9,50 DM. IWKA erzielten einen Gewinn von 6 DM. DLW ermäßigten sich um 4 DM.

Nachbörse: fest

WELT-Aktienindex: 223,43 (221,57)
WELT-Umsatzindex: 6579 (5016)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inland

		1.10.	30.9.
H	Aach M Beti. 10	1640	1646
H	Aach. M. Vers. 7	840	770B
D	Aach. Rück. 9	2299	2299
D	Aseag *4	470G	470G
M	Ack-Gogg. 6	147bB	146bB
H	Adca 3	150	142
D	Adler 9	305	309
F	Adt 0	51T	53,5
F	AEG-Telef 0	142,7	142
D	AEG-Kabel 9	276G	276G
S	Aesculap 9	449,5	449
F	AGAB 5	121	121
D	Agrippina *0	1490T	1510
M	Agrob *0	212,5bG	202bG
M	dgl. Vz.* 0	165bG	155
M	Aigner 9	214	216bG
M	Akt. Kaufb. *18	1050B	1050B
H	Agiv 10	375	–
H	Alsingia 8	1000T	1000
D	Alexanderw. 0	106bG	107,8
Hn	Allertnal *0	157G	156G
S	Allg Re.**6,3	3870B	3870B
S	dgl.NA**6,5	3300bB	3223G
S	dgl.35%E.6,5	4800bG	4848
D	Allianz Leb. 9	6100	6050
D	Allianz V. 11	1625	1620
S	Allweiler St. 8	280G	280G
S	dgl. Vz. 9	272	272G
F	Altana 10	385	383
F	Andreae-N.Z. 0	134	138,5
F	Asko 10	1105	1120
M	Audi NSU 2	755bG	750bG
M	Augsb. Kg. 1,5	130bB	130
S	Badenwerk 6	159,8	158,5
F	Bd.Württ.Bk. 11	596	596
D	Balcke-Dürr 3	180T	174T
F	Bankg v.1899 *14	610bB	620bB
D	Banning ** 20	890G	970G
H	BASF 9	237,5	235
H	Bavaria 3	173G	173B
D	Bayer 9	278	274,5
F	B.Br.Sch.-J. 0	230T	220bG
M	Bayer. Halb. 11	407bG	400
M	Bayer. Hansi 6	660G	660G
M	Bayer.Hypo10 +2,5	457	455
M	Bayer. Lloyd 5	275bG	275bG
H	BMW 12,5	482	472
M	Bayer. Vbk. 11	435	436bG
H	Beiersdorf 9,5	510	508
F	BHF-Bank 10,5	361	359
F	Berl. Bank 3	190	182,5
B	Berl. Kindl 4,5	122	120
B	Berola 5	112,5	112,3
B	Berthold 0	178,5	184
S	Bilf + Berg. 10	238	239bB
F	Binding 7+1	270	249,8
M	Blattmetall 6	930G	930B
D	Boch Gels. Str. 0	247G	249B
F	Brau AG 0	238T	250bG
M	Brhs. Amb. *5	720G	710G
F	Braun Vz. 15,2	550bG	550bG
H	Br.H.Hypo 10+1	360G	–
Hn	Brsch.Jute *0	126G	125
H	Breitenb.-C. *28	620G	670
H	Br. Straßb. *0	420T	440B
H	Br. Vulkan 0	78,5	78,2
H	Br. Wollk. 7	185	188
F	BBC 6	276,5	272bG
S	BSU Textil 0	1320G	1320G
D	Buckau-W. 4,1	133T	129
D	Buderus *12,6	385G	386,5G
M	Bgl Br Ing. *12+1	980G	980G
S	Bgl.Brn Rav. *0	369G	369G
S	Calw D. **18	700G	700G
F	Cassella *15	575	585
F	Ceag 0	184,5	186
F	Chem. Vw. *16	512	538
D	Colonia 5	460	468
D	Commerzb. 6	244,2	238,8
D	Cobk.Rosse 40 RM	18,5T	19bB
D	Conc. Chem. 4,5+3	340	340
B	Conc. Spinne * 0	4058	4058
D	Contigas 7,5	367	365
D	Conti Gummi 3	152	151
D	Dahlb. St. 7,65	257	256
D	dgl. Vz. 14,55	400G	405bB
S	Daimler 10,5	975	977
M	Deckel AG 0	210bG	200
D	Dt. Atl. Tel.10+1	460G	460G
H	Doag 5	355	330
D	Dt. Babcock St. 3	180	182,5
D	dgl. Vz. 3,5	184,5	181,5
F	Dt. Bank 12	664,5	648
D	Dt. Centrboden 12	633	625
D	Dt. Conti Rück 0	3800G	3800G
D	dgl. NA 0	995G	995G
F	Dt. Eff.+Wbt. 10	490bG	490G
F	Degussa 9,5	422	413
H	Dt. Hyp. H.-Bk. 9	299	295bB
H	Dt.Hyp.F.-Br.10+2,5	516	508
S	DLW 11	345	349
Hn	Dt. Spezialgl. 9	485	470
F	Dt. Steinz. *6	215	205
H	DeTeWe 9	540T	540T
F	Dt. Texaco 2,7	194	198T
B	Dt. Eisenh. *5	–	–
D	Didier 7	235	228
F	D bl. Quellen 7,5	440T	420T
D	Dierig Holding 4	193	183,2
D	Dittm. & N **60	7950G	7950G
D	DAB 0	100	99,5
D	Dm. Ritter 7,7	305G	305G
D	DUB-Schultn. 7	257	250
D	Duewag 4	189	189
D	Dresdn. Bank 7,5	298,5	290,7
D	Dyckerh. Z 6	199,5	198
D	dgl. Vz. 6	198T	201
F	Dywidag 7	216	216
D	Edelst. Witten *0	305G	305T
F	Eichbaum-Br. 5	174	167
D	Eisb. Verk. 10	275T	275T
H	Elbschloß 0	299	299
M	ELECTRO. 2000 25	435bG	435bG
M	En. Oberfr. 6	330bB	325bG
M	En. Ostb. 6	741	254
H	Elikraft 0	100,5	101
B	Engelhardt 7	215G	215G
D	Enka 7,5	357	365
M	Erlus 10	360B	369
M	Erste Kulmb. 9	1200	1200G
S	esbi *0	7bG	7,4G
S	Essl. Masch. *6	445G	445G
M	Esterer **10	580bG	580
D	Farb. Liqu. =RM 0	7,8	7,8
F	Flachglas 9	278,5	265,5
D	Ford *19,36	850T	850T
B	Forst. Ebn. *4 %	4300B	4300B
M	Fr. Oberl. Wk. 5	238G	238bG
F	Frankf. Hypo 12	700	700
F	Frankona R. 5	455	475B
F	dgl. NA 5	425G	425
F	dgl.50 % E. 2,5	350G	350bG
F	Fuchs Petrol Vz. 0	168	164
H	Gearm. Bk. 3	155G	158B
M	Gehe *5	156,5bG	155bG
D	Gels.wasser 6,5	172	171,8
D	Gerresh. Gl. 5	174	171
F	Gestra 7	188T	194,8
D	Gildem. 0	106,5	101,5bG
D	Girmes 0	170	175
D	Glas & Sp. *11	275bG	270T
D	Goldschm. 8	222	222
M	Glew. Frk. *9	249	245,5bG
F	Grünzw. H. 0	115T	118bG
H	Guano *8	510T	510B
D	GHH St. 3	195,5	193
D	GHH Vz. 3	190	186,2
M	Hacker-Psch. 23,3	1325TG	1320TG
H	Hageda 0	106G	99,5
D	Hagen Batt. 5+1	158bB	165
H	Hall.-Meurer *0	158	157
D	Hamb. Berg 7+1	236	238
H	Hb.Hochb. *4+0,64	998	99,5
H	HEW 5	126	121
H	Hal. Lüb. 9	351G	351bG
Hn	Hann. Papier 5,5	142,5	142
H	Hanretorf 0	94,5	95,1
D	Harpener 11	344	340
F	Hartm. & B.St. 4	805G	800
F	dgl. Vz. 4	690	670
M	Hasen-Bräu 9	1070G	1070G
S	Heidelb. Zem. 7	415G	415
M	Hellt & W. 5	295B	295G
H	Malhak 4	235T	245T
F	Mainkraft *15	570	565G
F	MAB 6,5+1	380B	380bB
F	dgl. Vz. 6,5+1	320G	327T
D	Mannesmann 4	227,5	226
F	Mannh. Vers. 8	685	679
H	Markt & K. 7	217,5	211,5
F	MAN St. 0	190,5	191,5
F	dgl. Vz. 0	186,2	183
F	MAN-Rol. 20,2	452	452G
B	M.Müll.Weing *0	285	283
D	Mauser 0	95	96,1bG
F	Mercedes 10,5	872	867
F	Metallges. 0	290	273

Ausland

Amsterdam

	1.10	30.9
ACF Holding	224	224,5
Aegon	94	93,8
Akzo	119,8	121,2
Alg. Bk. Nederl	494,5	495,5
Amev	781,3	781
Amro Bank	85,8	85,7
Berkel's Patent	40,2	39,8
Bijenkorf	61,7	59,7
Bols Lucas	96,8	96,7
Bredero	164	164
Buehrmann	107,5	103,2
Desseaux	110,5	109,5
Fokker	76,5	75,2
Gist Brocades	218	218
Océ-v. d. Grinten	347,5	342,5
Hagemeyer	44,5	43,8
Heineken Bierbr	165,2	165,7
KLM	54,5	54,5
Hoogoven Kon.	61,6	61,5
Nationale Ned	73,2	73,2
Ned. Lloyd Groep	187	184
Ommeren van	26,1	25,9
Pakhoed	63,5	65,4
Philips	47,5	47,3
Rijn-Schelde	12,9	12,9
Robeco	75,6	75,2
Rolinco	68	67,8
Royal Dutch	189	188
Credit Lyonnais Bk N	89	89
Unilever	326	328,2
Ver. Masch	233,2	232
Volker Stevin	30	29
Westland Utr. Hyp	94	94,5
Index: ANP/CBS	214,70	212,70

Brüssel

	1.10	30.9
Arbed	1630	1660
Brux. Lambert	2090	2085
Cockerill Ougree	206	207
Ebes	3185	3200
Gevaert	4140	4145
Kredietbank	8950	–
Petrofina	6190	6200
Soc. Gen. d. Belg	1940	1950
Sofina	7580	7630
Solvay	5440	5380
UCB	5230	5200
Index	2479,58	2479,96

Hongkong

	1.10	30.9
China Light - P	15,3	
Hongkong Land	6,1	Börse
Hongk. - Sh. Bk.	6,9	ge-
Hongk. Teleph.	8,5	schlos-
Hutch. Whampoa	25	sen
Jard Matheson	11,7	
Swire Pac. - A -	23,6	
Wheelock - A -	–	

Kopenhagen

	1.10.	30.9.
Den Danske Bank	347	346
Jyske Bank	710	–
Kopenh. Handelsbk.	301	302
Novo Industri	233	–
Privatbanken	305	304
Ostasiat. Komp.	260	265
Dan Sukkerfabr.	485	480
For. Bryggerier St.	1095	–
Kgl. Porc. Fabr.	–	540

London

	1.10.	30.9
All. Lyons	288	288
Anglo Am. Corp $	11,5	11,75
Anglo Am. Gold $	6,28	6,57
Babcock Int.	135	132
Barclays Bank	362	364
Beecham Group	313	320
BL	–	–
BLOC Int.	–	–
B.P.B. Industries	–	271
British Aerospace	–	416
B.A.T. Industries	261	258
British Petroleum	541	545
British Telcom	–	–
Britoil	208	208
Bowater	320	320
BTR	352	350
Cableell Soup	–	–
Burmah Oil	293	292
Cadbury Schweppes	135	134
Charter Cons.	186	188
Cons. Gold. Fields $	4,19	4,29
Cons. Murchison	310	325
Courtaulds	156	152
De Beers $	4,23	4,27
Distillers	393	395
Driefontein $	17,87	18,5
Free St. Geduld $	20,12	20,62
General Electric	156	160
Guinness	272	273
Hawker Siddeley	383	381
ICI	657	662
Imperial Group	197	198
Lloyds Bank	404	412
Lonrho	152	152
Marks & Spencer	167	163
Midland Bank	382	384
Nat. Westminster	622	622
Plessey	134	136
Reckitt & Colman	538	535
Rio Tinto-Zinc	559	551
Rustenburg Plat. $	6,87	6,87
Shell Transp.	693	688
Thorn Emi	369	364
TI Group	396	391
Trusthouse Forte	138	137
Unilever	1035	1025
Vickers	301	293
Woolworth	490	480
Financial Times	1004,80	999,40

Oslo

	1.10.	30.9
Bergens Bank	154	153,5
Borregaard	442,5	437,5
Christiania Bank	156,5	153
Den Norske Cred.	154,5	153
Elkem	121	120
Norsk Data	393	391
Norsk Hydro	119,5	115,5
Storebrand	285	283
OSE Ind. Index	–	364,40

Sydney

	1.10.	30.9.
ACI	2,84	2,84
Ampol. Explor.	2,8	2,82
Westpacific Banking	5,1	5,1
Bridge Oil	2,32	2,34
Brok. Hill. Prop	8,04	7,84
Coles	4,28	4,25
CRA	5,54	5,46
CSR (Theiss)	3,55	3,4
Metals Expl.	0,4	0,41
MIM-Holdings	2,34	2,42
Myer Emporium	3,6	3,48
North Broken Hill	2,5	2,45
Oakbridge	1,35	1,36
Peko Wallsend	5,12	5,06

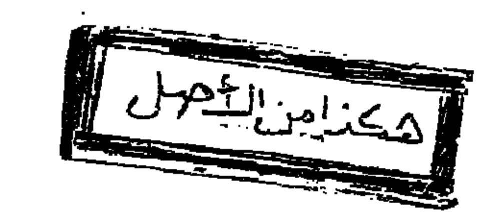
Inlandszertifikate

	Ausg. 1.10.	Rückn. 1.10.	Rückn. 30.9.
AAP-UNIV F I	134,46	126,85	126,47
Adifonds	54,95	52,33	51,99
Adverta	23,64	22,95	22,95
Adirowa	88,09	85,52	85,58
Adilec	86,40	82,29	87,38

Optionshandel

Frankfurt: 01. 10. 85
2998 Optionen = 153 500 (156 850) Aktien
davon 318 Verkaufsoptionen = 16 900 Aktien
Kaufoptionen: AEG 1-140/21,6, 1-150/6,6, 4-140/18, 4-150/11, 4-160/7,1, **BASF** 1-227/21, 1-230/20, 1-240/13, 1-250/9, 1-270/5, 4-240/21, 4-250/16, 4-260/12, 4-270/8, 4-280/6, 7-290/9, **Bayer** 1-220/32, 1-230/15, 1-240/10, 1-250/6, 1-260/4, 4-230/22, 4-240/14,5, 4-250/11, 4-260/8, 4-280/3, **BHF** 4-380/25, **Bay. Hypo** 1-450/14,1, 4-470/14, **Bekula** 1-100/17,5, 1-110/14, 4-110/18, **BMW** 1-500/21,2, **Bay. Vereinsbk.** 1-420/28,2, 1-450/14, **Commerzbk.** 1-197,75/48,5, 1-200/48, 1-210/38, 1-217,75/33,2, 1-220/33, 1-230/27,2, 1-240/20, 1-250/15,6, 1-260/10, 1-270/6, 4-220/36, 4-230/33, 4-240/28, 4-250/20, 4-260/17, 4-270/13,8, **Conti** 1-150/14, 1-160/7,5, 1-170/3,6, 4-160/13, 4-170/8,5, **Daimler** 1-950/76, 1-1000/40, 4-1100/27, 4-1150/18, **Dt. Babcock** St. 1-170/16,5, 1-180/11, **Dt. Babcock** Vz. 1-170/20,8, 1-190/8, **Deutsche Bk.** 1-650/65, 1-660/58, 1-670/50, 1-700/25, 4-650/70, 4-670/57,25, 4-700/40, **Dresdner Bk.** 1-222,50/82, 1-240/66, 1-250/61, 1-275/52, 1-280/44, 1-300/30, 1-310/20, 4-280/49,75, 4-300/34, **GHH** St. 1-180/26, 4-200/20, 4-210/10, **GHH** Vz. 4-200/15, **Hoechst** 1-230/11, 1-240/7, 1-250/4,4, 4-230/17, 4-250/10, 4-260/7, **Hoesch** 1-110/34, 1-120/30, 1-130/21,8, 1-140/10,6, 1-150/7,9, 1-160/3,5, 4-110/38, 4-120/31, 4-130/26, 4-140/16, 4-150/12, 7-150/20, **Karstadt** 1-280/40, **Kaufhof** 4-330/14,4, **Klöckner** 1-65/18,6, 1-70/14, 1-75/12, 1-80/7, 4-65/25, 4-70/19, 4-75/15, 4-80/12, 4-85/7, **Lufthansa** Vz. 1-240/10, 4-250/12, **Linde** 4-600/12, **Mannesmann** 1-186/50, 1-190/46, 1-196/40, 1-206/26, 1-210/25, 1-220/17,6, 1-230/14, 1-240/9,5, 1-250/6, 4-230/22, 4-240/16, 4-250/11,5, 4-260/8, 7-270/9, **Preussag** 1-290/22, 1-300/12, 4-300/14, **RWE** St. 1-170/55, 1-180/44, 1-190/31, 1-200/27, 1-210/26, 1-220/18, 4-210/33, 4-220/25, 4-230/15, **RWE** Vz. 1-200/30, 1-210/21, 4-180/48, 4-200/31, 4-210/29, 4-220/18, **Schering** 1-550/25, **Kali + Salz** 1-330/48, 1-390/20, 4-400/20, **Siemens** 1-580/59, 1-600/40,4, 1-620/33, 1-630/27,68, 1-650/19,1, 1-660/16, 1-680/8,5, 4-650/53, 4-690/15, 4-700/13,4, **Thyssen** 1-100/54, 1-120/34,1, 1-140/16, 1-150/14, 1-160/10, 1-170/7, 4-120/40, 4-130/31, 4-140/23, 4-150/19, 4-160/2,7, 4-170/8,9, 4-180/4,95, 7-170/15,4, **Varta** 1-240/21,2, **Veba** 1-191/80, 1-231/42,5, 1-241/30,5, 1-251/25, 1-260/24, 1-270/14, 1-280/7,5, 4-221/55, 4-231/45, 4-241/38, 4-251/34, 4-260/23, 4-261/22, 4-270/16, **VEW** 1-150/7,5, 4-150/12,6, **VW** 1-320/37, 1-350/16, 1-360/13, 4-350/25,8, **Alcan** 1-75/6, **IBM** 1-400/11, 4-330/64, 4-400/35, **Norsk Hydro** 1-40/3,3, 4-40/4,5, 4-45/3,6, **Philips** 1-45/3,3, 4-40/8,3, 4-45/5,5, 4-50/3, **Xerox** 1-160/6,9, 4-150/13, **Verkaufsoptionen: AEG** 1-140/4, 4-130/2,4, 4-140/5,5, **BASF** 1-220/1, 1-230/2,05, 4-220/2,4, 4-230/4, **Bayer** 1-220/2, 1-230/4, 4-220/2,8, **BMW** 1-470/24, **Commerzbk.** 1-230/3, **Conti** 1-150/3,6, **Daimler** 1-900/5, 4-920/12, 4-930/15, **Deutsche Bk.** 1-610/1,5, 4-600/6, 4-630/97,5, **Dresdner Bk.** 4-270/4,6, 4-280/5, 4-290/5,5, **GHH** St. 1-190/5, **Hoechst** 1-220/2, 4-220/3, **Hoesch** 4-130/3, **Kaufhof** 1-300/5,4, **Mannesmann** 1-220/3, 4-220/3,5, **Preussag** 1-270/7,5, **RWE** St. 1-200/4, **Kali + Salz** 4-350/12, **Siemens** 1-560/2,8, 1-570/4, 4-560/6, **Thyssen** 1-150/4,4, 4-140/2,95, 4-150/6,6, **Veba** 1-260/5, 4-250/4, **VW** 1-310/3,2, 1-320/6, 4-310/6, 4-320/10, 4-330/13,9, **Chrysler** 4-110/13,6.

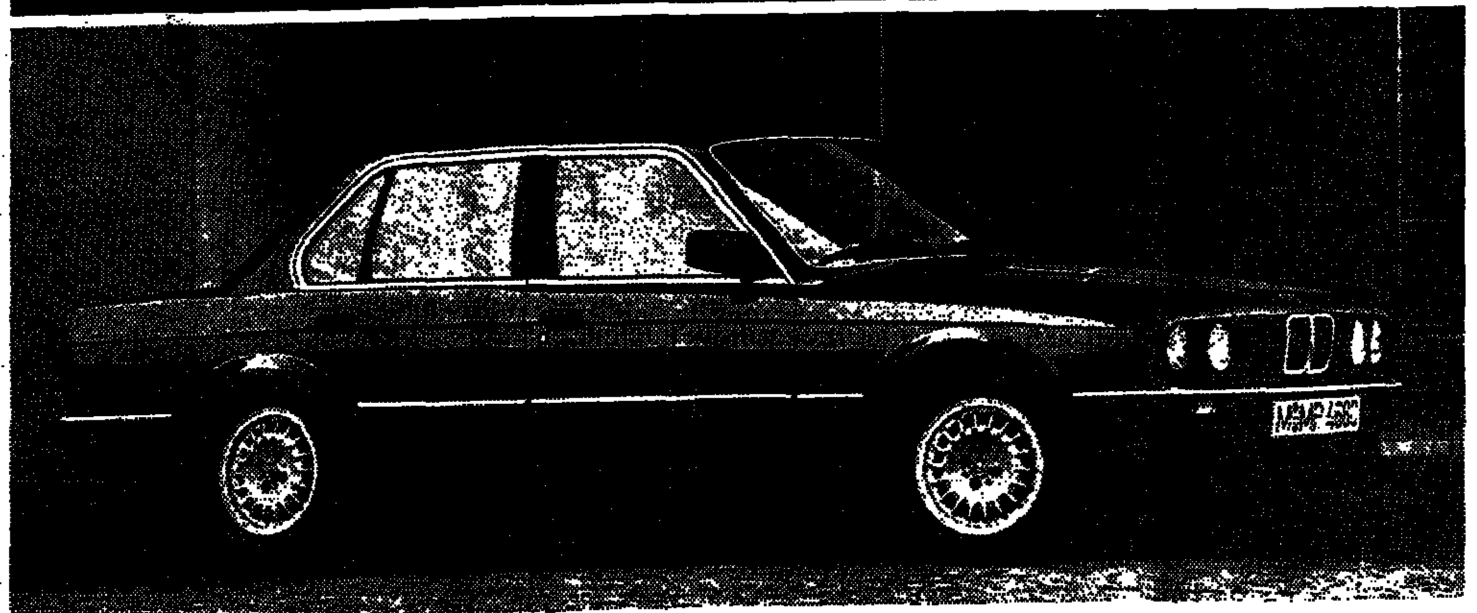
Düsseldorf: 01. 10. 85
302 Optionen= 15 100 (19 300) Aktien,
davon 14 Verkaufsoptionen= 700 Aktien
Kaufoptionen: AEG 1-160/4,4, **BASF** 4-240/20, 4-250/17, 4-270/10,4, 4-280/7. **Bayer** 1-260/4,35 **Commerzbk.** 1-260/8, **Deutsche Bk.** 1-538/140, 1-630/62, 1-710/15, **Dresdner Bk.** 1-270/40, 1-280/30, 1-300/25, **Hoesch** 1-150/7,3, **Klöckner** 1-80/5, **Mercedes** 7-840/7,4, **Mannesmann** 1-176/50,5, **RWE** St. 1-200/15, **Schering** 1-500/53, **Siemens** 1-620/32, 1-630/25, 1-640/17,2, **Thyssen** 1-150/15, 4-150/15,5, 4-160/12, 4-180/5, 7-140/27, **VW** 1-330/27,2, **Verkaufsoptionen: AEG** 1-140/3,7, **BASF** 1-230/4, **Daimler** 1-940/7,4, **Hoesch** 1-130/3, **Mannesmann** 1-220/3,5, **VW** 1-320/5,9.



Neu: BMW 324 d.

Das einzige kompakte Automobil mit der Wirtschaftlichkeit eines Diesels, der Dynamik eines Benziners und der Kultur eines Reihen-6-Zylinders.





Mit dem 524td hat BMW dem Diesel vollkommen neue Perspektiven eröffnet.
Mit dem 324 d profitieren anspruchsvolle Dieselfahrer davon jetzt auch in der Kompaktklasse.

Der neue BMW 324 d bietet selbstverständlich alles, was Sie von einem anspruchsvollen Diesel erwarten: hervorragende Gesamtwirtschaftlichkeit durch günstigen Verbrauch, große *Zuverlässigkeit*, *Langlebigkeit* und Werterhaltung.
Die hohe konstruktive *Qualität* der 3er Karosserie – nicht zuletzt auch bestätigt durch die jüngsten TÜV-Veröffentlichungen – ist dafür eine erstklassige Basis.
Hinzu kommt die beispielhafte Umweltfreundlichkeit des 324 d:
Er entspricht serienmäßig der in der Bundesrepublik steuerlich geförderten Kategorie »schadstoffarm«.
Der 324 d bietet aber noch Entscheidendes mehr.
Durch die unvergleichliche Laufkultur des in dieser Klasse einzigartigen Reihen-6-Zylinders, durch eine komplette Motorraumkapselung und eine umfassende Gesamtdämmung der Karosserie ist der 324 d nicht nur von außen kaum noch von einem Benziner zu unterscheiden –
er erreicht auch das niedrigste Innengeräuschniveau aller vergleichbaren Fahrzeuge seiner Klasse.
Mit dem 324 d beginnt hier tatsächlich eine neue Diesel-Kultur.

Der 324 d bietet in seiner Preisklasse einen entscheidenden Gewinn an Sicherheit.

Die *spürbar höhere aktive Sicherheit* des 324 d im Vergleich zu anderen Qualitäts-Dieseln seiner Klasse ist ein Ergebnis des deutlich größeren Hubraums von 2,4 l.
Das hohe *Drehmoment bereits bei* niedrigen Drehzahlen gewährleistet

Leistung	86 PS/63 kW
Drehmoment	152 Nm bei 2500/min
Beschleunigung von 0-100 km/h bei halber Zuladung	16,1 s
Höchstgeschwindigkeit	165 km/h
Verbrauch nach ECE l Diesel/100 km	
bei 90 km/h	5,0/5,0*
bei 120 km/h	6,9/6,8*
im Stadtverkehr	8,7/9,2*

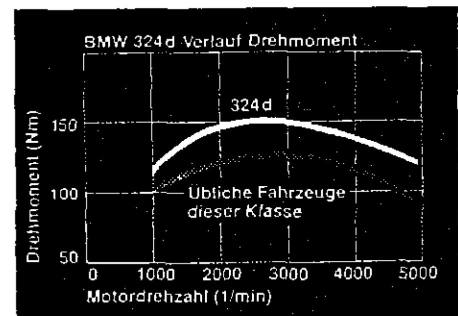
* mit Automatic

beruhigende Leistungsreserven und ermöglicht ausgezeichnetes Beschleunigungsvermögen, sicheres, souveränes Fahren, zügiges Überholen und komfortables, schnelles *Reisen*.
Das dies nicht selbstverständlich ist, zeigen immer wieder Urteile von Fachleuten zu anderen Dieseln dieser Klasse – zum Beispiel:
»Sitzen 4 Personen mit Urlaubsgepäck im Auto, so werden Bergaufstrecken zum Alptraum.« (mot 15/85).

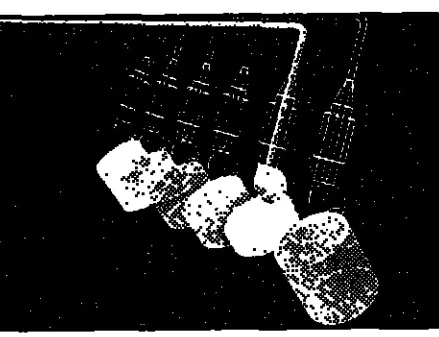
Bevor Sie sich jetzt für einen anspruchsvollen Diesel in kompakten Abmessungen entscheiden, sollten Sie den BMW 324 d probefahren.

Ganz gleich, ob Sie ein Fahrzeug mit großer Umweltfreundlichkeit suchen oder eines mit überragender Gesamtwirtschaftlichkeit – Sie werden schnell feststellen, daß der BMW 324 d Ihren Ansprüchen ideal entgegenkommt.

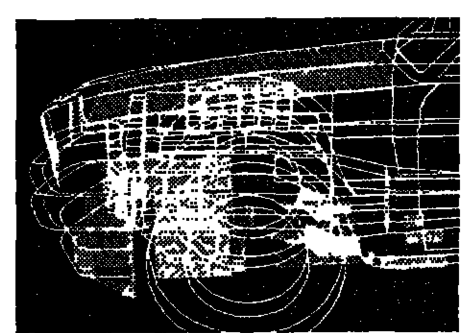
Der neue BMW 324 d.
Kauf, Finanzierung, Leasing – Ihr BMW Händler ist immer der richtige Partner.



Beim 324d steht bereits bei 1200/min ein Drehmoment zur Verfügung, wie es übliche Diesel dieser Preisklasse erst bei ca. 3000/min entwickeln.
Das bedeutet eine beruhigende Beschleunigungselastizität bei praktisch jeder Drehzahl, in jedem Gang.



Das BMW 6-Zylinder-Konzept ist die Basis für die überlegene Laufruhe des 324d-Triebwerks. Störende Vibrationen oder Brummfrequenzen bei extrem niedrigen bzw. hohen Drehzahlen sind deshalb ausgeschlossen.



Gegenüber ähnlichen Lösungen ist die Motorkapselung des 324d so ausgelegt, daß die vorbildliche Geräuschdämmung nach außen ohne Nachteile für den Innenraum erreicht wird.

Coupon

Wenn Sie jetzt noch mehr über den neuen 324d erfahren wollen, schicken Sie uns einfach den ausgefüllten Coupon. Sie erhalten dann ausführliche Informationen.
Und wenn Sie es wünschen, macht Ihnen Ihr BMW Händler in Kürze einen Terminvorschlag für eine Probefahrt.

☐ Ich möchte mehr über den 324d wissen.
☐ Ich möchte den 324d persönlich kennenlernen.

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ ______ Ort ____________________

Z 0040120

BMW in Btx * 20900#

BMW –
aus Freude am Fahren



Warenpreise – Termine

Schwächer schlossen am Montag die Gold-, Silber-, Kupfer-, Kaffee- und Kakaonotierungen an der New Yorker Comex.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)	30.9.	27.9.
Dez.	297,25	300,50
März	304,50	307,25
Mai	300,25	302,50

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.		
St L 1 CW	254,95	252,70
Am. Durum	249,79	249,64

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	113,70	114,10
Dez.	117,00	117,70
März	122,00	122,50

HAFER Winnipeg (can. $/t)		
Okt.	90,00	90,50
Dez.	93,00	93,30
März	97,60	97,80

HAFER Chicago (c/bush)		
Dez.	126,25	124,75
März	131,75	139,50
Mai	135,00	133,00

MAIS Chicago (c/bush)		
Dez.	224,50	222,75
März	235,50	233,00
Mai	241,00	238,25

GERSTE Winnipeg (can.$/t)		
Okt.	103,80	104,00
Dez.	107,70	107,80
März	111,70	112,00

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)	30.9.	27.9.
Dez.	137,90	
März	139,30	geschl.
Mai	140,60	

KAKAO New York ($/t)	30.9.	27.9.
Dez.	2272	
März	2335	geschl.
Mai	2367	
Umsatz	1843	

ZUCKER New York (c/lb)		
Nr 11 Okt.	5,12	
Jan.	5,15	
März	5,64	geschl.
Mai	5,79 -	
Juli	6,01	
Umsatz	12250	

Isa-Preis fob karibische Hafen (US-c/lb)	4,96	4,96

KAFFEE London (£/t) Robusta	30.9.	27.9.
Sept.	-	1650-1655
Nov.	--1641	1676-1678
Jan	1685-1688	1715-1718
Umsatz	1915	2002

KAKAO London (£/t)		
Sept.	1740-1750	1710-1740
Dez.	1785-1787	1772-1773
März	1816-1818	1804-1805
Umsatz	5709	3065

ZUCKER London (£/t) Nr.6	30.9.	27.9.
Okt	-	131,50-132,00
Dez.	140,40-140,60	137,80-138,20
März	148,20-148,40	146,60-147,00
Umsatz	2160	1411

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg)	1.10.	30.9.
schw.		
Saraw.spez.	770,00	770,00
weiß.Saraw.	910,00	910,00
weiß.Munt.	920,00	920,00

ORANGENSAFT New York (c/lb)	30.9.	27.9.
Nov	133,25	
Jan.	131,25	
März	129,00	geschl.
Mai	128,50	
Juli	127,50	
Umsatz	750	

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk	30.9.	27.9.
	35,00	34,00

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk		
	21,75	21,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)		
Okt.	21,13	21,04
Dez.	21,28	21,08
Jan.	21,50	21,25
März	21,85	21,63
Mai	22,20	22,00
Juli	22,40	22,25
Aug.	22,50	22,35

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk.		
	19,00	19,00

SCHMALZ Chicago (c/lb)		
loco lose	15,00	15,00
Choise white hog 4 % fr. F.	13,50	13,50

TALG New York (c/lb)		
top white	15,00	15,00
fancy	14,25	14,25
bleicht.	13,75	13,75
yellow max. 10% fr.F	10,25	10,25

SCHWEINE Chicago (c/lb)		
Okt.	41,25	40,60
Dez.	43,25	42,25
Feb.	43,35	42,55

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)		
Feb.	63,45	61,40
März	63,80	61,80
Mai	64,85	62,80

HÄUTE Chicago (c/lb)	30.9.	27.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	56,50	52,50
Kühe einh. schwere River Northern	47,00	48,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)		
Nov.	513,00	513,50
Jan.	525,00	525,75
März	537,50	538,75
Mai	547,50	549,00
Juli	554,00	556,50
Aug.	553,00	556,00
Sept.	545,50	547,50

SOJASCHROT Chicago ($/sht)		
Okt.	129,70	130,70
Dez.	134,10	135,60
Jan.	135,60	137,50
März	138,00	139,50
Mai	141,00	142,00
Juli	143,00	144,50
Aug.	143,50	146,50

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)	30.9.	27.9.
Okt.	323,00	327,00
Dez.	314,00	322,00
März	321,50	330,20

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk	30.9.	27.9.
	20,50	20,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)	1.10.	30.9.
jegl. Herk. cif	770,00	770,00

LEINÖL Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	595,00	600,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra		
cif	365,00	360,00

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk		
	142,00	141,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen		
cif	450,00	440,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1		
cif	252,00	258,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb) Kontr.Nr2	30.9.	27.9.
Okt.	60,25	
Dez.	58,96	
März	60,10	geschl.
Mai	60,48	
Juli	59,20	
Okt.	54,20	

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1		
	42,75	42,75

WOLLE London (Neuseel. c/kg) – Kreuzz.	1.10.	30.9.
Okt.	472-475	467-472
Dez.	482-487	485-494
Jan.	496-498	499-501
Umsatz	84	59

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.	30.9.	27.9.
Okt.	51,40	51,00
Dez.	51,00	51,50
März	51,00	51,50
Mai	51,20	52,20
Umsatz	5	5
Tendenz: ruhig		

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard	30.9.	27.9.
Okt.	603,00-605,00	600,00-602,00
Dez.	611,00-612,50	610,00-612,00
März	629,00-631,00	616,00-618,00
Umsatz	26	40

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen	1.10.	30.9.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager	30.9.	27.9.
Okt.	12296	12310
Nov.	12369	12386

KAUTSCHUK London (p/kg)	30.9.	27.9.
Nr.1 loco	58,00-61,00	58,00-61,00
Nov.	--59,00	--59,00
Dez.	--60,00	--60,00
Jan.	-	-
Tendenz: ruhig		

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)	30.9.	27.9.
Okt.	181,00-182,00	178,50-180,50
Nov.	182,50-183,50	182,00-183,00
Nr. 2 Okt.	169,50-170,50	168,50-169,50
Nr. 3 Okt.	167,00-168,00	166,00-167,00
Nr. 4 Okt.	162,50-163,50	161,50-162,50
Tendenz: nominell		

JUTE London (£/lgt)	1.10.	30.9.
BWC	520	520
BWD	495	495
BTC	525	525
BTD	500	500

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1 lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)	1.10.	30.9.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	262,23-262,42	260,25-260,43
dritt. M.	270,52-270,70	268,70-268,88
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	104,67-104,86	104,00-104,10
dritt. M.	107,87-108,06	107,38-107,48
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	1159,62-1163,39	1170,00-1172,50
dritt. M.	1174,68-1176,56	1180,01-1183,77
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	171,31-171,68	175,87-176,83
Prod.-Pr.	208,56	208,56
REINZINN 99,9 %	3635-3671	3626-3661

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)	1.10.	30.9.
	30,10	30,20

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	1.10.	30.9.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke DEL-Not.*	369,55-372,73	368,29-371,48
BLEI in Kabeln	112,50-113,50	111,75-112,75
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Varz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	1.10.	30.9.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	334-335	333-335
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	373-374	373-374
MS 63	361-364	360-363

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	1.10.	30.9.
Leg. 225	330-350	330-350
Leg. 226	332-352	332-352
Leg. 231	367-385	367-385
Leg. 233	377-395	377-395

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

PLATIN (DM/g)	1.10.	30.9.
	28,75	28,90
GOLD (DM/kg Feingold)		
Bank-Vkfpr.	28280	28600
Rückn.-Pr.	27530	27850
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28400	28640
Rückn.-Pr.	27670	27910
verarbeitet	29790	30050
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27790	28060
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	530,30	533,50
Rückn.-Pr.	514,50	517,60
verarbeitet	553,50	556,90

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze) London	1.10.	30.9.
10.30	323,15	326,50
15.00	322,25	325,75
Zürich mit.	322,50-322,70	325,75-326,25
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	85100	86000
SILBER (p/Feinunze) London		
Kasse	426,75	431,35
3 Mon.	438,50	443,25
6 Mon.	449,70	454,80
12 Mon.	472,05	477,95
PLATIN (£/Feinunze) London	30.9.	27.9.
fr. Markt	218,90	222,25
PALLADIUM (£/Feinunze) London	30.9.	27.9.
f. Händl.-Pr.	70,05	71,55

New Yorker Metallbörse

	30.9.	27.9.
GOLD H & H Ankauf	326,00	unerh.
SILBER H & H Ankauf	603,50	unerh.
PLATIN f.Händl.-Pr.	293,00-294,00	293,00-294,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM f. Händl.-Pr.	101,00-102,00	101,00-102,00
Prod.-Pr.	150,00	150,00
SILBER (c/Feinunze)		
Okt.	601,30	608,50
Dez.	609,00	616,50
Jan.	613,70	621,20
März	621,50	628,50
Mai	628,00	638,20
Juli	640,30	647,70
Sept.	650,50	657,50
Umsatz	15000	-

KUPFER (c/lb)	30.9.	27.9.
Okt.	58,60	58,75
Dez.	59,50	59,45
Jan.	59,60	59,75
März	60,12	60,30
Mai	62,42	60,70
Juli	61,00	61,15
Sept.	61,40	61,55
Umsatz	6000	-

Londoner Metallbörse

ALUMINIUM (£/t)	1.10.	30.9.
mitt. Kasse	696,50-697,00	695,00-696,00
3 Mon.	718,50-719,00	717,00-718,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	278,00-278,50	276,00-276,25
3 Mon.	286,50-287,00	285,25-285,50
KUPFER Highergrade (£/t)		
mitt.Kasse	960,50-961,50	959,50-960,00
3 Monate	987,00-987,50	986,00-986,50
ab. Kasse	-	961,00-962,00
3 Monate	-	987,50-988,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	938,00-942,00	944,00-946,00
3 Monate	971,00-975,00	973,00-975,00
ZINK (£/t)		
mittags	455,00-456,00	472,00-474,00
3 Monate	-	-
ZINN (£/t)		
mittags	8750-8755	8715-8720
3 Monate	8700-8701	8660-8665
QUECKSILBER ($/Fl.)	-	285-295
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	67-72

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)	30.9.	27.9.
Okt.	82,80-83,00	82,00-83,00
Nov.	82,00-83,05	82,00-83,05
Dez.	83,00-83,20	83,00-83,20
Jan.	82,50-83,00	82,50-83,00

GASÖL – London ($/t)	30.9.	27.9.
Okt.	263,50-263,75	262,00-262,25
Nov.	258,50-258,75	258,25-258,50
Dez.	254,25-254,50	254,50-254,75
Jan.	251,75-252,00	251,25-251,50
Febr.	245,75-248,25	247,25-247,50
März	240,50-242,00	240,00-240,50
April	233,50-235,00	233,75-234,50
Mai	228,00-233,00	225,00-231,00

BENZIN – New York (c/Gallone)	30.9.	27.9.
Okt.	80,70	80,70
Nov.	86,25	86,25
Dez.	73,45-73,55	73,45-73,55
Jan.	72,25-72,30	72,25-72,30
Febr.	72,00-72,25	72,00-72,25

ROHÖL – New York ($/Barrel)	30.9.	27.9.
Nov.	28,90-28,93	28,90-28,93
Dez.	28,43-28,46	28,45-28,46
Jan.	25,93-25,95	25,93-25,95
Febr.	27,55-27,60	27,55-27,60
März	27,15	27,15

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob	30.9.	27.9.
Arabian Lg.	27,95	27,95
Arabian Hv.	25,70	25,70
Iran Li.	27,45	27,45
Forties	28,30	28,30
N.Sea Brent	28,35	28,35
Bonny Light	28,10	28,30

Kartoffeln

London (£/t)	30.9.	27.9.
Nov.	53,50	53,50
Febr.	65,80	65,80
April	81,00	81,30
Mai	87,20	87,50

New York (c/lb)	30.9.	27.9.
Nov.	1,95	2,04
März	2,28	2,38
April	2,29	2,42
Mai	2,49	2,61

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)	30.9.	27.9.
Nov.	143,30-143,50	140,70-140,80
Jan.	148,00-148,50	144,30-144,50
März	152,60-152,70	149,40-149,50
Mai	155,00-155,48	155,50

Devisenmärkte

Ruhig verlief auch am 1. 10. der Devisenmarkt. Der US-Dollar lag gut behauptet zwischen 2,6725 und 2,6850. Einerseits hängt das Damoklesschwert eventueller Zentralbankinterventionen über dem Markt, andererseits lassen die letzten Konjunkturdaten keinen plötzlichen weiteren Druck auf die Leitwährung erwarten. Der Blick richtet sich bereits auf den Freitag und die Arbeitslosenziffern in den USA. Die Bundesbank war zur heutigen Notiz von 2,6778 nicht aktiv. Die meisten amtlich notierten Währungen zogen etwas an. Der Kursauftrieb des Japanischen Yen wurde allerdings gestoppt. US-Dollar in: Amsterdam 3,0180, Brüssel 54,3300, Paris 8,1765; Mailand 1810,75, Wien 18,8050; Zürich 2,1888. Ir. Pfund/DM 3,094, Pfund/Dollar 1,4034; Pfund/DM 3,758.

Devisen und Sorten

1.10.85	Frankf. Devisen Geld	Brief	Wechs. Ank. Kurs[4]	Frankf. Sorten* Ankauf	Verkauf
New York[3]	2,6738	2,6818	2,6512	2,61	2,71
London[1]	3,751	3,765	3,691	3,67	3,82
Dublin[1]	3,087	3,101	3,051	3,03	3,18
Montreal[3]	1,943	1,955	1,9258	1,91	2,01
Amsterd.	88,645	88,865	88,470	87,50	89,25
Zürich	122,24	122,44	122,17	121,00	123,75
Brüssel	4,92	4,94	4,875	4,76	4,96
Paris	32,70	32,86	32,290	31,75	33,50
Kopenh.	27,435	27,555	27,205	26,75	28,00
Oslo	33,55	33,67	32,915	32,50	34,25
Stockh.**	33,15	33,31	32,370	32,25	34,00
Mailand[2] **	1,4805	1,4815	1,4490	5,43	1,53
Wien	14,207	14,247	14,193	14,13	14,35
Madrid**	1,633	1,643	1,599	1,59	1,74
Lissabon**	1,574	1,594	1,506	1,25	2,05
Tokio	1,252	1,235	-	1,19	1,25
Helsinki	46,50	46,70	45,650	45,25	47,25
Buen.Air.	-	-	-	-	3,50
Rio	-	-	-	0,05	0,18
Athen* **	2,013	2,063	-	1,50	2,30
Frankf.	-	-	-	-	-
Sydney*	1,886	1,905	-	1,84	1,94
Johannisbg.*	1,05	1,084	-	0,90	1,40

Alles in Hundert, [1] 1 Pfund, [2] 1000 Lire; [3] 1 Dollar
[4] Kurse für Tratten 60 bis 90 Tage; * nicht amtlich notiert
** Einfuhr begrenzt gestattet.

Die Europäische Währungseinheit (ECU) am 1.10.: In D-Mark 2,49387 (Parität 2,24184); in Dollar 0,82702 (12. März 1979: 1,35444)

Ostmarkkurs am 1.10. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 18,00; Verkauf 21,00 DM West, Frankfurt: Ankauf 18,50; Verkauf 21,50 DM West.

Devisenterminmarkt

Es mangelt weiterhin an besonderen Veränderungen. Für die DM-Zinssätze ergaben sich am 1. Oktober eine etwas höhere Nachfrage und demzufolge etwas verringerte Dollar-Deports.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,86-0,76	2,41-2,31	4,70-4,50
Pfund/Dollar	0,46-0,45	1,16-1,13	1,95-1,88
Pfund/DM	5,10-1,70	7,10-5,70	12,4-11,0
FF/DM	25-7	57-41	107-91

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 1.10.85, Redaktionsschluß 14.30 Uhr

	US-$	DM	sfr
1 Monat	7⅞-8⅛	4⅝-4¾	4⅝-4¾
3 Monate	8-8⅛	4⅝-4¾	4½-4⅝
6 Monate	8⅛-8¼	4½-4¾	4⅝-4⅞
12 Monate	8½-8¾	4⅝-4⅞	4⅝-4⅞

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 1.10. folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM)

Gesetzliche Zahlungsmittel*	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1240,00	1596,00
10 US-Dollar (Indian)**	1255,00	1498,00
5 US-Dollar (Liberty)	495,00	678,58
1 £ Sovereign alt	205,50	257,07
1 £ Sovereign Elizabeth II.	196,00	346,24
20 belgische Franken	159,50	210,53
10 Rubel Tscherwonez	205,50	261,63
2 südafrikanische Rand	192,75	241,40
Krüger Rand, neu	862,00	1022,58
Maple Leaf	876,75	1039,40
Platin Noble Man	841,00	998,64
Außer Kurs gesetzte Münzen*		
20 Goldmark	208,00	265,62
20 schweiz. Franken „Vreneli“	176,50	229,71
20 franz. Franken „Napoléon“	168,50	220,59
100 österr. Kronen (Neuprägung)	809,25	986,39
20 österr. Kronen (Neuprägung)	159,50	204,63
10 österr. Kronen (Neuprägung)	82,75	111,44
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	374,25	460,85
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	86,75	121,70

*Verkauf inklusive 14 % Mehrwertsteuer
**Verkauf inklusive 7 % Mehrwertsteuer

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 1.10.: Tagesgeld 4,70-4,80 Prozent; Monatsgeld 4,65-4,75 Prozent, Dreimonatsgeld 4,70-4,75 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,75 Prozent, 6 Mon. 4,75 Prozent.
Privatdiskontsätze am 1.10.: 10 bis 29 Tage 4,05 G–3,908 Prozent; und 30 bis 90 Tage 4,05 G–3,908 Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 1.10.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf ...) in Prozent jährlich, in Klammern ... für die jeweilige Besitzdauer: 4,00 (4,00) – 5,00 (4,49) – 6,00 ... 8,00 (5,84). Ausgabe 1985/12: 4,00 (5,00) – 6,25 (5,31) – 6,50 ... Finanzierungsschätze des Bundes: 1 Jahr 4,05, 2 Jahre 4,79. ... Zins 8,25

Junge Aktien

Berlin: Hermes 530,00 T, Kötitz ... Düsseldorf: BWK 295,50, Lug ... 528,00, Schumag 528,00, R & S ... Frankfurt: Allweiler St 340,00, 353,00 G, IWK 297,00, Linde ... 450,00, Magdeburger Feuer ... 205,00, Moldorf 343,00, Scherin... Hamburg: Schering 528,00 ... München: Stumpf 104,00 G, V... G. Neckarf 560,00 bG, Isar ... Schering 525,00 T, IWK 290,00, ...

Bezugsrechte

BASF: 14:1 190 DM, 293, 2,60 D... DM, Metallgesellschaft 6:1 160 ... 20:1 1100 Lire, 10,95, 0,09 DM, V...

Commerzbank

111,00 (111,17)
Performance-Index: 229,52 (229 ...
Aktien-Indices:
Chemiewerte 119,53 (118,01), Autowerte 474,82 (473,83), Maschinenbau... Versorgungsaktien 147,18 (145,46), Warenhäuser 87,59 (87,84), Bauwirtschaft... Bauzulieferindustrie 174,00 (17... (1077,04); Stahlpapiere, 169,92 (...

Kursgewinner:

Wibau
Moenus
HEW
Binding St
Asch. M. V.
Hanl. Otter
Preussag
ADCA Bk.
Metallges.
Deckel

Kursverlierer:

Eschw. Berg
Bräu AG
Chemie-Verw.
Asi Gebr
Katz Werke
VFS Vers.
Schub. & Salz.
Dyckerhoff
Grünzw. & Hart.
Zeiss Ikon

Dollar-Anleihen

	30.9.	27.9.
11⅛ EEC 90	105	105,375
10⅝ EIB 93	100,625	101,125
11 dgl. 91	107,375	102,875
11½ dgl. 90	104,625	105,125
11⅝ dgl. 93	105,625	106,125
12 dgl. 95	106,125	106,625
12½ dgl. 90	107,625	108,125
12⅝ dgl. 94	110,875	111,375
13 dgl. 96	110,25	110,75
10⅜ Wld Bk 95	97,5	98
10⅝ dgl. 80	102,25	102,75
10⅞ dgl. 90	102,125	102,625
10⅞ dgl. 95	101,75	102,25
11 dgl. 92	101,875	102,375
11⅛ dgl. 98	102,875	103,375
11¼ dgl. 88	103,5	104
11⅜ dgl. 90	103,625	104,125
11⅝ dgl. 89	103,5	104
11⅞ dgl. 90	104,5	105
12 dgl. 93	106,5	107
12⅛ dgl. 94	108,125	108,625
12⅝ dgl. 94	111	111,5
7⅝ N.Zeald.89	103,625	104,125
8⅝ dgl. 87	103,625	104,125
7 Pac.Gas 94	102,375	102,875
6⅝ Penney 92	99,875	100,375
6⅝ Procter 92	102,25	102,75
6⅞ Sears 91	103,375	103,875
6⅞ Swed.Ex.91	101	101,5
7 TRW 94	102,25	102,75
6⅝ Un.Tech.92	100,25	100,75
6⅝ World Bk90	101,25	101,75

Euro-Yen

	30.9.	27.9.
6⅝ Al.Corp 91	100,875	101,375
5⅞ ADB 88	98,25	98,75
7⅝ dgl. 94	103,625	104,125
8⅛ Austral.91	101,875	102,375
8⅝ dgl. 92	103,875	104,125
7 Austria 95	102,375	102,875
6⅝ Avon 91	99,5	100
7 BP 92	103,125	103,625
6⅝ Denmark 97	100,875	101,375
7 Denm.Bk. 97	101,5	101,75
7 Dow Chem.94	101,875	102,375
6⅞ EDF 95	102	102,5
6⅝ Eurofima86	99,75	-
6⅞ dgl. 95	99,5	100,875
6⅝ dgl. 92	103,75	108,75
6⅝ Finl.Rep90	101,875	101,625
8⅝ dgl. 89	101,75	102,25
6⅞ GMAC 90	100,25	100,75
7⅛ Goodyear95	101	101,5
6⅞ dgl. 94	97,875	100,375
7⅞ IADB 94	103,125	103,625
7⅝ dgl. 95	103,75	104,25
6⅝ Intel 92	97,875	98,375
6⅝ ITT 92	99,75	100,25
6⅞ McDonal.92	100,25	100,75
7⅛ N.Bruns.95	102,75	103,25
7⅛ N.Zeald.90	102,25	102,75

Lux. Franc Bonds

	30.9.	27.9.
9⅝ Akzo 87	100	101
9⅝ Asea 89	101,75	102,75
6⅝ Asian Dv87	97	99
10⅞ BFG Lux90	103	104
11 BNP 90	101,5	102,5
9 dgl. 93	101	102
10⅛ Paribas89	102,75	103,75
10⅝ Coca 94	102,25	103,25
11 dgl. 92	105	106
13 dgl. 91	104	-
12⅝ Comalf92	105	-
8 Coprel 88	98	99
8⅝ dgl. 89	98,25	99,25
11 Cr.Lyon.88	101	-
13 dgl. 89	101	102
7⅛ Den.Mtg 88	96,5	97,5
10⅝ Euratom96	105	106
11 dgl. 93	102,5	103,5
12⅛ dgl. 88	103	-
12⅝ dgl. 92	103	-
10 Eurofima91	103	104
10 dgl. 94	103,5	104,25
10⅝ dgl. 87	100,5	-
11⅝ dgl. 89	102,5	-
8 EIB 91	98	99
9⅝ dgl. 95	102,75	105,75
9⅝ dgl. 88	101	102
9⅝ dgl. 93	102,875	103,375
10⅞ dgl. 94	105,5	-
11⅛ dgl. 88	102,5	-
12⅛ dgl. 90	102,5	-
9⅝ Hypo Bk.88	101	102
9⅝ Ind.B.F.95	100	101
8 Kredietc 86	99	100
10 dgl. 90	102	-
11⅝ dgl. 89	102,5	103,5
8 Luxair 87	98,75	99,75
8⅝ dgl. 87	99,25	100,25
10⅛ Lux Bk.91	102	103
12⅝ dgl. 89	102,75	-
10⅝ Lux AL97	103,5	104,5
12⅞ Nord L.89	103,5	-

	30.9.	27.9.
8 Norges 86	98,5	99,5
8 Oslo 89	98,25	99,25
8⅛ dgl. 87	98,5	99,5
8 Philips 89	98	99
7⅝ Renault 88	96,5	91,5
9⅝ Sogenal 92	101,75	102,75
8 Solvay 85	99,25	100,25
10⅝ dgl. 87	102	-
10⅝ Stockh.86	100	-
8 Sveriges 88	98	99
9⅝ Volvo 87	100	101
10 WestLB 90	102,25	102,75
9⅝ WorldBk.90	102,5	-
10⅝ dgl. 89	103	-

Rechnungs-Einheiten

RE 9 DM 2,60418

	30.9.	27.9.
8⅝ Cop City91	97	98,5
8⅝ CCA 91	97,5	99
9⅝ Gaz d Fr86	99	100,5
11⅛ Ned. G.88	102,5	104
9⅝ Queb. P.94	99,75	101,25
8⅛ SDR 94	97,5	99

RE 9 DM 2,65627

	30.9.	27.9.
7 Bass 91	90	-
8⅝ Cp City 86	98,5	100
8⅞ Iceland 88	98	99,5
9⅝ dgl. 86	99,5	101
9⅞ SDR 87	100	101,5

RE 9 DM 2,62969

	30.9.	27.9.
7 Acoba 95	90	91,5
7 Cop City 93	92	93,5
7 Ind.Bk.F.95	92	93,5
7⅛ KU 95	92	93,5
7⅝ dgl. 93	92	93,5
8⅛ Panama 93	98	-
7 SDR 95	90	91,5

ECU

	30.9.	27.9.
11⅛ Aerop.95	106	-
9⅝ ABN 92	103,75	104,25
9⅝ ANZ 92	104,5	105
10⅝ Austria93	108	108,5

	30.9.	27.9.
9⅝ BIG 95	100	-
9 M.-Hope 92	101,75	102,25
10⅞ Bk.Tok.91	103,875	104,375
10⅛ dgl. 91	103,75	104,25
8⅝ Bay Vsb.88	99,875	100,375
10⅝ CEPME 87	101	-
11⅝ dgl. 95	108	-
12⅛ dgl. 90	107	-
9⅝ CNT 92	105	105,5
9⅝ dgl. 95	105,125	105,625
12 dgl. 86	99,5	-
12⅝ dgl. 89	106	-
12⅞ dgl. 92	109	-
11⅝ CNE 95	108	-
10⅝ CECA 89	109,5	110
10 Chryd.91	103,25	103,75
10⅝ dgl. 93	103,625	104,125
11⅛ Citycp 90	101	-
13 dgl. 89	102	-
14⅝ Consol90	109	-
9⅝ dgl. 92	103,5	104
9⅝ dgl. 95	103,25	103,75
11⅛ Cp City94	105	-
10⅝ Cop Te95	105,75	106,25
13⅝ Cd.Fanc89	106	-
11⅛ dgl. 96	109,875	110,375
11⅝ Cred.N.91	107	-
12⅛ dgl. 93	109	-
10⅝ Denmark91	107,25	107,75
9⅝ Dresd.Bk93	102,875	103,375
12⅝ EDF 93	108	-
11⅝ EEC 93	107	-
11⅝ EEC 93	106	-
11⅛ ELF Ng.88	104	-
10 Euratom 97	104,875	105,375
12⅝ dgl. 90	104	-
9⅝ Eurofima93	103,625	104,175
11 dgl. 92	108,75	109,25
10⅝ EIB 94	106,125	106,625
11⅝ dgl. 94	110,75	111,25
11⅝ dgl. 91	108	-
13⅝ dgl. 89	105	-
14 dgl. 86	102	-
8⅝ Fiat 90	98,75	99,25
11⅛ Fosm. 98	103,75	-
13 G.d.Fr. 89	108	-
10⅝ Giroz. 95	107,625	108,125
8⅛ IBM 90	99,25	99,75
11⅛ IBJ 93	105	-
12⅝ Ireland91	105,5	-
14⅝ ISPaolo88	108	-
14 IMI 89	105	-
11⅛ Rolle 90	109,375	109,875
14 dgl. 89	107	-
11⅝ DCB 90	108,75	109,25

10⅝ Megal... / 13⅝ Nerva... / 8⅝ Oliv. 95 / 10⅛ Peugeot... / 9 Philips 93 / 11⅛ P.Bk. 91 / 11⅝ Queb P... / 14⅛ Queb H... / 9⅝ Rabobk. / 11⅝ R.Xer 8... / 9 SAS 95 / 11⅝ SDR 90 / 14 dgl. 92 / 11⅛ SNCF 94 / 13 Sofie 87 / 11⅛ S.Afr. 89 / 10⅝ SATS 20... / 10⅝ Spark. 91 / 9 Sumitomo 9... / 9⅝ dgl. 93 / 11 Swed.Ex.8... / 11⅝ dgl. 95 / 12⅝ Brandt 8... / 9 U.B Norw 9... / 11⅛ dgl. 90 / 9⅝ WestLB 90 / 10⅝ dgl. 91 / 9⅝ World Bk9... / 9⅝ dgl. 92 / 10⅝ dgl. 89 / 10⅝ dgl. 88 / 10⅝ dgl. 94 / 11 dgl. 95

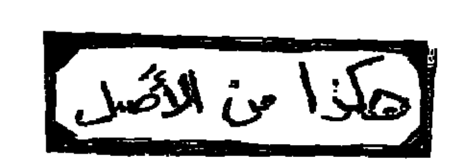
ECU-Ta...

Dollar / sfr / DM / hfl / £ / Dkr / FF / Lira / I£ / bfr / ÖS / Peseta / Skr / Nkr / Kan-$ / Esc / Fmk / Yen / Drachme

GESCHÄFTSVERBINDUNGEN

STELLENANGEBOTE

STELLENGESUCHE



Festverzinsliche leichter

Auch am Dienstag wurden die Rentenmärkte wenig beachtet. Es manifestierte sich die wie schon zum Wochenbeginn deutlich gewordene Tendenz, nach der Aktien gegenwärtig deutschen Rentenwerten vorgezogen werden. Den Festverzinslichen fehlen momentan über die Grunderwartung mittelfristig weiter sinkender Zinsen hinaus Anregungen, die ein weiteres Fallen der Renditen noch in diesem Jahr erwarten lassen. Öffentliche Anleihen notierten etwas leichter und wiesen Kursabschläge um rund 0,2 Prozentpunkte auf.

Bundesanleihen

Bundesbahn

Bundespost

Länder – Städte

Sonderinstitute

Industrieanleihen

Optionsscheine

Optionsanleihen

Währungsanleihen

Wandelanleihen

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen



Es ist bestimmt in Gottes Rat,
daß man vom Liebsten, was man hat,
muß scheiden.

Der Mittelpunkt unseres Lebens,
mein innigstgeliebter Mann,
mein herzensguter Vater

Hans-Ulrich Langen

Rechtsanwalt und Notar

* 7. 1. 1943 † 28. 9. 1985

hat uns für immer verlassen.

In Liebe und Dankbarkeit

Anneliese Langen geb. Habig
Angela Langen

4300 Essen 1, Hohe Warte 40a

Tief erschüttert nehmen wir Abschied
von unserem verehrten Chef

Hans-Ulrich Langen

Rechtsanwalt und Notar

Wir werden ihn nie vergessen

Im Namen aller Mitarbeiter
Renate Gedigk

4300 Essen 1, Huyssenallee 54–56

Wir geleiten unseren Verstorbenen am Freitag, dem 4. Oktober 1985, um 10.00 Uhr von der Kapelle des Friedhofes an der Meisenburgstraße in Essen-Bredeney zu seiner letzten Ruhestätte.
Am gleichen Tage um 19.30 Uhr ist das Seelenamt in der Pfarrkirche St. Engelbert, Essen, Fischerstr.
Von Beileidsbekundungen bitten wir abzusehen.

Traurig nehmen wir Abschied

Gerhard Böhme

* 3. Jan. 1938 † 28. Sept. 1985

Voll Dankbarkeit für alle Liebe und Fürsorge

Barbara, Tillmann und Katja Böhme
Johanna Fanselow
Hannelore Böhme

Bonn, am 28. September 1985
Gregor-Mendel-Str. 10

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, 3. Oktober 1985, 11.30 Uhr auf dem Bergfriedhof am Buchenhang in Bonn-Kessenich.

Anstelle von Kränzen und Blumen wäre eine Spende für die Deutsche Krebshilfe im Sinne des Verstorbenen (Volksbank Bonn, BLZ 380 601 86, Kto. 90 90 90 „Deutsche Krebshilfe").

Nach schwerer Krankheit verstarb im Alter von 47 Jahren Herr

Diplom-Volkswirt

Gerhard Böhme

Verbandsdirektor

Der Verstorbene hat fast 15 Jahre die Geschäfte unseres Verbandes geführt, dessen Aufgaben und Probleme er sich zu eigen machte.

Weitsichtig, überzeugend und dynamisch setzte er sich für die Bewältigung aktueller Probleme ein, besonders aber für die Zukunftssicherung unseres Berufsstandes. So waren die Erschließung neuer Arbeitsgebiete und die Aus- und Weiterbildung Schwerpunkte seines Schaffens.

Gerhard Böhme hat unseren Berufsstand entscheidend mitgeprägt, ihm Achtung und Anerkennung verschafft. Sein großes Engagement ist uns Verpflichtung.

Sein Wirken war von Humanität geprägt. Alle, die ihn kannten, haben die offene und menschliche Art seines Wesens geschätzt.

In großer Betroffenheit und Trauer

Bundesverband
Garten-, Landschafts- und Sportplatzbau e. V., Bonn
Präsidium und Mitarbeiter der Geschäftsstelle

Bonn, am 28. September 1985

Die Beerdigung findet statt am Donnerstag, 3. Oktober 1985, 11.30 Uhr auf dem Bergfriedhof am Buchenhang in Bonn-Kessenich.

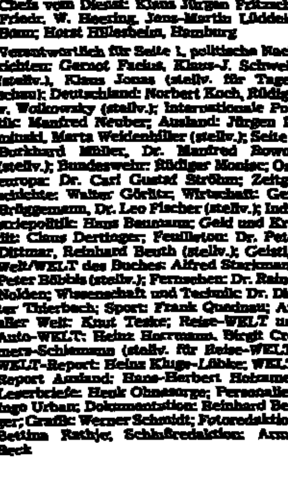
FINANZANZEIGE

Bekanntmachung
Hamburgische Landesbank – Girozentrale –
– Zulassungsantrag –

Die Hamburgische Landesbank „Girozentrale – hat den Antrag gestellt, ihr

DM 75 000 000,–	6½ % Kommunal-Schuldverschreibungen	Serie 242
1. 8. gzj.	Tilgung: 1. 8. 90	– 263 242 –
DM 100 000 000,–	6½ % Kommunal-Schuldverschreibungen	Serie 243
15. 12. gzj.	Tilgung: 15. 12. 89	– 263 243 –

zum Handel und zur amtlichen Notierung an der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg zuzulassen.
Hamburg, den 26. September 1985
Zulassungsstelle der Hanseatischen Wertpapierbörse Hamburg



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius, Klaus-J. Schwehn (stellv.), Klaus Jonas (stellv. für Tagesschau); Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann, Dr. Leo Fischer (stellv.); Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Rainer Nolden; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Knut Teske; Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt; Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giskes, Werner Kahl, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Stefan G. Heydeck, Peter Jentsch, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Friedemann Diederichs, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefkorrespondent (Ausland): Thomas L. Kielinger

Chefreporter: Horst Stein (zugleich Korrespondent für Europa), Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Moskau: Rose-Marie Borngässer; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Werner Thomas, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714, Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 42 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104, Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919, Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09, Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449, Fernkopierer (0 69) 72 79 17, Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13, Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966, Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 22 813, Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39, Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 26,50 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 1..., gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 4, gültig ab 1. Januar 1984.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp

هكذا من الأصل

Wen der Berg ruft

eichh – Zwischen 1. Moses 22 (Die Opferung Isaaks) und Patrick Süskinds „Parfüm", also zwischen dem zeitlosen und dem derzeitigen Bestseller, erklettert der 8000er-Fan Reinhold Messner in seinem „Lesebuch" (Bruckmanns Bergsteiger-Bibliothek) nicht weniger als 55 Gipfel der Literatur, um herauszufinden, „was die Berge im Menschen ausgelöst haben". Den vom Verlag mit Fachliteratur verwöhnten Alpinisten werden die Haare zu Berge stehen, wenn sie da von höchster Warte aus vernehmen: Ausgerechnet bei Werner Herzog – er ließ in seinem „Fitzcarraldo"-Film das Schiff über den Berg ziehen – „bricht mehr auf als in allen Wanderbüchern der letzten hundert Jahre zusammen".

Selber schwindelfrei und ohne Maske ruhig durchatmend, blickt Messner auf einen „Wust von Bergsteigerliteratur in der Soldatensprache des Ersten Weltkriegs". Luis Trenker (demnächst 93!) ist für ihn der „Vertreter einer gefährlichen Ideologie". Walter Pause ein „romantischer Träumer". Paul Bauer ein „Frontberichter". Und das Werk des Transhimalaja-Forschers Sven Hedin: „suspekt".

Idealisieren sei die Krankheit des Alpinismus, meint Messner und zitiert statt solcher Profis lieber Gelegenheitsbergsteiger wie Hemingway, Frisch, Martin Walser, Handke, Thomas Bernhard. Freilich auch Goethe, Schiller, dazu sämtliche Schwierigkeitsgrade von Hannibals Alpenübergang (bei Titus Livius) bis zu den fanatischen Spaziergängen der Simone de Beauvoir.

Wenn Messner nun den Alpenvereinen und Fachzeitschriften rät, „endlich zwischen kommerzieller und guter Literatur" zu unterscheiden – will er als beratender Schriftführer einer kulturellen Bergwacht vielleicht so was wie sozialistischen Hochgebirgsrealismus?

Ich fürchte, da stürzt der verdiente Großbesteiger aus seinen einsamen Höhen direkt auf das weite Feld der Literatur- und Theaterkritik, wo er sich mit dem simplen Gegensatz kommerziell-gut nur noch hinkend und kriechend bewegt. Indes der Berg weiter ruft, wie und wohin er will.

Servus Trenker! Hallo Messner!

Kann man mit dem neuen Hochschulgesetz leben? – Professoren antworten

Die Automatik der Dekadenz

Daß das Hochschulwesen in der Bundesrepublik Deutschland dringend notwendiger Veränderungen bedarf, ist nicht nur unter kundigen Thebanern zu einer Binsenweisheit geworden. Ein System, das im Bereich der Lehre mit Handwerkszeug arbeitet, das ursprünglich auf die Ausbildung einer zahlenmäßig kleinen Geistes-Elite von drei bis fünf Prozent eines Altersjahrgangs zugeschnitten war und heute eine Masse von über zwanzig Prozent bewältigen soll, kann nicht der Weisheit letzter Schluß sein. Auch das neue Hochschulrahmengesetz ändert daran nichts.

Während des dritten „Hochschullehrer-Gesprächs" der Konrad-Adenauer-Stiftung und des Studentenverbandes CV in Bonn, das ganz diesem Problem gewidmet war, kam die schärfste Kritik vom langjährigen Präsidenten der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK), dem Hohenheimer Universitäts-Präsidenten George Turner. Die Kernfrage, wie große Zahlen und Anteile von Studierenden an den Jahrgangsgruppen am besten ausgebildet werden könnten, werde, so Turner, in der soeben vom Bundestag verabschiedeten Novelle zum Hochschulrahmengesetz nicht einmal *angesprochen*.

„Welche Chancen bietet die Novelle für die Erneuerung des deutschen Hochschulwesens?", fragte er. Sein Fazit: Im Gesetzesvorhaben sei weder eine Anpassung rechtlicher Regeln an die veränderten Verhältnisse noch eine wirkliche Richtungsänderung erkennbar. Die „anerkannte Ineffizienz des geltenden Ausbildungssystems" mache aber eine „grundlegende Neuorientierung und damit eine Totalreform der Hochschulausbildung überfällig".

Es war die Skepsis gegenüber der Vorstellung, daß mehr Autonomie automatisch auch Qualitätssteigerung und mehr Wettbewerb bedeute, die nicht nur von Turner geäußert wurde. Nicht nur ihm fehlen im neuen Hochschulrahmengesetz mit Sanktionen verbundene „klare Vorgaben" für eine dringend gebotene Verkürzung der Studiendauer. Und: „Wer Wettbewerb und die Hochschulen wirklich offenhalten will, der muß erst einmal die Zentralstelle zur Vergabe der Studienplätze ZVS abschaffen und die Hochschulen sich ihre Studenten selbst aussuchen lassen." Die ZVS nahm später auch Hartmut Schiedermair, Präsident des Hochschulverbandes, ins Visier, indem er sie „eine überflüssige staatliche Zwangsbewirtschaftung der Studienplätze" nannte.

Wolfgang Wild, Präsident der TU in München, beklagte die Behinderung der Effizienz an den Hochschulen heute: „Die Forscher werden einem unablässigen Rechtfertigungsdruck ausgesetzt", der bis zu kleinlichen Regelungen des Reisekostenrechts reiche. Wenn die Forscher nicht „gerade Anträge schreiben", dann „begutachten sie Anträge ihrer Kollegen". Wilds Intervention wurde zu einem Plädoyer für „mehr Markt" im Hochschulbereich, dafür, „lieber einen gelegentlichen Mißbrauch" in Kauf zu nehmen, als die Wissenschaft unter Vorschriften zu begraben.

Wild sieht aber Chancen für einschneidende Änderungen, denn eine „Aufbruchstimmung ist spürbar". Als eine Möglichkeit brachte er seinen bekannten Vorschlag ins Gespräch, daß Professoren und Praktiker der Wirtschaft „für ein oder zwei Jahre ihre Funktionen tauschen", der Hochschullehrer also bei Fortzahlung seiner Bezüge für eine solche Phase in die Industrie gehe und der dortige Stelleninhaber dafür die Hochschulaufgaben des Professors wahrnehme.

Immer wieder kam in der Diskussion die Kritik am Prinzip der Gießkanne durch, das sich in Deutschland weitgehend eingebürgert habe und damit zugleich auch zu einem gleichmäßigen, niedrigen Niveau geführt habe. Gerd Roellecke entwickelte diese Kritik folgerichtig bis zu dem Punkt, wo er die Lebenszeit-Verbeamtung des Professors in Frage stellte. Wild griff dies auf: Auch er sehe „in der Lebenszeit-Verbeamtung ein systemwidriges Element". Das war schon ungewöhnlich: Zwei verbeamtete Hochschullehrer, die da ein glühheißes Eisen anfaßten.

Auf die Sicherung von Qualität und Zukunft des wissenschaftlichen Nachwuchses konzentrierte sich in seinem Beitrag der WRK-Präsident Theodor Berchem. Am Beispiel des Informatik-Studiums warnte er eindringlich davor, die Fehler der sechziger Jahre zu wiederholen und ohne Rücksicht auf Qualifikation zur Deckung des aktuellen Lehr-Bedarfs die Professoren-Stellen mit Mittelmaß auf Jahre hinaus zu blockieren. Doch angesichts der Weigerung der Politiker, das junge Fach mit einem Numerus clausus erst einmal zu „schützen", zeigte sich Berchem skeptisch und stellte zugleich die Frage, welches Fach nun eigentlich noch mit einem NC belegt werden dürfe.

„Wenn in den mageren Jahren" – so wie derzeit, da Planstellen auf Jahre hinaus blockiert sind – „die Besten die Hochschule verlassen und in den fetten Jahren die Zweitklassigen zu Professoren werden und wenn das immer so weiter geht, dann steht uns auf Dauer Schlimmes bevor", konstatierte der Rektorenpräsident. „Automatik der Dekadenz" nannte er die Zusammenhänge und sieht derzeit im wesentlichen nur über den sogenannten Fiebiger-Plan die Möglichkeit, junge und begabte Nachwuchswissenschaftler an den Hochschulen zu halten: Hier solle „nicht die Generation der Söhne auf Kosten der Enkel abgefüttert werden", sondern es gehe darum, mit zeitlich befristeten Stellen eine Berufungschance für den Nachwuchs zu sichern.

Wenn nicht genügend gegengesteuert werde, dann, so Berchem, „fürchte ich, daß sich viele der besten Köpfe angesichts der schlechten Berufungschancen gar nicht mehr für die mühselige und risikoreiche Hochschullehrer-Laufbahn interessieren". Durch die von den Politikern aller Couleur gewollte Massenuniversität, der nicht das notwendige „großzügige Überlastprogramm" gewährt worden sei, habe „die Forschung an den Hochschulen schon an Qualität eingebüßt".

Daß uns der in den vergangenen Monaten so gefeierte Wilhelm von Humboldt bei alledem nur wenig weiterhelfen kann, machte Gerd Roellecke in einem fulminanten Referat am Abend deutlich. Es war, um einen Ausdruck aus dem Sport auszuleihen, eine Art „Schaulaufen" zur Erbauung der anwesenden Professorenschaft. In Roelleckes rhetorischem Feuerwerk mit der bei ihm gewohnten gedanklichen Originalität verlosch Stück für Stück ein großer Teil des Heiligenscheins Humboldts, an dem so viele Berufene und Unberufene in den vergangenen Wochen so mühsam gearbeitet hatten. „Wenn man unter Hochschulreform Änderungen des organisatorischen Gerüstes der Universitäten versteht", so Roellecke, „dann gab es keine Humboldtsche Hochschulreform".

PETER PHILIPPS

Roelant Saverys Ölbild „Kavaliere mit Schimmel und braunem Pferd" aus dem Jahre 1628
FOTO: KORTRIJK, MUSEUM VOOR SCHOONE KUNSTEN

Roelant Savery im Kölner Wallraf-Richartz-Museum

Veits-Dom in den Alpen

Das Kölner Wallraf-Richartz-Museum rüstet sich bereits zum Umzug in den Neubau am Rhein. Der Abschied von dem noch nicht dreißigjährigen „Altbau" sollte nach Art des Hauses mit einer möglichst glanzvollen Ausstellung gefeiert werden. Da traf es sich gut, daß in Nordrhein-Westfalen zur Zeit „Niederländische Wochen" stattfinden mit einer Fülle von Veranstaltungen, in die unsere Nachbarn großzügig ihre Gulden investieren. Sie unterstützten auch tatkräftig die „Savery"-Ausstellung des Museums, die den Höhepunkt der „Niederländischen Wochen" bilden sollte.

Das Vorhaben war einigermaßen kühn und unberechenbar; um so interessanter und willkommener ist das Ergebnis. Roelant Savery (1576–1639), eine feste Größe der Kunstgeschichte, ist in Wahrheit wenig bekannt. Seine Bilder sind selten und kostbar, viele von ihnen unauffindbar. In Köln sind siebzig Arbeiten Saverys zusammengekommen; zudem werden zwanzig Bilder sowie Zeichnungen und Grafiken aus seinem Umkreis gezeigt.

Die Ausstellung *muß* wohl als einmalig gelten; denn es liegt auf der Hand, daß diese Gemälde und Zeichnungen nie wieder an einem Ort versammelt werden können. Dem stehen berechtigte konservatorische Bedenken im Wege. Freilich wird auch hier die Freude des Betrachters bisweilen getrübt, der Genuß geschmälert; denn manche Bilder – nicht nur aus Privatbesitz – sind fast bis zur Unkenntlichkeit ganzer Bildpartien nachgedunkelt. Dafür zeigen die anderen um so herrlicher ihr intensives, buntes, flämisches Kolorit und lassen uns wissen, was für ein hervorragender Maler dieser Roelant Savery war und warum seine Kunst selbst an dem anspruchsvollen Prager Hof so hoch geschätzt wurde. Gleichzeitig machen sie uns verständlich, warum seine selten auftauchenden Gemälde auf dem Kunstmarkt heute zwischen 100 000 Mark und einer Million gehandelt werden.

Honoriert wird damit ein durchaus eigenständiger Maler, keiner der zahllosen „Niederländer" seiner Zeit, sondern einer, der zwar durchaus in der niederländischen Tradition, aber in keiner erkennbar engen Beziehung zu einem zeitgenössischen Stilschema steht. Seine Zeichnungen vor allem verraten eine absolut eigene Handschrift. Weil aus ihnen eine so einmalig souveräne Persönlichkeit spricht, hat man sie lange Zeit dem großen Pieter Bruegel zugeschrieben.

Savery gehörte noch nicht zu dem „Goldenen Jahrhundert" der niederländischen Malerei; aber er hat es mit eingeleitet. Seine Landschaften weisen auf Everdingen und Ruisdael hin, bisweilen auch sozusagen an Ruisdael vorbei auf Hubert Robert und Fragonard. Seine Dorf- und Genrebilder wirkten auf Ostade und Teniers, seine Blumenstilleben wetteiferten mit Ambrosius Bosschaert und beeinflußten noch dessen Söhne; er war der erste Tiermaler der nördlichen Niederlande und wurde exemplarisch für die Epoche.

Schon aus diesen Hinweisen wird ersichtlich, daß Roelant Savery, ganz entgegen den Zunftbräuchen der Zeit, auf keine Bildgattung spezialisiert war. Er war in jeder Hinsicht alles andere als ein Spezialist. Er malte auf Holz, Kupfer und Leinwand, und er malte jedes Format vom kleinen Kabinettstück bis zum repräsentativen Großformat. Er ist auch auf keine Malweise, keine Topographie, keine Kompositionstechnik, erst recht nicht auf ein Thema festzulegen – wenn es nicht die Natur im weitesten Sinn mit all ihren irdischen Erscheinungsformen sein soll. Wer ihn einen Manieristen nennt, muß sich seine realistische Naturdarstellung, seine wissenschaftlich exakten Detailkenntnisse (etwa in Botanik und Zoologie) und deren minuziöse Wiedergabe vor Augen halten lassen. Wer ihn aber deswegen einen Realisten nennen wollte, sollte seine erfinderische, für Sinnbilder und metaphorische Koinzidenzen empfängliche Phantasie, sein freies Schalten mit Bildmotiven, seinen thematischen und kompositorischen Einfallsreichtum nicht außer acht lassen. So brachte er es beispielsweise fertig, den Prager Dom mitten in eine Alpenlandschaft hineinzustellen.

Der Kontrast reizte ihn genauso wie die Synthese. Scheinbar unvereinbare Gegensätze konnte er mühelos in einem Bild vereinigen, während er auf anderen Bildern heterogene Elemente in dramatischen Widerstreit zueinander setzt.

Wer die Tiere und die Natur so unvergleichlich darzustellen imstande ist, scheint zum „Paradiesmaler" geboren zu sein. Als solcher wurde Roelant Savery auch vor allem berühmt und beliebt. Ohne Zweifel geht von seinen zahlreichen „Paradiesbildern", wo Menschen und Tiere in einer Landschaft von üppiger Fruchtbarkeit, Schönheit und Farbenpracht friedlich miteinander leben, ein bezwingender Zauber aus. Aber Savery hat gleichzeitig auch andere Bilder gemalt, die diese Illusion zerstören. Wenn Adam und Eva aus dem Paradies vertrieben sind und Orpheus den Jägern das friedliche Feld räumen mußte, ist es vorbei mit den „paradiesischen" Zuständen der scheinfriedlichen Tiergärten auf dem Hradschin (wo Savery seine Modelle fand); dann werden die schönen Tiere gejagt und getötet oder sie zerfleischen sich gegenseitig.

Kaiser Rudolf hatte dem Maler seine Tiergärten zur Verfügung gestellt, und er schickte ihn auch nach Tirol, damit er da wie dort Naturstudien treibe. Savery war einer der ersten, der „nach der Natur" malte und vor allem zeichnete. Gleichwohl malte er die Natur nicht einfach ab. Vielmehr sammelte er Motive, landschaftliche und botanische Details; er legte sich ein „Repertoire" von Zeichnungen und Skizzen an, auf die er nach Belieben zurückgreifen, die er nach Bedarf mischen und kombinieren konnte. Er fügte sie zum Fundus seiner Erinnerungen an die Niederlande, die ihn niemals verlassen haben.

Nach Rudolfs Tod und einer kurzen Zeit als Hofmaler in Wien zog es ihn auch wieder zurück in die holländische Heimat. Er lebte noch zwei Jahrzehnte in Utrecht als Meister der Malerzunft, die wohl nichts dagegen hatte, wenn er die heimische Landschaft mit böhmischen Erinnerungen, Tiroler Skizzen und exotischer Fauna oder Flora zuweilen verfremdete (bis 24. 11. 85; Katalog 28 Mark).

EO PLUNIEN

JOURNAL

Revidierte Bibel jetzt auch in der „DDR"

dpa, Berlin

Die 1984 von der Stuttgarter Bibelgesellschaft herausgegebene revidierte Textfassung des Neuen Testaments (NT) der Bibelübersetzung von Martin Luther wird jetzt auch in der „DDR" verbreitet. Das wurde von Teilnehmern eines Bibel-Kongresses in der „DDR" am Montag in Berlin berichtet. Der Text des NT der Luther-Fassung ist in den vergangenen Jahren von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) und des Bundes der Evangelischen Kirchen der „DDR" überarbeitet worden. Die neue Fassung soll in einer ersten Druckauflage von 52 000 Exemplaren an die etwa 100 evangelischen und auch an staatlichen Buchhandlungen in der „DDR" ausgeliefert werden.

Riesen-Gemälde vor Orsay-Museum

dpa, Paris

Ein 1500 Quadratmeter großes Gemälde mit kleinen Bergen des „Land Art"-Künstlers Jean Vérame verhüllt seit Montag die an der Seine gelegene Hauptfassade des Orsay-Museums in Paris unweit von Christos „verpackter" Brücke Pont Neuf. Das zukünftige Museum des 19. Jahrhunderts im stillgelegten Orsay-Bahnhof soll im Dezember 1986 eröffnet werden. Die jetzt künstlerisch verschönte Leinwand war bei den Restaurierungsarbeiten an der Fassade zum Schutz angebracht worden. Vérame, der bereits Felsen in der Sinai-Wüste rot und blau angestrichen hatte, wählte die Berge als Symbol für die Kontinente. Seiner Meinung nach ist die Annäherung der Kulturen Europas, Amerikas und Asiens für das 19. Jahrhundert charakteristisch.

Maya-Gräber in Belize entdeckt

dpa/UPI, Washington

Die mit Schmuck- und Kultgegenständen ausgestatteten Gräber von zwei Maya-Herrschern sind in dem mittelamerikanischen Staat Belize von amerikanischen Archäologen entdeckt worden. Die Grabstätten, die in der Küstenregion bei der Stadt Corozal gefunden wurden, stammen aus dem 5. beziehungsweise 15. Jahrhundert. Das 1500 Jahre alte Grab gehörte offenbar einem früheren König. Es ist geschmückt und enthält zwei Skelette, bemalte Töpfergefäße und Masken. In dem anderen, etwa von 1480 stammenden Grab, wurden die Reste eines Leichnams sowie Juwelen und von entfernt lebenden Azteken gefertigter Ohrenschmuck gefunden.

Festival der geistlichen Musik für Paris

AFP, Paris

14 Konzerte, fünf Messen und mehrere Kompositionen zur Begleitung von Messen werden bei dem 8. Festival der geistlichen Musik in Paris vom 22. Oktober bis 25. Dezember gespielt. Auf dem Programm stehen unter anderem Werke von Heinrich Schütz, Claudio Monteverdi, Johann Sebastian Bach und Thomas Luis de Victoria sowie Gospelsongs und Negrospirituals. Drei Werke werden uraufgeführt: „Psalm 33" von Xavier Darasse, „Como Moises es el viejo" von Luis de Pablo und „Alors le paradis" von Marc Bleuse. Aus Anlaß der Musikwochen werden 14 Pariser Kirchen nachts feierlich illuminiert werden.

Wilhelm Kempff spielt nicht mehr öffentlich

AP, Ammerland

Der Pianist und Komponist Wilhelm Kempff wird nicht mehr öffentlich auftreten. Helene Kempff, die Frau des Künstlers, erklärte auf Anfrage, ihr Mann leide an einer Alterskrankheit und habe sich zurückgezogen. Kempff lebt in der Nähe von Ammerland am Starnberger See und wird am 25. November dieses Jahres 90 Jahre alt. Er gilt als einer der bedeutendsten Pianisten dieses Jahrhunderts.

Duell der Primadonnen: „Maria Stuarda" in Wien

Koloratur-Weltmeisterin

Während in Wien die kulturpolitischen Wogen wegen der ersten Burgtheater-Kündigungen Claus Peymanns und dem verbalen Schlagabtausch zwischen zwei Ministern und Thomas Bernhard hochschlugen, bereitete Staatsoperndirektor Egon Seefehlner in aller Ruhe die erste Premiere seiner letzten Saison vor: „Maria Stuarda" von Gaëtano Donizetti. Nicht gerade ein Erfolgsstück: Doch der clevere Opernpraktiker Seefehlner weiß, wie man solche versunkenen Belcanto-Wracks wieder flott bekommt.

Der musikalische Schiller-Verschnitt des 38jährigen Donizetti aus dem Jahre 1835 war fast hundert Jahre lang vergessen, bis der italienische Dirigent Oliviero De Fabritiis ihn 1958 wieder ans Licht holte. Seither wird die Tralala-Tragödie überall dort aufgeführt, wo man zwei Primadonnen zur Verfügung hat, die gewillt sind, einander auf der Bühne anzuschreien, sonst aber friedlich miteinander zu proben. Bisher waren das – um nur die prominentesten zu nennen – Montserrat Caballé und Shirley Verrett, Joan Sutherland und Huguette Tourangeau, Beverly Sills und Pauline Tinsley.

Seefehlner hat – und darum allein bringt er „Maria Stuarda" nun wohl heraus – Edita Gruberova und Agnes Baltsa. Und diese beiden sind eine Reise und hohe Eintrittspreise wert.

Zwei Tage vor der Premiere war in einer Wiener Zeitung noch ein Probenfoto erschienen, das die beiden Donizetti-Stars ohne Kostüm und Maske auf der Bühne zeigte. Sie saßen traulich beisammen und sahen aus wie Hänsel und Gretel. Man hatte so seine Bedenken ...

Doch die waren am Premierenabend wie weggeblasen. Agnes Baltsa beherrscht vom ersten Augenblick an die Szene fulminant. Eine Elisabeth voll Temperament und Energie, einmal Furie, dann wieder leidende, gedemütigte Herrscherin. Auch stimmlich stehen ihr nun alle Farben und Schattierungen dieser wahrhaft schillernden Partie mühelos zur Verfügung, und den heiklen Ausgleich der Register schafft sie mit Bravour und eiserner gesanglicher Disziplin. Eine zu Recht umjubelte Leistung.

Daneben die Gruberova mit ihren unvergleichlichen Pianissimo-Phrasen, die freilich mitunter schon an musikalischen Manierismus grenzen können. Dort, wo die Koloratur-Weltmeisterin stimmlich Farbe bekennt, wo sie Legato-Bögen durchzieht, dort gewinnt auch ihre Interpretation gleich an Spannung und dramatischem Ausdruck. Da wächst dann auch sie – vor allem im letzten Bild – über sich selbst hinaus.

Francisco Araiza warf für den Leicester seine ganze Leidenschaftlichkeit und Musikalität in die Waagschale, doch macht ihm zur Zeit der angestrebte Fachwechsel zu schaffen. Sein Tenor klang diesmal glanzlos, unfrei, forciert. Tagesverfassung oder erste Anzeichen einer Fehlentwicklung?

In Desmond Heeleys von der English National Opera importierten Dekorationen hat Grischa Asagaroff vernünftig und spannungsreich Personenregie geführt, wohlwissend, daß sich echte Belcanto-Opern dem sogenannten Regie-Theater versagen. Was sie braucht – nämlich Drive, Kantilenen und große Ensemble-Wirkungen –, das bezog sie diesmal vom Dirigentenpult, wo Adam Fischer Donizettis Sache hervorragend verwaltete. Der junge Ungar zeigte diesmal wieder, was in ihm an Feuergeist und Interpretationsvermögen steckt und steuerte Chor, Orchester und Solisten der Staatsoper zum tosenden Erfolg, in den sich – eine Rarität in Wien – kein einziges Buh mischte.

ANDREA SEEBOHM

KULTURNOTIZEN

Fritzdieter Gerhards, Intendant des Oberhausener Theaters, bleibt weitere drei Jahre (bis 1989/90) im Amt.

Dennis Russell Davies, Generalmusikdirektor der Württembergischen Staatstheater in Stuttgart, wird nach der Saison 1986/87 aus diesem Amt ausscheiden.

Die Sowjetrepublik Armenien und das Land Hessen wollen ihre seit 1978 bestehenden Kontakte zu einer festen Kultur-Partnerschaft ausbauen.

„Der Grimm auf Märchen" ist der Titel einer Ausstellung, die vom 17. bis 31. Oktober in der Landesvertretung Hessen in Bonn stattfindet.

Franz Schrekers Oper „Irrelohe" wird in einer Inszenierung von John Dew am Bielefelder Theater vorbereitet (Premiere: 8. Dezember).

500 „weiße Figurinen", ein repräsentativer Querschnitt durch die galloromische Keramik aus der Zeit vom ersten bis zum dritten Jahrhundert, sind bis zum 2. Dezember im Augustiner-Museum von Toulouse zu sehen.

Dane Rudhyar, amerikanischer Komponist und Publizist, ist im Alter von 90 Jahren in Palo Alto (Kalifornien) gestorben.

Die Geisteselite der Ukraine unter massivem Druck

Stille Erde bei Perm

Leo Tolstoj sagte einmal, ein Mensch, der nicht in russischen Gefängnissen gesessen habe, kenne Rußland nicht. Das gilt auch heute noch, denn gerade heutzutage sind die Gefängnisse die Visitenkarten des „sozialistischen" Systems. Allerdings häufen sich die Fälle, daß die Häftlinge keine Gelegenheit mehr haben, ihre „russischen" Erfahrungen weiterzugeben, weil sie die unmenschlichen Haftbedingungen nicht überstehen.

Der jüngste Fall ist Wassyl Stus, der berühmteste zeitgenössische Freiheitslyriker der Ukraine, der am 4. September 1985, im Alter von 47 Jahren, im Lager Perm Nr. 36 im 14. Jahr seiner Haft an krankem Herzen und mit zerstörtem Magen starb. Er stand 1972 zum ersten Mal vor Gericht. 1980, wenige Monate nach Haftverbüßung, deportierte man den Schwerkranken erneut als „Rückfalltäter" zu 15 Jahre Zwangsarbeit, was einer Verurteilung zum Tode gleichkam, wie sich jetzt erwies.



Der ukrainische Dichter Wassyl Stus (1938–1985) FOTO: ARC

Stus ist nicht das einzige Opfer. Selbst in den Pogrom-Perioden der letzten Zaren wurden der ukrainischen Intelligenz nicht solche Opfer abverlangt. Heimtückisch ermordet, auf der Flucht erschossen, zu Tode gemartert wurden Repräsentanten des „ukrainischen Frühlings" der stürmischen sechziger Jahre: die bildende Künstlerin Alla Horska, der Liedermacher und Protestsänger Wolodymyr Iwasjuk, die Schriftsteller Jewgen Iwanziv, Michail Melnik, Anatol Kriwochischa und Hunderte anderer. Im KZ verstarben nach Jahrzehnten grausamster Haft Michailo Soroka, Andrej Turik, Konstantin Luschtsch. Wochen nur nach der Entlassung verschieden Michailo Djak, Mykola Kontschakywskyj, Michailo Schuralywskyj.

Verzweifelt und gepeinigt von Hunger, Kälte und von Krankheiten, deren Heilung nicht erwartet werden kann, Erlösung im Sterben suchend, dämmern dem Tode entgegen die ukrainischen Widerstandskämpfer Jurka Schuchewytsch, Ivan Switlytschnyj, Bogdan Tschujko, Jewgen Hryzjak, Danylo Schumuk, Oxana Meschko, der Journalist Wjatscheslaw Tschornowyl, der Historiker Jurij Badzjo, der Arzt Mykola Plachotnjuk, der Kunsthistoriker Wassyl Barladjan, die Dichter Sinowij Krassiwskyj, Mykola Horbalj, Jewgen Sverstjuk, Anatol Martschenko, Stepan Sapeljak, Wassyl Rosluzkyj, der Sprachwissenschaftler Wassyl Owsijenko, der Ingenieur Grigorij Prichodko, der Philosoph und Romancier Olesj Berdnyk, der Rechtsanwalt Levko Lukjanenko, die Schriftsteller Pawlo Kampow und Vitalij Kalinitschenko, die junge Lyrikerin Irina Ratuschinskaja, der Weltkriegspoet Mykola Rudenko. Sie alle sind seit fünfzehn, zwanzig Jahren fast ununterbrochen im Lager, Zuchthaus oder Irrenhaus.

Ganze Familien geraten in die Vernichtungsmaschinerie des KGB. Maria Helj, die Ehefrau des seit Ende der sechziger Jahre eingekerkerten Arbeiterstudenten und Schriftstellers Ivan Helj, erhielt 18 Jahre Zwangsarbeitslager. Die gesamte Familie des Arbeiterdissidenten Petro Sitschko, die Ehefrau, zwei Söhne, beide Schwiegertöchter, sitzt hinter Stacheldraht. Gemeinsam verurteilt wurden in der Hauptstadt der Karpato-Ukraine Halina und Alexander Maximow, Mutter und Sohn. Unlängst starben im Lager der Geschichtslehrer Olexij Tichyj, der Journalist Valerij Martschenko, der Schriftsteller und Pädagoge Jurij Litwyn.

Aus den Gedichten von Wassyl Stus, die nur im Samisdat verbreitet wurden und die doch alle kennen, sprechen Trauer und Verzweiflung, aber auch Mut und Zuversicht, Stolz und Unbeugsamkeit. *„Angesichts / des nahen Todes / vergeb ich euch / ihr meine / bösen Henker / da meine Zeit / gekommen ist / ihr Mörder"*, schrieb er, ein Mann, der von allen national empfindenden Ukrainern als Verkörperung des ukrainischen Volkes angesehen und als Gewissen seines Volkes bezeichnet wird.

WOLFGANG STRAUSS

Im Gerold & Appel Verlag (Hamburg) erschien soeben „Ein Dichter im Widerstand. Aus dem Tagebuch des Wassyl Stus", mit drei neuen Gedichten des großen Poeten und einem Vorwort von Lew Kopelew. Der gleiche Verlag brachte 1984 den Lyrikband „Angst – ich bin doch losgeworden" heraus, mit Zellengedichten von Stus, Switlytschnyj, Sverstjuk, zu bestellen beim Kuratorium Geistige Freiheit, Postfach 227, CH – 3601 Thun.

MUSIKKALENDER

- 3. **Stuttgart**, Staatsoper; Verdi: Otello (ML: Navarro, R: del Monaco, A: Rose)
- 4. **Iserlohn**, Musikschule; 10. Internationale Herbsttage für Musik (bis 13. 10.)
- 5. **Dortmund**, Opernhaus; Vámos/Glasunow: Lucidor (DE), (Ch.: Vámos, A: Scott)
- 6. **Berlin**, Deutsche Oper; Wagner: Götterdämmerung (ML: Lopez Cobos, R: Friedrich, A: Sykora)
  Augsburg, Stadttheater; Wagner: Die Meistersinger von Nürnberg (ML: Weil, R: Götz Fischer, A: Heinrich)
- 10. **Basel**, Stadttheater; von Bose: Die Nacht aus Blei (Ch.: Spoerli, B: Mayer)
- 12. **Köln**, Funkhaus; Schnebel: Fünf geistliche Lieder (U), (ML: Pesko)
- 13. **Hamburg**, Staatsoper; Gounod: Faust (ML: Lombard, R: Schenk, A: Langenfass)
  Fürth, Stadttheater; Mozart: Die Hochzeit des Figaro (ML: Gierster, R: Seiltgen, A: Kulke)
- 14. **Wien**, Konzerthaus; Berg-Berio-Fest (bis 5. 11.)
- 18. **Düsseldorf**, Deutsche Oper am Rhein; Delius: Romeo und Julia auf dem Dorfe (ML: Thielemann, R: Herlischka, A: Barth)
- 19. **Aachen**, Stadttheater; Rossini: La Cenerentola (ML: Rohrs, R: Wehrhahn, A: Szalla)
- 23. **Kassel**, Stadthalle; Kasseler Musiktage: Das Geistliche im Weltlichen (bis 27. 10.)
- 26. **Mannheim**, Nationaltheater; Verdi: Die Macht des Schicksals (ML: Schneider, R: Horres, A: Reinhardt)
  Hagen, Stadttheater; Puccini: La Bohème (ML: Halász, R: Temme, B: Howland)
- 27. **Stuttgart**, Kammertheater; Kagel: Der mündliche Verrat (ML: Davies, R: Michaels, B: Aeschlimann)
  Bonn, Großes Haus; Egk: Abraxas (Ch.: van Dyk)



Auch Deutsche unter den Opfern von Mexico City

SAD/ K. T., Mexico City

Die Erdbebenkatastrophe in Mexico City hat auch zwei Todesopfer aus der Bundesrepublik Deutschland gefordert. Am Wochenende wurden aus den Trümmern des Romano-Hotels die Leichen von Georg Kramer, 33, und Dagmar Schön, 26, aus Nürnberg beziehungsweise Erlangen geborgen. Das Romano-Hotel war schon nach dem ersten Beben am 19. September eingestürzt. Ums Leben gekommen sind auch zwei Mitglieder einer Ostberliner Handelsdelegation, deren Namen mit Dr. Süß und Dr. Eberhardt angegeben wurden. Beide Männer wohnten im eingestürzten Hotel Principiado.

Fast alle deutschen Firmenvertretungen meldeten unterdessen ihre Sachschäden an: Umziehen müssen danach, wie eine Bestandsaufnahme ergab, die Lufthansa, die Deutsche Nachrichtenagentur (DPA) und die Deutsche Bank. Ihre Büros liegen in einsturzbedrohten Gebäuden. Die schwersten Schäden meldete das Unternehmen Varta. Mexiko will übrigens an der Stelle der 417 zerstörten Gebäude im Zentrum der Stadt Grünanlagen errichten. Viele dieser Anlagen dürften zugleich zu Massengräbern werden. Skeptiker rechnen mittlerweile mit bis zu 15 000 Opfern. Geborgen wurden bisher etwa 5200 Leichen. Die Sachschäden sollen sich auf sechs Milliarden Dollar belaufen.

Am Montag starb im Alter von 85 Jahren in Pasadena im US-Bundesstaat Kalifornien Charles Richter,



der Mann, der der weltberühmten Erdbeben-Meßskala den Namen gegeben hat. Die „nach oben offene Richterskala" entwickelte der Seismologe 1935 gemeinsam mit dem deutsch-amerikanischen Wissenschaftler B. Gutenberg. Nach dieser Skala wird – im Gegensatz zur Mercalli-Skala, die die Schäden eines Bebens angibt – die Energie gemessen.

Ein Beben der Stärke 8 ist wegen des logarithmischen Stärkemaßes zehnmal stärker als eins der Magnitude 7 beziehungsweise hundertmal stärker als eins der Magnitude 6. Nach neueren Erkenntnissen versagt das Richter-System allerdings bei Weltbeben von Stärke 8 an. In Mexiko wurden Stöße von 7,7 auf der Richter-Skala gemessen; dabei wurde eine Sprengenergie von ca. einer Million Tonnen Dynamit freigesetzt.

Rundflüge mit der legendären „Tante Ju" über Köln und dem Siebengebirge – der Renner der Woche

Über dem Rhein Träume der Kindheit eingelöst

Fünfmal am Tag, bis zum 7. Oktober, startet erstmals eine der drei noch erhaltenen legendären Ju 52 vom Flughafen Köln/Bonn zu einem einstündigen Flug über das Rheintal. Das eindrucksvolle Erlebnis kostet 280 Mark pro Person. WELT-Redakteurin Maria Grohme war mit an Bord.

Mit tiefem Brummen springen die drei Neunzylinder-Sternmotoren an. Die Vibration überträgt sich auf die Sitze und die Passagiere. Sie können nachempfinden, welch erregendes Signal die tiefe Stimme der Ju 52 für viele Frontsoldaten war: das Signal der Rettung. Rund 120 000 Verwundete sind mit ihr von den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkrieges geholt worden.

Der „Verein der Freunde des Museums der schweizerischen Fliegertruppen" hat die letzten drei dieser legendären Maschinen von der eidgenössischen Luftwaffe erworben. Die hatte sie seit 1939 bis vor wenigen Jahren noch als Frachtflugzeuge im Dienst. Nun also hebt sie in Köln/Bonn ihre hohe Nase in die Luft – mit einer Leichtigkeit und Eleganz, die man der alten Lady gar nicht zutraut. Jeweils 17 Passagiere machen sich auf, ein Stück der Legende zu erhaschen, die für den einen erlebte, für den anderen überlieferte Geschichte ist.

Nach ein paar hundert Metern hebt sich das Heck der robusten Maschine, von der man sagt, daß sie auf jedem besseren Kartoffelacker starten und landen konnte. Mit rund 100 Stundenkilometern löst sie sich sanft von der Rollbahn, dreht, kaum daß sie einige Meter an Höhe gewonnen hat, in einer steilen Kurve Richtung Köln. Das Signal „Bitte anschnallen" ist kaum erloschen, da drängt sich ein Fluggast nach dem anderen aus der „feingemachten" Kabine mit Polstersesseln und schalldämmender Verkleidung vor der gewellten Blechhaut nach vorn ins Cockpit: der Mann, der im Zweiten Weltkrieg selbst eine Ju 52 steuerte; die junge Frau, deren Vater verwundet aus dem Kessel von Kiew ausgeflogen wurde; der Bankdirektor, der endlich einen Teil seiner Kindheitsträume von der „Tante Ju" einlösen will; als Zehnjähriger hat er mit Bewunderung ihren Einsatz verfolgt und sieht sie jetzt zum ersten Mal von innen.

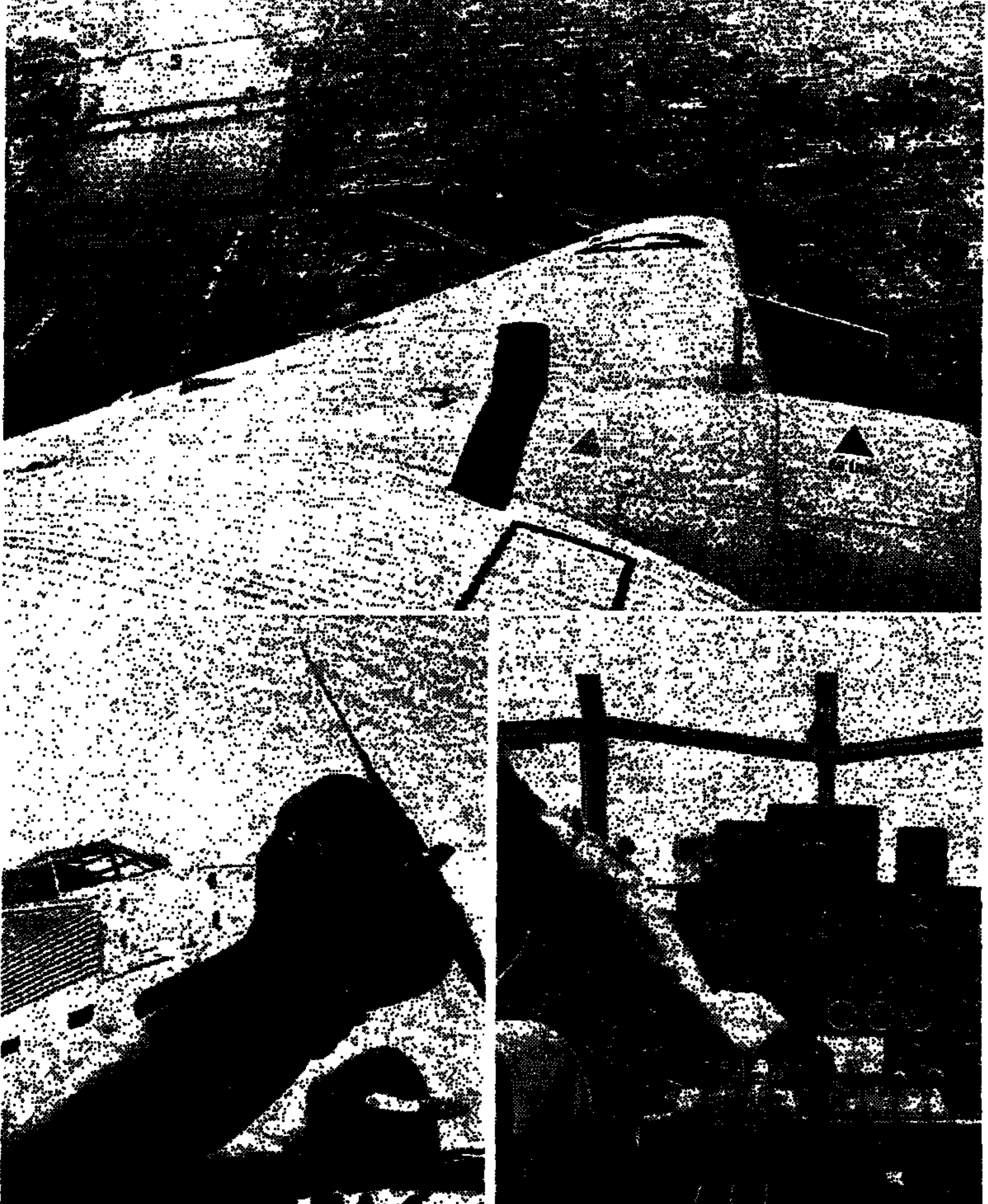
Und vorne in der engen Kanzel scheint wirklich noch alles beim alten geblieben zu sein. Es riecht nach Flugbenzin und Öl. Das Handrad aus blankgescheuertem Holz bewegt die Höhen- und Querruder. Die drei metallenen Gashebel, für jeden Motor einer, liegen in der rechten Faust des Piloten. Die Maschine in die Luft zu bringen ist richtige Arbeit. Auf dem Handrad liegt die Karte – man fliegt nach Sicht. Das Cockpit ist rundum verglast.

Die beiden Schweizer Piloten verständigen sich über Sprechfunk. Der Lärm der drei jeweils 660 PS starken Motoren verschluckt jede Frage des Passagiers. Ihm bleibt nur der Blick auf die Instrumente, Baujahr 1939. Der Höhenmesser zeigt 1500 Fuß, rund 430 Meter, als sich die Maschine in einer sanften Kurve um den Kölner Dom schwingt.

Die Wendigkeit und vor allem die Zuverlässigkeit des Vogels mit der Wellblechhaut haben die Geschichten geschaffen, von denen Väter ihren Kindern noch heute erzählen, die Buchseiten füllen. Sie flog auch, wenn ein Motor ausfiel.

Kunststücke führen die beiden Männer im beigen Overall allerdings nicht vor. Nur einmal, über dem Sportflugplatz Hangelar, „jagen" sie die Maschine auf 240 Stundenkilometer hoch. Knapp 30 Meter über der Rollbahn braust der Vogel, gewinnt langsam wieder an Höhe, peilt die Siegburger Abtei an und dreht die nächste Kurve um den Fernsehturm Lohmar, bevor er auf der Rollbahn in der Wahner Heide unvergleichlich sanft die Räder auf den Boden setzt.

MARIA GROHME



Die Ju 52 über Köln (oben); die markante Nase mit einem der drei Neunzylinder-Sternmotoren (u. l.); das Armaturenbrett ist klar gegliedert, der Pilot hat die Hand auf den Gashebeln (u. r.) FOTOS: MARIA GROHME

„Atlantis" geht auf Jungfernflug

dpa, Cape Canaveral

Die vierte amerikanische Raumfähre, „Atlantis", startet morgen zwischen 15.20 und 18.20 Uhr MEZ von Cape Canaveral (US-Bundesstaat Florida) zu ihrem fünf- bis sechstägigen Jungfernflug. Auftraggeber der Mission ist zum zweiten Mal das Verteidigungsministerium, das völlige Geheimhaltung angeordnet hat. Dennoch haben zivile Experten bereits publik gemacht, daß „Atlantis" zwei Satelliten für militärische Kommunikation im Weltall absetzen soll. Sie sollen im Fall eines Krieges unter anderem Befehle des Präsidenten an die atomaren Streitkräfte übermitteln. Kommandant ist Karol Bohko, der bereits zweimal im Weltall war. Mit von der Partie sind ferner die Astronauten Ronald Grabe, David Hilmers und Robert Stewart sowie der Luftwaffenmajor William Pailes. Die Kosten für „Atlantis", an der fünf Jahre gebaut wurde, belaufen sich auf rund drei Milliarden Mark.

Neues Coke ein Flop?

SAD, New York

„Coca-Cola Classic", die unter diesem Namen erneut auf den Markt gebrachte Originalvariante des beliebten amerikanischen Erfrischungsgetränks, führt fast überall in den USA haushoch vor dem süßlicheren „New Coke", das die Herstellerfirma unter Abänderung eines 99 Jahre alten Geheimrezepts seit April anbietet. Wie die Zeitschrift Advertising Age ermittelte, wird das klassische Coca-Cola bis zu neunmal häufiger als das Neue Coca-Cola verkauft. Nur im Raum Detroit konnte sich „New Coke" durchsetzen.

Schüsse statt Scheidung

AP, Bad Kreuznach

Kurz vor seinem Scheidungstermin hat ein Mann gestern mittag in Bad Kreuznach seine Frau und deren neuen Freund erschossen. Wie die Polizei mitteilte, hatte der Mann auf dem Parkplatz vor dem Gerichtsgebäude das Feuer eröffnet. Beide seien dabei getötet worden. Der Ehemann flüchtete mit einem Wagen.

Torwart landet Volltreffer

sid, Paris

Dominique Colonna, in den 50er Jahren französischer Fußball-Nationaltorwart, landete am Wochenende in Frankreichs neuem Fußball-Lotto den Hauptgewinn. Für seine 16 richtigen Tips erhielt er umgerechnet mehr als 700 000 Mark.

Sieben Tote bei Hausbrand

AP, Paris

Bei einem Brand in einem sechsstöckigen Wohnhaus im Pariser Norden sind gestern morgen sieben Menschen ums Leben gekommen. Zwölf Bewohner erlitten Verletzungen. Nach den Ermittlungen der Polizei brach das Feuer aus noch ungeklärter Ursache im Treppenhaus des überwiegend von Gastarbeitern bewohnten Gebäudes aus.

Gutachter bringen „Staranwalt" in Rage

Verteidiger Bossi attackiert Psychologen im Entführungs-Prozeß um Springer-Enkel

PETER SCHMALZ, München

Rolf Bossi, gern als „Staranwalt" apostrophierter Münchner Jurist, liebt die Verwandlung des Gerichtssaales in ein Tribunal, wo sich die Fronten schon einmal so verschieben können, daß der Angeklagte als Opfer erscheint, der Staatsanwalt zu einem mit nur beschränkten Geistesgaben ausgestatteten Dummerchen degradiert wird und der Sachverständige dann bar jeden Sachverstands sein soll, wenn seine Schlußfolgerungen nicht ins Konzept der Verteidigung passen. Der Münchner Sitzungssaal B 177, wo gegen Robert Tilitzki und dessen beiden Komplizen Jörg Nawrocki und Vasiliki Tsapoura wegen der Entführung des Schülers Axel Sven Springer verhandelt wird, ist derzeit Bossis Polterbühne.

Zwei Gutachter versuchen den seelischen Hintergrund aufzuhellen, vor dem eine Tat möglich wurde, bei der ein unschuldiger junger Mann 68 Stunden lang in Todesängsten gehalten wurde, um von seinem Großvater 15 Millionen Mark zu erpressen.

Die Psychologin Elisabeth Müller-Luckmann, von der Verteidigung vorgeschlagen, erklärt die Tat ähnlich wie Bossi schon zu Prozeßbeginn vor der Fernsehkamera: Für Tilitzki sei sie die „gewaltsame Befreiung durch einen großen Akt aus einer ihm unerträglichen Situation" gewesen. Das Unerträgliche trägt einen Namen: Brunhilde Tilitzki, die Mutter des inzwischen 23jährigen Angeklagten; ihn soll die Frau in ständige Wechselbäder gestürzt, gegängelt und in seiner Identitätsfindung behindert haben.

Die 56jährige Frau zeigt sich als Zeugin zumindest insofern einsichtig, als sie zugibt, den überaus geliebten Sohn („Er war unsere Sonne") wohl „zu sehr eingeengt" zu haben. Sie habe ihn, sagt sie, „wie eine Glukke nicht aus den Armen lassen wollen". Aber das Verbrechen wäre in ihren Augen nie geschehen, hätte Robert nicht die 21jährige Viki kennengelernt, die auch auf der Anklagebank immer näher an den Freund rückt, um mit ihm zu schmusen. „Er war ihr ganz verfallen", meint die Mutter.

Die Psychiaterin gewichtet die Bedeutung dieses überaus starken mütterlichen Einflusses, gegen den der Sohn keine bei Heranwachsenden üblichen Abwehrkräfte entwickelt, als gravierend, sieht darin aber keinen Grund, an der vollen Schuldfähigkeit des Angeklagten zu zweifeln. Wie auch die beiden Komplizen als voll schuldfähig begutachtet werden.

Als Wunsch-Sachverständige der Verteidigung entgeht Frau Müller-Luckmann dennoch Bossis verbalem Strafgericht, das sich dann aber voll über dem zweiten Sachverständigen, dem Psychiatrie-Professor Hans Jürgen Möller, entlädt. Dieser meint zwar, die Straftat stehe wahrscheinlich in einem gewissen Zusammenhang zur neurotischen Disposition des Angeklagten, dennoch sei eine „völlige Aufhebung oder eine erheblich verminderte Steuerungs- und Entwicklungsfähigkeit durch diese neurotischen Störungen sicher nicht gegeben". Strafmildernd könne nur gelten, daß die Persönlichkeitsreife nicht den in diesem Alter zu erwartenden Grad erreicht habe.

Nach dieser für die Verteidigung wenig erbaulichen Auskunft will der Verteidiger noch wissen, was der Professor von der geplanten Heirat zwischen Viki und Robert halte, bei der Bossi zumindest bei der Publizierung Hilfestellung leistete. Wenig, gibt der Psychiater zu verstehen, das werde keine gesunde Romeo-und-Julia-Verbindung, sondern eine neue Umklammerung. Vor einer Ehe sollte der Angeklagte besser zu sich selber finden.

Bossi schäumt, wirft dem Gutachter vor, sich in Dinge einzumengen, die sein Fachgebiet überschreiten, und stellt gegen den Professor einen Ablehnungsantrag. Was mehr Eindruck macht auf Roberts Eltern, die für die Verteidigungskosten aufkommen und im Zuschauerraum sitzen, als auf das Gericht, das den Antrag ablehnt und das ohnehin schon dadurch einen groben Strafrahmen gesetzt bekam, als ein Schweizer Gericht den vierten Täter bereits zu dreieinhalb Jahren Haft verurteilt hat.

Tatort Autobahn A 45

Prozeß gegen „Wegelagerer in Grün" in Siegen begonnen

FLORIAN NEHM, Siegen

Schweinenacken, Kotelettstränge, Leberwurst, Schnetzelbraten und Kroketten: die Autobahn als Delikatessengeschäft. Hier versorgten sich, so die Anklage im Siegener Prozeß gegen zwei Autobahnpolizisten, der Polizeihauptmeister Hans Georg Niephaus (52) und Polizeioberkommissar Hans Joachim Wagener (37). Ihnen wird vorgeworfen, von ihrer Dienststelle Freudenberg aus auf der Autobahn A 45 von 1977 bis 1983 mehr als hundertmal Fleischtransporter mit der Absicht angehalten zu haben, sie um einige Leckerbissen zu erleichtern.

Seit Beginn dieses Jahres fahndet in Nordrhein-Westfalen eine Sonderkommission des Landeskriminalamtes nach vermeintlichen „Wegelagerern" unter ihren Kollegen. Verdächtigt werden derzeit an die 117 Beamte aus dem Regierungsbezirk Arnsberg und 64 Beamte aus dem Regierungsbezirk Münster. Gleichzeitig wird gegen 500 Lkw-Fahrer wegen des Verdachts der aktiven Bestechung ermittelt.

Die beiden in Siegen angeklagten Polizisten sind daher nur der Auftakt zu einer Serie von Prozessen mit immer dem gleichen Vorwurf: Bestechung und Nötigung. Die beiden Angeklagten sitzen bereits seit sieben Monaten in Untersuchungshaft. Sie erwarten, sollte die Staatsanwaltschaft mit ihrem Vorwurf recht behalten, Höchststrafen zwischen zwei und vier Jahren.

Als Hauptbelastungszeuge wird ihr ehemaliger Kollege Jürgen Büdenbender auftreten, der während seiner nur kurzen Untersuchungshaft ein so umfassendes Geständnis ablegte, daß ihn der Richter wegen nicht mehr bestehender Verdunkelungsgefahr vorläufig auf freien Fuß setzte.

Passive Bestechung in 1400 Fällen hat Büdenbender gestanden und dabei einen großen Teil seiner Kollegen namentlich und in allen Einzelheiten mitbelastet. *Nach seinem Geständnis* und seiner Freilassung aus der Untersuchungshaft soll sich „Kronzeuge Büdenbender", wie man ihn außerhalb des Gerichtssaales nennt, zur ambulanten Behandlung an eine psychiatrische Anstalt gewandt haben, da er unter der Prozeßbelastung zusammenzubrechen drohe. Allerdings konnten die Ärzte einen seelischen Knacks bei Büdenbender nicht feststellen.

Mit Spannung werden die für heute erwarteten Aussagen jener Fernfahrer erwartet, die den „Wegelagerern in Grün" viele Jahre lang zum Opfer fielen. Ohne Umschweife, so der Staatsanwalt, haben die Polizisten die Fahrer gefragt: „Was hast du drauf?" oder „Ist was über?"

Die Stimme scheint ihm zu versagen, als der angeklagte Polizeihauptmeister Niephaus zu den Vorwürfen Stellung nehmen muß: „Ich bin von Natur aus ein nervöser Mann." Er zittert, seine Brille sitzt schief, der Mund ist verzerrt. Doch als ihm der Richter anbieten will, seine Vernehmung zur Sache zu verschieben, fängt sich der korpulente Mann wieder. Mit plötzlich selbstbewußter Stimme bestreitet er, die ihn belastenden Fernfahrer überhaupt zu kennen. Die meisten von ihnen arbeiteten für ein Unternehmen, an dessen Lastwagen erfahrungsgemäß nie etwas auszusetzen gewesen sei.

Er sei früher selbst Fernfahrer gewesen und kenne daher die Arbeit und auch die Gespräche in Fernfahrerkneipen. Außer kleinen Traubengebinden und Erdbeeren habe er nie etwas angenommen. Kleine Gaben zum Frühstück habe er nur dann gelegentlich von Fernfahrern bekommen, wenn eine Verwarnung oder eine Anzeige in fairer und freundlicher Atmosphäre abgelaufen war.

WETTER: Warm, etwas wolkiger

Wetterlage: Auf der Westflanke eines Hochs mit Schwerpunkt über dem Südosten Europas wird warme Luft herangeführt. Ein Tiefausläufer über dem Westen Frankreichs greift von Westen her auf Deutschland über.

Vorhersage für Mittwoch:

Nach Auflösung von örtlichem Frühdunst oder Frühnebel zunächst meist sonnig, im Norden und Westen Deutschlands zunehmend wolkig und im Küstengebiet gelegentlich leichter Regen. Tageshöchsttemperaturen im Norden um 20, sonst 20 bis 25 Grad. Nachttemperaturen um 10 Grad. Schwacher bis mäßiger, im Norden auflebender Wind aus südlichen Richtungen.

Weitere Aussichten:

Heiter bis wolkig, nur geringe Niederschlagsneigung, warm.

Temperaturen am Dienstag, 13 Uhr:

Berlin	20°	Kairo	19°
Bonn	22°	Kopenh.	19°
Dresden	23°	Las Palmas	31°
Essen	21°	London	24°
Frankfurt	20°	Madrid	22°
Hamburg	21°	Mailand	21°
List/Sylt	18°	Mallorca	27°
München	20°	Moskau	7°
Stuttgart	21°	Nizza	25°
Algier	25°	Oslo	16°
Amsterdam	21°	Paris	23°
Athen	24°	Prag	18°
Barcelona	26°	Rom	27°
Brüssel	23°	Stockholm	17°
Budapest	19°	Tel Aviv	26°
Bukarest	16°	Tunis	26°
Helsinki	19°	Wien	20°
Istanbul	19°	Zürich	17°

Sonnenaufgang* **am Donnerstag:** 6.26 Uhr, Untergang: 17.56 Uhr; **Mondaufgang:** 19.27 Uhr, Untergang: 11.14 Uhr

*in MEZ, zentraler Ort Kassel

ZU GUTER LETZT

„Lieber Kollege Breit, der heutige 1. Oktober ist nicht nur für mich ein Freudentag. Vier Auszubildende beim DGB: eine wirklich gute Nachricht ..." Bundesarbeitsminister Norbert Blüm in einem Schreiben an den DGB-Vorsitzenden Ernst Breit zur Forderung des Gewerkschaftsbundes nach „mehr Ausbildungsplätzen für Jugendliche", dem der DGB auch Taten folgen ließ: Vier Lehrlinge wurden von der sieben Millionen Mitglieder zählenden Organisation als Lehrlinge eingestellt.

Eine Idee, die zündet

Bm. – Ein Markt ist dabei, sich auf und davon zu machen: das Kraftfahrzeug-Leasing. Die jährlichen Zuwachsraten lassen die der Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen weit hinter sich. Dabei ist eine deutliche Wende bemerkenswert. Das gewerbliche Leasing bleibt hinter dem Privat-Leasing zurück. Es ist mit 40 Prozent auf Platz eins vor das gewerbliche Leasing von Kraftfahrzeugen (30 Prozent) gerückt. Die Fachwelt hält es sehr gut für möglich, daß schon 1990 jedes fünfte neu zugelassene Personenauto ein geleastes Fahrzeug ist.

Natürlich hat das „Null-Leasing" aus dem Jahr 1983 den Markt für Privat-Leasing erst so richtig gezündet. Und man wird davon ausgehen dürfen, daß Null-Leasing nicht auf 1983 beschränkt war, daß es diese Form des „Wegzauberns" von Kapitalkosten immer wieder geben wird, wenn eine bestimmte Marke oder ein Modell nicht zügig genug in den Markt läuft. Da wird dann mit Zinskosten bis hin zu 2,9 Prozent oder gar null gerechnet, wenn sich die Produktion zu Halden türmt. Und das gilt nicht nur für Leasing. Auch die Kreditfinanzierung ist in diesem Punkt auf Absatz ausgerichtet. Für 3,5 Prozent Zins kann man sich heute schon manches Modell finanzieren lassen.

Und was kostet Leasing? Wir haben anläßlich der IAA in Frankfurt die großen Hersteller-Leaser gefragt, die V. A. G. Leasing, Mercedes Leasing und BMW Leasing. Kriterien waren ein Fahrzeug zu einem Listenpreis von 30 000 Mark, das für 24 Monate und 30 000 Kilometer Laufleistung geleast werden soll. Die Vorabzahlung beträgt bei allen 20 Prozent des Listenpreises. Die monatlichen Leasing-Raten werden von der V. A. G. mit rund 700 Mark, von Daimler mit 723 und von BMW mit 916 Mark angegeben. Diese Raten verstehen sich netto, es kommen also die 14 Prozent Mehrwertsteuer noch hinzu. Den Restwert des Wagens – vorsichtig kalkuliert – braucht der Leasing-Nehmer nicht zu amortisieren. Er bezahlt genau nur für das, was er genutzt hat.

Da erhebt sich natürlich die Frage, wie man die Bonität eines Privatmannes prüft, wofür es ja bei Gewerbetreibenden zahlreiche Möglichkeiten gibt. Noch schützt die Leasing-Geber die Vorabzahlung vor besonders hohen Ausfallraten bei privaten Leasing-Kunden. Aber wenn das Privat-Leasing weiter hohe Zuwachsraten haben soll, ohne dabei das Null-Leasing zu strapazieren, so kann man sich gut vorstellen, daß eines Tages eine Leasing-Gesellschaft auch Privatkunden Wagen ohne Vorabzahlung anbietet, wodurch sich selbstverständlich die monatlichen Leasing-Raten erhöhen würden. Aber ebenso steigt das Risiko, daß der ganze Vertrag notleidend wird. Noch aber berichten die Leasing-Gesellschaften, daß sie hervorragende Erfahrungen mit den privaten Leasern gemacht hätten, daß die Verträge prompt eingehalten würden.

Leasing ist aber auch so etwas wie eine Fessel an ein bestimmtes Fahrzeug. Für Gewerbetreibende gilt, daß 80 Prozent der Verträge zu Anschlußverträgen werden. Fast jeder zweite Gewerbewagen ist ein geleastes Fahrzeug, womit dieser Markt langsam austrocknet, jedoch vorerst noch eine große Attraktivität bei den Leasing-Gesellschaften hat. Leasing ist dagegen bei den Privaten in der Minderheit. Die Anschlußquote schwankt von Fabrikat zu Fabrikat. Die Quote liegt im Durchschnitt unter 50 Prozent. Hier versuchen Leasing-Gesellschaften gegenzusteuern, indem sie für den Anschlußvertrag keine Sonderzahlung vorab mehr erheben, dafür aber die monatlichen Raten heraufsetzen.

Ein Uralt-Thema für die Auto-Leasing-Gesellschaften kocht aber wieder langsam hoch: der nach wie vor versperrte Markt für Nutzfahrzeuge im Güterfernverkehr und im Werksverkehr. 1969 wurde im Güterkraftverkehrsgesetz das Leasen dieser Fahrzeuge verboten. Die Wagen müssen bis heute gekauft oder über Kredit erworben werden. Das gilt für Fahrzeuge über vier Tonnen und wird von Paragraph 12, Abs. 1 GKV geregelt.

Die Leasing-Gesellschaften laufen zwar dagegen Sturm und behaupten, das Gleichheitsprinzip werde hier eklatant verletzt. Und schließlich ließen inzwischen andere Länder der EG das Leasing auch dieser Fahrzeuge zu. Ob es nun bald zu einer Liberalisierung für diese Wagen über vier Tonnen im Fernverkehr, im Werksverkehr und im Kommunalverkehr kommen wird, weiß niemand zu sagen.

Das Auto-Leasing ist in der Bundesrepublik nicht mehr zu bremsen. Der Anteil der geleasten Pkw an den zur Zeit zugelassenen Fahrzeugen wird auf nur 2,5 Prozent geschätzt – Platz genug also für weitere Expansion. Sie wird auch 1985 kommen. Die Branche schätzt, daß in diesem Jahr 250 000 bis 300 000 neue Leasing-Wagen zugelassen werden, beachtliche zwölf bis 14 Prozent der Gesamtzulassungen. Noch führt das Gewerbe mit 60 Prozent der geleasten Autos, doch es scheint bald überholt zu werden von der privaten Kundschaft.



Wer least, erhält sein neues Auto prompt frei Haus FOTO: JUPP DARCHINGER

DER MARKT / Regel ist, daß der Privatmann das geleaste Auto kauft – Das Gewerbe bedient sich zu 80 Prozent der Anschlußaufträge

Der Katalysator ist hier kein Thema

Leasing bleibt ein Wachstumsmarkt – und vor allem das Autoleasing." Richard Bernhardt, seit 1954 bei dem „Rundumfinanzier" GEFA tätig und seit 1962 Geschäftsführer des Hauses in Wuppertal, ist sicher, daß gerade das Autoleasing den Privatmarkt erobern wird. Die Hemmschwelle des typisch deutschen Eigentumdenkens werde überwunden von der Tatsache, daß der, der least, alle zwei Jahre auf das neueste Modell umsteigen kann.

Und da Umdenken seine Zeit braucht, wappnet sich die Branche des Autoleasings mit Geduld – der Sieg ist ihr sicher. Doch Märkte wachsen einem nicht von allein zu. Man muß sie durch ständige Aufklärungsarbeit erobern. Und dabei ist die Leasing-Branche eigentlich vornehmlich auf den privaten Bereich fixiert, denn das Gewerbe hat Leasing längst „gelernt". Jeder zweite Wagen ist nach Richard Bernhardt in der Wirtschaft ein Leasing-Pkw. Da bleibt noch ein großer Markt, aber der gewerblichen Wirtschaft muß nicht mehr vorgerechnet werden, daß Leasing sich rechnet. So konzentriert man sich auf den Privatmarkt.

Und gerade hier sehen die markenungebundenen Leasing-Gesellschaften ihre spezifische Chance gegenüber den Hersteller-Leasern. Bei denen muß der potentielle Leasing-Kunde zu einem der Hersteller-Händler, um mit ihm den Leasing-Vertrag auszuhandeln. Gerade das scheuen viele Bürger, die sonst möglicherweise leasen würden. Sie wollen nicht dem Händler offenbaren, daß sie nicht „bar" zahlen. Leasing hat eben doch für viele Menschen den Hautgout des Kaufes auf Kredit, womit man ungeschult den Mangel an Kapital verwechselt.

Anonymität bleibt gewahrt

Hier hakt die markenungebundene Leasing-Gesellschaft ein. Sie beschafft dem Autoleasing-Kunden den kostengünstigen Vertrag, auch Rabatte, oder gibt die Rabatte weiter, die der Kunde sich selbst besorgt. Sie schließt mit ihm den Leasing-Vertrag ab – nicht der Händler um die Ecke. So bleibt die Anonymität gewahrt, und der Leaser fährt den geleasten Wagen, weil auf seinen Namen zugelassen, wie den „eigenen".

Nach Richard Bernhardt fährt er ihn sogar mit der Zeit lieber als einen gekauften Wagen. In einem Gespräch mit der WELT betont Bernhardt, daß sich schnell herumspricht, daß die monatlichen Leasing-Raten niedriger sind als die Raten für einen Kreditkauf. Hinzu komme, daß der Leaser alle zwei Jahre ein neu zugelassenes Auto vor der Tür stehen hat, daß er – wenn er für 24 Monate least – nie zum TÜV muß, daß ihm in der Regel keinerlei Kosten für Reparaturen entstehen und daß er auf den ersten Reifen zum Anschlußwagen fährt, einem Wagen neuester Technik und niedrigen Verbrauchs. Daß der Auto-Leaser sich beim markenunabhängigen Leasing-Geber den Wagen seiner Träume aussuchen kann, weil er alle Fabrikate in der Offerte hat, ist ein weiteres Argument, das Bernhardt für das Leasen bei unabhängigen Leasing-Gesellschaften anführt.

Und dennoch: Die ALD in Hamburg, an der die GEFA mit 30 Prozent beteiligt ist, hat für ihren Bereich mit hohem Anteil an privaten Autoleasern herausgefunden, daß 85 Prozent der Privatkunden nach Ablauf der Leasing-Zeit das Auto kaufen und selbst verwerten oder später an den Zweithandmarkt geben. Doch diese Kunden seien durchaus nicht für das Leasing verloren. Sie kämen in vielen Fällen nach Abgabe des alten Wagens zurück, um einen neuen Wagen zu leasen. Das gilt auch wieder vornehmlich für die ALD, weil auch sie von Fall zu Fall das Privat-Leasing zum Nulltarif anbietet. Und auf solche Angebote reagiert der Privatkunde prompt, wie das Jahr des Nulltarifs, 1983, gezeigt hat. Die GEFA-Leasing selbst pflegt das Geschäft des Nulltarifs nach Auskunft von Richard Bernhardt nicht. Selbstverständlich beschafft GEFA-Auto-Leasing auch Rabatte, aber die Verträge enthalten in allen Fällen Kreditkosten und eine angemessene Rendite.

Null-Leasing aber meint, daß der Anbieter keine Kreditkosten berechnet – oder nur sehr niedrige. Und oft ist eine Leasing-Gesellschaft beim Auto-Leasing gezwungen, knapper zu kalkulieren, weil aus Gründen der Modellpolitik auch für den Kreditkauf Zinsen geboten werden, die dem Leasing kaum noch Chancen lassen. Den Verfall der Finanzierungszinsen kommentiert Peter Schneider, Geschäftsführer der V. A. G.-Leasing GmbH: „Das tut schon weh, aber darin liegt auch der Reiz des Geschäfts."

Und was sagt der V. A. G.-Mann zur Konkurrenz der ungebundenen Leasing-Gesellschaften? Zunächst verweist er darauf, daß es in der Bundesrepublik 600 bis 700 Leasing-Gesellschaften gibt, die mit dem Angebot von Wirtschaftsgütern auch Automobile offerieren. „Wir haben auch leistungsstarke Konkurrenten, die über die Marken hinausgehen und interessante Konditionen bieten", sagt er. Das ist eben der Wettbewerb, dem man sich zu stellen hat.

Ist beim Leasen von Autos eigentlich der Katalysator ein Thema? Übereinstimmend sagen alle Leasing-Anbieter „nein". Sagt Siegfried K. Sengteller, Geschäftsführer der BMW Leasing GmbH: Bei BMW sei jedes neunte geleaste Auto ein „Kat-Auto". Aber auch während der Laufzeit sei eine Nachrüstung des Wagens möglich.

Der Diesel – ein Renner

Der teurere Katalysator sei zudem auch deshalb kein Hemmnis für das Leasing, weil ein solches Auto automatisch einen höheren Wiederverkaufswert habe.

Renner im gewerblichen und im privaten Auto-Leasing ist der Diesel. Peter Schneider nennt die Tendenz zu diesem Motor „eindeutig", und zwar in der Mittelklasse der geleasten Fahrzeuge klar zum Turbo-Diesel. Und Gregor van Loock, Geschäftsführer der Mercedes-Leasing-GmbH, ergänzt: „Bei uns sind es im Inland bereits 38 Prozent der verleasten Fahrzeuge, die von einem Diesel-Motor getrieben werden."

HANS BAUMANN

DAS PORTRÄT / GEFA-Leasing GmbH

Sie fahren zweispurig über ALD Hamburg und Stammhaus Wuppertal

Die GEFA-Leasing GmbH zählt mit einer Bilanzsumme von rund einer Milliarde Mark zu den großen Leasing-Gesellschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Sie gehört zum Beteiligungsbereich der Deutschen Bank, die Ende 1968 zur Ergänzung ihres Finanzierungs- und Dienstleistungsangebotes mit der GEFA in das Leasing-Geschäft eintrat.

Die Gesellschaft ist eingebettet in das Know-how der Muttergesellschaft GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH. Die engen Beziehungen zwischen der auf die gewerbliche Objektfinanzierung ausgerichteten Spezialbank GEFA (Bilanzsumme rund 1,9 Milliarden Mark) und der GEFA-Leasing kommen in einer weitgehenden personellen und organisatorischen Verflechtung beider Gesellschaften zum Ausdruck. Sitz der Gesellschaften ist heute Wuppertal, wo zur Zeit ein neues Verwaltungsgebäude entsteht. Die Gründung der Muttergesellschaft GEFA Gesellschaft für Absatzfinanzierung mbH erfolgte 1929 in Berlin. Das Geschäftsvolumen der Gruppe liegt heute bei über drei Milliarden Mark.

GEFA-Leasing hat ein Stammkapital von zehn Millionen nach einer Million bei der Gründung. Die offenen Rücklagen (gebildet aus selbst erwirtschafteten Erträgen) betragen 30 Millionen Mark. Während das Geschäftsvolumen, das sich aus Mietforderungen und noch abzurechnenden Verträgen zusammensetzt, vom Gründungsjahr 1968 bis 1974 auf rund 280 Millionen Mark wuchs, ist es in den letzten zehn Jahren auf gegenwärtig rund 1,35 Milliarden Mark gestiegen.

Ein Großteil der von GEFA-Leasing vermieteten Objekte sind Geräte der Informations- und Bürotechnik, die infolge der raschen technologischen Entwicklung besonders für Leasing geeignet sind. Daneben hat der Bereich Produktionsmaschinen einen gewichtigen Anteil am Leasingvolumen. Werkzeug-, Druck- sowie Holzverarbeitungs- und Kunststoffbearbeitungs-Maschinen stehen hier im Vordergrund.

Eine sehr dynamische Entwicklung nimmt das Auto-Leasing. Zur Abrundung ihrer Angebotspalette hat GEFA-Leasing sich 1983 mit 30 Prozent an der größten markenunabhängigen Auto-Leasinggesellschaft in der Bundesrepublik, der ALD Autoleasing GmbH, Hamburg, beteiligt. Der Gründer der ehemaligen Interleasing Dello, Hans Ravenberg, hält 56 Prozent des Kapitals. Den Rest von 24 Prozent halten 26 Autohändler, die das Fundament im Markt für die ALD bilden.

Die ALD arbeitet insgesamt mit rund 100 Händlern in der Bundesrepublik zusammen; der Anteil von Opel und der Japaner macht allein 38 Prozent des Geschäftsvolumens aus. GEFA-Leasing hat einen Fahrzeugbestand von gegenwärtig 70 000 Einheiten. Ende 1984 waren es 53 000. Ziel für 1985: rund 75 000 Einheiten. Bis August 1985 stieg der Auftragseingang um 41 Prozent. 1984 wurde – auf niedrigerem Niveau – ein Wachstum von 47 Prozent erzielt. Die ALD hat zwei Geschäftsführer: Gerhard Kaiser und Wilfried Multusch.

Das Angebot der GEFA-Leasing reicht damit im Auto-Leasingbereich vom reinen Finanzierungsmodell bis zur Full-Service-Variante, die den Gebrauchtwagenverkauf ebenso einschließt wie die Übernahme von Wartung und Reparaturen. Über die ALD nimmt die GEFA-Leasing auch an dem rasch wachsenden Leasing-Markt für private Automobile teil.

Dabei unterscheiden sich die Strukturen von GEFA-Auto-Leasing und ALD völlig. Während ALD groß im Privat-Leasinggeschäft tätig ist, spielt dieser Markt für GEFA-Leasing eine untergeordnete Rolle. Die Tatsache, daß der Investitionswert für Pkw, die bei GEFA geleast werden, rund doppelt so hoch ist wie bei ALD, zeigt, daß die GEFA vornehmlich Wagen der oberen Preisklasse unter Vertrag hat.

Die Kundschaft rekrutiert sich bei GEFA-Auto-Leasing aus alten Geschäftsverbindungen. Sie favorisiert das reine Finanzierungsleasing. Natürlich arbeitet auch GEFA-Auto-Leasing mit Restwerten. Zum Teil bietet der Handel, mit dem man zusammenarbeitet, sogar Rückkaufgarantie.

Im gleichen Maße, wie sich ihr Leasinggeschäft in den letzten Jahren entwickelte, hat GEFA-Leasing ihr Geschäftsstellennetz ausgeweitet. Zur Zeit ist die Gesellschaft im Rahmen der GEFA-Gruppe an 19 Plätzen in der Bundesrepublik Deutschland und in West-Berlin vertreten.

Die Geschäftspolitik der GEFA-Leasing war von Anfang an sowohl auf das Vertriebsgeschäft als auch auf das Direktgeschäft ausgerichtet. Die in den letzten Jahren immer anspruchsvoller und vielfältiger gewordenen Formen der Zusammenarbeit erstrecken sich von der losen Kooperation über enge Vertriebspartnerschaften bis hin zu Refinanzierungsmodellen wie Sale-and-lease-back mit dem Recht der Untervermietung oder Same-name-Leasing.

Über den Leaseclub, einen internationalen Verbund führender Leasinggesellschaften, verfügt die GEFA-Leasing im Interesse ihrer exportierenden und im Ausland investierenden Geschäftspartner über den Zugang zu den Leasingmärkten in 22 Ländern innerhalb und außerhalb Europas. Zudem ist GEFA-Leasing jederzeit der Zugriff auf das internationale Netz der Deutschen Bank möglich.

In Kürze wird die Form der Leasing-Investition auch über die Bankschalter der Mutter Deutsche Bank angeboten, womit sich die Marktpenetration des GEFA-Leasings erheblich intensivieren soll. (WR)



Richard Bernhardt — Uwe Kayser
Die zwei Geschäftsführer der GEFA-Gruppe im Stammhaus Wuppertal

Anläßlich der Internationalen Automobilausstellung 1985 war ein Tag dem Leasing-Gedanken gewidmet. Am Vormittag stellten sich die großen Hersteller-Leaser V. A. G., BMW und Daimler der Presse, am Nachmittag lud die Deutsche Auto-Leasing GmbH ein. Die Geschäftsführer der Gesellschaften hielten Rapport. Alle berichteten von einer zufriedenstellenden Vergangenheit. Und ebenso sind alle sicher, daß das Auto-Leasing in der Bundesrepublik noch längst nicht im Zenit steht. Bei einem Anteil von nur 2,5 Prozent der zugelassenen Personenkraftwagen rechnen sich alle noch erhebliche Zuwachsraten aus – vor allem, wenn Leasing beim Bürger einen Begriffswandel durchmacht, wenn man erkennt, daß hier lediglich eine neue Form der Finanzierung gewählt wird. Die WELT veröffentlicht die wesentlichen Passagen der Vorträge der Geschäftsführer.

Jeder achte neu zugelassene Wagen ist geleast

Das Automobil-Leasing ist ein relativ junges Geschäft in der Bundesrepublik Deutschland. Es lebt hier mit allen Vorteilen, aber auch Vorurteilen, die einem jungen Geschäftszweig anhaften. Andererseits hat das Automobil-Leasing in Deutschland eine entsprechend hohe Lebenserwartung. Die Signale hierfür stehen jedenfalls auf Grün.

Ursprünglich in den USA entwickelt, begann Auto-Leasing in der Bundesrepublik 1966 mit der heutigen V.A.G.-Leasing – sie hatte in ihrem Pionierjahr ganze 20 Fahrzeuge im Bestand. Mercedes-Leasing kam 1967 in dieses Geschäft, BMW-Leasing folgte 1973.

Aus kleinen, bescheidenen Anfängen wuchs der Bestand an Leasingautos steil an. Die jährlichen Wachstumsraten waren überproportional hoch im Vergleich zu anderen Wirtschaftszweigen, insbesondere in den letzten zwei Jahren: 1983 über 60 Prozent Zuwachs, nochmals plus 25 Prozent im Jahr 1984.

Diese Zahlen müssen aber relativiert werden: Der Zuwachs kam wesentlich aus dem Privat-Autoleasing. Hier gab es gestützte Aktionen, um nicht zu sagen „Sonderangebote".

Für das Leasing gibt es keine amtlichen Statistiken wie etwa für die Neuzulassungen von Automobilen. Wir schätzen, daß heute jedes achte neu zugelassene Automobil ein Leasing-Fahrzeug ist. Den Gesamtbestand Ende 1984 schätzen wir auf 650 000 Leasing-Fahrzeuge. Das heißt: Seit der IAA 1983, als der Gesamtbestand auf rund 430 000 Einheiten veranschlagt wurde, können wir einen 50prozentigen Zuwachs melden. Zwar ist der Leasing-Anteil am Kraftfahrzeugbestand mit 2,5 Prozent noch relativ bescheiden. Aber der kurze Bezugszeitraum zeigt doch die Perspektiven und Marktchancen dieses neuen Wirtschaftszweiges.

Das Automobil-Leasing hat noch großes Wachstumspotential – so weit sind sich die Fachleute einig. Die Frage bleibt: Wie groß sind die Wachstumschancen? Für 1990 liegen die Schätzungen des Leasinganteils an den Neuwagen-Zulassungen bei rund 20 Prozent; solche Anteile sind in einigen Teilmärkten bereits heute Wirklichkeit. Diese Zahlen erscheinen nicht zu optimistisch, wenn man die Daten anderer westlicher Industrieländer vergleicht: Sowohl in England und Frankreich als auch in den USA ist der Leasinganteil an den gesamtwirtschaftlichen Investitionen heute bereits wesentlich höher als bei uns. Eines ist sicher: Das Automobil-Leasinggeschäft wird schneller wachsen als das Automobilgeschäft insgesamt.



Siegfried K. Sengteller
Vorsitzender der Geschäftsführung der BMW Leasing GmbH in München — FOTOS: DIE WELT

In unserem Geschäft unterscheiden wir im wesentlichen drei Marktsegmente:

- das Flottengeschäft, wo wir es überwiegend mit großen Fuhrparks zu tun haben,
- die große Gruppe der Gewerbetreibenden, Freiberufler und Selbständigen und
- die privaten Nutzer von Leasing-Automobilen oder die privaten Leasing-Nehmer, wie wir sie nennen.

In den Anfängen des Leasing-Geschäftes waren die Unternehmen mit großen Fuhrparks die typischen Leasing-Nutzer. Ihr Anteil am gesamten Leasing-Markt ist kontinuierlich gesunken und liegt jetzt bei 30 Prozent. Am schnellsten, fast explosionsartig, ist das Segment Privatleasing gewachsen und verzeichnet heute einen Anteil von über 40 Prozent. Die Gewerbetreibenden, Freiberufler und Selbständigen machen die verbleibenden 30 Prozent des Automobil-Leasingmarktes aus.

Unsere Erwartungen: Im Flottergeschäft wird nur noch geringes Wachstum möglich sein. In dieser Kundengruppe ist heute schon fast jedes zweite Automobil geleast. Es wird weiterhin Unternehmen geben, die ihren Fuhrpark traditionell eigen- oder fremdfinanzieren, jedenfalls nicht leasen wollen.

Nach dem kometenhaften Wachstum des Privatleasing ist es unsere Aufgabe, den privaten Kunden mit dem Leasing-Gedanken noch vertrauter zu machen – ihn vom Leasing und seinen speziellen Vorteilen gegenüber Kauf und Finanzierung dauerhaft zu überzeugen.

Das Segment der gewerblichen Nutzer bietet noch Wachstumspotential und wird von den Leasinggesellschaften heftig umworben. Bei unserer positiven Einschätzung des Autoleasing-Marktes der Zukunft wird darauf vertraut, daß der Gesetzgeber die rechtlichen und steuerlichen Bestimmungen nicht zum Nachteil des Autoleasing ändert.

SIEGFRIED K. SENGTELLER

Leasen schont Kapital für Investitionen

Die positive Entwicklung in unserer Branche wird dadurch unterstrichen, daß sich der Leasing-Anteil – gemessen an den Fahrzeug-Neuzulassungen im Inland – seit 1980 mehr als verdoppelt hat. Nach der außerordentlichen Expansion des privaten Autoleasing insbesondere im Jahr 1983 schätzen wir heute den gewerblichen Leasinganteil auf rund 60 Prozent.

Insbesondere das Marktsegment Gewerbliches Fahrzeugleasing wird sich insgesamt betrachtet (mit Schwerpunkt auf dem Pkw-Sektor) positiv entwickeln. Diese Prognose stützt sich auf folgende Faktoren: In den letzten zehn Jahren ist die Kapitaldecke der deutschen Unternehmen von 30 Prozent der Bilanzsumme auf unter 20 Prozent gesunken. Bei Aktiengesellschaften sind es rund 25 Prozent.

Andererseits scheint die Zeit der reinen Rationalisierungs-Investitionen vorbei zu sein; das Kapital wird vorrangig für die Realisierung von Innovationen benötigt und eingesetzt. Die Computerbranche zum Beispiel hatte hier eine Vorreiter-Funktion.

Der Dienstleistungsbereich gewinnt in unserer Volkswirtschaft zunehmend an Bedeutung. Die Sicherung und Förderung von Absatzmärkten als unternehmenspolitische Zielsetzung wird zunehmend höher bewertet als etwa die Kapital- und Personalbildung für den Fuhrpark.

In Industrie und Wirtschaft sind aus betriebswirtschaftlicher Sicht nach Umfragen der Leasing-Gesellschaften folgende Kriterien entscheidend für das Autoleasing:

1. Individuelle, maßgeschneiderte Angebotsformen für jedes Unternehmen, also Ausrichtung auf unternehmerische Zielsetzungen durch ein breit gefächertes und differenziertes Vertragsangebot der Leasing-Gesellschaften.
2. Die Nutzung des Wirtschaftsgutes Auto. Nicht das Eigentumsverhältnis bestimmt den Wert einer Investition, sondern der reine Nutzungsgrad. Hierzu gehört auch die Periodisierung der Investitionskosten, also die Amortisation während der Nutzungszeit.
3. Liquiditätsvorsorge, das ist die Vorhaltung von Liquiditätsreserven. Ein Beispiel hierfür ist das Sale-and-lease-back-Verfahren, in dem der gekaufte Fuhrpark an die Leasing-Gesellschaft veräußert und dann geleast wird. Das freigesetzte Kapital kann in andere, unternehmenspolitisch wichtigere Investitionen fließen. Hieraus wiederum kann eine Erhöhung der Eigenkapital-Rentabilität resultieren.
4. Ein wichtiger Punkt ist die vorhandene Kostentransparenz durch die Entscheidung zum Autoleasing. Über die gesamte Vertragslaufzeit sind die Kosten im Netto- wie im Dienstleistungs-Leasing konstant, damit überschaubar und feste Kalkulationsgrundlage.
5. Leasing hat Auswirkungen auf die Bilanz-Optik. Leasingraten wirken sich steuerlich aus: Zum einen sind sie als Betriebsausgaben sofort in voller Höhe absetzbar, erscheinen also weder aktiviert im Anlagevermögen noch als Verbindlichkeiten auf der Passivseite. Sie führen ferner zu einer Entlastung bei der Gewerbesteuer (aus Dauerschuldverhältnissen).



Gregor van Loock
Geschäftsführer der Mercedes-Leasing-GmbH, Stuttgart

Man kann zunehmend feststellen, daß im gewerblichen Autoleasing die Dienstleistungs-Angebote, insbesondere der Fahrzeugleasing-Gesellschaften eine gute Akzeptanz finden. Ein Grund hierfür ist die konstante, überschaubare Kostenbelastung, ein weiterer die Transparenz der Zahlen.

Daraus resultiert die Entlastung von personellem und administrativem Aufwand. Ziel der Unternehmen muß es sein, alle Risiken, die rund um das Thema Auto oder Fuhrpark entstehen können, durch praxisorientierte Systemlösungen zu minimieren. Hier werden für uns die Aufgaben der Zukunft liegen.

GREGOR VAN LOOCK

Bezahlt wird nur, was das Auto in der Mietzeit an Wert verliert

Das starke Wachstum, das wir vor allem im privaten Leasing-Bereich ab 1983 verzeichnet haben, ist überwiegend auf Sonderaktionen der Automobil-Hersteller zurückzuführen. „Null-Leasing" ist heute zu einem geflügelten Wort geworden, obwohl hier die Grenzen zum Ratenkauf nicht mehr eindeutig zu ziehen sind.

Unsere Hauptaufgabe sehen wir – auch bezogen auf den Privatkunden – im klassischen Autoleasing. Auf einen einfachen Nenner gebracht heißt der Grundgedanke des Leasing: Man bezahlt nur soviel, wie das Auto durch die Benutzung an Wert verliert. Hinzu kommen natürlich noch Kapitalkosten für die Finanzierung des Autos.

Der entscheidende Unterschied gegenüber Bar- oder Ratenkauf liegt darin, daß der Gebrauchtwagenwert des Autos nicht amortisiert werden muß. Die monatlichen Belastungen sind entsprechend geringer. Natürlich muß auch die Frage beantwortet werden können, ob Leasing vorteilhaft ist oder nicht. Vorteilhaft gegenüber einem Barkauf mit gespartem Geld oder gegenüber einem Ratenkauf mit einem Kredit?

Die Frage des Wertverlustes durch die Benutzung des Autos kann man bei jeder Beschaffungsform ausklammern, denn der Wertverlust ist immer der gleiche. Es kommt also darauf an, wie der Kunde die Frage des Liquiditätsgewinns beurteilt. Derjenige, der für sein Sparguthaben keine alternative Verwendung sieht, wird diesen Vorteil mit Null bewerten, er ist also gut beraten, sein Auto zu kaufen.

Einem anderen sind die Mittel höchstwillkommen für andere, ihm wichtige Dinge, wie etwa Hausbau, Sport und Hobby. Dieser Autofahrer least seinen Wagen. Es kommt also sehr stark auf den Einzelfall an.

Die Vorurteile gegenüber dem Leasing liegen hauptsächlich auf der Gefühlsebene. „Das Auto gehört mir nicht. Was sagen die Leute? Es werden keine bleibenden Werte geschaffen ..." Es ist unsere eigentliche Aufgabe, diese zum gewerblichen Geschäft doch abweichende Ausgangslage zu berücksichtigen.

Der gewerbliche Abnehmer sieht vor allem den Gebrauchswert, hat klare Vorstellungen über Einsatzdauer der Fahrzeuge und trifft rational orientierte Entscheidungen aufgrund seiner betriebswirtschaftlichen Erfahrungen. Der private Abnehmer ist durch Besitzstolz und emotionale Entscheidungen geprägt.

Die Konsequenzen daraus sind: Es ist ein zielgruppen-orientiertes Arbeiten erforderlich mit einem differenzierten Angebot und einer daraus resultierenden werblichen Ansprache. Es muß sich ein Wandel in den Vorstellungen vollziehen. Das ist ein langjähriger Prozeß.

Vergleichbare Entwicklungen in anderen Branchen, wie zum Beispiel bargeldloser Zahlungsverkehr mit Scheck und Kreditkarte, stützen unsere optimistischen Erwartungen.

Die meisten Fahrzeuge werden an private Kunden abgesetzt. Hier gibt es bei den Herstellern unterschiedliche Anteile. Bei Volkswagen und *Audi ist der private Anteil deutlich* höher als bei Daimler-Benz und BMW. Deshalb werden wir uns hier bewegen müssen.

In einem expansiven Markt bleibt es nicht aus, daß sich Mitbewerber oder Trittbrettfahrer einfinden, die ein Stück vom Kuchen abhaben wollen. Diese Situation macht uns zu schaffen. Wir raten daher jedem, sich seinen Autoleasing-Partner sehr genau anzusehen, bevor er ein Vertragsverhältnis eingeht. Daß er das Angebot, die Leasing-Bedingungen, sehr genau durchliest, bevor er unterschreibt.

Das vielzitierte „Kleingedruckte", mit dem einem Kunden Stolperdrähte und Fallen aufgebaut werden, ist leider noch in einigen, wenn auch wenigen, Verträgen zu finden.

Die herstellergebundenen Leasing-Gesellschaften sind dabei, ein einheitliches Bedingungswerk zu schaffen unter dem Titel „Allgemeine Geschäftsbedingungen Autoleasing". Wir sind der Überzeugung, daß nur kundenfreundliche und rechtlich abgesicherte Regelungen eine Vertrauensbasis schaffen können, die uns zu weiterem Wachstum verhilft.

Es besteht im Grundsatz kein Anlaß, für das private Geschäft besondere Geschäftsbedingungen zu entwikkeln. Nahezu über 20 Jahre hinweg haben sich die Geschäftsbedingungen im gewerblichen Geschäft bewährt. Sie wurden ständig der Kritik unterzogen. *Notwendige Änderungen* flossen ein.

Diese Bedingungen werden auch die Grundlage für das private Geschäft sein. Dort, wo Unterschiede notwendig erscheinen, werden sie gemacht. Es werden jedoch Leasing-Bedingungen bleiben und keine besonderen Bedingungen für ein anders geartetes Abzahlungsgeschäft. Über die Eigentümerfrage kan es gar keine Meinungsverschiedenheiten geben. Hier gibt es noch verwirrende Vorstellungen auf der Seite der Kritiker der heutigen Geschäftsbedingungen.

Ein Interessent ist gut beraten, wenn er sich einen Autoleasing-Partner sucht, der über das erforderliche Know-how in bezug auf Auto und Leasing, die erforderliche Kapitalkraft und eine umfassende Händler- und Service-Organisation verfügt.

Das V.A.G.-Leasing bietet gerafft folgende Vorteile:

- Leasing verbessert die Liquidität;
- mit Leasing haben Sie weniger Risiken;
- Leasing befreit von Verwaltungsarbeit;
- Leasing bringt Steuererleichterungen.

V.A.G. unterscheidet unterschiedliche Vertragsformen:

- Vertrag ohne Gebrauchtwagen-Abrechnung, wobei der Kunde kein Gebrauchtwagen-Risiko trägt;
- Vertrag mit Gebrauchtwagen-Abrechnung. Dieser Vertrag wird sinnvoll, wenn Kilometerleistung und Einsatzbedingungen nicht abzugrenzen sind.

PETER SCHNEIDER



Peter Schneider
Geschäftsführer der V.A.G. Leasing GmbH, Wolfsburg

AUSBLICK / Mehr als 30 Millionen Wagen in 15 Jahren

In den Familien wird mehr Geld für das Auto frei

Zwei Faktoren bestimmen den Markt des Auto-Leasing von morgen: Die Akzeptanz dieser Finanzierungsform durch den Bürger und die Entwicklung des Kraftfahrzeugbestandes. Die Bereitschaft des Privatmannes, ein Auto zu „mieten" statt es zu „besitzen", ist nur sehr schwer einzuschätzen, weil hier ausschließlich emotional entschieden wird. Sicherer ist der Blick in die Zukunft des Automobilabsatzes. Die Bürger werden liquider. Ihre Aufwendungen für Erziehung und Ausbildung von Kindern verringern sich. Ältere Bürger und Frauen sind heute eher bereit, einen Führerschein zu machen und sich zu mobilisieren. Für den Leasing-Markt sind beide Tendenzen von ausschlaggebender Bedeutung.

Die Chancen dieser Autofinanzierung sind sehr gut. Allein die Tatsache, daß bisher nur 2,5 Prozent der in der Bundesrepublik Deutschland zugelassenen Personenkraftwagen geleast sind, läßt auf Wachstum hoffen. Die Hochrechnung der Deutsche Shell AG für die Jahrhundertwende öffnet dem Automobil-Leasing zusätzlich einen freundlichen Ausblick. Sind zur Zeit rund 26 Millionen Personenkraftwagen zugelassen, so werden es im Jahre 2000 etwa 29,6 bis 30,6 Millionen sein – obwohl die Einwohnerzahl der Bundesrepublik abnehmen wird.

Weitere Zunahme der Motorisierung

Mehr Autos – mehr Leasing; mehr Einsicht – mehr Auto-Miete. Die Zukunft des Auto-Leasings in der Größenordnung von zehn Prozent der Neuzulassungen scheint damit gesichert zu sein. Die Shell-Prognose spricht dafür. Nahezu zeitgleich mit der Jahrhundertwende wird in der Bundesrepublik auch ein anderes bedeutendes Ereignis registriert werden können: Die absolute Höchstmarke im Pkw-Bestand. Bis dahin nämlich werden Faktoren wirksam, die eine weitere Zunahme der Motorisierung erwarten lassen, während nach Beginn des nächsten Jahrtausends vor allem der Rückgang der Bevölkerungszahl für eine allmählich einsetzende Verringerung des Bestandes sorgen wird. Wie schon seit 1961 untersucht Shell im Abstand von zwei Jahren positive und negative Einflüsse auf die Motorisierung und die sich daraus ergebenden Bestandsveränderungen bei Personenwagen.

Der für die jüngste Prognose gewählte Titel „Verunsicherung hinterläßt Bremsspuren" macht jedoch deutlich, daß Ereignisse der letzten Zeit die für die Jahre 1984 bis 1986 erwartete Autokonjunktur wesentlich – und zwar negativ – beeinflußt haben. Die lang anhaltenden Streiks des vergangenen Jahres und die damit verbundenen Produktionsausfälle speziell in der Automobilindustrie sowie die noch immer nicht zum Abschluß gekommene Diskussion um das Katalysatorauto haben den Entschluß zum Kauf eines neuen Wagens nachhaltig beeinträchtigt.

Die Shell-Prognose schätzt, daß 1984 aus diesen Gründen 200 000 Autos weniger gekauft wurden, 1985 dürften es nochmals mindestens 170 000 Pkw sein. Dennoch kamen in den beiden letzten Jahren rund 1,16 Millionen Personenkraftwagen zum vorhandenen Bestand hinzu, so daß es bis zur Jahresmitte 1985 auf unseren Straßen 25,86 Millionen Personenwagen gab. Für die zweite Hälfte der achtziger Jahre wird sowohl für Neuzulassungen als auch für den Bestandszugang ein weiteres Wachstum erwartet.

Die langfristige Entwicklung faßt Shell so zusammen: Der Drang zum eigenen Auto ist ungebrochen. Der Wunsch, ein neues Auto zu fahren, das längst als Gebrauchsgut und nicht mehr als Luxusartikel betrachtet wird, könne zwar durch politische und wirtschaftliche Rahmenbedingungen beeinflußt, nicht aber auf Dauer verhindert werden. Hinzu kommen weitere Faktoren, die sich auf die Motorisierungsentwicklung bis 2000 günstig auswirken.

Besonders die geburtenstarken Jahrgänge von 1961 bis 1967 stellen ein kräftiges Nachfragepotential für die achtziger und neunziger Jahre dar. Diese Altersgruppen, die in den einzelnen Jahrgängen die Millionengrenze überschreitet, bedeutet nach Meinung der Shell über die natürliche Motorisierung hinaus einen zusätzlichen Bestandseffekt von 0,5 Millionen Personenkraftwagen. Die vielfach beobachtete zunehmende Bereitschaft zur Motorisierung bei Frauen schlägt der Prognose zufolge mit einer weiteren Million zu Buche. Hinzu kommt die Erkenntnis, daß ältere Menschen nicht länger geneigt sind, auf ein Auto zu verzichten, mit dem sie – im Gegensatz zu früheren Generationen – seit Jahren vertraut sind. Auch hier wird mit einem Bestandszuwachs von 0,5 Millionen Personenwagen gerechnet.

Den größten Schub erwartet Shell jedoch aus dem allgemein noch weiter steigenden Motorisierungstrend der Gesamtbevölkerung, nämlich 1,6 bis 2,6 Millionen Personenwagen bis zum Jahr 2000. Als Begründung wird angeführt, daß die Phase des Wohnungs- und Hausbaus weitgehend beendet und die Grundausstattung der privaten Haushalte größtenteils abgeschlossen ist.

Ein weiterer wesentlicher Faktor ist die Tatsache, daß bereits heute vier Millionen Kinder und Jugendliche weniger zu versorgen und auszubilden sind als 1970. Die finanzielle private Belastung der Bevölkerung ist für diesen Bereich inzwischen um 30 Prozent gesunken und wird 1993 sogar um knapp 40 Prozent niedriger liegen. Damit steht im privaten Bereich ausreichend Geld für eine zusätzliche Motorisierung zur Verfügung.

Da die mittel- und langfristige Entwicklung auch von gesellschaftlich-wirtschaftlichen Rahmenbedingungen abhängt, legt die Shell-Prognose ihren Berechnungen zwei Szenarien zugrunde, die in einem Fall von vorherrschender Wachstumsschwäche und zunehmender Technikfeindlichkeit ausgeht, während die Entwicklung im anderen Szenario durch leistungssteigernde Elemente im Rahmen eines wirtschaftlichen Wachstums gekennzeichnet ist.

Diesel-Anteil wird sich auf 20 Prozent erhöhen

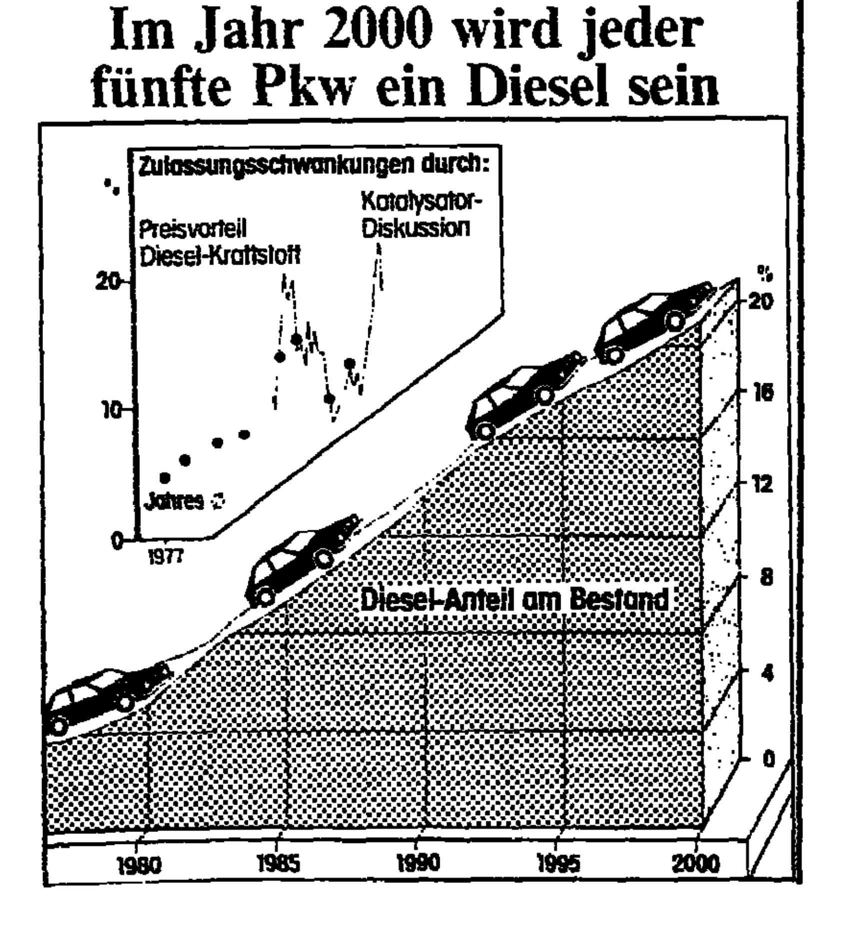
Szenarien wirken sich unterschiedlich auf die Bestandszugänge bei Personenkraftwagen aus. So wird für das Jahresende 1990 ein Bestand von 28,5 beziehungsweise 29,3 Millionen Personenwagen erwartet, für das Jahr 2000 entsprechend 29,6 oder 30,6 Millionen. Das bedeutet, daß im verbleibenden Zeitraum dieses Jahrhunderts der Bestand nochmals um 3,7 bis 4,7 Millionen Personenwagen zunehmen wird.

Zur Zeit kommen auf 1000 Erwachsene 529 Wagen. Nach der Prognose werden es im Jahr 2000 zwischen 615 und 636 sein.

Die Prognose erwartet, daß sich der Anteil von Dieselfahrzeugen am Pkw-Bestand von gegenwärtig zehn Prozent in den kommenden fünfzehn Jahren auf 20 Prozent erhöhen wird. Die Leasing-Gesellschaften meinen, daß sich ihr Diesel-Anteil den Beständen entsprechend entwickeln wird.

C. B.

Im Jahr 2000 wird jeder fünfte Pkw ein Diesel sein



Die Mittelklasse fährt allen davon

	1968	1969	1970	1971	1972	1973	1974	1975	1976	1977	1978	1979	1980	1981	1982	1983	1984	1985
In 1000 Einheiten																		
bis 0,99 Ltr.	2 071	2 042	2 018	1 945	1 873	1 819	1 754	1 729	1 782	1 837	1 877	1 901	1 897	1 920	1 898	1 885	1 910	1 941
1,00–1,19 Ltr.	3 659	3 788	3 979	4 071	4 120	4 122	4 025	4 074	4 149	4 240	4 302	4 385	4 292	4 200	4 136	4 090	3 971	3 839
1,20–1,49 Ltr.	3 113	3 407	3 829	4 045	4 151	4 268	4 346	4 485	4 519	4 458	4 499	4 595	4 773	4 950	5 013	5 091	5 201	5 296
1,50–1,99 Ltr.	2 339	2 748	3 363	4 166	4 899	5 624	5 922	6 206	6 905	7 711	8 491	9 193	9 493	9 724	9 967	10 294	10 783	11 302
2,00 Ltr. und mehr	498	593	739	872	995	1 171	1 274	1 384	1 544	1 754	2 025	2 445	2 722	2 924	3 079	3 209	3 343	3 457
Rotationskolben- und Elektromotor	3	7	13	16	17	19	20	20	21	20	18	16	15	13	12	11	10	10
PKW Gesamt	11 683	12 585	13 941	15 115	16 055	17 023	17 341	17 898	18 920	20 020	21 212	22 535	23 192	23 731	24 105	24 580	25 218	25 845
In Prozent																		
bis 0,99 Ltr.	17,7	16,2	14,5	12,9	11,7	10,7	10,1	9,7	9,4	9,2	8,9	8,4	8,2	8,1	7,9	7,7	7,6	7,5
1,00–1,19 Ltr.	31,3	30,1	28,5	26,9	25,7	24,2	23,2	22,8	21,9	21,2	20,3	19,5	18,5	17,7	17,2	16,6	15,7	14,9
1,20–1,49 Ltr.	26,7	27,1	27,5	26,8	25,8	25,1	25,1	25,0	23,9	22,3	21,2	20,4	20,6	20,8	20,8	20,7	20,6	20,5
1,50–1,99 Ltr.	20,0	21,8	24,1	27,5	30,5	33,0	34,2	34,7	36,5	38,5	40,0	40,8	40,9	41,0	41,3	41,9	42,8	43,7
2,00 Ltr. und mehr	4,3	4,7	5,3	5,8	6,2	6,9	7,3	7,7	8,2	8,7	9,5	10,8	11,7	12,3	12,8	13,1	13,3	13,4
Rotationskolben- und Elektromotor[2]	0,0	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,1	0,0	0,0	0,0	0,0
PKW Gesamt	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0
% Veränderung z. Vorjahr																		
bis 0,99 Ltr.	.	– 1,4	– 1,2	– 3,6	– 3,7	– 2,9	– 3,6	– 1,4	+ 3,1	+ 3,1	+ 2,2	+ 1,3	– 0,2	+ 1,2	– 1,1	– 0,7	+ 1,3	+ 1,6
1,00–1,19 Ltr.	.	+ 3,5	+ 5,0	+ 2,3	+ 1,2	+ 0,0	– 2,4	+ 1,2	+ 1,8	+ 2,2	+ 1,5	+ 1,9	– 2,1	– 2,1	– 1,5	– 1,1	– 2,9	– 3,3
1,20–1,49 Ltr.	.	+ 9,4	+ 12,4	+ 5,6	+ 2,6	+ 2,8	+ 1,8	+ 3,2	+ 0,8	– 1,3	+ 0,9	+ 2,1	+ 3,9	+ 3,7	+ 1,3	+ 1,6	+ 2,2	+ 1,8
1,50–1,99 Ltr.	.	+ 17,5	+ 22,4	+ 23,9	+ 17,6	+ 14,8	+ 5,3	+ 4,8	+ 11,3	+ 11,7	+ 10,1	+ 8,3	+ 3,3	+ 2,4	+ 2,5	+ 3,3	+ 4,8	+ 4,8
2,00 Ltr. und mehr	.	+ 19,1	+ 24,6	+ 18,0	+ 14,1	+ 17,7	+ 8,8	+ 8,6	+ 11,6	+ 13,6	+ 15,5	+ 20,7	+ 11,3	+ 7,4	+ 5,3	+ 4,2	+ 4,2	+ 3,4
Rotationskolben- und Elektromotor	.	+ 133,3	+ 85,7	+ 23,1	+ 6,3	+ 11,8	+ 5,3	0,0	+ 5,0	– 4,8	– 10,0	– 11,1	– 6,3	– 13,3	– 7,7	– 8,3	– 9,1	0,0

FINANZIERUNG / Der Kunde muß nicht nur mit dem gemieteten Auto, sondern auch mit dem Leasingvertrag zufrieden sein

Das Ziel ist eine „pflegbare" Klientel

Früher kannte man zwei Arten, sich ein Auto zu beschaffen: Barzahlung oder Finanzierung. Seit Ende der sechziger Jahre zunächst zögernd, ab Mitte der siebziger Jahre immer schwungvoller, setzte sich Leasing als dritte Beschaffungsart durch, und zwar nicht als Finanzierungssurrogat, sondern als eigenständige Beschaffungsalternative auf der Basis der für das Leasing typischen Vorteile.

Dem amerikanischen Beispiel folgend, war es zunächst die gewerbetreibende Wirtschaft, die Autos über Leasing beschaffte. Sie nutzte den Vorteil, zu günstigen Konditionen etwa alle zwei Jahre neue Autos zu fahren und ihre Liquidität zu schonen. Das Auto erwies sich als ein besonders geeignetes Leasing-Objekt, da ein gut funktionierender Gebrauchtwagenmarkt Teilamortisationsverträge mit klaren Restwertfixierungen ermöglichte.

Was zunächst den Gewerbetreibenden recht war, sollte auch dem Privatmann billig sein. Mitte der siebziger Jahre brachte die erste Leasing-Gesellschaft ein über Testmärkte erprobtes und rechtlich abgesichertes Leasing-Modell für Privatpersonen auf den Markt mit folgender Konstruktion:

- 20 Prozent Leasing-Sonderzahlung bei Vertragsabschluß, die meist aus der Inzahlungnahme des bisher gefahrenen Wagens aufgebracht wurde;
- vereinbarter Restwert von 40 Prozent des Anschaffungspreises bei normalen Kilometerleistungen innerhalb des Vertragszeitraumes von rund zwei Jahren.

Das bedeutete, daß der private Leasing-Nehmer über die geringe monatliche Leasing-Zahlung nur rund 40 Prozent des Anschaffungswertes (natürlich Gebühren der Leasing-Gesellschaften einbezogen), verteilt über die Nutzungsdauer, zu zahlen hat. Ein wesentlicher Vorteil für das Haushaltsbudget, das dann auch im Zuge des zweiten Öl-Schocks 1979 noch stärker belastet wurde.

Hinzu kam bei diesem Leasing-Modell eine besondere Vorsicht bei der Kalkulation des Restwertes. Gut erhaltene und gepflegte Fahrzeuge konnten nach zwei Jahren meist eher 60 Prozent und mehr des Anschaffungswertes erlösen, so daß bei Abschluß eines Anschlußvertrages der dabei vom Leasing-Nehmer realisierte Mehrerlös ganz oder überwiegend die erneute Leasing-Sonderzahlung abdeckte.

Das Privat-Leasing fand schnell Anklang, da es auf die Bedürfnisse dieses Kundenkreises zugeschnitten war und einleuchtende Vorteile bot. Natürlich nahmen Automobilhersteller und Importeure diese Leasing-Idee auf und setzten Privat-Leasing als Instrument der Verkaufsförderung gerade in einer Phase schwächeren Automobilabsatzes auf breiter Ebene ein. Leasing-Gesellschaften und auch Händler entwickelten Privat-Leasing-Konstruktionen, die teilweise vom ursprünglichen Modell erheblich abwichen.

Es ist durchaus legitim, daß Hersteller und Importeure das Privat-Leasing-Geschäft fördern und dafür Mittel einsetzen, die aus „Verkaufsförderungstöpfen" stammen, denn durch ein attraktives Leasing-Angebot fördern sie die Kundentreue zum Fabrikat und die Kundentreue zum Händler. Sie schaffen sich und der Händlerorganisation eine „pflegbare" Klientel, von der man genau weiß, daß und wann – nach relativ kurzer Zeit – das nächste Fahrzeug fällig ist. Das gilt jedoch nur dann, wenn der Kunde nicht nur mit dem Auto, sondern auch mit dem Leasing-Vertrag zufrieden ist.

Wenn jedoch ein Privat-Leasing-Modell kalkulatorische Konstruktionsfehler aufweist, zum Beispiel ein unrealistischer Restwert eingesetzt wird, um die monatliche Leasing-Zahlung zu drücken, kann eine solche Verkaufsförderungsmaßnahme zum Bumerang werden. Vertragsmodelle, die dem Leasing-Nehmer am Ende der Laufzeit keine Mittel mehr belassen, um einen neuen Leasing-Vertrag abzuschließen, bringen kein Neugeschäft.

Solche Leasing-Nehmer fallen sogar für längere Zeit als Neuwagenkunden aus, denn sie haben – wenn sie die monatliche Belastung des Haushaltseinkommens für die Autonutzung nicht erhöhen können, nur die Wahl, ihr Leasing-Fahrzeug zum hohen Restwert – im Rahmen der rechtlichen Möglichkeiten – als Eigentum zu erwerben und diesen Betrag über eine langfristige Finanzierung abzustottern.

Weitsichtige Hersteller, Importeure und Auto-Leasing-Gesellschaften wissen, daß eine feste Etablierung von Privat-Leasing als dritte Beschaffungsart nicht kurzfristigen Wettbewerbsaspekten geopfert werden darf. Es geht immerhin um interessante Größenordnungen. Den Gesamtbestand an Fahrzeugen in der Bundesrepublik, die im Leasing beschafft wurden, wird für 1984 auf 600 000 bis 700 000 Fahrzeuge geschätzt, von denen etwa die Hälfte privat genutzt wird. Für dieses Jahr werden etwa 250 000 bis 300 000 neue Leasing-Fahrzeuge (zwölf bis 14 Prozent der Gesamtzulassung) bei tendenziell weiter steigendem Privat-Leasing-Anteil erwartet.

Das Leasen ganzer Fuhrparks ist in besonderem Maße nicht lediglich eine andere Art der Finanzierung, ganz im Gegenteil: Hier wird der Leasing-Geber über die Beschaffung von Fahrzeugen hinaus zum Dienstleister. Die Übertragung einer Flottenverwaltung an einen Dritten entspricht dem Grundsatz, Kosten dort anfallen zu lassen, wo sie niedriger sind, logischerweise niedriger sein müssen.

Von einigen Finanz-Leasing-Kunden wird der sinnvolle zweite Teil des Fuhrpark-Leasings noch nicht akzeptiert. Dort erfolgt die Fuhrparkverwaltung im eigenen Haus. Es wird also die Zahl aller mit dem Betrieb von Fahrzeugen anfallenden Kosten und deren Verbuchung selbst vorgenommen. Ein, auch für die Budgetierung, nicht ganz problemloser Vorgang, da Fahrzeugkosten exakt nicht vorausrechenbar sind.

Noch immer gibt es Fuhrpark-Leiter, die in der Übertragung einer Flottenverwaltung an Dritte eher eine Aushöhlung einer etablierten Fuhrparkabteilung sehen, als vielmehr betriebswirtschaftliche Vorteile. Dabei handelt es sich ja nicht alternativ lediglich um die kollektive Bezahlung von Rechnungen durch die Service-Abteilung einer Leasing-Gesellschaft handelt, sondern um die Überprüfung einer Rechnung durch Fachleute der Automobiltechnik, die sich die Reparaturgeschichte eines Fahrzeuges am Bildschirm aufrufen und so die Plausibilität von Rechnungsbeträgen vor der Bezahlung prüfen und eventuell mit dem Kollegen der entsprechenden Werkstatt telefonisch diskutieren.

HANNS v. SCHOENAIC[H]

FUHRPARK / Fahrzeuge plus Voll-Service von Lease Plan

Fahren mit der TravelCard

Mit einer multifunktionalen Kreditkarte für den Fuhrpark von großen Unternehmen, die mindestens 20 Fahrzeuge umfassen sollten, bietet die Lease Plan Deutschland GmbH, Düsseldorf, den Einstieg in ein umfassendes Dienstleistungs-System an. Diese TravelCard ist der große Schritt zum externen Fuhrpark-Management. Sie ist bereits über 10 000mal im Einsatz und praktisch ohne Beispiel.

Je nach den unterschiedlichen Bedürfnissen eines Unternehmens kann aus einer ganzen Reihe von Dienstleistungsangeboten jeweils ein spezielles TravelCard-System zusammengestellt werden; so zum Beispiel bundesweit bargeldlose Wagenpflege und Reparaturen in Fachwerkstätten.

Es stehen aber auch Leistungen von Bosch-Diensten, Autoradio-Sofortdiensten, Auspuff-Service-Stationen, Reifen-Werkstätten und Auto-Vermietern zur Verfügung. Hinzu kommen die Vorteile, die mit der Mitgliedschaft in einem Automobil-Klub verbunden sind.

Auch die Privatnutzung von Fuhrpark-Fahrzeugen ist mit transparenten Administrationssystemen möglich. Kurz: Geboten wird ein ausgefeilter Full-Service.

Damit versteht sich Lease Plan nicht im klassischen Sinne als Leasing-Unternehmen, sondern als Anbieter kompletter Dienstleistungspakete rund um den Fuhrpark. Inzwischen sind bei Lease Plan über 50 000 Fahrzeuge im Einsatz, denn das Unternehmen bietet seine Dienste zur Zeit in sechs europäischen Ländern an. Lease Plan bietet also exklusiv die Kombination Auto plus Fuhrpark-Dienste an, während andere Auto-Leasing-Gesellschaften die Fahrzeuge und – falls gewünscht – auch Dienstleistungen rund um den Fuhrpark offerieren, also ohne Ausschließlichkeit.

Wer seinen Fuhrpark von „außen" betreuen läßt, der ist seinerseits an effizienter Kontrolle seiner Kosten interessiert. Dafür wurde das „offene Kalkulationssystem" entwickelt. Es ermöglicht eine präzise Kontrolle über alle Kostenarten, die von Fuhrpark-Fahrzeugen direkt oder indirekt verursacht wurden.

Alle Kalkulationen werden offengelegt und über die EDV-Programme die Plankosten mit den effektiven ständig verglichen. Bei Abweichungen vom Plan kann sofort eingegriffen werden, das gilt bei zu hohem Kraftstoffverbrauch für die Untersuchung in einer Werkstatt ebenso wie für die saubere Abrechnung von Privatkilometern, die mit Fuhrpark-Autos gefahren wurden. Aber auch die Erstellung von Budgets wird übernommen, das Fuhrpark-Controlling ebenso wie die Schadensabwicklung mit den Versicherungen oder der optimale Absatz der Gebrauchtwagen, wobei der Fahrzeug-Steckbrief eine große Hilfe leistet. Der Service kann aber auch die gesamte Instandsetzung und Instandhaltung des Fuhrparks enthalten. Zudem ist der Service begleitet von einem Mini-Leasing-Programm. Damit werden Lieferzeiten bei den geleasten Fahrzeugen überbrückt. Für kurze Laufzeiten wird ein anderes Fahrzeug zur Verfügung gestellt, bis das gewünschte geliefert werden kann.

Der Einstieg in dieses Service-System muß nicht von heute auf morgen erfolgen. Viele Unternehmen nutzten die Möglichkeit, ihren Fuhrpark *Schritt um Schritt auf die* Betreuung von außen umzustellen und das eigene Unternehmen kostensparend von dem Dienst am Fuhrpark zu befreien. (WR)